

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 10. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 1. Juli 2010, 10.00 Uhr
Europasaal im Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Zeugenvernehmungen	
	1 - 104
• Herr Prof. Dr. Helmut Röthemeyer gemäß Beweisbeschluss 17-3	
• Herr Dr. Heinrich Illi gemäß Beweisbeschluss 17-139	
• Herr Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind gemäß Beweisbeschluss 17-4	

***Hinweis:**

Die wesentlichen Korrekturen der Zeugen Prof. Dr. Helmut Röthemeyer (siehe Schreiben vom 3. August 2010, Anlage 1) und Dr. Heinrich Illi (siehe Schreiben vom 26. Juli 2010, Anlage 2) sowie die Korrekturen von Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind (siehe Schreiben vom 2. August 2010, Anlage 3) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.35 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich begrüße Herrn Professor Röthemeyer und natürlich auch die interessierte Öffentlichkeit zu unserer Ausschusssitzung heute. Ich rufe den **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Prof. Dr. Helmut Röthemeyer
gemäß Beweisbeschluss 17-3

Herr Dr. Heinrich Illi
gemäß Beweisbeschluss 17-139

Herr Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind
gemäß Beweisbeschluss 17-4

Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich die Vertreter der Medien, die Ton-, Film- und Bildaufnahmen jetzt zu beenden; das ist bereits geschehen. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig. Sie wissen, dass ein Verstoß gegen dieses Gebot nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen kann, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne erinnere ich daran: Den Besuchern von Ausschusssitzungen ist es nach einem Beschluss des Ältestenrates des Deutschen Bundestags vom 16. September 1993 nicht erlaubt, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen. Weil die Möglichkeit der Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann auch die Benutzung von Mobiltelefonen während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ich bitte Sie daher, Ihre Handys nun auszuschalten.

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr. Helmut Röthemeyer**

Herr Professor Röthemeyer, ich bin nun genötigt, einige Regularien hier zu verlesen. Ich mache das jedes Mal mit großer Zuverlässigkeit. Es hört sich auch immer gleich an.

Die gesetzlichen Vorschriften zwingen mich dazu.

Ich darf Sie, Herr Professor Röthemeyer, darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-3, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Ein Empfangsbescheinigung vom 15. Juni 2010, eingegangen im Sekretariat am 16. Juni 2010, liegt uns vor.

Für Ihre heutige Vernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesumweltministeriums mit Datum vom 25.06.2010 vor. Diese wurde als MAT A 69/2 verteilt. Ich kann sagen, dass sich dieser Ausschuss damit bereits in der soeben vorangegangenen Beratungssitzung befasst hat, und der Vertreter des Bundesumweltministers, Herr Spinczyk-Rauch, wird dazu, bevor Sie, Herr Professor Röthemeyer, aussagen werden, noch einige erläuternde Ausführungen machen.

Ich darf Sie nun belehren, Herr Professor Röthemeyer. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe gemäß § 47 Abs. 2 Strafgesetzbuch bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages

eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss gemäß § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann.

Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich habe keine Fragen, und diese Paragraphen haben mich überhaupt nicht geschreckt.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Wunderbar. Dann nehme ich das als ermutigendes Zeichen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Mein Name ist - für die, die „hochaktive Abfälle“ auf Englisch kennen; das heißt HAW, „high active waste“ - HAW Röthemeyer oder - auf Deutsch - Helmut August Wilhelm Röthemeyer.

(Heiterkeit)

Ich wurde 1938 geboren, habe Physik und Kerntechnik studiert an der Technischen Hochschule Aachen und der Universität Bristol in England. Ich habe nebenberuflich auch promoviert zum Dr.-Ing. an der Universität Stuttgart über ein kerntechnisches, ein reaktorsicherheitliches Thema.

Meine beruflichen Tätigkeiten: Ich bin erst Leiter des Labors Reaktorbetrieb in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt gewesen und bin anschließend, als Bundeskanzler Brandt die Überwachung der Kerntechnik von der Förderung trennte, Referent für Druckwasserreaktoren im Innenministerium gewesen. Druckwasserreaktoren - ich glaube, ich brauche das dem Ausschuss nicht zu sagen - sind der Haupttyp von Reaktoren, die in Deutschland betrieben werden.

Der wissenschaftliche Schwerpunkt meiner Arbeit nach 1977, wo mich die PTB für

die neue Aufgabe der Entsorgung von Bonn zurückgeholt hat, waren Sicherheitsfragen der nuklearen Entsorgung, und zwar als Abteilungsleiter in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und als Fachbereichsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz.

Das wäre alles, was ich dazu sagen wollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Aber wir brauchen bitte noch Ihren Wohnort für das Protokoll.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

[REDACTED]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank. - Bevor wir nun die Vernehmung in der Sache beginnen können, würde ich Herrn Spinczyk-Rauch noch um einige Ausführungen bitten.

MDg Alexander Spinczyk-Rauch

(BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Lieber Herr Professor Röthemeyer, noch mal für Sie hinsichtlich der aus Ihrer Sicht sicherlich etwas kompliziert formulierten Aussagegenehmigung folgende Erläuterungen:

Die Aussagegenehmigung muss natürlich - dafür bitte ich um Verständnis - einige formaljuristische Punkte abarbeiten. Sie ist im Übrigen auch vom Kabinett so gebilligt im Zusammenhang mit Aussagegenehmigungen für Zeugen im Asse-Untersuchungsausschuss.

Ich möchte jedoch betonen - auch zu Protokoll geben -, dass Sie völlig sorgenfrei, sozusagen frei von der Leber weg - ich formuliere das jetzt mal bewusst ein klein wenig umgangssprachlich -, alle Fragen, die heute der Ausschuss an Sie richtet, beantworten können, weil die Wahrscheinlichkeit, dass der Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung bei der Fragestellung oder bei Ihrer Antwort berührt wird oder gar verletzt wird, sehr, sehr niedrig oder sehr gering ist - man könnte fast sagen: vernachlässigbar gering -, weil die Vorgänge, um die es hier geht, der Untersuchungsgegenstand des Untersuchungsausschusses, aber insbesondere auch das Beweisthema, um das es hier bei Ihrer Zeugenvernehmung heute geht, ja zum Teil mehrere Jahrzehnte zurückliegen. Es handelt sich fast ausnahmslos um abgeschlossene Vorgänge. Deswegen wollte ich Sie an dieser Stelle eigentlich auch ermun-

tern, sich da keine Sorgen zu machen hinsichtlich der formaljuristischen Formulierungen und Einschränkungen in der Aussagegenehmigung. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Spinczyk-Rauch. Für den Fall eines Falles haben wir Sie ja immer noch im Raum und als Ansprechpartner greifbar.

Dann können wir tatsächlich mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Wenn Sie es wünschen, Herr Professor Röthemeyer, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 Untersuchungsausschussgesetz die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie das nicht möchten, würden wir gleich Fragen an Sie richten. Das liegt nun ganz an Ihnen. Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich würde das sehr gerne tun, weil die öffentliche Resonanz, die einige Pressemitteilungen hervorgerufen haben, nicht ganz im Einklang ist mit meinen fachlichen Bewertungen. Ich glaube, das könnte als Klarstellung dienen.

Danken möchte ich Herrn Spinczyk-Rauch für die Worte, die er gerade gefunden hat. Beruhigt war ich allerdings schon durch seine Infos, die er mir gestern geschickt hat.

Meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende, Sie sehen vor sich einen Mann, einen Menschen, der sicherlich nicht mehr zu den Jüngsten gehört, und ich soll Ihnen Rede und Antwort stehen zu Dingen, die Jahrzehnte zurückliegen. Ich hoffe, dass jetzt ein Effekt eintritt, den Goethe schon in seinem Faust, Teil I, beschrieben hat:

Was ich besitze, seh ich wie im Weiten.

Und was verschwand, wird mir zu Wirklichkeiten.

Die Wirklichkeiten orientiere ich nicht nur an den Erinnerungen selbst, sondern auch an - zum Glück - vielen Veröffentlichungen und Vorträgen, wo ich dann immer sehen konnte, ob das, was mir in Erinnerung war, mit diesen 87 Vorträgen und über 62 Veröffentlichungen und zwei Büchern, auch zur Endlagerung radioaktiver Abfälle, im Einklang ist.

Ich werde mich hier an einem Manuskript orientieren, das, Frau Vorsitzende, wenn der

Ausschuss Interesse hat, ich in einer Kopie zur Verfügung stellen kann, schon deswegen, weil ich praktisch jede wichtige Aussage belege durch ein Literaturzitat, sodass jeder in diesem Ausschuss - oder wer auch immer sich dafür interessiert - hier Details nachlesen kann, wenn er das will.

Ich gehe im Folgenden auf wichtige mich betreffende Fragen des Untersuchungsziels dieses Ausschusses ein und erlaube mir auch, am Schluss meine persönliche Meinung zu der Frage 26 zu sagen.

Zu der Geschichte im Jahre 2009; ich rolle das jetzt mal von hinten auf, also von den aktuelleren Themen. Ich habe leider ein sehr verhängnisvolles Interview der Tageszeitung *taz* gegeben, und zwar geht es um die Jubiläumsausgabe der Zeitung vom 18. bzw. 19.04.2009. Da erschien ein Artikel mit der Überschrift „Politischer Druck - Gorleben - Bereits in den 80er-Jahren gab es Zweifel an Eignung des Salzstocks als Atomendlager“. Der Artikel ging, wie ich schon sagte, auf ein Interview mit mir zurück.

Ich selbst ging dabei davon aus, dass längst Bekanntes aus historischen Gründen - wegen der Jubiläumsausgabe - noch mal in das Gedächtnis der Leser zurückgerufen werden sollte, längst bekannt deshalb, weil der „politische Druck“ - das habe ich hier in Anführungsstrichen geschrieben - schon damals in Anhörungen im Niedersächsischen Landtag - ich denke, 1983 - und im Innenausschuss des Bundestages und in den Medien breit diskutiert worden war.

Im Landtag hatte ich zunächst das Kapitel „Zusammenfassende Bewertung“ unseres zusammenfassenden Zwischenberichtes von 1983 - er heißt „Zusammenfassender Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ - unter Beachtung der entsorgungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung vertreten. Zu diesen Vorstellungen komme ich gleich noch.

Dann wurde ich jedoch mit dem Entwurf „Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse“, den die PTB am 06.05.1983 an die in Gorleben beteiligten Wissenschaftler und Institutionen als Entwurf verschickt hatte, konfrontiert. Dieser ist irgendwie ins Parlament geraten, und natürlich wurde gleich der Finger darauf gelegt, dass ich das Thema „Alternative Standorte“ nicht angesprochen habe, während in diesem Entwurf dieses Thema doch deutlich herausgehoben wurde.

Es begann damals eine breite öffentliche Diskussion über die Einflussnahme der Poli-

tik, und sie hat mich schon damals tagelang, wie auch 2009, in Atem gehalten.

Auch im Innenausschuss des Bundestages kam das Thema erneut zur Sprache, berührte aber natürlich auch andere Gesichtspunkte.

Das Interview mit der *taz* hatte ich selbst als Chance gesehen, auf die seit 1983 veränderten Rahmenbedingungen und die Erkundungsergebnisse hinzuweisen. Ich muss betonen, dass der Journalist, der mich interviewt hatte, ein alter Bekannter von mir war - wir hatten früher schon vor Ort miteinander gesprochen -, sodass ich eigentlich davon ausging, dass mein Interview vollständig wiedergegeben würde. Leider war das nicht der Fall. Das sich aus den neuen Rahmenbedingungen und den Erkundungsergebnissen heute ergebende positive Bild für die Entsorgung und den Standort Gorleben passte aber offensichtlich nicht in das Skandalzenario, was leider durch das *taz*-Interview in die Politik kam.

Mir ist leider auch ein ähnliches Schicksal im Politmagazin *Kontraste* widerfahren. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, aber ich habe einen Vermerk über dieses Interview meinen Ausführungen beigelegt, sodass jeder sehen kann, wie heute manche Interviews so verkürzt wiedergegeben werden, dass sie die Realität nicht sachgerecht wiedergeben.

Jetzt möchte ich zunächst auf die Gründe eingehen, das Thema „Alternative Standorte“ 1983 unter Fachleuten zur Diskussion zu stellen. Ich zitiere hierbei auch persönliche Schreiben, die ich bislang in der Öffentlichkeit nicht breitgetreten habe - ich habe mich auch nicht darauf bezogen -, nur deshalb, weil sie im Internet inzwischen veröffentlicht sind, um den Standort Gorleben als nicht-geeignet erscheinen zu lassen.

Zur Zulässigkeit dieser Veröffentlichung nimmt der BMU mit Schreiben vom 04.11.2009, und zwar der ehemalige Leiter des Pressereferates, wie folgt Stellung:

Eine Prüfung des Vorgangs durch den Datenschutzbeauftragten des Bundesumweltministeriums hat bestätigt, dass die ... Daten nicht von den Bestimmungen des Datenschutzrechts gedeckt war. Daher wurde unverzüglich nach Eingang Ihres Schreibens veranlasst, dass alle in den Anhängen des Berichts enthaltenen persönlichen Daten unkenntlich gemacht werden ...

Ich habe mich überzeugt, dass das dann auch der Fall war; aber natürlich können Sie und kann jeder leicht die ungeschwärzten Daten aus dem Internet holen. Was da mal drin ist, das bleibt darin bestehen. Ich habe zum Teil auch jahrzehntealte Dinge aus dem Hannoverschen Wendland dort wiederentdeckt.

Ich gehe jetzt aber auf die Gründe ein, die uns damals veranlassten, das zu tun. Wie gesagt, zitiere ich drei Professoren, von denen ich zumindest zwei bislang noch nicht erwähnt habe.

Zum einen ist es Professor Memmert. Er war Leiter des Forschungsvorhabens des BMFT „Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung“, kurz PSE; ich werde dieses Kürzel später öfter benutzen. Er schrieb mir am 02.08.1982:

Zwar hoffe und glaube ich, daß wie oben erwähnt der Nachweis der Sicherheit des Endlagers Gorleben möglich sein wird, möglicherweise jedoch erst nach langem Kleinkrieg und hohem Aufwand! Und das für einen Standort, der doch nur ‚einer der zweitbesten‘ sein dürfte.

Professor Duphorn schrieb - ich glaube, sogar aus Wellington; er ist Quartärgeologe und war von uns als Fachmann auch für die Quartärgeologie am Standort Gorleben beschäftigt - einfach: „Erkundung anderer Standorte“.

Das schwierigste Kapitel der Professoren, die ich jetzt aufzähle - das für mich schmerzlichste, aber dann doch hoffnungsvollste -, ereignete sich mit Professor Herrmann. Professor Herrmann ist Mineraloge und Geochemiker. Er schrieb am 28.04.1983:

Auf Grund der geologischen Situation im Untergrund der Bundesrepublik Deutschland sowie unter Beachtung zukünftiger Probleme (z. B. Wasserversorgung) sehe ich für unser Land in absehbarer Zeit keine realisierbare Alternative zu der geplanten Endlagerung radioaktiver Abfälle in Salzstöcken Norddeutschlands.

Jetzt ein anderer Satz:

Wenn die Wissenschaftler keinerlei Möglichkeiten zur Erkundung weiterer Evaporitkörper erhalten, stehe

ich vor einer Weiche. Ich muss dann in Erwägung ziehen, ob für mich überhaupt noch ein Spielraum gegeben ist für weitere Beiträge zu einer möglichst optimalen und wissenschaftlich fundierten Realisierung des Salzstock-Konzeptes.

Hier möchte ich eine Anmerkung machen. Der dauerhafte Rückzug von Professor Herrmann wäre für die PTB ein kaum zu ersetzender Verlust gewesen. Nur Professor Herrmann hat uns seit 1978 auf das mögliche Vorkommen von Lösungen vorbereitet, wie sie im Salzstock Gorleben und über einen Tiefenbereich von rund 2 000 Meter angetroffen wurden. Auch dies wird natürlich durch ein Literaturzitat belegt.

Jetzt der zweite fachliche, sachliche Gesichtspunkt, der bekannt sein dürfte, den ich aber wiederholen möchte; er betrifft die Barrieren Deckgebirge und Salzstock. Bei einem Endlagerkonzept in einem bergbaulich zu erschließenden Salzstock stellt der Salzstock die bei weitem wichtigste Barriere für die Langzeitsicherheit dar. Die Bewertung dieser Barriere war vor der untertägigen Erkundung mit großen Unsicherheiten behaftet.

Bei einer Nichteignung des Standortes Gorleben wegen unzureichender Barrieren Deckgebirge bzw. Salzstock wären Jahrzehnte vergangen, bis ein neuer Standort benannt, erkundet und ein Endlager nach einem Planfeststellungsverfahren errichtet worden wären. Der zwischenzeitlich angefallene und oberirdisch zu lagernde radioaktive Abfall hätte nur in Jahrzehnten eingelagert werden können.

Damals gingen wir von einer Kernkraftwerkskapazität, wie es auch im zusammenfassenden Zwischenbericht steht, von 50 Gigawatt, das heißt etwa 50 Großkraftwerken, und einer Betriebsdauer des Endlagers von 50 Jahren aus. Der Entsorgungsbeitrag der Schachanlage Asse¹ war noch nicht klar. Der Plan Konrad wurde erst 1986 eingereicht. Ich möchte jedoch anmerken, dass das von der PTB entwickelte endlagergerechte Erfassungssystem für radioaktive Abfälle schon früher zu ersten Vorstellungen über die Einlagerungskapazität dieser Schachanlage geführt hat. Wir haben schon 1978 diese endlagergerechte Erfassung

bewusst vorgenommen und vorbereitet, weil die Bedingungen in der Asse für eine endlagergerechte Bewertung der Sicherheit nicht ausreichend waren.

Jetzt möchte ich die aufgeführten Gründe aus heutiger Sicht bewerten. Leider ist es mir bisher nicht gelungen, diese Gründe irgendwie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Zunächst möchte ich auf Professor Memmert zu sprechen kommen. Professor Memmerts Bewertung beruht auf einem Vergleich der Deckgebirgssituation am Standort Gorleben mit der am damals geplanten dänischen Endlagerstandort Mors. An beiden Standorten sollten völlig unterschiedliche Endlagerkonzepte realisiert werden. In Deutschland musste die vergleichbar große Abfallmenge, 50 Gigawatt, in ein Endlagerbergwerk eingebracht werden. In Dänemark sollten für eine Kernkraftwerkskapazität von 6 Gigawatt Tiefbohrlöcher von 2 500 Meter für die Endlagerung nur von hochaktivem Abfall in einen tief liegenden Salzstock gebohrt werden.

Da der Salzstock nur unmittelbar um diese Tiefbohrlöcher erkundet werden konnte, kam dem Deckgebirge im Gegensatz zu Gorleben, worauf ich später noch eingehen werde, eine entscheidende Barrierenfunktion zu. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Salzendlagerbergwerks in Deutschland und der Konzepte in Dänemark und den Niederlanden wurden 1984 federführend von der PTB erarbeitet und auf Einladung der Internationalen Atomenergie-Organisation auf einer internationalen Konferenz vorgetragen.

Mein Antwortschreiben vom 09.08.1982 an Professor Memmert wurde ebenfalls im Internet veröffentlicht. Der BMU hielt in seinem Bericht nur den Satz aus meinem Brief an Herrn Memmert für erwähnenswert:

Wir müssen in dieser Frage zu einer vertieften und vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen, um im Interesse der Entwicklung der Kerntechnik in unserem Lande auf Fakten basierende Entscheidungen fällen oder vorbereiten zu können.

Der BMU hielt nur diesen Satz für erwähnenswert. Die entscheidenden Sätze wurden aber weder vom BMU gewürdigt noch vom investigativen Journalismus erkannt.

Diese Sätze weisen darauf hin, dass die Störfallbetrachtungen über den Wasserpfad von den in einem PTB-Bericht - ich will den

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Asse“, setze „Konrad“ sowie Anmerkung des Zeugen hierzu: „Hier spreche ich ganz eindeutig nur von der Schachanlage Konrad, nicht von der Asse.“, Anlage 1

langen Titel jetzt nicht vorlesen - beschriebenen umfassenden Störfallmöglichkeiten auszugehen haben. Jetzt füge ich das doch ein; der Bericht hieß: „Störfälle als Folge des Zuflusses von Wässern oder Salzlösungen in ein Salinar-Bergwerk in steiler Lagerung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“. Auch dieser Bericht wurde als Infoblatt schon 1982 veröffentlicht, war also eigentlich jedem bekannt, hätte jedem bekannt sein können.

Der zweite Punkt, den ich geschrieben habe, ist, dass die Quantifizierung und die Bewertung der Barriere Deckgebirge für alle Abfallkategorien als eine Entscheidungsbasis zur zukünftigen Nutzung des Salzstocks Gorleben herangezogen werden muss und dass drittens zu einem ersten Abstimmungsgespräch mit den Betroffenen noch im September eingeladen wird.

Das Ergebnis dieses Gespräches - das haben wir natürlich geführt, und zwar termingerecht - bestätigt die entscheidende Bedeutung der von der PTB in Zusammenarbeit mit Professor Herrmann erarbeiteten Störfallszenarien und auch die Möglichkeiten der Vermeidung solcher Störfälle; das ist der Bericht, dessen Titel ich vorhin vorgelesen habe. Im BMFT-Schreiben vom 13.05.1983 - das ist das Schreiben, was dazu benutzt wurde, dass wir in sachlichen und fachlichen Fragen uns dem Druck der Politik gebeugt hätten; dieses Schreiben meine ich, das im Einvernehmen mit dem BMU geschrieben wurde - wird der Störfall über den Hauptanhydrit angesprochen.

Wir haben aber im zusammenfassenden Zwischenbericht - das wurde auch nie erwähnt - entsprechend diesem Bericht auch Zuflüsse über die Schächte betrachtet und vor allen Dingen auch über Umbildungsprozesse innerhalb des Salzstocks. Letztere Prozesse, nämlich Mineralreaktionen und Stofftransporte, wurden damals allein von der PTB betrachtet, und wir haben in Zusammenarbeit mit Professor Herrmann und unter Berücksichtigung seiner Forschungsergebnisse dieses allein auch durchgesetzt.

Diese umfassenden Störfallmöglichkeiten sind im zusammenfassenden Zwischenbericht aufgeführt und nicht, wie im BMFT-Schreiben empfohlen, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung weggerückt. Sie wurden auf 29 Seiten genau an der Stelle platziert, wo sie hingehören, nämlich nach den Kapiteln, die Voraussetzung für Sicherheitsanalysen sind: der Standort, die geologischen Verhältnisse, das Bergwerk zur Er-

kundung des Salzstockes und das Endlager selbst mit seinen Abfällen. Wer den zusammenfassenden Zwischenbericht hat, kann das ja sogar sofort nachprüfen.

Die Schlagzeile, die in einer bekannten deutschen Zeitung erschienen ist - „Kohls Minister schönen Gutachten zu Gorleben“ -, basiert also hier nicht auf einem investigativen - ich möchte es lieber auf Deutsch sagen: enthüllenden - Journalismus, sondern eher auf einem verhüllenden.

Ähnlich verhält es sich mit der Überschrift „Hypothetischer Störfall“. Die im zusammenfassenden Zwischenbericht aufgeführten Störfälle werden nicht als hypothetisch dargestellt. Sie beruhen auf den Erfahrungen im Schacht- und Salzbergbau, auf Naturbeobachtung und auf Störfällen, die durch das Einlagerungsgut bedingt sein können. Wenn ich über Professor Duphorn spreche, wird das, was ich zuletzt gesagt habe, noch deutlicher.

Am 10.09.1982 fand in der PTB die in dem Brief an Professor Memmert angekündigte Besprechung statt. Sie diente dazu, im Kreis von Fachleuten die von Professor Duphorn in seinen Thesen getroffenen Feststellungen interdisziplinären Charakters zu diskutieren. Als Ergebnis dieses Gesprächs liegt eine gemeinsam erarbeitete Stellungnahme vor, die von allen Beteiligten getragen wurde. Teilnehmer an dieser Besprechung waren neben Herrn Professor Duphorn und seinem Mitarbeiter die Vertreter von BGR - ich lese das mal in Kurzform -, DBE, Deilmann-Haniel, einer Schachtbaufirma, PSE - Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ - und der PTB. Die Besprechung fand als Fortsetzung von Einzelgesprächen statt, die die PTB vorausgehend geführt hatte.

Grundlage des gemeinsamen Fachgesprächs am 10.09.82 waren neben den Aussagen von Professor Duphorn die Ausarbeitungen und Stellungnahmen von Professor Herrmann, Professor Memmert, Deilmann-Haniel und PTB. Das Fazit der Besprechung war - ich zitiere wörtlich -:

Bevor endgültige Eignungsaussagen gemacht werden können, muss eine Berechnung des Wasserpfades auf der Basis der im PTB-Bericht ... enthaltenen Szenarien für sicherheitsrelevante Abfallkategorien erfolgen.

Auch das Ergebnis dieser Besprechung mit viel mehr Details haben wir 1982 als Infoblatt veröffentlicht.

Jetzt komme ich auf Professor Herrmann zu sprechen. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Frage alternativer Standorte nicht im zusammenfassenden Zwischenbericht zu behandeln, hat zur Unterbrechung der seit 1978 bestehenden fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen PTB und Professor Herrmann geführt.

Ich möchte jetzt hier eine lange Streitfrage ganz kurz dazwischenschieben. Ob es sich bei dem Gespräch mit den Ressorts am 11.05.83 um eine Weisung oder nur um eine Bitte oder Empfehlung - diese ganzen Begriffe habe ich aus dem Internet - gehandelt hat, mögen die Juristen entscheiden. Für die heutige Situation ist dies wirklich völlig irrelevant. Ich persönlich habe die Forderung aber als Weisung verstanden und laut Protokoll Folgendes gesagt:

Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen.

Mir war hierbei klar geworden, dass es sich um eine entsorgungspolitische Entscheidung handelt, die eine Fachbehörde hinnehmen muss. Argumentiert wurde nämlich entsorgungspolitisch: Unruhen an anderen Standorten und Ähnliches.

Der BMI hat abschließend nach Protokoll folgende Meinung vertreten:

BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Rein wissenschaftlich-technische Bewertungen hätte die PTB niemals gegen ihre Überzeugung geändert, wie ich vorhin an dem Beispiel des Ziegler-Briefes gezeigt habe. Dies hat auch der damalige Präsident, den Sie ja auch heute noch vernehmen, Professor Dr.-Ing. Dieter Kind, vor dem Untersuchungsausschuss Asse des Niedersächsischen Landtages betont:

In fachlichen Fragen haben wir ganz bestimmt keine Einflussnahme gegen unseren Willen und unsere Überzeugung akzeptiert.

Die Chance, geeignete Standorte auszuwählen, ist sicherlich auf der Basis verbindlicher Kriterien größer als beim Fehlen dieser Voraussetzung. Entscheidend sind jedoch die Befunde am Standort selbst; das sage ich

nicht nur als seine² Meinung, das wurde auch international mit diesem Ergebnis diskutiert.

Diese Befunde³ und die sie begleitenden wissenschaftlichen Arbeiten führten zu einer Wiederannäherung zwischen der PTB und Professor Herrmann. Das wurde in einem Leserbrief an die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vom 17.10.1985 deutlich. Hier nahm Professor Herrmann Stellung zu einem Bericht in dieser Zeitung und zu zwei Leserbriefen. Es ging um einen Vortrag, den ich vor der Gorleben-Kommission am 12.09.85 gehalten habe. Die Gorleben-Kommission war ein Zusammenschluss von Kommunalvertretern im Wendland. Sie wurde geleitet vom damaligen Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill, und sie diente dem Zweck, die politischen Vertreter aus den Kreisen, aus dem Wendland jederzeit über den neuesten Stand informieren zu können, und wir standen auch immer bereit für Informationen jeder Art.

Ich hatte den Vortrag dort gehalten, und ich möchte aus dem Leserbrief von Professor Herrmann zwei Sätze sagen:

Die von Prof. Röthemeyer gemachten Annahmen sowie ihre graphische Darstellung sind wissenschaftlich korrekt. ... Ich kenne das Gefühl der Demütigung, wenn Endlagerkreise und Politiker glauben, auf wissenschaftlich fundierte Argumente mit persönlichen Diffamierungen und Unterstellungen antworten zu müssen.

Dies war eine von vielen Gelegenheiten, wo ich Professor Herrmanns Ethos als Hochschullehrer bewunderte, nämlich sein Bestes zu tun, um als akademischer Forscher und Lehrer der Wissenschaft zu dienen und die akademische Jugend im Geiste der Wahrheit zu erziehen, zu der Sie, Frau Vorsitzende, mich vorhin ja auch verpflichtet haben.

Die intensivste Phase der Zusammenarbeit mit Professor Herrmann begann jedoch 1986 nach der PTB-Veröffentlichung *Langzeitsicherheit von Endlagern - Zeitrahmen für Sicherheitsbetrachtungen - Bewertung der Subrosion des Salzstocks Gorleben*. In dieser Arbeit wird ein Toxizitätsvergleich der Abfälle aus der Kohleverbrennung und den Kernkraftwerken vorgenommen. Er bestätigte

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „seine“, setze „meine“, Anlage 1

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Diese Befunde“, setze „Die Erkundungsbefunde“, Anlage 1

die schon lange von Professor Herrmann erhobene Forderung, dass den chemisch-toxischen Abfällen dieselbe Bedeutung beizumessen ist wie den radioaktiven. Mit den Worten: „Herr Röthemeyer, wir haben uns immer noch was zu sagen“, kommentierte er diese Arbeit.

Unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet führte 1998 zu einem gemeinsamen Buch: *Langfristig sichere Deponien: Situation, Grundlagen, Realisierung*, in dem erstmals Vergleiche radioaktiver und chemisch-toxischer Abfallströme auf einer gemeinsamen Bewertungsbasis vorgenommen werden. Für die Bewertung des Standortes Gorleben und seines Deckgebirges war aber auch die Aussage entscheidend, dass das Isolationspotenzial geologischer Systeme bis zu etwa 1 Million Jahre bewertet werden kann. Als ich diese Aussage zum ersten Mal bei der Gorleben-Kommission machte, hat man mich ausgelacht. Ich komme darauf aber noch zu sprechen.

Ich komme jetzt zu den Folgerungen, die das für die Bewertung des Deckgebirges des Salzstocks Gorleben hat. Wenn das Isolationspotenzial eines Standortes bis zu 1 Million Jahre bewertet werden kann oder muss, dann muss auch das Deckgebirge hinsichtlich zukünftiger Eiszeiten bewertet werden. Ich möchte noch den Einschub bringen: Der von Minister Trittin einberufene Arbeitskreis „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“, wo ja Wissenschaftler mit unterschiedlichen Ansichten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vereint gearbeitet haben, hat sich dieser 1-Million-Jahre-Empfehlung oder -Bewertung angeschlossen. Sein Bericht ist ja seit langem veröffentlicht.

Die Forderung, auch das Deckgebirge hinsichtlich zukünftiger Eiszeiten zu berücksichtigen, gilt auch unter Berücksichtigung der anthropogenen Einflüsse auf das Klima, die wir auch untersucht haben. Es wird zwar Zehntausende von Jahren brauchen, bis sie nach Modellvorstellungen wieder abgearbeitet oder wieder verschwunden sind; aber Eis- und Kaltzeiten werden Sie über diesen Zeitraum nicht vermeiden können. Die Schlussfolgerung hieraus ist folgende: Die heutige Beschaffenheit des Deckgebirges führt zu einem wirksamen Schutz des Salzstocks gegen zukünftige eiszeitliche Erosionsereignisse und zu einer hohen Verdünnung im Fall einer auch störfallbedingten Schadstofffreisetzung.

Ich komme jetzt zum Salzstock selbst bzw. zur Gorlebener Rinne, auch ein seit Jahrzehnten betrachteter angeblicher Schwachpunkt. Die Gorlebener Rinne kann auch als natürliches Langzeitexperiment bewertet werden. Die Natur hat hier unter extremen Belastungen und dynamischen Bedingungen das Isolationspotenzial des Salzstocks auf seine Langzeitwirkung getestet, und das mit einem ganz eindeutigen Ergebnis. Trotz des vielfältigen geologischen Geschehens, welches im Verlauf von über 200 Millionen Jahren im Deckgebirge und an der Erdoberfläche stattgefunden hat, sind die bisher im Salzstock untersuchten Gesteine in ihrem mineralogischen und auch chemischen Stoffbestand praktisch unverändert geblieben. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die über der 840-Meter-Sohle, die zurzeit aufgefahren ist, lagernden Steinsalzschieben noch für über 8 Millionen Jahre ihre Barrierenfunktion behalten werden.

Ich komme jetzt zum Thema „Glaubwürdigkeit und Akzeptanz“ aus der heutigen Sicht. Glaubwürdigkeit und Akzeptanz müssen auf einer objektiven wissenschaftlich-technischen Bewertungsbasis beruhen. Dies wird auch in der Entsorgungskonvention von 1997 - der wirkliche Titel heißt „Gemeinsames Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle“ - gefordert. Diese Konvention hat Deutschland unterzeichnet. Hier wird auch die Verpflichtung des Staates gefordert, Kriterien für die Endlagerung, für die Entsorgung zu erarbeiten. Eine verbindliche Bewertungsbasis gibt es in Deutschland jedoch noch nicht.

Übergeordnete Anforderungen wie das Atomgesetz oder die Strahlenschutzverordnung genügen nicht. Hier sind endlagerspezifische, konkrete wissenschaftlich-technische Anforderungen nötig, wie sie zum Beispiel der AkEnd erarbeitet hat. Der Arbeitskreis „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ hat für diese Kriterien gefordert, dass sie bis 2004 verbindlich vorliegen müssten, um Zielvorstellungen, die wir damals hatten - Endlager bis 2030 zu realisieren -, ermöglichen zu können. Wir haben heute 2010. Der AkEnd hat auch, um die Akzeptanz eines Standortes zu erhöhen, sozialwissenschaftliche Kriterien vorgeschlagen. Warum diese Kriterienvorschläge nicht weiterverfolgt wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Man hätte sie auch unabhängig von der Benennung eines zwei-

ten Standortes, einfach um eine verbindliche Bewertungsbasis für Gorleben zu haben, verabschieden können.

Im Jahre 2007 hat die Gesellschaft für Reaktorsicherheit dem BMU ebenfalls einen Kriterienentwurf vorgelegt. Er befindet sich zurzeit im Abstimmungsprozess mit den Ländern. Dazu kann ich leider nicht mehr sagen, weil das BfS da auch nicht vollständig informiert ist. Auch die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und zwar deren Nukleare Energieagentur, ist in einem Bericht auf die Bedingungen eingegangen, die zur Vertrauensbildung in die Bewertung der Langzeitsicherheit eines Endlagers und damit zur Akzeptanz eines Standortes notwendig sind. In diesem Bericht werden die teilweise oben beschriebenen, auf Naturbeobachtungen beruhenden Ergebnisse an den deutschen Standorten Konrad und Gorleben als beispielhaft zitiert. Viele haben uns beneidet, dass wir solche klaren, eindeutigen Naturbeobachtungen an unseren Standorten machen konnten.

Die Akzeptanzfrage ist bei Gorleben mit der Erkundung anderer Standorte bis in die Gegenwart hinein verknüpft worden. Aber auch diese Frage muss aus heutiger Sicht neu bewertet werden. Die PTB hat die bei Gorleben strittige Frage des Massenverlustes, der Subrosion des Salzstockes, mit globalen Daten verglichen. Die Geologen gehen ganz allgemein bei Salzlagerstätten von einer MassenHalbwertszeit⁴, also einer Zeit, wo die Hälfte der Lagerstätte abgelaugt wurde, von 200 Millionen Jahren aus. Der Standort Gorleben wurde auf dieser Basis mit globalen, bis zu 570 Millionen Jahre alten Evaporiten mit folgendem Ergebnis verglichen: Die Standortdaten sind im Einklang mit den globalen Daten, sodass die Untersuchung anderer Salzstockstandorte diesbezüglich keine besseren Ergebnisse erwarten lässt. - Auch die Befunde im Innern des Salzstockes, über die ich schon berichtet habe, nämlich keine Teilnahme am Wasserkreislauf im geplanten Endlagerbereich seit über 200 Millionen Jahren, könnten eigentlich besser nicht sein.

Neuere Bewertungen gibt es auch hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Endlagerstandorten. Die Findung eines sicherheits-

mäßig bestmöglichen Standortes ist aus naturwissenschaftlichen Gründen nicht möglich. Möglich ist jedoch eine Eignungsaussage. Sie muss auf Naturbeobachtungen und Sicherheitsanalysen unter Beachtung verbindlicher Kriterien beruhen. Ich möchte Sie jetzt nicht damit langweilen, dass ich Ihnen die Grundlagen der Bewertungsbasis für Endlager jetzt - von Galilei angefangen bis Heisenberg - zitiere; ich möchte Ihnen das nur anhand einer Kant-Adaption klarmachen. Kant hat in seiner *Kritik der reinen Vernunft* gesagt, dass Begriffe ohne Anschauung leer und Anschauungen ohne Begriffe blind sind. Für Endlager gilt analog: Naturbeobachtungen ohne Sicherheitsanalysen sind blind, und Sicherheitsanalysen ohne Naturbeobachtungen sind leer.

Jetzt komme ich langsam zum Ende, und ich bitte um Entschuldigung, dass ich vielleicht etwas zu lange geredet habe. Ich möchte auf mögliche Folgen eingehen, falls Gorleben heute nicht geeignet ist. Wir haben ja nur einen kleinen Bereich untersucht, und ich habe die Bewertung aus unserer Sicht dargelegt. Heute sind in Deutschland 20 Gigawatt am Netz. Die Wiederaufarbeitung entfällt mit ihrem Anteil von etwa 40 Prozent an den radioaktiven Abfällen, damals 24 000 Kubikmeter pro Jahr. Ein zweites Endlager ist in der Errichtungsphase, nämlich Konrad. Es kann etwa 90 Prozent der anfallenden radioaktiven Abfälle aufnehmen. Bis 2040 werden - unter Berücksichtigung des Ausstiegsszenariums, muss ich sagen - insgesamt unter 300 000 Kubikmeter an Abfällen für Konrad und unter 30 000 Kubikmeter wärmeentwickelnde Abfälle für ein Endlager vom Typ Konrad anfallen. Die bisherige Bewertung der untertägigen Erkundungsergebnisse lässt uns hoffen, dass Gorleben für die in Deutschland anfallenden wärmeentwickelnden Abfälle geeignet ist. Falls Gorleben sich trotzdem als ungeeignet erweisen sollte, stellt die Zwischenlagerung dieser geringen Abfallmengen, nämlich 30 000 Kubikmeter, kein technisches Lagerproblem dar.

Gestatten Sie mir auch noch ein Fazit und einen Appell. In Deutschland dauern die Diskussionen um die Endlagerung radioaktiver Abfälle, insbesondere am Standort Gorleben, bereits mehrere Jahrzehnte. An keinem anderen Beispiel ist die Disparität zwischen wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen und Schlussfolgerungen einerseits sowie wechselnden Ideologien, Interessen

⁴ Korrektur des Zeugen: streiche „MassenHalbwertszeit“, setze Massen-Halbwertszeit“, Anlage 1

und Einflüssen andererseits so deutlich geworden wie an dem geologischen System des Salzstocks Gorleben. Bis heute konnten daher im Wesentlichen nur Naturbeobachtungen zum Salzstock Gorleben gemacht werden. Verlässliche Sicherheitsanalysen auf der Basis der vorgestellten Szenarien waren wegen der noch nicht erfolgten vollständigen untertägigen Erkundung nicht möglich. Viele Jahre sind hier nutzlos verstrichen. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben sollte nun zügig wieder aufgenommen werden, damit nicht auch hier unsere Enkel- und Urenkelgeneration unsere Probleme lösen muss. Diese dürften kaum noch über die Reserven verfügen - ich erwähne Schulden, Ressourcenverknappung, demografische Entwicklung und die Fachkunde beim Ausstieg aus der Kernenergie -, um ein sicheres Endlager zu bauen und zu betreiben.

Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Röthemeyer, ganz herzlichen Dank für Ihre ausführlichen Anmerkungen. - Ich würde jetzt ganz gern vom Recht der Vorsitzenden Gebrauch machen, Sie als Erste zu Ihren Ausführungen fragen zu dürfen.

Anlass dieses Untersuchungsausschusses ist ja letztendlich eine Diskussion, die sich im Jahre 2009 ergeben hat, unmittelbar vor der Bundestagswahl, wo in der Presse einige von den Materialien, die Sie eben gerade benannt haben, als neu und bislang geheim an die Öffentlichkeit gebracht worden sind. Der damalige Umweltminister hat den Umfang, das Ausmaß dieses Skandals, wie es ja damals bezeichnet worden ist, mit dem von Parteispendenaffären verglichen.

Sie hatten eben ausgeführt und gesagt, dass die Erstellung dieses Zwischenberichtes Sie bereits damals in umfangreiche öffentliche Diskussionen verwickelt hatte. Darüber hinaus gibt es ja auch eine Kleine Anfrage der Bündnis-Grünen. Es gibt darüber hinaus Zeitungsartikel. Könnten Sie freundlicherweise noch ein wenig mehr erläutern, in welchem Umfang in den 80er-Jahren die Entscheidung der Bundesregierung bereits diskutiert worden ist?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das kann ich gerne tun, Frau Vorsitzende. Es wäre auch damals zu keinem „Skandal“ gekommen, wenn dieser Bericht, den wir als Entwurf und für die Diskussion mit den Wis-

senschaftlern aus den von mir genannten Gründen gefertigt hatten, mit der Empfehlung, alternative Standorte zu untersuchen, nicht auf irgendeinem Wege - es waren zu viele beteiligt - an die Presse gelangt wäre. Als Beispiel will ich nur ganz aktuell sagen: Ich kriegte gestern einen Anruf von einer deutschen Zeitung, ob es stimmt, dass die Aussagegenehmigung sehr kompliziert ist, und ob es auch eine einfachere gebe. Ich bin fast vom Stuhl gefallen und habe mich gefragt, wie diese Information nach außen gedrungen ist.

Ähnlich war es damals. Ich war natürlich als Beamter verpflichtet, entsorgungspolitische Vorstellungen der Bundesregierung nach außen zu vertreten - das muss jeder Beamte tun -, und habe das auch im Niedersächsischen Landtag gemacht. Aber ein anderes Mitglied dieser Anhörung hatte dann doch unseren Bericht, den Entwurf, den wir am 06.05. verschickt hatten, bekommen und hat meine Aussage zur alternativen Standortfrage, sozusagen im Einklang mit den Vorstellungen der Bundesregierung, sogleich konterkariert und meiner Erinnerung nach gesagt: Aber Herr Röthemeyer, wieso haben Sie an dem und dem Tag noch das hier geschrieben? - Das heißt, das war, genauso wie es 2009 war, für mich ein Skandal, und ich bin eine Woche beschäftigt gewesen, um die vielen Anrufe erledigen zu können. Ich stand damals noch im Telefonbuch mit meinem Namen; insofern war das dann auch für die Journalisten kein Problem, was es ja 2009 aus anderen Gründen auch nicht war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Mal ganz abgesehen von den Inhalten, auf die wir ja sicherlich im Weiteren noch mal kommen werden, Herr Professor Röthemeyer, war meine Frage jetzt aber lediglich: War das irgendwas, was ganz im Geheimen abgelaufen ist, was lediglich 2009 das erste Mal das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, oder aber war die Frage der Erstellung des Entwurfs eines Berichtes und dann des Berichtes selber, die voneinander abweichen, eine Tatsache, die letztendlich schon in den 80er-Jahren in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist? Sie hatten jetzt auch mehrfach den Niedersächsischen Landtag angesprochen. Das ist ja auch kein Gremium, wo nun ausschließlich nach Geheimschutzmaßnahmen gearbeitet wird. Das war eigentlich meine Frage an Sie. Ist das also 2009 ganz neu an die Öffentlichkeit geraten, diese Tatsache,

dass es einen Entwurf gibt und einen davon abweichenden Bericht, oder aber war nicht vielmehr schon in den 80er-Jahren, zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Berichtes, bekannt, dass es da einen Entwurf gab, der an der einen oder anderen Stelle von diesem abwich?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich will mal lax sagen: Es waren 2009 uralte Kamellen; denn dieselbe Diskussion oder - vielleicht besser wegen des Zeitunterschieds - die gleiche Diskussion mussten wir 1983 durchstehen. Vielleicht können einzelne Journalisten oder kann irgendjemand mal die Presse durchforsten, um zu sehen, was damals diskutiert wurde. Die Sitzungen im Landtag und, wenn ich mich recht entsinne, auch im Innenausschuss des BMI waren meines Erachtens öffentlich. Aber ganz klar, Sie haben recht: Es war die Wiederholung einer vor Jahrzehnten stattgefundenen Diskussion. Auf die Gründe, weshalb das wiederholt wurde - ich bin ja politisch neutral -, möchte ich nicht eingehen.

Ich habe auch dem Journalisten genau das gesagt: „Wollen Sie diese alten Kamellen noch mal bringen?“ Ich kann mich an seine Antwort nicht mehr erinnern; aber ich habe aus Fairnessgründen gehofft, dass dieser mit der Situation in Gorleben vertraute Journalist wenigstens in einem Nebensatz darauf hinweist, dass das eine Diskussion war, die bereits 1983 stattgefunden hat.

Ist das eine klare Antwort? - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Jetzt habe ich es verstanden. - Es geht ja letztendlich bei der Fragestellung, die wir hier betrachten, insbesondere darum, ob aus politischen Gründen der Bericht manipuliert worden ist, ob er dahin gehend manipuliert worden ist, dass möglicherweise sicherheitsrelevante Fakten, die im Entwurf des Berichtes noch vermerkt waren, dann im endgültigen Bericht nicht mehr vermerkt waren und dass von daher die alleinige Untersuchung des Standortes Gorleben sicherheitsrelevant die schlechtere Alternative ist. Sie haben nun in Ihren Ausführungen eben mehrfach darauf hingewiesen, dass sich die PTB niemals darauf eingelassen hätte, Fakten, die für sie in irgendeiner Art und Weise sicherheitstechnische Relevanz haben, in diesem Bericht nicht unterzubringen. Sie haben dabei unter anderem auf die Formation des Salzstocks - sprich: auf das An-

hydrit - hingewiesen, aber auch auf mögliche Lösungszuflüsse und auf die Formation des Deckgebirges. Könnten Sie dazu noch mal etwas sagen? Befinden sich Hinweise auf diese drei Fragestellungen nun in dem endgültigen Bericht, oder hat sich die PTB da irgendwie auf Modifikationen eingelassen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich hatte an dem Beispiel schon gesagt, dass - - Damit es noch klarer wird: In dem Schreiben des BMFT wurden zwei wichtige Punkte, zumindest für die Öffentlichkeit und in der Presse wichtige Punkte, genannt. Das eine war, dass wir uns in dieser zusammenfassenden Bewertung nicht an den Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle, die die Reaktor-Sicherheitskommission erstellt hat und die der Innenminister uns als zur Beachtung auferlegt hat oder angewiesen hat, orientieren sollten. Das war für mich eine - sagen wir einmal - didaktische Sache, um die zusammenfassende Bewertung leichter lesbar zu machen. Ich habe mich bei der anschließenden Informationsveranstaltung vor dem Schachtabteufen im Wendland wieder an der alten Form orientiert, indem ich in einem ersten Vortrag auf die Kriterien eingegangen bin, und mich in dem abschließenden Vortrag, wo die Bewertung des Salzstocks erfolgte, genau wieder an diesen Kriterien, zum Beispiel Deckgebirge Salzstock oder was auch immer da als Überschriften steht, orientiert. Das war für mich eine Frage der leichteren Lesbarkeit oder⁵ überhaupt kein Problem.

Der zweite Punkt, der wichtig ist oder in dem Schreiben angesprochen wird, ist die Frage des Störfallszenarios Hauptanhydrit. Wir sollten das weiter sozusagen an den Rand der Betrachtung rücken, und das haben wir nicht gemacht. Ich wiederhole mich hier: Störfälle kann man nur betrachten, wenn man die Rahmenbedingungen für die Störfälle vorher klar nennt. Deswegen ist das Störfallkapitel so geblieben, wie es von Anfang an war, und zwar auch nicht klein, sondern auf 29 Seiten. Daran hat sich also nichts geändert.

Auch das Wort „hypothetischer Störfall“, was dann später auch von der Zeitung übernommen wurde, ist in diesem Fall fachlich falsch. In dem Gespräch über die Probleme oder über die Fragen interdisziplinären Cha-

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „oder“, setze „aber“, Anlage 1

rakters mit Professor Duphorn und anderen hatten wir alle Fachleute zu diesen einzelnen Störfallszenarien bei uns versammelt, und alle haben uns attestiert, dass unser Bericht vom Schachtabteufen bis hin zu wissenschaftlichen Untersuchungen an Lösungen usw. fachlich korrekt ist, also nicht hypothetisch, sondern fachlich korrekt und sachlich bedingt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Vorwurf, Herr Professor Röthemeyer, der Bericht sei bezüglich sicherheitstechnischer Aussagen geschönt, ist demnach falsch?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Der ist auf jeden Fall falsch. Das Einzige, was wir an Anregungen oder Weisungen oder Empfehlungen übernommen haben - wie gesagt, damit sollten sich die Juristen beschäftigen -, ist, die Frage der alternativen Standorte nicht mit der Bewertung des Salzstocks Gorleben zu verknüpfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Röthemeyer, ist denn jemals von irgendjemandem der Fachleute, die da zusammen waren, infrage gestellt worden, ob denn der Salzstock in Gorleben untertägig erkundet werden soll?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Direkt hat Professor Duphorn ja empfohlen: Untersucht andere Standorte. - Dann gibt es eine zweite Stellungnahme von Professor Herrmann. Ich habe das Schreiben vorhin schon zitiert, und es steht, wie gesagt, im Internet. Herr Herrmann hat anfangs gefordert, dass, bevor untertägig erkundet wird, andere Standorte zu Vergleichszwecken untersucht werden sollten. Im Internet steht auch meine Randbedingung dazu; ich will sie hier auch erzählen. Da habe ich geschrieben: Wir müssen hier beachten, dass Professor Herrmann unsere Vorstellungen, nämlich Schacht abteufen und gleichzeitig, parallel andere Standorte von über Tage erkunden, nicht akzeptiert hat, sondern er will, bevor die Schächte abgeteuft werden, andere Standorte untersuchen. - Ich bin ja sehr detailliert darauf eingegangen, wie gerade Professor Herrmann in der Folgezeit diese seine Haltung aufgrund der wissenschaftlichen Ergebnisse korrigiert hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Sie haben eben auch die Frage der Alternativerkundung oder eben Nichtalternativerkundung gekennzeichnet als entsorgungspolitische Frage.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie das freundlicherweise noch mal dahin gehend erläutern: Wo ist jetzt der Unterschied zwischen entsorgungspolitisch und sicherheitsrelevant?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Unser Selbstverständnis in der PTB war so, wie es Professor Kind beim Asse-Untersuchungsausschuss formuliert hat. Die PTB hat ein sehr großes Selbstvertrauen. Über 100 Jahre existiert die PTB als wissenschaftlich-technische Anstalt, und es wäre in der PTB kaum möglich gewesen, Befunde, die die Nichteignung von Gorleben bestätigen würden, nicht wahrheitsgemäß zu sagen und zu veröffentlichen. Entsorgungspolitisch deswegen, weil die Antworten oder die Begründungen, die von politischer Seite, von den Resorts gekommen sind, entsorgungspolitischer Art waren, insbesondere die Unruhen, die man an anderen Standorten dadurch hervorrufen würde. Genauer kann ich es nicht sagen. Wissenschaftlich gesehen hätte man natürlich sogar einen Fehlschlag in Gorleben unter den damaligen Randbedingungen riskieren können. Es wäre aber sehr, sehr schwer gewesen, diese Riesenabfallmengen zeitgerecht zu entsorgen.

Und wenn ich mich recht entsinne, habe ich auch 1984 noch ein paar Zahlen erarbeitet, um sie bei der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss des Bundestages darzulegen. Es hätte sehr lange gedauert. Das ist aber letztlich eine Verantwortung der Politik, wenn sie riskieren will, größere Abfallmengen längerfristig zu lagern. Ich glaube, die Politik denkt heute ganz anders. Ich möchte an die Aussagen der Bundeskanzlerin erinnern, dass man wegen der schmutzigen Bombe sehr sorgfältig alle Abfälle betrachten muss. Es war für mich eigentlich eine Freude, das zu hören, weil es auch Druck auf die Realisierung von Endlagern macht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Professor Röthemeyer. - Ich möchte jetzt noch mal auf die Zeit einge-

hen, über die wir sprechen, die Jahre 1982, 1983, 1984. Am 1. Oktober 1982 hat das konstruktive Misstrauensvotum gegen die damals SPD-geführte Bundesregierung stattgefunden. Danach begann die Regierungszeit der Regierung Kohl. Sie haben nun in der PTB während der ganzen Zeit, natürlich nicht erst seit 1983 und auch nicht erst seit dem 1. Oktober 1982, sondern selbstverständlich auch vorher, eng mit Institutionen der Bundesregierung und mit Häusern der Bundesregierung zusammengearbeitet, mit entsprechenden Personen, die aus den Häusern entsandt worden sind.

Gibt es aus Ihrer Erinnerung eine Änderung, möglicherweise sogar einen Bruch in dem Umgang der Personen, die mit Ihnen zusammengearbeitet haben, in den Fragestellungen, in den Aufgaben, die Sie zu erfüllen hatten, in den Anforderungen, wie auch immer? Also, hat man diesen Regierungswechsel gemerkt in Ihrem fachlichen Zuarbeiten?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich glaube, einen Wechsel in den Anforderungen an uns kann ich nicht feststellen. Ich glaube, das hing sehr stark von den Personen ab. Also in meiner Erinnerung: nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das heißt also, die Zusammenarbeit mit der SPD-geführten Bundesregierung vor dem 01.10.1982 weicht nicht in wesentlichen Punkten von dem ab, wie die Zusammenarbeit mit der dann CDU/CSU-geführten Bundesregierung nach dem 01.10.1982 war, in Vorbereitung auch zum Beispiel auf diesen zusammenfassenden Zwischenbericht?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Der zusammenfassende Zwischenbericht wurde ja nach dem Schreiben des BMFT, glaube ich, 1983 veröffentlicht, ich glaube, auch vorher schon geschrieben, und die Personen haben sich ja nicht geändert, so dass ich hier persönlich keinen Unterschied festgestellt habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Röthemeyer, für die erste Runde mit der Vorsitzenden. Jetzt haben die Fraktionen das Wort.

Für Sie darf ich ganz kurz den Ablauf der Befragung darstellen: Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner

Stunde ein festes Zeitbudget für Fragen und Antworten. Die CDU/CSU-Fraktion hat 23 Minuten, die SPD 14, die FDP 9, die Linke 7 und Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls 7. Eine beim Ablauf des Zeitkontingents begonnene Frage kann zu Ende formuliert werden, nebst der dazugehörigen Antwort. Ebenso kann eine begonnene Antwort zu Ende formuliert werden. Das heißt für Sie eigentlich immer nur: Wenn wir vonseiten des Vorsitzes nicht dazwischengehen, einfach weiter fortfahren in Ihren Darstellungen.

Das erste Fragerecht hat jetzt die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Professor Röthemeyer, ich möchte Ihnen zunächst ganz herzlich für Ihre Ausführungen danken und will mit meinen Fragen an die letzten Fragen der Frau Vorsitzenden anknüpfen.

Wir haben jetzt schon einige Akten gelesen und haben natürlich festgestellt: Die Namen Ziegler, Ollig, Hanning und andere begegnen einem seit 1981/82. Da gibt es Kontinuität. - Ich würde gerne wissen, weil bei den von Ihnen ja auch angesprochenen Veröffentlichungen im Bundestagswahlkampf immer gesagt worden ist: „die Kohl-Regierung“ - das klang dann fast so, sollte es ja auch, dass sich der Helmut Kohl persönlich darum gekümmert hat; das wird er nicht gemacht haben -: Ist in der Zeit der Abfassung Ihres Zwischenberichts erstens an irgendeiner Stelle ein Minister oder ein Staatssekretär der neuen Bundesregierung vorstellig geworden, hat sich eingeschaltet in Ihre Arbeiten? Oder umgekehrt: Hat einer der Beamten, mit denen Sie zu tun hatten, gesagt: „Wir müssen jetzt irgendetwas anders machen, weil von oben politischer Einfluss genommen worden ist“? Oder ist im Grunde genommen Ihr Kontakt immer nur zu den Ministerialbeamten gewesen, ohne dass erkennbar sich die neue politische Führung direkt persönlich um das Thema gekümmert hat?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Auf Ministerebene, mit Ministern habe ich sicherlich nie ein Fachgespräch geführt. Aber es sind natürlich viele Minister nach Gorleben gekommen. Ich darf vielleicht auch an einen Besuch von Frau Merkel in Gorleben erinnern, als sie noch Umweltministerin war - aber auch andere Minister, vom Wirtschaftsministerium, vom Umweltministerium. Wir

haben dann Befahrungen gemacht, und wir haben die Fragen, die die Minister und Ministerinnen hatten, beantwortet.

Also fachlich hat es auf dieser Ebene nie auch nur den geringsten Anflug eines Wunsches gegeben. Ganz im Gegenteil, sie haben uns in unserer Arbeit, weil sie vor Ort merkten, dass es nicht ganz leicht ist, sehr ermutigt. Zu fachlichen Dingen, auf Fachebene hat es nie eine Weisung gegeben, einen anderen fachlichen Gesichtspunkt einzunehmen, als wir hatten.

Was stattgefunden hat - das ist ja ganz klar; wir sind ja auch nicht allwissend -: Es haben viele, viele Fachgespräche stattgefunden, wo auch Ministerialvertreter anwesend waren, um bestimmte Zweifelsfragen zu klären. Das ist in der Tat so.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mir ging es jetzt auch vor allen Dingen um den Zeitraum 1982/83, weil da ja - im Wahlkampf - der Vorwurf war, dass auf Ihren Zwischenbericht Einfluss genommen worden ist. Kann man sogar umgekehrt sagen, weil ich in den Unterlagen, und zwar im Jahr 1982, gesehen habe, dass Herr von Bülow einen Besuch in Gorleben gemacht hat - auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt war zum Beispiel bei der SPD-Landtagsfraktion, auch und gerade wegen Gorleben -, dass die sich persönlich, immer bezogen auf diesen Zeitraum, mehr eingeschaltet haben in die Diskussion?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Sie haben sich beide, Bundeskanzler Schmidt und auch Herr von Bülow, wegen der Beziehungen zu dem Grafen von Bernstorff vor Ort gezeigt und haben unterstützend für unsere Arbeit gewirkt, aber nie auch nur die geringste Andeutung gemacht, irgendwas fachlich anders zu bewerten, als wir ihnen das dargestellt haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben über die entsorgungspolitischen Überlegungen, was die Frage eines alternativen Standorts angeht, gesprochen. Da würde ich auch gerne nach der Kontinuität fragen, weil nämlich in den Unterlagen sich auch Hinweise finden, dass schon bei einem Gespräch der Minister Baum und von Bülow mit Frau Breuel, auch in Vorbereitung des Besuches von Helmut Schmidt bei der SPD-Landtagsfraktion, sich immer wieder der Hinweis findet - ich sage es jetzt mal mit meinen Worten

etwas lax -: Nun lasst erst mal Gorleben zu Ende erkunden, bevor wir an anderer Stelle - Sie haben das angesprochen mit den möglichen Akzeptanzproblemen dort in der Bevölkerung - alternative Standorterkundungen anfangen. - Würden Sie sagen, dass diese entsorgungspolitischen Überlegungen, die Sie, bezogen auf Ihren Zwischenbericht, für das Jahr 1983 angesprochen haben, eigentlich so exakt auch schon bei der Vorgängerbundesregierung herrschend waren?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: An diesen Gesprächen, die Sie erwähnen, habe ich nicht teilgenommen. Ich weiß nur aus dem Internet, dass es auch eine Vorlage - ich glaube, ⁶ Bundeskanzler Schmidt - gab, wo in ähnlichen Formulierungen gesagt wird, dass man alternative Standorte erkunden sollte, sozusagen vorsorglich, um im Falle, dass Gorleben nicht geeignet ist, eine Alternative zu haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bei dieser Alternative damals, die Sie angesprochen haben, ist die Frage: Welche Beweggründe haben da eine Rolle gespielt? Ja wohl nicht nur der eines Zweifels, dass vielleicht der Standort nicht zur Verfügung steht, sondern die Frage: Welche Bedeutung haben auch Kapazitätsfragen damals gehabt? War bei Ihnen auch eine Überlegung, dass es ja damals um viel mehr und größere Mengen ging angesichts der 50 Großkraftwerke, die Sie angesprochen haben, als wir etwa heute unterzubringen haben?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ist das nicht
eine Suggestivfrage?)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich habe die Frage ja kurz angesprochen, dass die größeren Abfallmengen, die wir hatten, auch vor dem Hintergrund der Schachtkapazität - wir hatten damals ja schon den Schacht sehr großzügig geplant - bei einem jahrzehntelangen Entsorgungsnotstand, falls Gorleben nicht geeignet wäre, durchaus hätten zwischengelagert werden müssen. Meine Gedanken, vorsorglich andere Standorte zu untersuchen, beruhen also auf diesen von mir schon genannten Gründen. Aber damals gingen wir ja davon aus, dass die Entwicklung der Kerntechnik unter

⁶ Ergänzung des Zeugen: „an“, Anlage 1

Bundeskanzler Schmidt benutzt wurde oder als notwendig angesehen wurde, um zukünftige Energiekrisen zu vermeiden.

Ich ging also persönlich davon aus, dass die Kerntechnik in Deutschland langfristig genutzt wird. Und wenn ich vorsorglich einen anderen Standort erkunde, dann heißt das auch, dass, wenn Gorleben in seiner Kapazität erschöpft ist, ein anderer Standort zur Verfügung steht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne noch mal nach dem Gespräch am 11. Mai 1983 in Hannover fragen. Wir hören, wie Sie wissen, nachher Herrn Illi, der darüber eine handschriftliche Notiz - nennen wir es ein Protokoll - angefertigt hat. Hat er das eigentlich auf Ihren Wunsch getan?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das hat er in der Tat. Ich war ja damals der Verantwortliche in diesem Gespräch und habe ihn gebeten, das festzuhalten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist von ihm in Briefen im Rahmen der Aktivitäten einer Arbeitsgruppe der Bundesregierung kurz vor der Bundestagswahl, um die Vorwürfe von Herrn Gabriel zu prüfen, berichtet worden, dass das Klima dieses Gespräches sehr schlecht gewesen sein soll, was natürlich zur Ausschmückung, sage ich mal, einer gewissen politischen Drucksituation passte in der politischen Argumentation damals. Wie würden Sie denn das Klima beschreiben? War das so ungewöhnlich? In dem - das haben Sie so nett formuliert - verhängnisvollen *taz*-Interview ist, glaube ich, eine Passage, wo Sie zumindest wiedergegeben werden, das sei das ungewöhnlichste Gespräch Ihres Lebens gewesen, das Sie geführt haben. Wenn man die Protokollnotizen von Herrn Illi liest, vermittelt sich das einem nicht. Wie war es damals?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es war in der Tat ein sehr hartes Gespräch, bis mir irgendwann während des - - Auf meine Gründe, die ich auch vorhin genannt hatte, wurde überhaupt nicht eingegangen, sondern es wurde immer nur dieses Hauptargument gebracht, das entsorgungspolitische Argument. Deswegen, weil wir nicht in eine echte Diskussion kamen, die ich eigentlich wollte. Wir hatten ja die Ressorts gar nicht eingeladen. Wir wollten uns unterhalten über die Informationsveranstaltung des Bundes

vor dem Schachtabteufen und über diesen Entwurf unserer Fassung, den wir schon in einer - - Das war ja eigentlich schon der zweite Entwurf, wo wir ein paar Stellungnahmen und fachliche Argumente der BGR und der DBE berücksichtigt hatten. Wir wollten mit Fachleuten reden, und ich wollte mit Fachleuten diese Argumente diskutieren. Mir lagen ja auch diese sehr schwerwiegenden Briefe von Fachleuten, die im Auftrage der Bundesregierung ja auch gearbeitet haben, vor, und von daher gesehen war es für mich als Wissenschaftler eigentlich ein dringendes Bedürfnis, diese Diskussionen mit Fachleuten zunächst zu führen.

Dieses Gespräch ist ausgeblieben, weil praktisch alle versammelten Fachleute - BGR, DBE, hinterher auch Professor Memmert - die alleinige Erkundung von Gorleben befürwortet haben. Aber zu einer Fachdiskussion in dieser Sache ist es nicht gekommen, sondern es war mehr ein entsorgungspolitisches Argument.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne an Ihre letzte Bemerkung anknüpfen, weil sich das auch aus den Akten ergibt. Es waren ja nicht nur die Ministerialbeamten, sondern wenn ich Stellungnahmen von Herrn Dr. Maass vom Hahn-Meitner-Institut nehme oder von Herrn Jaritz, hat es ja auch andere wissenschaftlich sicherlich ernstzunehmende Einrichtungen gegeben, die auch gesagt haben, diese Überlegungen seien nicht anzustellen, sondern man solle sich auf die Erkundung von Gorleben konzentrieren. Das war doch nicht nur eine Diskussion, die die Ministerialbeamten geführt haben, oder?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist richtig. Es ist ja so: Die Meinungen waren sicherlich unterschiedlich, und wie weit diese anderen Meinungen jetzt wissenschaftlich begründet waren, geht ja nicht aus dem Protokoll hervor. Es war sowieso erstaunlich, dass wieder mal ein Entwurf, der eigentlich für einen engeren Kreis von Fachleuten bestimmt war, nämlich für die, die an Gorleben mitgearbeitet haben und die beste Kenntnis über die bisherigen, also bis 83, Erkundungsbefunde hatten - - Es war ja als Fachgespräch mit denen vorgesehen. Welche Gründe die im Einzelnen gehabt haben, weiß ich nicht; aber es muss ja Leute gegeben haben, die unseren Standpunkt für so problematisch hielten, dass sie ihn zunächst mal vorsorglich nach Bonn geschickt haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann findet sich in den Unterlagen von Herrn Illi eine Bemerkung von Ihnen, die Sie auch selber in Ihrem Vortrag angesprochen haben, dass Sie selber die Frage gestellt haben, ob man auf diese Frage der alternativen Standortsuche nicht verzichten wolle. Hängt das damit zusammen, dass - - Wenn ich es richtig gelesen habe, ist, ich glaube, Herr Ollig derjenige gewesen, der Sie im Januar 83 beauftragt hat, dass diese Frage der alternativen Standortsuche eigentlich ja nicht zum Auftragsgegenstand gehörte.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist in der Tat so. Es gehörte nicht zum Auftragsgegenstand. Aber in dem Schreiben wird auf eine Veranstaltung 1981 verwiesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, stimmt.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich meine, schon damals hätte Professor Duphorn gewisse Bedenken geäußert; und der Verweis auf diese Veranstaltung 1981 und die in dem Auftragsschreiben genannten Gesichtspunkte wurden nur beispielhaft dargestellt. Von daher gesehen hätte man bei großzügiger Auslegung dieses Schreibens das durchaus diskutieren können. Aber Sie haben recht: Explizit ist die Frage alternativer Standorte nicht im Auftragsschreiben drin gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage der alternativen Standorte haben wir jetzt intensiv geklärt. Da gab es einen Dissens; das soll auch nicht wegdiskutiert werden. Das kann man entsorgungspolitisch so und fachlich möglicherweise anders sehen.

Für die politische Diskussion im Bundestagswahlkampf 2009 ist ja die Frage: Hat dieser Umstand, dass man das damals dann nicht hineingenommen hat, wie Sie es vorgeschlagen hätten und es sich auch in einem Vorentwurf gefunden hat, irgendeine Bedeutung für die Frage, ob Gorleben eignungshöflich ist oder nicht? Das heißt: Hat es für die fachliche Ausrichtung des Kerns, nämlich die Empfehlung, in die untertägige Erkundung zu gehen oder nicht, irgendeine Bedeutung?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich glaube, ich habe vorhin das Wort „irrele-

vant“ benutzt. Es ist völlig bedeutungslos heute.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Heute?)

Ja, ich kann nichts anderes sagen. Es ist heute völlig bedeutungslos, weil die Randbedingungen sich geändert haben und wir heute mehr über den Standort Gorleben wissen. Wir haben das Thema auf einer internationalen Konferenz in Cordoba diskutiert - das habe ich, glaube ich, auch schon angedeutet -, wo darauf hingewiesen wurde, dass bei verlässlichen Kriterien die Chance, einen guten Standort zu finden, sicherlich größer ist, als wenn man diese nicht hat. Aber letztlich ist allein entscheidend, was wir vor Ort finden. Und was wir vor Ort gefunden haben, ist so positiv - und ich hoffe, ich habe das übermittelt -, dass man diese Frage aus heutiger Sicht als völlig bedeutungslos ansehen muss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gestatten Sie mir, weil ich ja immer ein bisschen daran denken muss, was die Opposition aus so einer Ihrer Aussagen macht: Dass das heute der Fall ist, ist klar. War es auch 83 im engeren Sinn irrelevant? Hat also mit den Augen des Jahres 83 - denn da ist ja die Entscheidung gefallen, wie man den Bericht abfasst - für die Entscheidung, ob man empfehlen kann, in die untertägige Erkundung einzusteigen, das irgendeine Bedeutung, oder ist es nicht im Grunde genommen eine darüber hinausgehende Empfehlung, die aber über Gorleben als solches nichts aussagt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Für unsere Entscheidung oder Empfehlung an die Bundesregierung, unter Tage zu gehen, ist es völlig bedeutungslos, weil wir gesagt haben und auch wussten, schon aufgrund der Befunde, die wir damals hatten, dass der Salzstock Gorleben eignungshöflich ist, wie wir das nannten, oder dass die Hoffnung besteht, dass er geeignet ist, dass wir aber unter Tage gehen müssen, weil bei einem Endlagerbergwerk in einem Salzstock der Salzstock die Hauptbarriere sein muss. Und wir wussten relativ wenig darüber. So was kann man auch nicht erbohren; dann zerstört man praktisch das Isolationspotential des Salzstocks. Da kann man nur durch so wenig Schächte wie möglich hineingehen und dann von unter Tage aus das Bergwerk erkunden.

Also auf diese Entscheidung und diese Empfehlung - - Ich habe mich da ja auch mit Herrn Professor Herrmann verquer gelegt, weil er eine andere Empfehlung gemacht hat, und diese habe ich nicht geteilt. Ich persönlich und meine ganze Abteilung haben gesagt: Wir müssen unter Tage gehen, um hier bessere Erkenntnisse zu gewinnen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wobei, wenn ich das richtig sehe aus den Akten, zwei, drei Jahre später Herr Professor Herrmann Ihnen einen Brief geschrieben und gesagt hat, eigentlich seien seine Bedenken ja jetzt zurückgestellt und er fühle sich sogar von denen, denen er eigentlich etwas Gutes tun wollte, ein bisschen missbraucht. Ist das richtig? Weil wir Herrn Professor Herrmann ja wahrscheinlich in diesem Ausschuss auch sehen werden, ist das eine nicht unbedeutende Frage.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Vielleicht eine persönliche Bemerkung zu Professor Herrmann: Sie müssten sich da erkundigen. Er ist gesundheitlich nicht in so einem Zustand, sodass⁷ er möglicherweise aus medizinischen Gründen hier nicht erscheinen kann. Aber da müssen Sie ihn natürlich persönlich fragen.

Ich kann mich direkt an dieses Schreiben jetzt nicht erinnern, sondern kann das, was Sie sagen, nur indirekt bestätigen. Professor Herrmann hat ja damals auf der Seite der Gorleben-Kritiker argumentiert, zum Beispiel im Innenausschuss, in dieser Anhörung, die 84 stattgefunden hat. Es war eine Zeit lang Funkstille zwischen uns, was, ich glaube, wir beide sehr bedauert haben, weil wir unsere wissenschaftlichen Ansichten immer sehr intensiv und sehr harmonisch diskutiert hatten. Von daher gesehen habe ich Professor Herrmann auch nie ausgeschlossen aus diesen ganzen Diskussionen, und er blieb über die Erkundungsbefunde informiert und hat da wieder Hoffnung geschöpft, dass der Salzstock Gorleben seinen Erwartungen entsprechen könnte.

Ich möchte noch etwas auf Ihre Fragen sagen von 2007. Wir haben 2007 eine wissenschaftliche Arbeit veröffentlicht, die in der *Atomwirtschaft* erschienen ist. Wir haben die zweigeteilt. Verantwortlich für die Bewertung der Langzeitsicherheit, für die Möglichkeiten

und Grenzen, habe ich das Kapitel geschrieben, und für die Bewertung des Salzstocks Gorleben hat es Professor Herrmann geschrieben. Wenn Sie das lesen, dann können Ihnen eigentlich keine Zweifel mehr kommen, dass sofort weiter erkundet werden muss.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, können Sie uns noch mal vor Augen führen, was der Auftrag war, den Zwischenbericht zu erstellen? Wir hatten ja vorhin schon mal kurz darüber gesprochen, dass es jedenfalls nicht der Auftrag war, unter anderem die Frage „alternative Standorterkundungen“ dort festzusetzen. Was war denn der eigentliche Grund, warum dieser Zwischenbericht in Auftrag gegeben wurde?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es steht in diesem Auftragsschreiben drin. Der Grund war, dass vor dem Hintergrund enormer Investitionen eine detaillierte wissenschaftliche Begründung benötigt wurde, damit das Kabinett entscheiden kann, ob diese Investitionen vorgenommen werden können. Das war eigentlich der Hauptgrund. Natürlich war auch ein Grund, dass auf dieser Basis die Öffentlichkeit vor Ort informiert werden konnte.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es war also praktisch die Schnittstelle, wo man von der obertägigen in die untertägige Erkundung ging, und zur Bereitstellung zum Beispiel von Haushaltsmitteln musste eben ein solcher Zwischenbericht angefertigt werden. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Richtig. Das Wichtigste war, dass wir eine Aussage finden: Können wir mit hinreichender Gewissheit davon ausgehen, dass sich Gorleben als geeignet erweist? Diese Frage haben wir in dem zusammenfassenden Zwischenbericht klar beantwortet, ohne die Ungewissheiten zu vernachlässigen, die sich damals noch ergaben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Rederecht jetzt an die SPD-Fraktion.

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sodass“, setze „dass“, Anlage 1

Ute Vogt (SPD): Ganz herzlichen Dank. - Herr Professor Dr. Röthemeyer, es geht ja in diesem Ausschuss nicht darum, dass wir die Geeignetheit oder Nichtgeeignetheit von Gorleben feststellen - das möchte ich vorab sagen -, sondern es geht in diesem Ausschuss darum, dass wir feststellen, ob Gorleben und die Entscheidung damals so zustande gekommen ist, dass alle dazu notwendigen wissenschaftlichen Kriterien ausreichend von denen, die die Entscheidung zu treffen hatten, berücksichtigt worden sind. Vor allen Dingen geht es natürlich auch nicht darum, jetzt Ihre persönliche Arbeit infrage zu stellen oder im Nachhinein noch mal zu bewerten, sondern es geht vielmehr um die Bewertung der politischen Vorgänge und das Zustandekommen der politischen Entscheidungen. Das möchte ich vorab noch mal bemerken.

Ich würde mich jetzt gerne den unterschiedlichen Versionen des PTB-Berichtes zuwenden. Da gibt es ja mehrere Entwürfe. Es gibt zum Beispiel einen Entwurf, der den Titel „Zweiter Entwurf“ trägt, in dem unter anderem - ich zitiere - steht:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, die Barrierewirkung des Deckgebirges am Standort Gorleben abschließend zu bewerten.

Dann kommen noch ein paar andere Sätze.

Es ist daher nicht auszuschließen, ... dass noch weitere Maßnahmen notwendig sind, um überhaupt die Einhaltung von Grenzwerten sicherzustellen.

Und Ähnliches.

Dieser Absatz, der ja nun auch ein kritischer Absatz in der Frage der Barrierewirkung des Deckgebirges ist, ist zum Beispiel im „Dritten Entwurf“ schon gar nicht mehr zu finden. Können Sie sich erinnern, wie solche Entscheidungen zustande kamen, dass man so wesentliche Dinge einfach dann nicht mehr weiterverfolgt von einem auf den anderen Entwurf? Ist für Sie heute noch nachvollziehbar, wie das wegfallen konnte?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wenn ich mich recht erinnere, steht im zusammenfassenden Zwischenbericht in der Tat, dass das Deckgebirge nicht in der Lage ist, Abfälle bzw. Nuklide ausreichend lange zurückzuhalten. Das hängt natürlich von den Nukliden ab. Diese kritische Bemerkung ist

meines Erachtens weiterhin im zusammenfassenden Zwischenbericht drin. Die hydrogeologische Situation wurde damals ja erst in erster Näherung bewertet, und sie kam zu sehr geringen Wasserlaufzeiten, also Laufzeiten vom Salzstockrand bei möglicher Kontamination bis dorthin, bis in den biologischen Bereich hinein. Das waren, wenn ich mich recht entsinne, zwischen 600 und 1 700 Jahre, was sicherlich eine sehr geringe Zeit ist, wenn ich das Deckgebirge selbst als eine wichtige Barriere angesehen hätte.

Heute sind diese Laufzeiten - das ist in einer Fortführung des zusammenfassenden Zwischenberichts von 1990 beschrieben - wesentlich höher. Die Laufzeiten sind aber reine Wasserlaufzeiten, ohne Rückhalte-mechanismen wie Sorption und Verteilung und Verdünnung zu berücksichtigen. Das heißt also, diese Sachen können erst bewertet werden, wenn man wirklich ein Endlagerbergwerk geplant und die möglichen Störfälle bewertet hat.

Eine kritische Aussage zum Deckgebirge haben wir auf jeden Fall im zusammenfassenden Zwischenbericht gelassen.

Ute Vogt (SPD): Aber nicht in der Endfassung.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Entschuldigung?

Ute Vogt (SPD): Entschuldigung. Es geht uns ja darum: Am Ende war ja die Endfassung des Berichtes die entscheidende für die politische Entscheidung. Und wenn das im Zwischenbericht auftaucht und dann von Bericht zu Bericht im Grunde der Absatz kleiner wird und am Ende dieser Absatz nicht mehr drinsteht, dann muss man sich doch fragen: Warum wurden solche zu Recht kritisch beleuchteten Punkte weggelassen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie da mal einen Vorhalt machen und das zitieren, bitte, damit wir Ihre Behauptungen nachvollziehen können?)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Mir läge daran - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, das müsste Frau Vogt mal - -)

Ute Vogt (SPD): Das ist der Bericht der PTB, Endfassung.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber womit vergleichen Sie das denn?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte einmal zitierfähig: Da müssten Sie die MAT-Nummer nennen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich wäre schon dankbar, wenn Sie dem Zeugen den Vorhalt machen würden!)

Ute Vogt (SPD): Die Endversion ist Anlage 16 zu dem Zwischenbericht aus dem BMU damals.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nach den mir vorliegenden Informationen hat sich die Passage nicht geändert! Deswegen wäre ich dankbar, wenn Sie dem Zeugen vorhalten könnten, wo die Änderung gewesen ist, damit er es beurteilen kann!)

- Wir gucken noch mal die Materialnummer nach.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und die Paginierung eben, wenn es möglich wäre, sodass wir konkret nachgucken können. Wir haben auch die Zeit zwischendurch gestoppt.

Ute Vogt (SPD): Dann komme ich zur nächsten Frage, bis wir das mit dem genauen Vorhalt geklärt haben. - Es geht noch mal um den Schlussbericht in der Endfassung, um die Anlage 16, MAT A 4/3. In diesem Bericht, der Endfassung, geht es mir um das Stichwort der Eignungshöflichkeit und in dem Zusammenhang um das bereits angesprochene Gespräch - MAT 4/3, Anlage 15 -, also diesen Vermerk vom 22.08. von Dr. Ziegler oder „im Auftrag“ von Dr. Ziegler unterzeichnet, der dort ja schreibt - das war ja schon Gegenstand unseres Gesprächs hier -, dass der Schlussabschnitt - - Ich zitiere:

Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen können, dass die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werden konnte.

Das war das, was Ziegler am 22.08.83 übermittelt hat.

In der Endfassung dieses PTB-Berichts steht dann - ich zitiere aus dem Bericht -:

Abschließend wird festgestellt: Die bestätigte Eignungshöflichkeit des Salzstocks für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle rechtfertigt das Abteufen ...

Und so weiter.

Das Stichwort „Eignungshöflichkeit“ taucht erstmals im Schlussbericht der PTB auf, und kurz vorher gab es den Hinweis, dass sich das Ministerium wünscht, dass dieses Stichwort am Ende auftaucht. Wenn es aber so ein extremes Schlussfolgerungsstichwort ist, dann frage ich mich, warum das vorher in keinem der Zwischenberichte aufgetaucht ist und wie es dazu kommt, dass es dann plötzlich da ist.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich kann jetzt nicht bestätigen, dass es vorher nicht aufgetaucht ist. Aber ich bin ja selber Physiker und Kerntechniker. Ich habe das Wort „Eignungshöflichkeit“ zuerst von den Geologen gelernt, das sich auch auf Lagerstätten bezieht. Also das ist kein speziell erfundenes Wort, und wir haben das einfach übernommen. Wir hätten es auch anders formulieren können wie vorhin in meinen Einführungen: Wir heißen euch hoffen - so kann man ja ein bisschen dichterisch sagen -, dass Gorleben geeignet ist. - Aber das Wort „Eignungshöflichkeit“ ist ein sehr schillernder Begriff, vielseitig interpretationsfähig. Es heißt einfach, dass die Erwartung, dass Gorleben geeignet ist, wohlbegründet ist.

Ute Vogt (SPD): Das heißt aber, Sie stimmen auch der hier vom Sachverständigen Rösler schon geäußerten Feststellung zu, dass „eignungshöflich“ nicht „geeignet“ bedeutet und auch nicht mit „geeignet“ gleichzusetzen ist.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das ist völlig richtig. Wer so etwas sagt - - Ich würde so etwas nicht mal heute sagen. Ich habe es ja auch vorhin nicht gesagt. Gorleben kann durchaus noch ungeeignet sein. Wir wüssten es aber heute, wenn wir nicht zehn Jahre das Projekt stillgelegt hätten.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Genau so ist es!)

Ute Vogt (SPD): Ich würde gerne noch mal das Thema Ihrer bisherigen Äußerungen aufgreifen. Es geht auch nicht um Überschriften, die Zeitungen setzen; das ist der journalistischen Freiheit unbenommen. Aber Sie sind ja in einigen Artikeln durchaus wörtlich zitiert. Sie haben in der *taz* vom 18.04.2009 noch mal wiederholt - da zitiere ich jetzt das wörtliche Zitat -:

„Zu dem Treffen erschienen dann aber unerwartet auch Vertreter des Bundeskanzleramtes und der Bonner Ministerien für Forschung und Technologie und Inneres“ ...

Sie haben uns das vorhin ja schon mal ein bisschen beleuchtet mit Ihrem Unverständnis, dass Sie da eigentlich wissenschaftlich diskutieren wollten. Dieses Erscheinen der Ministeriumsvertreter war für Sie unerwartet. Das bestätigen Sie heute noch? Bestätigen Sie dieses Zitat, dass es ein unerwartetes Erscheinen war?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Das bestätige ich in der Tat. Ich hätte diese Diskussion lieber etwas später geführt, wenn Klarheit unter uns Wissenschaftlern geherrscht hätte.

Ute Vogt (SPD): Wurde diese Klarheit unter den Wissenschaftlern dann danach noch mal hergestellt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Die wurde dergestalt hergestellt, dass wir diesen Standpunkt nur noch alleine vertraten und einsehen mussten, dass es keinen Zweck hat, sich gegen entsorgungspolitische Entscheidungen der Bundesregierung zu stellen. Wir waren da alleine mit diesem Standpunkt.

Ich will Ihnen meine Haltung durchaus ganz offen sagen. Wenn wir nochmals so eine Situation hätten wie 83, würde ich diesen Standpunkt, den ich damals vertreten habe, wieder vertreten. Aber wir haben eine so gravierende Änderung der Rahmenbedingungen und der Kenntnisse, dass aus heutiger Sicht so nicht mehr, wissenschaftlich jedenfalls, argumentiert werden darf. Selbst Professor Herrmann, den ich ja zitiert habe, spricht sich jetzt ganz, ganz engagiert für den Standort Gorleben aus. Ich hatte vorhin den Beleg ja schon zitiert - Naturbeobachtungen am Salzstock Gorleben; ich könnte es genauer zitieren, ich habe es hier -, wo er sich

ganz engagiert dafür einsetzt und die fachlichen Argumente bringt.

Die wichtigsten Argumente sind vierfach, fünffach überprüft worden. Mit fünf verschiedenen wissenschaftlichen Methoden haben wir den Salzstock untertägig erkundet und bewertet, und alle Methoden kommen zu demselben Ergebnis.

Ute Vogt (SPD): Ich habe es vorhin doch schon gesagt: Wir haben nicht zu bewerten, ob wir jetzt Gorleben für geeignet halten oder nicht, sondern wir haben zu bewerten, wie die Entscheidung damals zustande kam. Da würde mich schon noch mal interessieren, über die Frage des bestmöglichen Standortes mit Ihnen zu reden. Es muss ja damals auch eine Rolle gespielt haben, dass man nicht irgendwo einfach lagert.

Sie haben in Ihren Ausführungen selbst Bezug genommen auf den AkEnd und haben, wenn ich es richtig verstanden habe, gesagt, dass Sie finden, dass dort gute Kriterien für eine Standortsuche aufgestellt worden sind. Gleichzeitig sagen Sie, dass es nicht möglich sein soll, einen bestmöglichen Standort zu finden. Das müssten Sie mir noch mal erläutern. Denn wenn wir zu unseren Nachbarn in die Schweiz schauen, passiert dort ja genau so ein Auswahlverfahren nach einem bestmöglichen Standort. Hat es damals keine Rolle gespielt, dass man sagt - - Wenn ich etwas erreichen will, muss ich doch etwas vergleichen, um zu sehen: Ist das eine besser als das andere? Dass ich nicht flächendeckend vergleichen kann, aufgraben kann, ist klar. Das muss doch damals eine Rolle gespielt haben. Es gab ja vier verschiedene Standorte, die vorher in der Debatte waren.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Solch ein Versuch, einen bestmöglichen Standort zu finden, ist wissenschaftlich gesehen nicht möglich. Man kann einen bestmöglichen Standort finden, wenn man andere Kriterien wie sozialpolitische Kriterien mit hinzuzieht, die Akzeptanz in der Bevölkerung, wie es zum Beispiel in den nordischen Ländern ist. Aber ein bestmöglicher Standort ist aus wissenschaftlicher Sicht - jetzt nur wissenschaftliche Kriterien - nicht möglich. Es würde vielleicht etwas länger dauern, wenn ich das erläutere. Ich mache das aber gern, weil das mein Hobby ist.

Einen bestmöglichen Standort zu finden, ist aus wissenschaftlichen Gründen nicht

möglich. Es gibt einen Bericht der OECD/NEA, den ich vorhin auch zitiert habe. Da wird einfach gesagt: Das ist ein offenes System. - Und bei einem offenen System können Sie keine definitiven quantitativen Aussagen machen, wie sich solch ein System langfristig verhält. Sie können nur sagen, ob es geeignet ist, ob es eine vertrauenswürdige Bewertung dieses Standortes gibt. Das heißt also, Sie könnten nur dann einen bestmöglichen Standort finden, wenn das, was Sie bis zu 1 Million Jahre ausrechnen, zum Beispiel an Dosisbelastungen, der Realität entspricht. Aber das ist ein Indikator, aber keine Realität. Deswegen ist es aus wissenschaftlicher Sicht nicht möglich, einen bestmöglichen Standort zu finden.

Die Schweiz kann das auch in der von Ihnen zitierten Form nicht tun, weil in den Kriterien der IAEA, in den Standortkriterien, ausdrücklich steht: Es ist nicht nötig oder möglich, einen besten Standort zu finden, sondern einen geeigneten. - Ich könnte Ihnen dieses Zitat raussuchen; es dauert nur ein bisschen.

Ute Vogt (SPD): Die Frage ist nicht beantwortet, ob es nicht damals auch mehrere Standorte gab.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Die PTB war an den - vor Gorleben - Erkundungen anderer Standorte nicht beteiligt. Uns wurde der Standort Gorleben vorgegeben. Das liegt einfach daran: Das Atomgesetz wies uns 1976 die Verantwortung zu. Die Abteilung war 77 gegründet worden. Deswegen waren wir an diesen Erkundungen nicht beteiligt. Ich kann also keine Antwort darauf geben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, auch von unserer Seite Ihnen herzlichen Dank für Ihre einführenden Erklärungen, die natürlich schon eine ganze Reihe von Fragen durchaus mit beantwortet haben. Deswegen geht meine Frage mehr um die Sache, die Sie angesprochen haben, dass Sie durchaus immer bereit gewesen sind, auch öffentlich Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in Vorträgen, in Diskussionen darzustellen. Ich möchte in diesem Zusam-

menhang fragen: Waren Sie in der Darstellung insofern frei? Haben Sie bereits vor Verfassung dieses Zwischenberichts über die Dinge sprechen können? Sind Ihnen Fragen oder Diskussionen in Erinnerung, wo Sie auch über mehrere Standorte, die man erkunden könnte - - Sind die unter Wissenschaftlern, aber auch unter interessierten Teilnehmern dieser Diskussionsrunden erörtert worden?

Ich hätte ganz gerne gewusst: Diese öffentlichen Veranstaltungen, die Sie angesprochen haben, soweit sie denn vor 83 stattgefunden haben - haben Sie den Eindruck gehabt, dass Sie dort diskutieren konnten, also öffentlich - - Das ist ja so eine Art Öffentlichkeitsbeteiligung. Ihr Kollege Rösler als Sachverständiger hat gesagt, dass er in seinem Bereich auch Vorträge gehalten hat und dass das eigentlich eine Art von Öffentlichkeitsarbeit dargestellt hat.

Die zweite Frage, die ich noch habe. Wir haben in der letzten Sitzung noch einmal den Begriff der Eignungshöflichkeit erörtert. Er wird ja jetzt doch von einigen als lapidar zu entpuppen versucht, so: Was ist das schon? Da stecken das Wort „Eignung“ und das Wort „Hoffnung“ drin. Wie standhaft ist denn eigentlich dieser Begriff unter Wissenschaftlern? - Dabei will ich es erst mal belassen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, sind wir immer völlig frei gewesen. Wir haben auch niemanden gefragt. Was in wissenschaftlichen Institutionen üblich ist: dass ein Vortrag, den man in der Öffentlichkeit hält - international in der Regel oder national -, einer Genehmigung durch den Präsidenten des Amtes bedarf. Mir ist es aber in meinem ganzen langen Berufsleben nie vorgekommen, dass irgendeine begründete wissenschaftliche Aussage korrigiert wurde. Von daher gesehen war ich völlig frei.

Was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, habe ich mich eigentlich sehr bemüht. Ich will das nachher mal an einem Beispiel nennen. Als ich 50 wurde, wurde mir wegen meiner engagierten Öffentlichkeitsarbeit und wegen meiner engagierten Arbeit bei der Sicherheitsbewertung von Endlagern sogar das Bundesverdienstkreuz verliehen. Ich weiß nicht, ob Sie detailliertere - - etwas wünschen.

Aber ich könnte Ihnen noch eine andere Frage beantworten. Als wir, ich glaube, 1982 - - jedenfalls, als das Projekt „Sicher-

heitsstudien Entsorgung“ im Landkreis vorgestellt wurde, was relativ komplexe Rechnungen sind, da sagte ein Zuhörer: Ihr rechnet uns kaputt. - Das ist mir sehr nahe gegangen. Ich bin dann nach Hause gegangen und habe lange versucht - - Eigentlich hat er recht.

Das Buch - was ich vorhin erzählt habe, mit Herrn Herrmann -, da habe ich genau analysiert, warum er recht hat. Einmal sind die Differenzialgleichungen sehr komplex. Auf der anderen Seite beschreiben sie die Natur aber nur sehr unvollständig, eindimensional. Ich will jetzt nicht in Fachdinge eingehen. Das Ergebnis dieses Nachdenkens habe ich Ihnen vorhin vorgetragen, wie man die Sicherheit eines Endlagers verständlich für die Öffentlichkeit darstellen kann, ohne dass man komplizierte Rechnungen glauben muss, verstehen kann oder nicht, nämlich die Natur beobachten, wo jeder dann hingehen und sehen kann: Stimmt das, oder stimmt das nicht?

Ein Beispiel. Als ich aus dem Dienst verabschiedet wurde, hat Professor Herrmann unter Tage in Gorleben einen Vortrag gehalten und die ganzen Gäste darauf hingewiesen: Das ist über 200 Millionen Jahre alt, und das haben wir so und so, fünffach, mit fünf verschiedenen Methoden, begründet. Das ist über 200 Millionen Jahre so gewesen, wie Sie es hier jetzt sehen. - Das sind verständliche Begriffe. Wenn man die Sicherheitsanalysen so anlegt, dass sie nachweisen sollen, dass dieses Isolationspotenzial sich durch die Abfälle, zum Beispiel die Wärme, nicht verändert, dann ist der Sicherheitsnachweis erbracht, und der ist leichter verständlich, als wenn man sich auf eine Dosis verlässt, die in 1 Million Jahren sowieso höchstens ein Sicherheitsindikator, aber keine Realität ist.

Ich weiß nicht: Habe ich die Frage richtig oder zufriedenstellend beantwortet?

Angelika Brunkhorst (FDP): Was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, kann ich mir das jetzt schon vorstellen. Es waren also sehr hochwertige Vorträge, die dann auch teilweise wahrscheinlich von Geologen oder so besucht wurden.

Die Frage ist jetzt eigentlich: Wurden denn diese Vorträge - sagen wir mal - von den regional ansässigen Gruppen - wie soll ich das sagen? - wahrgenommen, weil ja immer gesagt wurde, es wurde zu wenig informiert? Die Bürger haben ja angemahnt, dass sie nicht mit einbezogen wurden, dass

sie nicht wussten, was passiert. Ist das aus Ihrer Sicht so gewesen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich habe persönlich immer zur Verfügung gestanden, wenn ich gefragt wurde. Ich habe vorhin auch darauf hingewiesen, dass die Gorleben-Kommission gerade in diesen entscheidenden Zeiten von uns als Zentrum verstanden wurde, Informationen auszubreiten, die dann von dort in den Landkreis hineingehen. Der Bund hat ja mehrere Informationsveranstaltungen, große Veranstaltungen gemacht, um die breite Öffentlichkeit zu informieren. Ich habe auf das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ hingewiesen. Ich habe vorhin gesagt, dass eine große Veranstaltung vor dem Schachtabteufen stattgefunden hat. Es sind auch viele andere Veranstaltungen dieser Art gewesen. Ich kann jetzt nicht mehr alle auflisten. Aber das Bundesamt für Strahlenschutz könnte Ihnen da eine Liste geben, die sicherlich kein Defizit in der Informationspolitik erkennen lässt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Röthemeyer, wenn Sie vielleicht noch ganz kurz auf den Stellenwert des Begriffs „Eignungshöflichkeit“ eingehen würden.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es ist ein schillernder Begriff, der den Leuten, die das damals ausdrücken wollten, ganz gut gefallen hat. Ich würde es so definieren: Die Eignungshöflichkeit ist die begründete Erwartung, dass eine untersuchte Endlagerstätte geeignet sein kann oder geeignet sein wird, eine begründete Hoffnung, dass eine untersuchte Endlagerstätte geeignet sein wird - als Definition der Eignungshöflichkeit.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, Sie haben - wenn ich Sie richtig verstanden habe - ausgeführt, dass Sie der Auffassung sind, dass es nach wissenschaftlichen Kriterien überhaupt nicht möglich ist, einen bestmöglich geeigneten Endlagerstandort zu finden, anders als wir

das ja zum Beispiel aus dem AkEnd-Bericht kennen. Auf der anderen Seite sagen Sie, es gab seinerzeit sehr wohl eine Debatte über die Frage: Gibt es an mehreren Standorten Erkundungen? - Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ging es aus Ihrer Sicht nur darum, dass man glaubte, man bräuchte noch mehr Kapazitäten. Habe ich Sie da richtig verstanden oder nur verkürzt?⁸

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich bin etwas früher aus dem AkEnd ausgeschieden, aus Gründen, die ich hier nicht nennen will, die aber nichts mit der erfreulichen Zusammenarbeit in diesem Arbeitskreis zu tun haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass im AkEnd-Bericht eine Aussage gemacht wird, einen bestmöglichen Standort - - Was dort gesagt wird, ist, dass man mehrere Standorte erkunden könnte oder sollte. Diese Aussage habe ich auch deswegen mitgetragen, nicht, weil ich Gorleben für ungeeignet halte, sondern weil ich mir gesagt habe: Wir untersuchen oder kennen in Deutschland schon zwei Standorte, nämlich einmal den Standort Konrad und zweitens den Standort Gorleben. Das heißt, die überwiegende Menge der Abfälle geht nach Konrad, von der Menge her, und die restlichen, die 10 Prozent etwa, nach Gorleben, also in der Planung, falls es geeignet ist.

Meine Aussage zur Kapazität bezog sich auf die Situation 1983, wo wir von der Wiederaufarbeitung ausgehen mussten und wo eine erheblich größere Kernkraftwerkskapazität vorhanden war. Diese beiden Faktoren zusammen führten zu einem doch erheblich

höheren Abfallanfall. Ich hatte ja vorhin gesagt, nicht bis 2040 für Gorleben 30 000 Kubikmeter, allerdings wärmeentwickelnde Abfälle, sondern jedes Jahr 24 000 Kubikmeter Abfälle aller Art nur für Gorleben, pro Jahr, und das mal 50 oder 40 oder 30; dann können Sie sich die Abfallmengen vorstellen, die angefallen wären, wenn Gorleben ungeeignet gewesen wäre, und die irgendwann dann unter Tage gebracht werden müssten. Wie gesagt, ich habe damals eine Berechnung der Schachtkapazität machen lassen. Da kamen wir zu Jahrzehnten, um diese Riesenabfallmengen zu entsorgen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich möchte an der Stelle noch mal nachfragen, um es genau zu verstehen. Das heißt, wenn in den 80er-Jahren über eine Erkundung eines weiteren möglichen Standortes nachgedacht wurde, dann nur für den Fall, dass Gorleben sich als gänzlich ungeeignet erweist, oder für den Fall, dass Gorleben zwar geeignet ist, aber vom Volumen her nicht ausreicht? Es ging nie darum - oder ab wann ging es nicht mehr darum -, dass ein anderer Standort vergleichend betrachtet wird, um herauszufinden, was vielleicht von zwei Standorten geeigneter ist? Gab es bei der Frage der Nichteignung einen klaren Kriterienkatalog, wann sozusagen ein Standort als gänzlich ungeeignet eingeschätzt wird?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich möchte noch mal betonen, dass wir als PTB - ich auch nicht persönlich - in diese Überlegungen und in diese Untersuchungen nicht einbezogen waren, sondern wir als PTB eine eindeutige Vorgabe hatten, nur den Standort Gorleben konkret zu untersuchen. Natürlich ist eine vergleichende Untersuchung von Wert. Sonst hätte ich Ihnen hier nicht die Daten geliefert, die wir vergleichend gemacht haben. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Massenverluste des Salzstocks Gorleben andere Standorte nicht besser zu bewerten sind als der Standort Gorleben, dass es sich im Rahmen dessen hält, das man erwarten kann.

Ich habe vorhin auch darauf hingewiesen, dass Sie an keinem anderen Salzstandort bessere Ergebnisse erwarten können, nämlich Nichtteilnahme am Wasserkreislauf als der Hauptgefahrenquelle für ein Endlager, Nichtteilnahme am Wasserkreislauf über

⁸ Anmerkung des Zeugen: „Es geht um die Frage des bestmöglich geeigneten Standortes. Dieser könnte gefunden werden, wenn es einen Langzeitsicherheits-Nachweis im naturwissenschaftlichen Sinn gäbe. Da ich den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) vorzeitig verlassen habe, habe ich im Schreiben an das BfS und den BMU vom 16.08.2002 zum Diskussionsstand des AkEnd von Juli 2002 u. a. geschrieben: ‚Hier wird der Sicherheitsnachweis angesprochen. Einen solchen Nachweis im Wortsinn kann es nicht geben. In der bereits zitierten OECD/NEA-Publikation wird daher von vertrauenswürdiger Sicherheitsbewertung gesprochen. Auch die Entsorgungskonvention benutzt nur das Wort ‚Bewertung‘ (z. B. Artikel 6,8,9,13,15,16). Begründung s. u. a. Herrmann und Röthemeyer Seiten 255ff. In der Broschüre sollte daher das Wort Sicherheitsnachweis durch Sicherheitsbewertung ersetzt werden.‘ Das Wort ‚Langzeitsicherheitsnachweis‘ wird (leider) auch im Abschlussbericht des AkEnd noch benutzt und kann so zu dem Missverständnis führen, dass ein sicherheitsmäßig bestmöglicher Standort gefunden werden kann.“, Anlage 1

200 Millionen Jahre. Deswegen - aus heutiger Sicht und mit der heutigen Kenntnis von Gorleben - lohnt es sich gar nicht, weil Sie an einem anderen Salzstandort keine besseren Ergebnisse wie diese, die ich gerade zitiert habe, erwarten können.

Wo ein Vergleich stattfinden könnte, wären unterschiedliche Formationen. Man könnte zum Beispiel in Granit gehen. Das hat Professor Herrmann auch veröffentlicht. Wollen Sie in den Schwarzwald gehen oder in den Harz oder wo auch immer? Wollen Sie in Wasserreservoir⁹ gehen, oder wollen Sie in Ton gehen? Dann bietet sich Konrad an. Konrad ist aus Gründen der Langzeitsicherheit und der Naturbeobachtung ein hervorragender Standort. Die Wässer, die wir da angetroffen haben, sind 10 Millionen bis 150 Millionen Jahre alt. Das heißt, das Isolationspotenzial des Standortes Gorleben¹⁰ ist hervorragend. Aber warum wollen Sie das machen, andere Standorte wie Konrad untersuchen? Ich weiß, dass Konrad politisch sowieso nicht geht. Ich wollte Ihnen nur sagen, wie sicher Konrad ist, dass es diese Anforderungen erfüllt und dass es sich heute nicht mehr lohnt, bevor Gorleben nun enderkundet ist, noch andere Standorte zu erkunden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank, Herr Professor Röthemeyer. - Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, ich habe beim Studium der Akten, der Unterlagen festgestellt, dass die PTB und auch Sie als Person diese Aufgabe, diesen Auftrag damals sehr ernsthaft bearbeitet haben und sehr ernst genommen haben. Meine erste Frage bezieht sich auf das, was bisher an Gespräch da war. Sie sagten, die Frage alternativer Standorte war nicht Gegenstand des Auftrags. War aber die Empfehlung, alternative Standorte zu untersuchen, die Sie im Entwurf noch drinstehen hatten, die Konsequenz aus der Erfüllung des Auftrags?

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Wasserreservoir“, setze „Wasserreservoir“, Anlage 1

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Gorleben“, setze „Konrad“ sowie Anmerkung des Zeugen hierzu: „Hier spreche ich eindeutig von der Schachanlage Konrad, nicht dem Endlagerprojekt Gorleben.“, Anlage 1

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Zunächst mal möchte ich feststellen, dass die damaligen Auffassungen in Diskussionen zustande gekommen sind, die ich mit verschiedenen Wissenschaftlern und Lagerstättenkundlern hatte. Von daher gesehen - das habe ich vorhin schon mal betont - stehe ich hinter unserer Empfehlung - will ich das mal nennen -, andere Standorte zu untersuchen, wenn dieselben Rahmenbedingungen vorliegen würden, auch heute noch. Mehr kann ich eigentlich zu diesem - - Aber heute stehe ich, wie gesagt, wegen der genannten Fakten, die wir inzwischen kennen, nicht mehr dahinter.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Meine zweite Frage; da möchte ich Sie zitieren. Sie sagten vorhin: Zur Fachdiskussion, also am 11.05.83, ist es nicht gekommen, sondern entsorgungspolitische Argumente bestimmten die Diskussion. - Also, der Druck des Entsorgungsvorsorgenachweises ließ in dieser Situation die wissenschaftliche Argumentation nicht mehr zu. Mich interessiert, wie es Ihnen als Wissenschaftler - jetzt nicht als Leiter oder als Angestellter einer Behörde, sondern als Wissenschaftler - in dieser Situation ging.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Die Diskussion sollte damals auch den Aspekt der Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen abdecken. Da ist natürlich, wenn man in die Öffentlichkeit geht, so eine Frage wie „andere Standorte erkunden“, die auch vorher schon von vieler Seite diskutiert wurde, ein wichtiger Aspekt. Vorhin wurde ja auch darauf hingewiesen, dass es mehrere Standortuntersuchungen gab, um vielleicht einen geeigneten Standort - nicht den besten - unter diesen zu finden.

Die entsorgungspolitische Diskussion hat dieses Gespräch leider sehr stark beherrscht. Trotzdem wurden die Rahmenbedingungen auch für die Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen festgelegt, insbesondere, dass ich eingangs zu den Kriterien Stellung nehme und als Schlussbetrachtung zur Bewertung - gestatten Sie wieder das Wort - Eignungshöflichkeit des Standortes Stellung nehme und das begründe. So hatte jeder seine Aufgabe, die Geologen, Hydrogeologen, das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ und

andere. Das nahm also auch einen Teil des Gesprächs ein. Aber das verlief völlig harmonisch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Herr Röthemeyer. - Meine dritte Frage, da möchte ich mich auf das Schreiben von Herrn Memmert an Sie beziehen, das Sie ja selbst heute auch schon erwähnt haben. Herr Memmert - ich zitiere vielleicht am besten, bevor ich das in meinen eigenen Worten mache - erwähnt diesen dänischen Salzstock, und er sagt:

Man kann die Dänen um die Auswahl eines Salzstocks beneiden, bei dem das 600 Meter dicke Deckgebirge aus einigen mächtigen, nahezu ungestörten und wenig permeablen alten Schichten aufgebaut ist. Der Vergleich der beiden Salzstöcke zeigt deutlich die Vor- bzw. Nachteile.

Er sagt dann:

Während die Laufzeit in Gorleben rund 1 000

- steht hier; ich vermute, es soll „10 000“ heißen, weil eine Lücke dazwischen ist -

Jahre betragen mag, liegt diese für Mors bei einigen Millionen Jahren.

Das ist das Schreiben, in dem er dann von Gorleben als einem der nur zweitbesten spricht. Meine Frage an Sie: Was ist aus diesem von den Dänen ausgewählten Salzstock als Endlager geworden, der so viel besser als Gorleben war?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Die Dänen haben ja kein Kernkraftwerk, sodass diese 6 Gigawatt, die ich da erwähnt habe, nicht realisiert wurden. Wir brauchten wegen der großen Mengen an Abfällen ein Endlagerbergwerk, wo ich Bergbau betreiben kann. Der Salzstock Mors ist - mit Fragezeichen - so etwa 600 oder 700 Meter tief. Dann muss man vom Salzstock noch weiter in den Salzstock selbst hineingehen, wenn man ein Bergwerk bauen will. Wir brauchten aber einen Salzstock, der bergmännisch erschlossen werden konnte. Wir hätten unsere Abfallmengen niemals nur in Bohrlöcher einbringen können. Es geht hier ja nur um hochaktive Abfälle. Im Ausland - im Gegensatz zu Deutschland; ich kenne eigentlich gar kein Land, wo es so betrieben wird wie bei uns - - werden alle Abfälle untertägig gela-

gert, während in den meisten anderen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, das ja eine Riesenkapazität hat, oder den USA, die nichtwärmeentwickelnden Abfälle oberirdisch gelagert werden. Das heißt, die Dänen hätten damals nur ihren hochaktiven Abfall in die Bohrlöcher gesteckt und die anderen oberirdisch gelagert. - Habe ich das korrekt beantwortet?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich nehme es jetzt mal so hin. - Ich habe nicht mehr viel Zeit und würde Ihnen gerne noch eine Frage zu dem Bericht stellen, also zu dem Entwurf und der Endfassung, weil für mich schon im Kern wichtig ist, zu erfassen, was das für die beteiligten Wissenschaftler und auch für Sie bedeutete, dass Sie Ihre wissenschaftlichen - ich sage mal - Arbeitsweisen hinter politische Erwägungen zurückstellen mussten. Ich möchte Sie doch fragen, ob so ein Unterschied, zum Beispiel zu den Wegsamkeiten, wie er im Entwurf beschrieben wird - da heißt es, dass zumindest gegenwärtig keine eindeutig nachweisbaren Wegsamkeiten zwischen dem Nebengestein sowie lokalen Lösungsreservoir im Salzstock bestehen -, zu dann der Endfassung „... erlauben die Schlussfolgerung, dass keine Wegsamkeiten zwischen dem Nebengestein sowie lokalen Lösungsreservoir im Salzstock bestehen“ - - Das ist ein substanzieller Unterschied in der Aussage. Für mich ist noch mal wichtig: Was heißt das für Sie als Wissenschaftler, wenn Sie auf politische Vorgaben hin solche Veränderungen vornehmen müssen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Zunächst mal: In dieser Hinsicht haben wir wirklich keinerlei politische Vorgaben gehabt. Es geht hier um die Diskussion, ob man bei der untertägigen Erkundung einen Hauptanhydritstrang in der Umfahrunszzone berücksichtigen muss oder nicht. Dann geht es um die Diskussion: Wenn nein - - Also, im Endlagerbereich den Hauptanhydrit als einen möglichen - weil es ein klüftiges Gestein ist - Lösungsbringer, ob man den bei der untertägigen Erkundung vermeiden kann oder nicht. Wenn man ihn vermeiden kann, brauche ich dieses nicht mehr zu berücksichtigen, zumindest in dem Bereich, wo ich einlagere. Es gibt da noch kompliziertere Überlegungen. Aber das ist die Grundlage dieser Äußerung. Es geht hier um das, was wir unter Tage vorfinden und was wir fast schon spekulativ

geschrieben haben, wie es sein könnte. Als Wissenschaftler habe ich das alles voll mitgetragen. Ich möchte noch mal betonen, dass es in diesen Punkten nicht ein Fitzelchen einer Beeinflussung gegeben hat, wirklich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank, Herr Professor Röthemeyer. - Jetzt stehen wir vor einer zweiten Berliner Runde. Das Rederecht hat wieder die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das Letztere scheint mir ganz wichtig zu sein. Verstehen Sie: Ich glaube, ich habe Sie verstanden; aber in der politischen Auseinandersetzung begegnen Ihnen manchmal Dinge, wo Sie sagen: Na, der Zeuge hat sich doch eigentlich klar geäußert. - Und dann verwenden es andere doch wieder anders. Noch mal die klare Frage: Außer dem Unterschied zum Thema „Alternative Standorte“, hat es da irgendein, was die Sicherheit angeht, andere Fragen, Maß an politischer Vorgabe gegeben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Nochmals: keinerlei, keine politische Vorgabe im fachlichen, sicherheitsmäßigen Bereich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will es auch noch mal ausschmücken, bezogen auf das Thema Eignungshöflichkeit. Können Sie bestätigen, dass, bezogen auf diese Frage, also der Hoffnung auf Eignung des Salzstockes, sich in der ersten Fassung vom 6. Mai noch der Begriff, sie sei „voll bestätigt“, findet und dann in der Endfassung nur noch der Begriff „bestätigt“, also dass man an der Stelle - ganz im Gegenteil zu dem, was die Kolleginnen der Opposition gerade gefragt haben - sogar sagen könnte, die Frage der möglichen Eignung ist da etwas vorsichtiger ausgedrückt worden und nicht etwa besonders betont worden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Hier muss ich mal an mein Alter erinnern.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ich hätte damals mit beiden Formulierungen leben können. Aber immer vorsichtiger zu

formulieren, ist sicherlich besser, als eine Erwartungshaltung zu wecken, die sich möglicherweise nicht bestätigt. Aber das ist, wie gesagt - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist völlig okay.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Okay.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist - darf ich mal sagen - ohnehin natürlich unser Problem in doppelter Hinsicht, erstens dass wir es mit Themen zu tun haben, die zum Teil 30, 33 Jahre zurückliegen, und zweitens, wenn Sie so ein Protokoll einer Innenausschusssitzung zum Beispiel lesen, wo Sie ja auch zugegen gewesen sind - - im Grunde genommen eins zu eins die gleichen Fragen gestellt worden sind, wie wir es heute tun. Aber Sie wissen, dass das nicht unbedingt unser Problem ist.

(Ute Vogt (SPD): Sagen Sie uns noch mal Ihre Fundstelle?)

- Was das Protokoll des Innenausschusses - - Das kennen Sie.

(Ute Vogt (SPD): Nein, von dem Eignungshöflichkeit in der ersten Fassung!)

- Das liefere ich gleich nach; können Sie gerne haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das geht nicht auf unsere Fragezeit?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ist abgebrochen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Fragezeit ist unterbrochen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage der - - „voll bestätigt“. - MAT A 4/3 Anlage 12.

(Ute Vogt (SPD): Seite 8, ich habe es!)

- Gut, wunderbar.

Ich will gleichwohl noch mal auf die damalige Zeit zurückkommen. Sie haben das Schreiben von Professor Herrmann erwähnt. Das hat auch in der Berichterstattung in den Medien eine gewisse Rolle gespielt, da er

sich so ausgedrückt hat, dass er Zweifel an der Ergebnisoffenheit des Verfahrens hat, dass er sagt: Eigentlich ist für die Politiker schon klar, es wird Gorleben. - Können Sie das aus den Gesprächen, zum Beispiel am 11. Mai in Hannover, bestätigen? Denn in den Kabinettsvorlagen, etwa von Herrn Dr. Hanning, ist durchaus dieser Gesichtspunkt der Ergebnisoffenheit zu finden. Es finden sich dort auch Hinweise, wenn sich Gorleben wider Erwarten doch nicht als geeignet herausstellt, müsse man eben alternative Standorte finden; das würde man mit dem Zwischenlager in der Zeit auch rechtzeitig hinbekommen. Hatten Sie jemals den Eindruck, dass die Vertreter der Bundesregierung dieses Maß an Ergebnisoffenheit, das Herr Herrmann vermisst hat, tatsächlich nicht zeigen oder dass sie doch auch diese Ergebnisoffenheit ernst gemeint haben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Die Tatsache, dass Herr Herrmann nun ein Befürworter des Standortes Gorleben ist, zeigt, dass hier Diskussionen zwischen uns stattgefunden haben, die Herrn Herrmann überzeugt haben, dass wir ergebnisoffen untersuchen können. Er hat ja auch ergebnisoffen ganz wichtige Untersuchungen gemacht, die ihn dann als Wissenschaftler zu einer anderen Bewertung geführt haben. Ich kann auf der einen Seite die Skepsis bewerten, die Herr Herrmann damals in seinem Brief zum Ausdruck gebracht hat, die aber hinsichtlich des Standortes Gorleben heute nicht mehr gilt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben die Gorleben-Kommission angesprochen und gesagt, dass das eigentlich ein gutes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit gewesen sei, gerade auch gegenüber den Kommunen. Die ist ja 1991 aufgegeben worden. Haben Sie das eigentlich bedauert?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich persönlich habe das wirklich und sehr bedauert, weil man ein Medium braucht, wo man Informationen transportieren kann. Es war ein Verdienst von Herrn Grill, dass die Gorleben-Kommission so ein Medium war. Wer das damals erlebt hat, wird wissen, dass hier sehr ausführlich in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* berichtet wurde und dass Herr Grill, wie gesagt, hiermit ein Instrumentarium geschaffen hat, was für einen Endlagerstandort eigentlich als beispielhaft gelten kann, je-

denfalls aus unserer Sicht als Antragsteller. Er wusste genau Bescheid. Wir informierten zunächst ihn, was so neu war. Das war dann ein bisschen per Telefon. Er hat dann immer bewertet, ob das für eine Sitzung der Gorleben-Kommission sinnvoll ist oder nicht. Also, ich habe das sehr, sehr bedauert, weil wir damit natürlich auch ein Instrument verloren, um unsere Informationen breit gestreut loszuwerden. Wir haben damals sogar Leute gehört: Wenn ihr uns überzeugen könnt, dass der Standort geeignet ist oder dass ihr positive Ergebnisse habt, dann geben wir unseren Widerstand auf. - So was hat uns natürlich angespornt, wirklich die besten Informationen und so viel wie möglich zu geben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Am kommenden Donnerstag wird an dieser Stelle, an der Sie jetzt sitzen, Professor Duphorn sitzen. Da würde ich gerne in Vorbereitung auf die Vernehmung von Ihnen wissen, ob Sie erläutern können, weshalb es Kritik an dem Gutachten gab, das er vorgelegt hat.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Professor Duphorn ist ein hervorragender Quartärgeologe. Ich glaube, niemand hat Kritik an diesen Ergebnissen geübt. Er hat aber auch - das macht er oder sein Mitarbeiter, damaliger und heute auch - in der Presse Fragen interdisziplinären Charakters angesprochen. Ich habe ein Interview - ich glaube, Herr Schneider - gehört, wo er nun dieses Problem der Gorlebener Rinne anspricht und dann die Schlussfolgerung zieht, da könnte nun das Wasser in den Salzstock rauschen. Die Fragestellungen interdisziplinären Charakters waren sehr wichtig. Da kann man sich nicht nur auf einen Quartärgeologen verlassen, sondern man muss auch Menschen einbeziehen, Fachleute, die sich im Schachtbau auskennen - da hat er sich ja auch geäußert -, die sich im Salzstock auskennen, Lagerstättenkunde haben, und auch andere, die sicherheitsanalytisch tätig sind.

Ich hatte Ihnen ja vorhin gesagt, dass wir gerade zu diesem Punkt ein Gespräch mit Professor Duphorn geführt haben, mit einem eindeutigen Ergebnis, dass wir also erst eine Aussage machen können, wenn wir die Szenarien - da haben alle hinter gestanden -, die seit 78 von Herrn Herrmann und von der PTB erarbeitet wurden, quantifizieren können, das heißt, wenn wir die Daten haben, um die zu

quantifizieren. Da hat auch Herr Duphorn zugestimmt. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht zu sagen. Ein geachteter, von uns eingeschalteter Wissenschaftler mit quartärgeologischer Erfahrung.

Die Aussagen, die er interdisziplinären Charakters macht, haben wir einvernehmlich mit ihm besprochen. Bis heute können wir die Fragen aber nicht alle beantworten, weil wir den Standort noch nicht erkundet haben und deswegen diese sicherheitsanalytischen Betrachtungen, die wir damals einvernehmlich gebilligt haben, nicht durchführen konnten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben am 10. September 82 in der PTB ein Gespräch mit Herrn Professor Duphorn geführt. Das haben Sie angesprochen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das Ergebnis ist auch mit einem Infoblatt veröffentlicht worden. Ist es zutreffend, dass er damals einer weiteren untertägigen Erkundung zugestimmt hat, und wie lässt sich das mit seiner fundamentalen Kritik an der Mächtigkeit des Deckgebirges vereinbaren?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Die Frage müssten Sie Herrn Duphorn stellen. Das Deckgebirge wurde damals als -- Ich weiß nicht, von wem, aber eine Dame aus der Bürgerinitiative hat mir erzählt, dass bei einer Besetzung der PTB, wo ich nur in der zweiten Hälfte dabei war, mein damaliger Chef wohl eine Anschauung übernommen hat, die nicht in unserem Hause geboren wurde, nämlich dass ein toniges Deckgebirge über dem Salzstock liegt, was in der Lage wäre, als vollwertige zweite Barriere zu wirken. Mit dieser Vorstellung hat Herr Duphorn, haben die Erkenntnisse -- oder das war der Bewertungsmaßstab sicherlich von Herrn Duphorn, auch von den Bürgerinitiativen.

Damals war das Deckgebirge aber - um das jetzt mal fachlich: sehr -- das ist auch ein Ergebnis von Herrn Duphorn - relativ dünn. Es war nicht so ausgedehnt wie heute. Deswegen konnten sich eiszeitliche Erosionsereignisse hier gravierend auswirken und zur Gorlebener Rinne führen. Heute ist das Deckgebirge wesentlich höher, und es bestehen andere hydrogeologische Untersuchungen, sodass das hydraulische Poten-

zial - Entschuldigung, dass ich das so fachlich sage -- Darüber war 1 Kilometer Eis, und unten war Ton. Dann konnte sich eine große Wassersäule bilden und mit hohem Druck auf den Salzstock wirken. Heute ist das nicht mehr so. Wir haben dazu zwei wissenschaftliche Berichte erarbeiten lassen mit dem Ergebnis, das ich vorhin vorgeführt habe. Mit dem heutigen Deckgebirge werden zukünftige Eiszeiten nicht mehr zu solchen Erosionsereignissen führen können, wie sie damals waren.

Das zweite Argument, das ich gegen Herrn Duphorn jetzt sagen muss. Er hat Aussagen zur Situation im Salzstock selbst gemacht, und wir haben mit fünffach verschiedenen Methoden geguckt, auch unterhalb der Gorlebener Rinne, wie das Salz dort ausgebildet ist. Auch dort gilt das, was ich vorhin gesagt habe: Keine Teilnahme am Wasserkreislauf seit über 200 Millionen Jahren. Das heißt, die Gorlebener Rinne ist - wie ich das vorhin gesagt habe - eigentlich ein Testfall für das Isolationspotenzial, den die Natur uns selbst geliefert hat. Dem vertraue ich mehr als irgendwelchen theoretischen Überlegungen oder vielleicht auch Spekulationen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wissen Sie etwas über Streit, unterschiedliche Einschätzungen, was die Vergabe von Gutachten an Herrn Duphorn angeht? - Wenn Sie dazu nichts sagen möchten, nehme ich das auch -- Es ist ja überraschend - ich will Ihnen offen sagen, worauf ich hinaus will -: Bis 81 lief die Zusammenarbeit mit Herrn Duphorn ausgesprochen unproblematisch, und man hat auch den Eindruck, da gibt es keine großen wissenschaftlichen Streitpunkte. Dann liefert er zu spät ab. Er liefert aus Neuseeland. Dadurch ist das Haushaltsjahr 82 für ihn nicht erreichbar. Er kriegt in diesem Jahr keine Gutachten vom Forschungsministerium und muss seine Mitarbeiter entlassen, unter anderem auch den uns hier bekannten Herrn Schneider.

Das finde ich menschlich, dass man dann vielleicht auch guckt: „Wo kann ich an anderer Stelle Aufträge für Gutachten bekommen?“, oder eben einfach auch - wie soll ich mal sagen? - das kritisch sieht, wie das Forschungsministerium mit ihm da umgeht. Jetzt will ich Sie nicht zu Einschätzungen, zu denen Sie vielleicht nichts sagen können oder wollen -- Aber die Frage ist: Welche Rolle, glauben Sie, hat das auch ein bisschen für

den weiteren wissenschaftlichen Weg gespielt, den Herrn Duphorn gegangen ist?

(Ute Vogt (SPD): Das muss er nicht beantworten! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das eine Sachfrage?)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich denke jetzt darüber nach, ob die Ermahnung der Frau Vorsitzenden, wahrheitsgemäß zu antworten - - und auf der anderen Seite den Schutz der Persönlichkeiten - - ob ich das darf. Aber ich will es beantworten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Glaubwürdigkeit von Zeugen darf erforscht werden, auch natürlich, indem man andere - -

(Ute Vogt (SPD): Aber Sie erforschen hier seine Einschätzungen und nicht seine Sachkenntnis!)

- Frau Vogt, wenn es um die Glaubwürdigkeit eines Zeugen geht, der nächste Woche bei uns ist, kann ich natürlich eine Frage an den Zeugen, der mit ihm jahrelang zusammengearbeitet hat, stellen. Entschuldigung.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich möchte keine Stellung nehmen, ob die Ablehnung weiterer Aufträge an Herrn Duphorn zu dieser Reaktion geführt hat. Ich kann nur persönlich sagen, dass ich mit Herrn Duphorn ein gutes Verhältnis hatte, das sich auch im AkEnd sehr gut ausgewirkt hat. Ich kann auch sagen, dass wir damals geologisch sehr dünn bestellt waren - unser geologischer Sachverstand war eigentlich die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe -, bis wir nach einer intensiven Prüfung des Bundesrechnungshofs, der uns bestätigte, dass wir mehr Stellen brauchen - das ist wohl der einzige Fall, der mir überhaupt bekannt ist; die waren lange Zeit bei uns und haben die ganzen Arbeitssituationen bewertet -, mehr geologischen Sachverstand hatten.

Also, zu dieser Zeit mussten wir uns zu 100 Prozent auf die BGR verlassen, die eine Fortführung der Arbeiten von Herrn Duphorn nicht für notwendig hielt. Ich würde Sie bitten, mich von einer weiteren Beantwortung zu entlasten und die BGR dazu zu fragen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Professor Röthemeyer, ich möchte noch mal auf die von Herrn Grindel angesprochene Gorleben-Kommission zurückkommen, die ja damals eine gewisse Bürgerbeteiligung darstellte. Können Sie sagen, wie die zustande gekommen ist, warum sie eigentlich letztendlich wieder aufgelöst wurde und wie lange sie überhaupt bestanden hat? Die anschließende Frage wäre da auch noch, wer dort eigentlich zu der Gorleben-Kommission eingeladen wurde, Vertreter der Kommunen, also Ratsherren, Samtgemeindebürgermeister, aber auch Gruppen, wie zum Beispiel die BI, die Kirchen etc.?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich kann die Frage deswegen nicht klar beantworten, weil ich manche Vertreter, die von der Bürgerinitiative oder von Gorleben, kritisch Eingestellte, da vertreten waren - - Ich weiß nicht, ob die auch ein Mandat im kommunalen Bereich hatten. Ich bitte, dazu vielleicht den BMU - oder wer das auch immer weiß - zu befragen. Ich kann das nicht.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber es sind doch sicherlich dann auch kritische Fragen gestellt worden.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es

war sehr, sehr kritisch, und die Reaktion - - Ich hatte ja vorhin ein Beispiel genannt. Ich hatte sozusagen eine Untersuchung über die Subrosion des Salzstocks Gorleben gemacht. Dann gab es einen Artikel in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, der meine Argumentation nicht verstanden hat, aber auch in Leserbriefen, und das sind oft sehr harte Leserbriefe gewesen. Wir sind auch sehr oft in Verbindung mit dem Dritten Reich gebracht worden. Es waren also sehr harte Diskussionen. Als es einmal ganz schlimm wurde, da hat Professor Herrmann gesagt: „Das kann ich nicht mehr ertragen“, und hat dann diesen Leserbrief geschrieben, der eigentlich diese Diskussion dann auch beendet hat, weil man mir Extremmanipulation von Fakten vorgeworfen hatte. Von daher gesehen kam aus der Gorleben-Kommission durchaus eine sehr kritische Bewertung, und es war für uns nicht immer ein Zuckerschlecken, dort aufzutreten.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Hatten Sie denn den Eindruck - oder ich nehme das mal aus Ihren Äußerungen -, dass Ihre Äußerun-

gen, die Sie dort gemacht haben, auch zu wissenschaftlichen Dingen, in der Öffentlichkeit falsch wiedergegeben wurden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: In diesem Fall ganz klar. Es war einfach eine Berechnung über das Subrosionspotenzial des Salzstocks. Das wurde mit der Wasserlaufzeit im Deckgebirge verwechselt, was sich zwischen 100 000 und 1 Million Jahren - - Das andere waren 600 Jahre bis 1 700 Jahre.¹¹ Das wurde mir als Extremmanipulation dann unterstellt mit den entsprechenden harten Formulierungen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kollege Monstadt und dann Herr Kollege Obermeier.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Professor Röthemeyer, ich darf noch mal auf das Thema vergleichende Untersuchung verschiedener Standorte zurückkommen, und zwar schließt sich da die Frage an: War eine vergleichende Untersuchung verschiedener Standorte sinnvoll und realisierbar, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der tatsächlichen wissenschaftlichen Kapazitäten? Gab es also genug erfahrene Wissenschaftler, die eine solche zweite, dritte Untersuchung hätten begleiten können? Gab es die auch in bergbautechnischer Hinsicht? Inwieweit hätte das den finanziellen Rahmen, der abgesteckt war, gesprengt, beeinflusst? Gab es überhaupt finanzielle Mittel, in der Form, wie Gorleben untersucht werden sollte, einen zweiten oder dritten Standort zu untersuchen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Vielleicht fange ich mal mit dem Geld an. Es wäre sehr teuer geworden; das ist ganz klar. Das sieht man schon an den enormen Kosten, die wir in Gorleben aufgewandt haben. Ich nenne ein anderes Beispiel. Die Amerikaner hatten damals geplant, mehrere Standorte in verschiedenen Formationen zu untersuchen. Ich habe alle diese Standorte befahren und gedacht, die Amerikaner können sich das leisten; das ist ein reiches Land.

Hinterher wurden alle diese Standorte aufgegeben. Man hatte sich dann auf Yucca Mountain, auf einen Atomwaffenteststandort beschränkt.

Es ist also eine sehr teure Sache. Wenn kleinere Länder, wie zum Beispiel die Schweiz, das machen, dann kann man das hintereinander machen. Wir wären von unserer Personalkapazität auf keinen Fall in der Lage gewesen, mehrere Standorte gleichzeitig zu erkunden. Ich glaube auch nicht, dass das Geld dafür bereitgestellt worden wäre. Aber das ist - sage ich nur mal - spekulativ, weil es selbst die Amerikaner überfordert hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Obermeier.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Professor Röthemeyer, unser Thema fällt in eine Zeit, 1982/83, in der wir den Regierungswechsel hatten. Sie haben die Kontakte in die Bundesstellen der Schmidt-Regierung gehabt, und es kam ja dann 1983 dazu, dass die Leitung der Häuser ausgetauscht wurde. Meine Frage richtet sich jetzt danach: Hat sich in der Substanz bei den Fragestellungen was verändert von vorher zu nachher, oder wie haben Sie das noch in Erinnerung, wie das abgelaufen ist?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich selbst habe keinerlei Veränderungen gemerkt, weil auf der Ebene, wo wir Kontakte hatten, praktisch das Personal nicht ausgetauscht wurde. Das wirkte sich allenfalls auf der Abteilungsleitersebene im Ministerium aus. Aber von daher ist mir eigentlich kein Wechsel bekannt. Ich weiß noch nicht mal, wer 1986 an der Regierung war. Ich kann mich nur hinsichtlich eines anderen Standortes erinnern, nämlich der Asse, dass dann endlich unser Petitum, hier diese Sachen aufzugeben, befolgt wurde. Aber wer da an der Regierung war, müssten Sie besser wissen. Ich wollte nur sagen: Da wurde fachlich richtig entschieden. Aber ich kann mich 82/83 an keine Änderungen hinsichtlich Gorleben erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich habe zwei Fragen und würde dann noch an den

¹¹ Umformulierung des Zeugen: „Zwischen 100 000 und 1 Million Jahren – das wurde mit der Wasserlaufzeit im Deckgebirge verwechselt. Das waren 600 Jahre bis 1 700 Jahre.“, Anlage 1

Kollegen weitergeben. Ich wollte noch mal zurück auf den 11. Mai 1983. Da ist in dem besagten Protokoll von dem Gespräch, bei dem ja dann unerwartet die Vertreter des Kanzleramts und der Ministerien dabei waren, am Ende vermerkt:

Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung.

Dann steht dort:

Hanning: Bei Vorschlag eines anderen Standortes wird Gorleben erforscht.

Und als Letztes:

Matting: BMI will nicht, daß andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Das waren die Notizen, die damals zu dem Gespräch gemacht wurden. Sie haben dann - ich vermute, diesbezüglich auch wörtlich zitiert - in der *taz* noch mal geäußert:

Es gibt nichts Schriftliches, keine schriftliche Weisung, aber wir mussten das Gespräch als klare Weisung auffassen.

Jetzt wollte ich Sie nur noch mal fragen - weil Sie sich vorhin zu dem Artikel so kritisch geäußert haben -, ob Sie dieses wörtliche Zitat in Bezug auf diese Aufforderung oder Weisung, wie Sie es selbst nennen, einfach bestätigen können.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich kann diese Aussage voll bestätigen. Sie haben ja auch selbst zitiert, was Herr Matting gesagt hatte bzw. der BMI, der unsere weisungsberechtigte Behörde war.

Hinterher haben mir aber Juristen gesagt - da gibt es, wie gesagt, auch verschiedene Briefe -, dass so was keine Weisung ist. Ich glaube auch, Professor Kind wird noch Stellung dazu nehmen können, weil in einem Schreiben, wo - wie heißt das juristisch? - eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen mich erhoben wurde, wo dies alles eine Rolle spielte, Herr Kind schreibt, dass es sich hier nicht um eine Weisung gehandelt hat. Was ich selbst dazu gesagt habe oder was ich da mitgezeichnet habe, weiß ich nicht. Aber ich persönlich und auch Herr Illi und die anderen Mitarbeiter meiner Abteilung haben diese Worte als Weisung verstanden - das möchte ich noch mal betonen - und nicht als Bitte, weil es ein sehr hartes Gespräch war, und dies war ein Schlusswort, das ich

als Weisung verstanden habe. Aber wenn es da juristische Randbedingungen gibt, dann - -

Ute Vogt (SPD): Darauf kommt es nicht an.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich kann mich auch irren. Aber ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass dies aus heutiger Sicht völlig egal ist, weil wir Gorleben heute mehr als eignungshöflich zum Quadrat nennen können.

Ute Vogt (SPD): Ich will vielleicht nur einschleichen: Wenn ein Kleingartenbesitzer ein Gartenhaus ohne die rechtlich einwandfreie Genehmigung errichtet, muss er es auch nach 20 Jahren wieder abreißen, auch wenn man sagt, heute stört es niemanden. Juristisch ist ja nur die Frage interessant: „War es zu dem damaligen Zeitpunkt rechtmäßig?“, und nicht: „Ist es für Sie heute okay?“ Aber das vielleicht nur als Einschub.

Ich habe einen zweiten Punkt, das Thema der Erkundungen. Ich wollte noch mal nachfragen. Es gibt in Gorleben in Bezug auf die Erkundungen, auch die obertägigen Erkundungen und dann vor allem auch die untertägigen, die dann erforderlich wären, Beschränkungen in Bezug auf die vorhandenen Nutzungs-, sprich Salzrechte. Die Frage ist: Gab es ein wissenschaftliches Konzept, wie man geländemäßig vorgeht, in Bezug auf den Umfang der Erkundungen? Ist tatsächlich eine wissenschaftlich fundierte Erkundung möglich, wenn die Art der Grundstücke oder die möglichen Grundstücke, die man erkunden kann, durch die Nutzungs- und Salzrechte, die dort vorhanden sind, beschränkt sind?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Vielleicht greife ich noch mal das Wort „rechtmäßig“ und was Sie zuerst über die Frage „Weisung, ja oder nein?“ gesagt haben auf. Was immer es ist: Es war immer rechtmäßig, weil der BMI nicht nur die Zweckmäßigkeit, sondern auch die Fachaufsicht hat. Er könnte uns sogar anweisen, oder er könnte sogar die Meinung vertreten - als Extrembeispiel -, schreibt hin: Gorleben ist geeignet. - Dann hätten wir unseren Satz „Gorleben ist eignungshöflich“ hingeschrieben, hätten das nach Bonn geschickt. Dann hätten die das durchstreichen müssen, und

Rot-Grün - oder wie auch immer - dann ihre Meinung da hineinschreiben - -

Die haben nicht nur die Zweckmäßigkeitssaufsicht, ob wir richtig handeln, sondern sie haben auch die Fachaufsicht. Das heißt, was immer die Ressorts und der BMI gemacht haben, wäre immer rechtmäßig gewesen. Sie konnten uns anweisen, bestimmte Dinge zu tun oder zu lassen. In diesem Fall, wie gesagt, war es ein entsorgungspolitischer Aspekt, den sie nicht mit Gorleben verknüpfen wollten.

Jetzt zu den Salzrechten. Die Salzrechte müssen wir erwerben. Ich finde es eigentlich sehr schade. Die Bundesregierung, das Parlament haben sich die Entsorgung, die Endlagerung als Bundesaufgabe vorbehalten. Dann erwartet ein Antragsteller, der damit befasste Unternehmer, wie es die PTB oder das BfS ist, eigentlich volle Unterstützung, und das bedarf auch der Salzrechte. Das heißt also, ich muss dann versuchen, wenn es nötig wird, die Salzrechte zu beschaffen.

Mehr kann ich dazu nicht sagen. Allerdings weiß ich jetzt nicht, wie die Bürger vor Ort sich nach Auslaufen der Salzrechte verhalten, ob wir dann in einen Engpass kommen oder ob wir wegen der sehr geringen Abfallmengen auch mit dem restlichen Salzstock noch zurechtkommen. Das muss dann abschließend entschieden werden, wenn wir wissen, wie die Salzrechte sich in Zukunft gestalten werden, oder ob das Parlament hier Voraussetzungen schafft, dass wir die Salzrechte bekommen können.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Professor Röthemeyer, ich habe mir vorhin eigene Notizen gemacht. Wir werden das im Protokoll noch näher nachlesen können. Aber ich glaube, daran erinnern wir uns wahrscheinlich gemeinsam zutreffend. Sie haben unter anderem ausgeführt, im Falle eines Fehlschlages in Gorleben hätte es sehr lange gedauert, einen anderen Standort zu finden. Ist das richtig?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist richtig.

Sebastian Edathy (SPD): Das war Ihre damalige Einschätzung?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Ist das eine wissenschaftliche Einschätzung?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Sie beruht auf einer Abschätzung der Schachtkapazität und des laufenden Anfalls an radioaktiven Abfällen und dann, was noch sozusagen an Kapazität übrig bleibt. Ich kann mich nicht sicher erinnern, aber ich meine, ich hätte das im Innenausschuss des Bundestages sogar etwas weiter quantifiziert. Aber diese Unterlagen habe ich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Ich verstehe das aber richtig, dass Ihre wissenschaftliche Einschätzung damals, Anfang der 80er-Jahre, war, dass es umfangreich Zeit in Anspruch nehmen würde, einen zweiten Standort zu erkunden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Richtig.

Sebastian Edathy (SPD): Ich möchte dem Zeugen einen Vorhalt machen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Ich beziehe mich auf MAT A 52, Ordner 1, Band 1. Das sind die paginierten Seiten 13 ff. Zur Erleichterung für den Zeugen kann ich ihm gern eine Kopie zur Verfügung stellen.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Es handelt sich dabei um ein Schreiben aus dem Bundesinnenministerium, von Referatsleiter Dr. Matting, vom 6. August 1985 an Herrn Professor Dr. Röthemeyer. Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern? - Da geht es zum einen um Vorschläge für die Beantwortung von Fragen, zum anderen um Vorschläge für die Formulierung eines Schriftsatzes an das Verwaltungsgericht in Stade. Die Anlage 1 ist an Sie gerichtet, als Hinweis darauf, wie Sie eine Frage beantworten sollten nach der Einschätzung der PTB zu der Frage: Braucht man die Suche an zusätzlichen Standorten? Ich zitiere von Seite 2:

Wie von der PTB aufgrund eigener Erfahrungen jetzt noch mal bestätigt, könnten kurzfristig andere untersuchungswürdige Standorte benannt und zügig erkundet werden.

Sie sagten ja vorhin, das BMI hat auch die Fachaufsicht. Haben Sie sich diese Position zu eigen gemacht, obwohl sie nicht Ihrer wissenschaftlichen Überzeugung entsprach?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Diese Aussage entspricht natürlich einer gewissen Hoffnung, dass andere Standorte kurzfristig benannt werden können. Das ist sicherlich richtig. Die BGR hat ja bundesweit Standortuntersuchungen oder Standortvorschläge angestellt. Aber ob diese Standorte politisch akzeptiert werden und ob wir da dann wirklich arbeiten können, das ist eine ganz andere Frage.

Sebastian Edathy (SPD): Danach habe ich gar nicht gefragt, Herr Professor Röthemeyer. Ich habe vorhin gefragt, und da haben Sie gesagt, das wäre Ihre wissenschaftliche - ausdrücklich: wissenschaftliche - Meinung, dass es umfangreich Zeit in Anspruch nehmen würde, an einem zweiten Standort Erkundungsmaßnahmen vorzunehmen. Jetzt schreibt Ihnen das BMI einen Brief im Jahre 1985: Lieber Herr Professor Röthemeyer, machen Sie sich bitte genau das Gegenteil als Meinung zu eigen, nämlich machen Sie sich die Meinung zu eigen, es ist durchaus möglich, kurzfristig auch andere Standorte erkunden zu können. „Zügig erkundet werden“ heißt es dort wörtlich. Sie sagten vorhin, Herr Professor Röthemeyer, dass Sie als früherer leitender Mitarbeiter der PTB sehr stolz darauf seien, dass Sie sich in Ihrer wissenschaftlichen Expertise politisch nicht haben beeinflussen lassen. Ist das hier eine Ausnahme?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich glaube, diese Aussage muss man etwas differenzierter betrachten, -

Sebastian Edathy (SPD): Ach so.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: - und zwar deswegen, weil es, als wir den Auftrag bekommen hatten, einen Standort erstmalig und weltweit langfristig auch oder weltweit erstmalig - - Es gab nicht viele Standorte, die damals in dieser Form untersucht werden sollten - - wenig Erfahrung hatten. Wir haben deswegen 1978 über fünf Tage ein Seminar über Entwicklungsarbeiten, Untersuchungen und Forschungsarbeiten gemacht und haben dann auf der Basis

dieser Ergebnisse umfangreiche Erfahrungen, Kenntnisse gesammelt und Untersuchungen gemacht, zum Beispiel - das, was ich vorhin erzählt habe - über die Lösungseinschlüsse, über die Lösungen, über andere Indikatoren für die Sicherheit.

Sebastian Edathy (SPD): Letzte Frage, weil die Zeit - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Darf ich das weiterführen?

Sebastian Edathy (SPD): Meine Zeit ist leider begrenzt.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das hat sich hingezogen, und 1985 lagen viele Erkenntnisse - die haben wir auch schon veröffentlicht - vor. Das heißt also, in dieser Hinsicht wären wir zügig in der Lage gewesen, neue Standorte zu erkunden.

Sebastian Edathy (SPD): Wie verträgt sich das mit Ihrer vorherigen Aussage?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist doch klar.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe einleitend extra gefragt, also: Es hätte sehr lange gedauert - das werden wir im Protokoll ja nachlesen können -; bei einem Fehlschlag in Gorleben hätte es sehr lange gedauert, einen anderen Standort zu finden. Jetzt schreibt Ihnen das BMI Mitte der 80er-Jahre, Sie sollen sich genau das Gegenteil zu eigen machen. Sehen Sie da keinen Widerspruch, Herr Professor Röthemeyer?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein, zu einem Verfahren - - Und das Längste in einem Verfahren ist ja das rechtliche Verfahren, das Planfeststellungsverfahren. Denken Sie daran, dass wir zwischen 86 - - Allein bei Konrad. Das dauert Jahrzehnte. Wir haben damals schon Abschätzungen gemacht. Das heißt, ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, ist sehr zeitaufwendig. Von daher gesehen trifft diese Argumentation, rein fachlich gesehen, schon den Kern, aber nicht - - Wir müssen ja von der Antragstellung bis hin zur Genehmigung einen sehr langen Zeitraum einberechnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Bevor ich das Fragerecht an die FDP-Fraktion weitergebe, möchte ich den Hinweis des Sekretariats weitergeben, dass Herr Professor Röthemeyer uns heute nur bis maximal 15 Uhr zur Verfügung stehen kann, weil er nämlich einen Flug gebucht hat, der ihn in den Urlaub bringen wird, was, so finde ich, ein hinreichend guter Grund ist. Ich möchte deshalb vorschlagen, dass wir diese zweite Berliner Runde zu Ende bringen. Selbstverständlich, Herr Professor Röthemeyer, ist nicht auszuschließen, dass Sie diesem Ausschuss möglicherweise noch an einem weiteren Termin zur Verfügung stehen müssten, wenn denn die Fragen der Fraktionen heute nicht hinreichend abgearbeitet werden können.

Ich gebe jetzt das Fragerecht an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Meine Frage passt eigentlich ganz gut zu dem, was Herr Edathy eben gefragt hat. Ich habe eine Stellungnahme zu dem Zwischenbericht der PTB vom 13. Mai gefunden, wo sich Herr Dr. Klaus-Eckart Maass vom Hahn-Meitner-Institut geäußert hat, der gesagt hat - ich zitiere das jetzt -:

Ihre Gedanken bereits bei der Entscheidung über die Untersuchung nur eines Standortes vor einigen Jahren hätten berücksichtigt werden sollen.

Da gab es also scheinbar von anderer Seite schon die Überlegung, doch zunächst mal einen Standort zu erkunden, zu untersuchen. Mich würde interessieren: Wissen Sie was darüber, welche Entscheidung über die Untersuchung nur eines einzigen Standortes er gemeint haben könnte? Wer hat diese damals so diskutiert, gefällt, und wann war das?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Dazu kann ich keine Aussagen machen, nur die, die ich vorhin hinsichtlich des Chefs von Herrn Maass, nämlich Herrn Professor Memmert, gemacht habe. Professor Memmert hat ja die von mir vorgelesenen Bedenken geäußert, hat dann aber in einem Schreiben kurz hinter diesem Termin auch die Erkundung von Gorleben befürwortet.

Marco Buschmann (FDP): Herr Professor Röthemeyer, mir geht es um zwei Fragenkomplexe. Ich stelle sie jetzt einfach hintereinander. Das eine ist noch mal, was der Kollege Edathy vorhin angesprochen hat.

Nur noch mal für die Klarheit: Der Widerspruch besteht nicht, weil man im Prinzip - umgangssprachlich ausgedrückt - Äpfel mit Birnen vergleichen würde; denn bei der Frage, was lange dauern würde, damit war der Abschluss eines Planfeststellungsverfahrens gemeint, und das, was schnell gehen würde, war die Frage der Ermittlung bestimmter Daten durch Bohrungen; so habe ich das verstanden. Deshalb würde da kein Widerspruch bestehen. Da ist eben die Frage, ob man das so verstehen kann. Das ist der erste Komplex.

Der zweite Fragenkomplex betrifft die Frage möglicher anderer Standorte. Das ist ja etwas, womit wir uns hier sehr intensiv befassen. Ich habe in einem Artikel des *Stern* vom 16. September 2009 gelesen, wo Sie ja noch mal Ausführungen dazu gemacht haben, dass die Frage anderer Standorte nicht nur eine Frage - sagen wir mal - der Sicherheitsrelevanz war, dass Gorleben nicht geeignet wäre, sondern vielmehr auch eine Frage der Kapazitäten war. Könnten Sie möglicherweise noch mal ausleuchten, wie es zu dieser Aussage kam? Ich zitiere kurz:

Anfang der 80er-Jahre waren in Deutschland 50 Kernkraftwerke geplant, die allein aus der Wiederaufbereitung der Brennstäbe jedes Jahr 24 000 Kubikmeter Müll produziert hätten. Für diese Menge stellten wir damals die Frage nach weiteren Endlagern.

Sprich: Es ging nicht um alternative Endlager anstelle Gorlebens, sondern es ging möglicherweise um zusätzliche Endlager neben Gorleben. Könnten Sie dies noch mal ausleuchten? - Danke schön.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Unter Bundeskanzler Schmidt war ja geplant worden, 50 Gigawatt ans Netz zu bringen, so etwa wie Frankreich - Frankreich hat heute noch wesentlich mehr -, um eine Antwort auf die damals vorhandene Energiekrise zu finden. Es war auch gesetzlich festgelegt, dass Brennelemente nicht direkt endgelagert werden dürfen, sondern dass die vorhandenen und erzeugten Plutoniummengen wieder zur

Energieerzeugung genutzt werden. Das heißt in anderen Worten: die Wiederaufarbeitung.

Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund, dass wir die Kapazität von Gorleben nicht kannten - - Wir haben in unserem zusammenfassenden Zwischenbericht nur eine einzige Aussage gemacht, nämlich zu den nichtwärmeentwickelnden Abfällen; da haben wir eine ziemlich klare Aussage gemacht. Aber die wärmeentwickelnden Abfälle nehmen wesentlich mehr Endlagervolumen in Anspruch, und wir wussten nicht, wie viel Abfälle wir von dieser Kapazität einlagern konnten. Da damals geplant war, die Kernenergie auf Dauer - so haben wir es jedenfalls verstanden - zu nutzen, wäre es sinnvoll gewesen - so haben wir es damals verstanden -, um das Risiko der Erkundung von Gorleben zu mindern, gleichzeitig aber auch schon wegen der Standortbenennung und der Zeiträume dafür und der Erkundung andere Standorte zu erkunden. Deswegen haben wir gesagt, vorsorglich wäre es zweckmäßig, andere Standorte zu erkunden, aus damaliger Sicht.

Mit den Bohrungen, mit der Erkundung selbst kann man in der Tat heute zügiger vorgehen, als wir es bei Gorleben gemacht haben, weil wir wirklich Erfahrungen gemacht haben. Es sind Untersuchungsmethoden entwickelt worden. Es sind Patente erteilt worden. Es sind wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen worden, die jetzt alle zeitsparend eingesetzt werden können.

Marco Buschmann (FDP): Vielen Dank.
- Kein weiterer Fragebedarf.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wechselt das Fragerecht jetzt zur Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte ungefähr an der Stelle weitermachen. Sie haben eben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ausgeführt, dass die Dauer eines Erkundungsverfahrens oder einer Standortsuche eher in der Planfeststellung, in dem juristischen Teil denn in dem wissenschaftlichen Teil begründet ist. Das habe ich richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Pardon, ist das eine Frage?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wir wussten damals noch nicht genau, wie lange eine Planfeststellung dauert, also nicht genau - ich hätte nicht im Traum daran gedacht, dass eine Planfeststellung so lange dauern kann wie bei Konrad, Jahrzehnte -, dass aber doch erheblicher Zeitaufwand wegen der besonderen Anforderungen eines Planfeststellungsverfahrens - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also sind in die Überlegungen Ihres Hauses sehr wohl auch politische Überlegungen über die Verfahrensdauer mit eingeflossen, wenn man zumindest die Staffelung von Zeitabläufen berücksichtigt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, natürlich müssen wir das mit berücksichtigen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie sprachen vorhin davon, dass aus Ihrer Sicht damals und wohl auch heute kein besserer Standort denkbar gewesen wäre als Gorleben, weil sozusagen die Formation 200 Millionen Jahre gehalten hat und diese Art von Strukturen in einem offenem System - - sozusagen man da nichts Besseres finden könnte. Gilt das auch, wenn man Kriterien einschränken würde, sprich: wenn man Kriterien verengen würde, nicht nur sagt, man sucht einen Salzstock, der groß genug ist, sondern weitere Kriterien zufügen würde, wie zum Beispiel Tiefe des Salzstocks, Stärke des Deckgebirges, Entfernung von Wasserleitern etc.?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Zunächst muss ich sagen: Ich habe nicht gesagt, dass kein besserer Standort gefunden werden kann, sondern kein besseres Ergebnis hinsichtlich des Isolationspotenzials in dem kleinen Bereich des Salzstocks, den wir bisher untersucht haben. Das können wir an keinem anderen Standort besser haben. Von daher gesehen würde ich solch eine Aussage nie machen und habe sie auch nicht gemacht.

Können Sie den zweiten Teil, die zweite Frage noch mal sagen? Mein Alter macht sich bemerkbar.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich fragte, ob dieses Ergebnis ein anderes wäre, wenn man sozusagen weitere Kriterien ein-

fügen würde, also nicht nur die Größe des Salzstocks maßgeblich wäre, sondern zum Beispiel auch die Tiefe des Salzstocks, die Stärke des Deckgebirges oder die Entfernung von Wasserleitern.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass einzelne Aspekte eines Standortes oder einzelne Sicherheitsaspekte an einem anderen Standort durchaus so sein könnten wie in Gorleben oder sogar günstiger; das ist klar. Wenn wir zum Beispiel in einen ganz tiefen Salzstock gehen, wo wir allerdings dann Bergbau nicht mehr betreiben können, und ein Deckgebirge von bis zu 1 Kilometer hätten, dann ist klar, dass solch ein Standort sicherheitsmäßig besser zu bewerten wäre als Gorleben. Aber wir können ja den Bergbau nur bis vielleicht 1 300, 1 400, 1 500 Meter Teufe betreiben. Von daher gesehen ist jeder Standort ein Kompromiss zwischen verschiedenen Anforderungen. Ich sage also nicht, dass Gorleben der beste Standort ist - das muss ich noch mal betonen; das habe ich ja vorhin gesagt, das geht nicht -, sondern dass Einzelergebnisse an anderen Standorten nicht besser sein können als am Standort Gorleben.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich hätte dann noch eine Frage zu dem PTB-Bericht. Ich verstehe es einfach noch nicht ganz, die Veränderungen, die dort offensichtlich innerhalb weniger Tage entstanden sind. Wenn man den ersten Entwurf durchliest - MAT A 4/3 Anlage 12 -, heißt es da:

Bei der Einlagerung lediglich nicht-wärmeentwickelnder Abfälle kommt dem Deckgebirge eine untergeordnete Bedeutung zu. Daher ist aufgrund der heute bekannten Eigenschaften des Salzstocks seine Eignung für diese Abfälle sicher gegeben.

Wenige Tage später wird im Endbericht an der gleichen Stelle - das findet sich dann unter MAT A 4/3 Anlage 16 - wörtlich formuliert:

Zusammenfassend ergibt sich, daß die vorstehend genannten Erkenntnisse über den Salzstock Gorleben die bisherigen Aussagen über seine Eignungshöflichkeit für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle bestätigt haben.

Also: keine Einschränkung mehr auf nichtwärmeentwickelnde Abfälle. Können Sie uns bitte noch mal erklären, wie innerhalb dieser wenigen Tage solche Veränderungen in so einem Bericht zustande kommen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Diese Aussagen beziehen sich auf zwei verschiedene Sachverhalte. Der eine Sachverhalt ist die Bewertung des Salzstocks hinsichtlich nichtwärmeentwickelnder Abfälle. Da kann man das Riesenvolumen des Salzstocks mit dem Volumen der nichtwärmeentwickelnden Abfälle und mit dem Einfluss vergleichen, den diese nichtwärmeentwickelnden Abfälle auf das Gestein haben, nämlich praktisch keinen. Bei Konrad haben wir die Grenze - ich will das einfach mal so nennen - bei 3 Grad gesetzt. Das heißt, die Beeinflussung des Gesteins und damit die mögliche Wiedereröffnung alter Wegsamkeiten im Salzstock, die Gefahr ist hier praktisch nicht vorhanden, weil wir sie durch die Positionierung der Abfälle vermeiden können.

Bei wärmeentwickelnden Abfällen - darauf bezieht sich die andere Aussage - sagen wir nur eignungshöflich, weil der überwiegende Teil des Salzstocks durch die geringen Mengen an wärmeentwickelnden Abfällen in Anspruch genommen wird und durch die Spannungsveränderungen im Salzstock, durch die Wärme, die eingetragen wird, alte Wegsamkeiten, zum Beispiel im Anhydrit, wieder aufgerissen werden können. Von daher gesehen besteht eine gewisse Gefährdung. Deswegen haben wir dies in dem Wort „Eignungshöflichkeit“ - da wollten wir diese Unsicherheiten mit berücksichtigen - ausgedrückt. Bei den nichtwärmeentwickelnden Abfällen besteht diese Gefahr nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Professor Röthemeyer. - Das Fragerecht geht nun an Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, ich möchte an Ihre Antwort vorhin auf die Bemerkung des Kollegen Edathy anknüpfen. Das bezog sich auf die Mitschrift von Herrn Illi, wo es um die bewusste Sitzung am 11.05.1983 ging und wo Sie dann in der Antwort zu uns deutlich gesagt haben: Es gab eine Weisung; das kann man so feststellen. - Jetzt haben wir als

Grüne genau diese Vorfälle mehrfach aufgegriffen, und eine Antwort auf eine Kleine Anfrage von uns, auf die Sie auch schon hingewiesen haben, hat zu der Äußerung geführt - da zitiere ich jetzt mal aus der Antwort -:

Auch die ... Behauptung ..., die Bundesregierung habe die Physikalisch-Technische Bundesanstalt ... angewiesen, sich in öffentlichen Stellungnahmen auf die Beurteilung des Standortes Gorleben zu beschränken und Äußerungen oder Überlegungen zugunsten der Erkundung anderer möglicher Endlagerstätten zu unterlassen, trifft nicht zu.

- Jetzt ist eine Auslassung. -

Eine Weisung an die PTB, auf Überlegungen hinsichtlich anderer möglicher Endlagerstandorte zu verzichten, gab und gibt es nicht.

Wie bewerten Sie jetzt diese Antwort?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin, würden Sie bitte einmal die konkrete Bundestagsdrucksache oder eine MAT-Nummer oder so etwas nennen?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich. Bundestagsdrucksache 10/3800. - Halt, das war die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage mit der Drucksache 10/3741, Anlage 20. Das habe ich vergessen, Entschuldigung.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich wiederhole noch mal - jetzt aber konkreter auf Ihre Frage hin -, was ich vorhin schon gesagt habe. Ich selbst habe dieses Gespräch, wie es auch meines Erachtens korrekt von Herrn Illi wiedergegeben worden ist, als Weisung verstanden, also den Gorleben-Bericht nicht mit der Frage nach alternativen Standorten zu belasten. Das habe ich so verstanden. Aber als sich die Juristen darüber hergemacht haben - es gibt noch mehrere Zitate, die ich eigentlich nur jetzt im Internet gefunden habe, wo „Bitte“ oder „Empfehlung“ steht - - Nach meiner Ansicht ist dies eine Frage, die man den Juristen vorlegen muss.

Ich kann nicht mehr sagen als das, was ich gesagt habe. Ich selbst habe diese Aussage als Weisung verstanden, genauso wie mein Kollege Illi. Wir haben deswegen auf

diese Aussage verzichtet, zumal mir selbst - das habe ich vorhin ja auch gesagt - schon während der Sitzung klar geworden war, dass ich in einer entsorgungspolitischen Frage dem weisungsberechtigten Ministerium, nicht nur zweckmäßigskeitsaufsichtlichen, sondern auch fachaufsichtlichen Ministerium, hier nicht widersprechen kann.

Wenn es aber keine Weisung gewesen wäre, wenn mir das jemand gesagt hätte, dann weiß ich nicht, ob ich da nicht - genauso wie bei dem Schreiben von Herrn Ziegler - im Einvernehmen mit dem BMU auch den Weisungen von Herrn Ziegler oder dem Erlass von Herrn Ziegler gefolgt wäre.¹² Wir sind dem aber nicht gefolgt. Das habe ich also als klare Fachfrage verstanden, während diese andere Frage für mich ein entsorgungspolitischer Aspekt war, und die Bundesregierung selbst musste die Verantwortung dafür übernehmen, was sie hier zum Ausdruck gebracht hat.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Das ist ja auch genau das Problem, dass das BMI ganz deutlich gesagt hat, dass es alternative Standortuntersuchungen in dem Bericht nicht drin haben möchte, sie sich anschließend auch nicht fanden, und man zu der Auffassung gelangen könnte, dass die Antwort der Bundesregierung, wenn man sie nicht ganz in sieben Teile zerlegt und fachlich und analytisch bewertet, nicht ganz der Wahrheit entsprach.

Das bietet natürlich Anlass, noch mal direkt zu den verschiedenen Berichten zurückkommen, also zur Synopse der Entwürfe des Zwischenberichts und der Endfassung. Da komme ich genau noch mal zur alternativen Standortsuche, wie sie am Schluss behandelt wird, im dritten Entwurf. Ich sage Ihnen gleich die Anlagennummer; aber wir hatten ja schon mehrfach zitiert. Da heißt es:

Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichts sind wegen der noch nicht erfolgten Bestätigung durch die untertägige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet. Das darin liegende Risiko hinsichtlich der Art und der Menge endlagerbarer radioaktiver Abfälle kann durch vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen

¹² Umformulierung des Zeugen: „..., dann weiß ich nicht, ob ich dem – genauso wie bei dem Schreiben von Herrn Ziegler, letzteres im Einvernehmen mit dem BMI, auch den Weisungen von Herrn Ziegler oder dem Erlass von Herrn Ziegler – gefolgt wäre.“, Anlage 1

an anderen Standorten (Standortvorsorge) verringert werden. Mit dem Schachtabteufen parallel laufende übertägige Erkundungsmaßnahmen anderer Standorte vermeiden somit Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers.

- Alternative Standortvorschläge. -

Dies würde auch die Akzeptanz des Standortes Gorleben erhöhen.

Das haben wir vorhin schon gehabt. Das war der dritte Entwurf vom 06.05.83. In der Endfassung entfällt dieser ganze Passus mit der Erwähnung der alternativen Standortvorschläge, und es heißt stattdessen:

Abschließend wird festgestellt: Die bestätigte Eignungshöflichkeit des Salzstocks für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle rechtfertigt das Abteufen von Schächten und die Erkundung des Salzstockinneren. Nur durch diese Maßnahmen können die notwendigen standortspezifischen Planungsdaten für das Endlager gewonnen werden. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen für die Führung des Eignungsnachweises im Planfeststellungsverfahren.

Wie kommt dieser Unterschied Ihrer Meinung nach zustande?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Zunächst sehe ich keinen Unterschied darin, was die letztzitierte Aussage angeht. Das ist im ganzen Zwischenbericht drin. Wir hatten damals ein Erkundungsrisiko. Das haben wir auch in der Formulierung beibehalten.

Was wir weggelassen haben, sind die ersten Zitate. Gerade zu diesen Punkten habe ich in meinem einführenden Bericht Stellung genommen. Ich habe mich klar dazu bekannt, dass wir wegen der Kapazität - das habe ich ja vorhin zitiert -, dass wir in meinem Bericht, den ich Ihnen hierlassen werde - - Ich habe dann auch zu dieser Akzeptanzfrage und zum Deckgebirge Stellung genommen. Das heißt, diese ganzen Probleme, die wir damals hatten und die auch in persönlichen Schreiben an mich, die ich jetzt mal zitiert habe, weil sie eh im Internet stehen - -

Das Ganze hat mich so beeindruckt, dass ich doch zu der Forderung eigentlich gekommen bin, vorsorglich auch andere Standorte zu erkunden. Aber ich habe vorhin auch

ganz klar gesagt, dass diese Fragestellung aus heutiger Sicht irrelevant ist, weil die Rahmenbedingungen, die ich im Einzelnen aufgeführt habe, sich so geändert haben, dass es heute nicht sinnvoll ist, andere Standorte zu erkunden, sondern nur sinnvoll, die Erkundung, die hinsichtlich der Vorbereitungen weitestgehend schon erledigt ist, zu Ende zu führen und dann zu sehen, ob der Standort geeignet ist.

Die Rahmenbedingungen haben sich also geändert. Ich muss noch mal betonen: Ich würde unter den Randbedingungen als Wissenschaftler heute genau dasselbe sagen, was ich 83 gesagt habe. Aber heute - das ist für mich ganz wichtig, dass Sie das verstehen - - Die Rahmenbedingungen haben sich geändert, und die Kenntnis hat sich geändert. Wenn Sie auch nur einen der Berichte lesen, die ich hier zitiert habe - auch internationaler Art, international intensivst überprüfte Berichte -, dann werden Sie sehen, dass die Kenntnis, die wir heute haben, die Rahmenbedingungen, die Genauigkeit der Bewertung eines Standorts, meilenweit von dem unterschieden sind, was wir 1983 wussten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann haben wir die zweite Berliner Runde beendet.

Mir wird gerade eine Pressemitteilung einer Fraktion aus dem Ausschuss vorgelegt, in der steht: „Manipulation bei Endlagersuche - Schwarz-Gelb erteilte Wissenschaftlern Maulkorb“. - Herr Professor Röthemeyer, als Fazit aus dieser Runde eine letzte Frage der Vorsitzenden: Könnten Sie das unterschreiben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den ersten Absatz einmal vorhalten!)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Entschuldigung, können Sie mir sagen, was für ein Zitat das ist?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ein Zitat, das heute als Fazit von einer Fraktion entstanden ist, die hier anwesend ist. Ich kann das auch gerne weiter vorlesen:

Zur ersten Zeugenbefragung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Obfrau und Sprecherin für Atompolitik:

Bei der Entscheidung für Gorleben als Endlagerstandort ging es nicht um wissenschaftliche Kriterien für höchstmögliche Sicherheit, sondern um die politisch vermeintlich bequemste Lösung. Das hat die Befragung des Zeugen Dr. Helmut Röthemeyer heute erneut bestätigt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da sehen Sie, wie das geht!)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Also, wenn das heute schon in der Zeitung stand, dann ist das - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, das ist eine Pressemitteilung!)

- Ach so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Frau Vogt, bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Wir haben hier einen Zeugen, den wir zu Untersuchungsgegenständen befragen, aber nicht zu Pressemitteilungen oder Erklärungen von wem auch immer.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Das ist eine Unverschämtheit! - Marco Buschmann (FDP): Schämen Sie sich! - Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gerade Frau Kotting-Uhl, die doch so auf parlamentarische Umgangsformen Wert legt! Sie haben doch vier Stunden lang geschlafen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Dann unterbreche ich jetzt.

(Zuruf: Können wir noch Fragen stellen?)

- Nein, ich beende jetzt zunächst die öffentliche Sitzung. Ich schließe die Vernehmung von Herrn Professor Röthemeyer ab und muss ihn zunächst noch belehren. Danach werden wir um 15 Uhr nach der Mittagspause mit einer Beratungssitzung beginnen.

Herr Professor Röthemeyer, wir bedanken uns sehr herzlich für Ihre Anwesenheit und für Ihre Freundlichkeit, uns Rede und Antwort zu stehen, wie auch immer wir das im Einzelnen verstanden haben. Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrek-

turen und Ergänzungen vorzunehmen. Da Sie uns bereits mitgeteilt haben, dass Sie bis zum 21. Juli im Urlaub sind - das ist richtig? -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es könnte bis Ende Juli dauern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - es könnte bis Ende Juli dauern; gut, dann haben wir das jetzt auch vernommen -, beginnt diese Frist, nachdem Sie aus dem Urlaub zurückgekehrt sind. Aber dafür wäre es schon sehr hilfreich, wenn Sie uns mitteilen könnten, wann Sie aus dem Urlaub zurückkehren. - Wir nehmen den 1. August, höre ich gerade. Dann beginnt die Zweiwochenfrist am 1. August, und wir würden uns freuen, wenn Sie uns das Protokoll aus Ihrer Sicht korrigiert zurücksenden würden.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder wenn auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich, dass Sie hier bei uns waren, und wünsche Ihnen einen angenehmen Urlaub. Herzlichen Dank. - Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich beantrage für unsere Fraktion eine Beratungssitzung um 15 Uhr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Wunderbar, das haben wir gerade schon festgestellt.

Dann beende ich jetzt diese öffentliche Sitzung und bedanke mich sehr herzlich, dass Sie da waren.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
14.05 Uhr - Folgt Mittagspause und
Sitzungsteil Beratung, II: Nichtöffent-
lich)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann steigen wir wieder in die öffentliche Sitzung und in die Vernehmung von Zeugen ein.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Heinrich Illi**

Herr Dr. Illi, wir begrüßen Sie sehr herzlich in unserer Runde und freuen uns, dass Sie uns als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich darf jetzt einige allgemeine Hinweise verlesen, die ich jedes Mal verlese. Diejenigen, die hier oft und lange sind, wissen schon, was ich sagen werde; aber es ist vorgeschrieben, dass ich das vor jeder einzelnen Zeugenvernehmung wiederhole.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-139, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Uns liegt das Empfangsbekenntnis vom 15. Juni 2010, eingegangen im Sekretariat am 17. Juni 2010, vor.

Für Ihre heutige Vernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesumweltministeriums mit Datum vom 25.06.2010 vor. Diese wurde als MAT A 70/2 verteilt.

Ich darf Sie nun belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe gemäß § 47 Abs. 2 Strafgesetzbuch bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren insbesondere wegen einer Straftat

oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich habe eine Aussagegenehmigung, die eingeschränkten Umfang hat. Ich hätte dazu gerne gewusst, ob sich zu diesem Stand etwas getan hat. Ich hatte den BMU und auch den Ausschuss angeschrieben und habe bisher eigentlich noch keine Rückäußerung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Vielen Dank. - Dazu wird Herr Spinczyk-Rauch aus dem Bundesumweltministerium Stellung beziehen.

MDg Alexander Spinczyk-Rauch
(BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Lieber Herr Dr. Illi, Sie hatten den BMU mit der Bitte um Prüfung der Frage angeschrieben, ob wir die Kosten für einen Rechtsbeistand übernehmen können. Diese Frage wird in der Tat noch geprüft; aber möglicherweise - ich will Ihnen gar nicht vorgreifen, was zukünftige Vernehmungen angeht - hat sich das heute auch erledigt.

Ich möchte aber ein paar grundsätzliche Dinge sagen, die für Sie sicherlich wichtig sind, was Ihre Aussagegenehmigung angeht.

Erstens. Ich räume ein, dass die Formulierung in der Aussagegenehmigung für einen Nichtjuristen möglicherweise nicht ganz leicht zu verstehen ist. Aber wir müssen von Behörden Seite bei der Erteilung der Aussagegenehmigung eine gewisse - ich nenne das jetzt einmal so - formaljuristische Agenda abarbeiten, die notwendig ist. Das mögen Sie auch daraus ersehen, dass wir für die Aussagegenehmigungen, die wir bisher erteilt haben - auch gegenüber den Zeugen, die im Asse-Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags aufgetreten sind -, eine Kabinettsbefassung vorgenommen haben.

Ich möchte Sie aber ausdrücklich ermuntern - sozusagen auch zu Protokoll der öffentlichen Sitzung -, die Fragen der Abgeordneten des Untersuchungsausschusses frei von der Leber weg - jetzt mal umgangssprachlich formuliert - zu beantworten, und zwar aus folgendem Grund: Die Wahrscheinlichkeit, dass bei den Fragen, die Ihnen hier gestellt werden, oder bei den Antworten, die Sie geben müssten, der Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung berührt oder gar verletzt wird, ist äußerst gering. Ich vermute kein Geheimnis - auch Sie wissen das, Herr Illi -: Der Beweisgegenstand und der Untersuchungsauftrag beschäftigen sich im Schwerpunkt mit Lebens- und sonstigen Sachverhalten, die mehrere Jahrzehnte zurückliegen und im Großen und Ganzen auch abgeschlossen sind.

Deswegen tun Sie sich, wie gesagt, keinen Zwang an. Sollte die eigentlich nicht anzunehmende Situation auftreten, dass Sie Zweifel haben, dann werden wir uns auch mit Zustimmung oder im Einvernehmen mit der Vorsitzenden und dem Ausschuss kurz beraten können. Aber ich denke, dazu wird es gar nicht kommen. - Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich hoffe, Herr Dr. Illi, dass das Ihre Fragen beantwortet hat. Oder haben Sie weitere Fragen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, ich möchte mich mit dieser Erklärung zufriedengeben. Es ist natürlich so: Wenn gesagt wird: Du kannst es dann ja vielleicht beurteilen - - Es ist ja gerade mein Argument, dass ich es nicht kann; denn wenn man drei Bundesgerichtshofsurteile¹³ in eine solche Aussagegenehmigung hineinschreibt und mir dann sagt: „Du kannst dir ja überlegen, ob das zutrifft oder nicht“, dann ist das für mich eine nicht lösbare Aufgabe.

Aber es wurde ja auch gesagt, dass die Wahrscheinlichkeit besteht, dass mir nichts passiert. Ich bin im kerntechnischen Bereich - ein Endlager gehört auch dazu - groß geworden, und wenn die Wahrscheinlichkeit so gering ist wie die eines Flugzeugabsturzes auf eine kerntechnische Anlage, dann kann ich damit leben und sage hier auch aus.

¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Bundesgerichtshofsurteile“, setze „Bundesverfassungsgerichtsurteile“, Anlage 2

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Illi, auf die Bemessung dieser Wahrscheinlichkeiten wollen wir uns nun nicht festlegen. Aber der Ausschuss hat sich in seiner Beratungssitzung durchaus auch hinter Ihre Sorge gestellt und hat dies auch gegenüber der Bundesregierung noch mal ganz klar artikuliert. Die Bundesregierung hat uns zugesagt, dass sie darüber hinaus auch noch mal so etwas wie einen Beipackzettel bzw. eine Gebrauchsanweisung für Aussagegenehmigungen verfassen wird, die dann leichter verständlich sind, auch für Nichtjuristen.

Darüber hinaus ist es tatsächlich so, wie Herr Spinczyk-Rauch gesagt hat. Er ist während der gesamten Zeit Ihrer Vernehmung hier anwesend. Wenn Unsicherheiten bestehen sollten, so besteht selbstverständlich die Möglichkeit, dass Sie sich miteinander rückkoppeln, sodass Sie diesbezüglich unbesorgt sein sollten.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich heiße Heinrich Illi und habe auch mal promoviert. Ich bin am 30.01.1939 in Rumänien geboren, also 71 Jahre alt, und wohne [REDACTED].

Wenn ich zu meiner Person, zum Werdegang noch mehr sagen darf, dann kann ich das gerne machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wie gesagt, ich bin in Rumänien geboren, in einem Teil, der mal ein österreichisches Kronland war. Dort sind um 1800 sehr viele Deutschstämmige eingewandert und 1940 dann heim ins Reich geholt worden, als die Sowjetunion in dieses Gebiet kam. Ich war betroffen; ich war neun Monate alt. Dann wurde ich 1940 umgesiedelt. Es ging dann nach Polen. Kurz vor Ende des Krieges hat meine Mutter meine Schwester und mich genommen, und wir sind dann in die Nähe von Celle gekommen und haben das Kriegsende in einer Umgebung verbracht, nicht so wie viele andere, die aus dem Osten mit einem Treck hierher flüchteten oder sonst wo hinkamen. Wir sind dann bei dem Verwandten geblieben. Der kam dann in den Harz. Mein Vater kam 47

aus der Kriegsgefangenschaft. Letztlich sind wir dann in Braunschweig gelandet. Dort habe ich 59 Abitur gemacht. Dann habe ich, auch 59, angefangen, an der Technischen Universität Clausthal Geophysik zu studieren, und habe dann nach zwölf Semestern dort Examen gemacht.

Dann kommt eine Zeit, auf die ich im Einzelnen nicht eingehen möchte. Ich war dann relativ lange an der Hochschule an verschiedenen Instituten, so was wie Markscheidewesen. Ich weiß nicht, ob jemandem das etwas sagt. Das ist der Geodät für den Bergbau, ein Vermessungsmensch für den Bergbau. Dann bin ich in der Physikalischen Chemie gelandet, an verschiedenen Instituten, und habe dann, wie gesagt, in Braunschweig in der Physikalischen Chemie promoviert. Ich habe dort auch eine Assistenzzeit absolviert und bin dann aus gewissen Gründen zur PTB gegangen, habe mich dort beworben und bin dort am 01.03.78 als wissenschaftlicher Angestellter in meinem Berufsleben in die Problematik der Endlagerung eingetreten.

Ich war in der PTB zehn Jahre und acht Monate in der Abteilung „Sicherstellung und Endlagerung“ in dem Bereich berg- und kerntechnische Sicherheit und habe dort ab Februar 85 ein Sachgebiet geleitet. Dort wurden diese Unterstrukturen, die es vorher zwar schon gab, aber nicht als Organisationseinheiten - - Dort habe ich dann die Leitung der Organisationseinheit „FuE/Koordination/Systemanalyse“ übernommen.

Dann kam die Überleitung, die Versetzung in das Bundesamt für Strahlenschutz. Die erfolgte am 01.11.89. Dort habe ich dann zwölf Jahre und drei Monate gearbeitet, so dass ich insgesamt auf eine Zeit von fast 23 Jahren im Bereich der Endlagerung zurückblicke.

Ich habe dann den Dienort Braunschweig - wie andere auch - verlassen müssen, sehr viel später, bevor wir aus der PTB herausgelöst wurden, und zwar 1997, als der Neubau des BfS in Salzgitter errichtet war. Dort hat man die Abteilung umstrukturiert. Die hieß dann etwas anders, und aus den Sachgebieten wurden Fachgebiete. Ich war dann Leiter des Fachgebiets ET 2.4, Sicherheitsanalysen.

Ab 08/92 war ich dann Abteilungsleiter der Abteilung ET 2, Sicherheit der Endlagerung. Diese Abteilung war in fünf Fachgebiete gegliedert, mit etwa 30 Mitarbeitern. Aus dieser Tätigkeit sind 40 auswärtige Vor-

träge hervorgegangen - das musste ich einfach machen; das war klar -, 34 Publikationen und zwölf interne Berichte.

Sehr interessant war die Arbeit in allen möglichen Unterausschüssen. Ich habe zum Beispiel die Koordination der Gegenkritiker im Symposium „Rede - Gegenrede“ miterlebt. Das war meine erste Feuertaupe in den Jahren 78/79. Dann - deswegen sitze ich hier - habe ich auch die Koordinierung der Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichts in 83 als Arbeit gehabt, und ich war beim Erörterungstermin Konrad. Dort habe ich an 74 von den 75 Tagen das Amt vertreten. Ich war damals Vertreter von Herrn Thomauske, der die BfS-Delegation leitete, und habe dort an fünfeinhalb Tagen die Störfallanalysen vertreten. Auf diverse Ausschusstätigkeiten möchte ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen; es war einiges. Ich möchte abschließend noch sagen, dass ich kein Parteimitglied bin.

Das ist die Einlassung, die ich in Kürze zu meiner Person machen möchte. Ich habe natürlich viel mehr erlebt. Wenn man 71 Jahre alt ist, kommt einiges zusammen; aber das interessiert hier nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Dr. Illi. Dann haben wir Sie in dem Rahmen, der uns hier besonders interessiert, schon gut kennenlernen können.

Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 Untersuchungsausschussgesetz die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir sofort Fragen an Sie richten. - Bitte schön, Sie haben die Wahl und das Wort.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich möchte das schon nach § 24 Abs. 4 machen, dass ich diese Dinge hier vorweg im Zusammenhang darlege. Dazu habe ich mich hingesetzt und jeden Spiegelstrich, der in der Drucksache enthalten ist - von Seite 4 bis hinten zu den Fragen auf Seite 7, bis zur 26. Frage -, schriftlich formuliert. Das würde ich Ihnen jetzt gerne vortragen. Das darf ich dann ja wohl nach dem von Ihnen genannten Paragraphen des Untersuchungsausschussgesetzes. - Darf ich mit der Ausführung beginnen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Gerne. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Danke schön. - Ich werde jetzt im Zusammenhang darlegen, was mir zum Gegenstand meiner Vernehmung bekannt ist.

Die Vorgänge, zu denen ich heute als Zeuge vernommen werde, betreffen das Jahr 1983. Seither sind 27 Jahre vergangen. An damalige Vorgänge erinnere ich mich nur, wenn sie bei mir damals eine besondere emotionale Reaktion hervorgerufen haben, und darauf werde ich dann im Folgenden noch eingehen.

Die letzte Bundestagswahl fand am 27. September 2009 statt. Wie in vorhergehenden Wahlen war die Kernenergie ein Wahlkampfthema. Bedingt durch das Auslaufen der zehnjährigen Unterbrechung für die Erkundung des Salzstocks in Gorleben in 2010 und die von FDP und CDU in die Diskussion eingebrachte Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke war die Auseinandersetzung besonders emotional. Der Streit war so heftig, dass die Bundesregierung am 10. September 2009 im Bundeskanzleramt eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichtete. Sie sollte unter Federführung des Bundeskanzleramtes einschlägige Akten prüfen und dem Vorwurf nachgehen, ob 1983 von der damaligen Bundesregierung auf den Inhalt eines Berichts der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, PTB, mit dem Titel „Zusammenfassender Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ vom Mai 1993 [sic!]¹⁴ unsachgemäß Einfluss genommen wurde.

Nach Auffassung des damaligen Bundesumweltministers Gabriel arbeitete die interministerielle Arbeitsgruppe zu langsam. Deshalb veröffentlichte der Umweltminister am 24. September 2009 im Internet einen eigenen Bericht. Er ist auf den 23. September 2009 datiert, als Entwurf gekennzeichnet und trägt den Titel „Bericht zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben (1983)“.

Mit dem Bericht wurden 22 Anlagen in das Internet gestellt. Dabei hat der BMU gegen das Bundesdatenschutzgesetz verstoßen. Ich bin hiervon betroffen. Durch die Veröffentlichung dieses BMU-Berichts habe ich natürlich Kenntnis von Vorgängen erhalten, an die ich mich ohne diese Quellen nicht mehr hätte erinnern können. Hierauf werde

ich bei der Beantwortung der Fragen im Einzelnen eingehen.

Aus Gründen der Verfahrensökonomie werde ich den Gegenstand meiner Vernehmung - das sind die sechs Spiegelstriche auf Seite 4 der Drucksache 17/1250 und die Fragen 1 bis 26 dieser Drucksache - in chronologischer Reihenfolge behandeln. Dabei werde ich zunächst nur auf die Spiegelstriche und Fragen eingehen, die ich unterschiedlich beantworten und behandeln muss. Am Ende werde ich diejenigen Spiegelstriche und Fragen nennen, die ich nur durch eine gleichlautende Antwort beantworten kann.

Ich gehe jetzt chronologisch auf die Drucksache und die dort formulierten Fragestellungen ein.

Erster Spiegelstrich von Seite 4 der Drucksache:

- auf Grundlage welcher Gutachten, Expertisen oder sonstiger Informationen und Empfehlungen die Entscheidung vom 13. Juli 1983 aus welchen Beweggründen getroffen wurde und wer an der Entscheidungsvorbereitung beteiligt war,

Antwort: Am 13. Juli 1983 traf die Bundesregierung die Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben. Mit Schreiben des BMFT, Referat 316 - handelte in Abstimmung mit BMI; das Schreiben datiert vom 26.01.1973¹⁵ und ist die Anlage ¹⁶ zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der im Internet steht -, erhielt damals die PTB den Auftrag, einen zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben bis Mitte April 1983 den zuständigen Stellen des Bundes zuzuleiten. Auf der Basis dieses Berichts sollte eine Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstocks getroffen werden. Die Baumaßnahme war bedeutend, auch hinsichtlich ihres Finanzvolumens. Der Bericht wurde im Mai 1983 fertiggestellt. Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu mehr wusste als eben dargestellt. Auch heute ist mir nichts bekannt.

Ich gehe jetzt auf den zweiten Spiegelstrich von Seite 4 der Drucksache 17/1250 ein. Er lautet:

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „1993 [sic!]“, setze „1983“, Anlage 2

¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „26.01.1973“, setze „26.01.1983“, Anlage 2

¹⁶ Ergänzung des Zeugen: „7“, Anlage 2

- ob bei der Entscheidung der damals aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik zu Grunde gelegt wurde,

Ich antworte: Die Aussagen im zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben basieren auf Kenntnissen, Untersuchungen und Methoden, die dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik entsprachen: zum Beispiel die Untersuchung der BGR, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - Entschuldigung, wenn ich immer diese Abkürzungen nehme -, die Errechnung¹⁷ zur Grundwasserbewegung, die Interpretation bezüglich des Vorkommens von Lösungen und Gasen in Salzstöcken usw. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen; aber mehr als das, was damals geschrieben wurde, wussten wir nicht, bezogen auf den Stand von Wissenschaft und Technik.

Ich komme zum vierten Spiegelstrich von Seite 4 der Drucksache 17/1250:

- ob es durch Mitglieder oder Mitarbeiter der Bundesregierung oder von dritter Seite Bemühungen gab, den Inhalt von rechts- oder naturwissenschaftlichen Expertisen, Gutachten oder Empfehlungen in diesem Zusammenhang zu beeinflussen, oder ob vorhandene Expertisen ungenügend berücksichtigt oder zurückgehalten worden sind,

Ich antworte: Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Auch heute ist mir nichts bekannt. Auf die Frage zur Einflussnahme auf den „Zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchungen in Gorleben“ vom Mai 1983 werde ich bei Frage 13 detailliert eingehen.

Sechster Spiegelstrich von Seite 4:

- welche rechtlichen, tatsächlichen und politischen Konsequenzen aus den in diesem Untersuchungsverfahren gewonnenen Erkenntnissen für den Standort Gorleben und die zukünftige Suche nach einem Endlagerstandort zu ziehen sind.

Antwort: Ich meine, das ist Sache der Bundesregierung.

¹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Errechnung“, setze „Rechnungen“, Anlage 2

Frage 1 von Seite 4 der Drucksache:

Wer hat wann auf Bundesebene die Entscheidung für Salz als Wirtsgestein zur Einlagerung radioaktiver Abfälle getroffen?

Antwort: Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Ich habe aber kürzlich ein Referat von Dr. Tiggemann gefunden, welches er am 6. September 2000 vor dem Arbeitskreis Endlagerung - abgekürzt: AkEnd¹⁸ - gehalten hat. Hier finden sich Aussagen, von wem und wann Salz als Endlagerwirtsgestein diskutiert und vorgeschlagen wurde. Das, was dort steht, möchte ich hier nicht vortragen; das kann man diesem Artikel oder diesem Vortrag entnehmen.

Frage 5 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Wurde hinsichtlich des Langzeitsicherheitsnachweises für den Standort Gorleben auf Daten für den damals unter DDR-Gebiet liegenden Teil der geologischen Formation verzichtet, und falls ja, aus welchem Grund und mit welcher Berechtigung?

Ich antworte: Das Kapitel 6.4 - Freisetzung und Ausbreitung von radioaktiven Stoffen - im „Zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ vom Mai 1983 behandelt den Zutritt von Wässern und Lösungen für den Fall der Endlagerung wärmeentwickelnder endgelagerter Abfälle in der Nachbetriebsphase. Die Aussagen stammen vom Teilprojekt B des Projektes „Sicherheitsstudien Entsorgung“, abgekürzt mit PSE. Seit 1977 wurden die Sicherheitsaspekte des Entsorgungskonzepts vom BMFT untersucht. Diese Arbeiten wurden im Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ zusammengefasst.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, der das Endlager betrifft. Die Phase eins dieses Projekts dauerte von 1978 bis Mitte 1981 und hatte noch keinen Bezug zu Genehmigungsverfahren. In der bis Anfang 1985 dauernden Phase zwei war das Teilprojekt B auf die Methodenentwicklung eines sicherheitsanalytischen Instrumentariums für den Nachweis der Langzeitsicherheit eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle in einem Salzstock ausgerichtet, und dieses Instrumenta-

¹⁸ Korrektur des Zeugen: streiche „AkEnd“, setze „AkEnd“, Anlage 2

rium sollte in laufenden Genehmigungsverfahren eingesetzt werden. Daher war PSE in die Bewertung der bisherigen Ergebnisse des Standorts in Gorleben eingebunden.

1983 befand sich das vom PSE eingesetzte Instrumentarium - damals in den Berichten¹⁹ 1983 - für einen Langzeitsicherheitsnachweis noch in einem frühen Stadium der Forschung und Entwicklung. Deshalb ist der Begriff „Langzeitsicherheitsnachweis“ in der gestellten Frage irreführend. Der Langzeitsicherheitsnachweis ist im Planfeststellungsverfahren der Genehmigungsbehörde vom Antragsteller vorzulegen. 1983 gab es noch keine Planunterlagen. Die Aussagen im PTB-Bericht von 1983 beruhten zum größten Teil auf modellmäßigen Annahmen, zum Beispiel für das Grubengebäude, die Einlagerungstechniken, untertägige Abschlussbauwerke, den Schachtverschluss usw. Zum Deckgebirge lagen die Ergebnisse eines umfangreichen Untersuchungsprogramms vor, das sich auf das Gebiet südwestlich der Elbe wegen der Zonengrenze beschränkte.

Das Untersuchungsgebiet umfasste eine Fläche von circa 300 Quadratkilometern. Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurden die über das Gebiet nordöstlich der Elbe vorliegenden Informationen und Unterlagen zunächst zusammengestellt, ausgewertet und bewertet. Dabei zeigte sich, dass zur Beschreibung eines gesamtheitlichen hydrogeologischen Modells auch ein übertägiges Standortuntersuchungsprogramm auf ehemaligem DDR-Gebiet erforderlich ist. Es wurde ein 60 Quadratkilometer umfassendes Gebiet untersucht. Die Feldarbeiten begannen im April 1996 und endeten im November 1998.

Frage 7 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Wurden die am 5. Januar 1983 im Bundesanzeiger veröffentlichten „Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk“ unabhängig von konkreten Standorten und ausschließlich auf der Grundlage des damals aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik entwickelt oder orientierten sie sich ganz oder teilweise an den Standortbedingungen in Gorleben, um die Standort-

wahl Gorleben dadurch gegebenfalls zu untermauern?

Meine Antwort: Die Kriterien wurden von der RSK/SSK erarbeitet und vom BMI im Januar 1983 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Nach meiner Auffassung sind sie unabhängig von konkreten Standorten, und zwar deshalb, weil wir diese im Genehmigungsverfahren Konrad angewendet haben, und die Standortgegebenheiten am Standort Konrad sind völlig verschieden von denen in Gorleben.

Frage 8 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Welche Standorte waren bis zur Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983 als untersuchungswürdige Alternativen zu Gorleben in der Diskussion und aus welchen Gründen und wann wurde jeweils entschieden, diese alternativen Standorte nicht weiter zu erkunden?

Meine Antwort: Ich habe mich damals auch für die Standortauswahl interessiert. Erinnern kann ich mich, dass sowohl der Bund als auch das Land Niedersachsen Untersuchungen zur Standortauswahl des integrierten Entsorgungszentrums durchgeführt hatten. Der Bund hatte den Salzstock Wahn bei Börger im Emsland, den Salzstock Lichtenhorst/Ahlden bei Nienburg und Lutterloh bei Faßberg/Celle untersucht. Ich erinnere mich nicht, 1983 Kenntnis über die Untersuchungen der Niedersachsen gehabt zu haben.

Am 28.05.2010 stellte Niedersachsens Umweltminister Sander eine Expertise zur Vorauswahl des Standorts Gorleben vor. Sie stammt von Dr. Tiggemann und ist im Internet erhältlich. Ich habe sie mir heruntergeladen, bin aber leider nicht dazu gekommen, sie ganz zu lesen. Hier finden sich dann Angaben zum Auswahlprozess der Niedersachsen für Gorleben.

Frage 9 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Wurde die Entscheidung auf Bundesebene zur ausschließlichen untertägigen Erkundung des Standorts Gorleben aufgrund bestimmter Kriterien getroffen und falls ja, wo sind diese Kriterien festgehalten und wann wurden sie von wem entwickelt?

¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „in den Berichten“, setze „im Bericht“, Anlage 2

Antwort: Ich erinnere mich nicht, dass es neben dem PTB-Bericht vom Mai 1983 noch Kriterien für die Entscheidung zur untertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben gegeben hätte. Auch heute ist mir hierzu nichts bekannt.

Frage 10 von Seite 5 der Drucksache:

Inwiefern wurde sichergestellt, dass bei dieser Entscheidung zur abschließlichen Erkundung des Standortes Gorleben der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik zu Grunde gelegt wurde und die Voraussetzungen für eine untertägige Erkundung des Standortes Gorleben erfüllt waren?

Antwort: Ich habe bereits ausgeführt, dass die Aussagen im zusammenfassenden Bericht der PTB vom Mai 1983 auf Kenntnissen, Untersuchungen und Methoden beruhten, die dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik entsprachen. Die Frage zur Bedeutung des Berichts für die Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli habe ich auch bereits beantwortet. Das war meine Antwort zum zweiten Spiegelstrich.

Frage 12 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Wer hat im Bereich der Bundesregierung, in der Landesregierung Niedersachsen und den ihr zugeordneten Behörden oder von dritter Seite an der Entscheidungsfindung auf Bundesebene direkt oder indirekt mitgewirkt oder Bemühungen unternommen, auf die Entscheidung einzuwirken? In welcher Art und Weise erfolgte dies jeweils?

Ich gebe die Antwort: Es gab mehrere Entscheidungen auf Bundesebene zu Gorleben, zum Beispiel die Standortentscheidung, die Entscheidung zur untertägigen Erkundung des Salzstocks usw., und damit auch mehrere Entscheidungsfindungen. Mir ist unklar, welche Entscheidungsfindung in dieser Frage gemeint ist. Daher kann ich sie auch nicht weiter beantworten.

Frage 13 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Welche schriftlichen Unterlagen (Gutachten, Expertisen, Vorentwürfe, Exposés, Vermerke o. Ä.) lagen den Mitgliedern und Mitarbeitern der Bundesregierung im Vorfeld der Entscheidung vom 13. Juli 1983 vor? Von wem wurden diese Unterlagen jeweils wann und mit

welchen Maßgaben oder Vorgaben in Auftrag gegeben? Gab es Bemühungen von Mitgliedern oder Mitarbeitern der Bundesregierung oder von dritter Seite, auf deren Inhalte Einfluss zu nehmen, und welche Folgen hatten diese Bemühungen gegebenenfalls? Welche Äußerungen bzw. Stellungnahmen von Mitgliedern oder Mitarbeitern der Bundesregierung gab es gegebenenfalls zu diesen Unterlagen?

Entschuldigung, ich habe mit meiner Stimme jetzt ein Problem. Ich komme jetzt ja auch zum Hauptpunkt meiner Einvernahme. Nun möchte ich doch einen Schluck Wasser nehmen. - Also, meine Antwort zu dem Hauptpunkt, warum ich heute hier bin, lautet: Welche Unterlagen im Vorfeld der Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983 über die untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben der Bundesregierung im Einzelnen vorlagen, weiß ich nicht. Ich habe bereits ausgeführt, dass der „Zusammenfassende Zwischenbericht über die bisherigen Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben“ vom Mai 1993 [sic!]²⁰ für die Entscheidung der damaligen Bundesregierung von Bedeutung war. Der Bericht wurde vom BMFT, Referat 316 - er handelte hierbei in Abstimmung mit -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Können Sie ein wenig langsamer reden? Dann können wir besser zuhören.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Der Bericht vom Mai war für die Entscheidung der damaligen Bundesregierung von Bedeutung. Der Bericht wurde vom BMFT - das habe ich aber bereits schon ausgeführt; es handelte hierbei in Abstimmung mit dem BMI - bei der PTB in Auftrag gegeben. Das Schreiben trägt das Datum vom 26.01.1983 und ist die Anlage 7 des vom BMU am 23. September 2009 in das Internet gestellten Entwurfberichts zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben.

Auf die Vorgaben und Maßgaben des genannten BMFT-Schreibens bin ich bereits eingegangen. Ich wiederhole sie aber noch einmal: Bis Mitte April 1983 sollte die PTB den zuständigen Stellen des Bundes einen

²⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „1993 [sic!]“, setze „1983“, Anlage 2

Bericht zuleiten, der die Ergebnisse der übertägigen Erkundung zusammenfassend beschreiben sollte. Auf der Basis dieses Berichts sollte eine Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstocks getroffen werden.

Eine mir in Erinnerung gebliebene Einflussnahme bezieht sich auf die ersten Entwürfe des Kapitels 8 des zusammenfassenden Zwischenberichts der PTB von 1983. Die Entwürfe tragen das Datum vom 5. und 6. Mai 1983. Sie waren am 24.09.2009 vom BMU in das Internet gestellt worden. Es sind die Anlagen 12 und 13 des eigenen BMU-Berichtsentwurfs „Bericht zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben (1983)“.

Die PTB hatte sich damals die Erstellung des Kapitels 8 vorbehalten. Hier sollten die Untersuchungsergebnisse zusammenfassend bewertet werden. Der erste Entwurf dieses Kapitels war am 05.05.1983 mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe besprochen worden. Ich war bei dieser Besprechung dabei.

Die BGR und die DBE waren an der Erstellung des zusammenfassenden Berichts beteiligt. Von der BGR stammen bis auf das Kapitel 3.1.7 - Lösungen - alle Kapitel zu geologischen, hydrogeologischen und geomechanischen Untersuchungen im zusammenfassenden Zwischenbericht. Von der DBE stammt das Kapitel 4 - Bergwerk zur Erkundung des Salzstocks Gorleben -, und vom Teilprojekt B des Projekts „Sicherheitsstudien Entsorgung“ das Kapitel 6.4, Freisetzung und Ausbreitung radioaktiver Stoffe.

In dem ersten Entwurf hieß dieses Kapitel 8 noch „Bewertung und“²¹ „Ergebnisse“, nach der Besprechung am 05.05.1983 dann „Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse“ und in der Endfassung dann „Zusammenfassende Bewertung“. Der erste Entwurf des Kapitels 8 enthielt am Ende noch den Gliederungspunkt „Schlussfolgerungen“. Im letzten Absatz dieses Gliederungspunktes auf Seite 8 lautet der letzte Satz:

Eine mit dem Schachtabteufen parallel laufende Erkundung anderer Standorte vermeidet Sachzwänge

²¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und“, setze „der“, Anlage 2

bei der Realisierung dieses Endlagers und minimiert die noch bestehenden Risiken für die Endlagerung der geplanten Abfallmengen.

Die BGR- und die DBR-Vertreter²² lehnten diesen Teil der Ergebnisbewertung ab.

Wir haben dann die auf der Besprechung einvernehmlich getroffenen Änderungen umgesetzt und haben eine zweite Fassung des Entwurfs dieses Kapitels 8 am 6. Juni 1983 - das ist die Anlage 13 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der im Internet steht - an die BGR, an die DBE, an Professor Herrmann von der Universität Göttingen und an die Projektleitung des Teilprojekts B, Sicherheitsstudien Entsorgung, des BMFT²³ mit der Bitte um Stellungnahme versandt.

Die zweite Fassung enthielt noch die Empfehlung, andere Standorte zu untersuchen. Sie war gegenüber der ersten Fassung klarer formuliert. Andere Standorte sollten vorsorglich parallel zum Schachtabteufen auch erkundet werden. Für diese Empfehlung gab es folgende Gründe:

Erstens. Der Bericht enthielt Annahmen über den Bau des Salzstocks, die erst durch die untertägige Erkundung zu klären waren, zum Beispiel zum nutzbaren Endlagervolumen, zum Verlauf des Hauptanhydrits usw. Ein alter und weiser Bergmannspruch lautet: Vor der Hacke ist es duster. - Man weiß also überhaupt nicht, was man unten antrifft, wenn man nicht nach unten gegangen ist.

Die zweite Annahme, die uns dazu gebracht hat, das in die Entwürfe hineinzuschreiben, war, dass zum damaligen Zeitpunkt noch von erheblichen Abfallmengen auszugehen war, die endzulagern waren. Unterstellt wurde 1983 die Erzeugung einer elektrischen Arbeit von 2 500 Gigawattjahren aus der Kernenergienutzung. Das waren damals 50 Gigawatt pro Jahr über 50 Jahre mit einem Abfallaufkommen von 1,5 Millionen Kubikmetern an nichtwärmeentwickelnden Abfällen und einem Anfall von circa 105 000 Kubikmetern an wärmeentwickelnden Abfällen. Für alle Einlagerungsfelder einschließlich ihrer Zwischenräume wäre ein Fläche von 3,4 Quadratkilometern notwendig gewesen.

²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „DBR-Vertreter“, setze „DBE-Vertreter“, Anlage 2

²³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Teilprojekts B, Sicherheitsstudien Entsorgung, des BMFT“, setze „Teilprojekts B Sicherheitsstudien Entsorgung des BMFT“, Anlage 2

Das war anhand einer modellmäßigen Endlagerplanung ausgerechnet worden, die dann aber keinen Bezug zu den tatsächlichen Planungen gehabt hätte, wenn man gewusst hätte, wie es unter Tage aussieht.

Dass die erwarteten Abfallmengen aus heutiger Sicht völlig überzogen waren, konnte in der damaligen Situation niemand voraussehen. Aus dem integrierten Entsorgungszentrum war das integrierte Entsorgungskonzept geworden. Am 03.12.1980 hatte Ministerpräsident Franz-Josef²⁴ Strauß die Bereitschaft der bayerischen Regierung erklärt, im Freistaat nach einem geeigneten Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage zu suchen. Erst nach seinem Tod am 03.10.1988 wurde der Bau der WAA Wackersdorf am 31.05.1989 eingestellt.

Nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz aus dem Jahr 2009 werden bis zum Jahr 2021 insgesamt 29 000 Kubikmeter an wärmeentwickelnden Abfällen erwartet. Das entspricht einem Rückgang um circa 72 Prozent gegenüber den Abfallmengen, die wir damals, 1983, noch unterstellen mussten und für die wir verantwortlich waren, dass sie endgelagert werden müssen.

Ich komme jetzt auf die Einflussnahme zu sprechen, die dazu führte, dass die Empfehlung, neben dem Schachtabteufen in Gorleben noch andere Standorte zu untersuchen, nicht mehr in der Endfassung des PTB-Berichts enthalten ist.

Am 11. Mai 1983 fand ein Gespräch bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe statt. Es diente der Vorbereitung auf die Veranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen. Diese fand dann am 27./28. Mai 1983 in Hitzacker statt. Was am 11. Mai 1983 bei der BGR zur Sprache kam, ist, da ich kein Stenograf bin, mehr oder weniger gut meiner Mitschrift von damals zu entnehmen. Die Mitschrift ist die Anlage 14 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der am 24.09.2009 in das Internet gestellt wurde.

Das Bundeskanzleramt und der BMI wollten nicht, dass die Endfassung des zusammenfassenden Berichts der PTB vom Mai 1983 die in den ersten und zweiten Entwürfen des Kapitels 8 enthalten Aussagen zur Untersuchung anderer Standorte enthält. Der Streit im Wahlkampf 2009 und auch heute noch, ob es sich hierbei um eine Weisung oder Bitte des BMI gehandelt hat, ist für

die Frage, ob es eine Einflussnahme gegeben hat, aus meiner Sicht nachrangig. Fakt ist, dass der Endbericht keine Empfehlung für die Untersuchung anderer Standorte enthält. Fakt ist aber auch, dass die Einflussnahme keinen sicherheitstechnischen Aspekt betraf, sondern einen politischen Hintergrund hatte. Das wurde damals so klar nicht gesagt.

Der frühere Referatsleiter aus dem Bundesforschungsministerium, Herr Dr. Alois Ziegler, der am 11.05.1983 ebenfalls auf dieser Besprechung war, hat sich gegenüber dem *Spiegel* - nachzulesen in der Ausgabe 38/2009, Seite 26, Spalte 2, zweiter Absatz von oben - bezüglich des politischen Hintergrunds so geäußert - ich zitiere -:

... „dass die Frage nach einem anderen Standort den Atomkonflikt in andere Regionen Deutschlands getragen“ hätte. Dieses Szenario hätte auch damals als „Katastrophe“ gegolten.

Aus meiner Sicht kann ich diese Begründung nachvollziehen. In unserer Gesellschaft ist heute nichts mehr durchsetzbar, ohne dass dagegen opponiert wird. Man ist für Kindergärten und Altenheime, aber bitte nicht in der Straße, in der man wohnt. Weitere Aufzählungen erspare ich mir; das ist ja jeden Tag in der Zeitung.

Zu der Diskussion der Einflussnahme auf den PTB-Bericht im Wahlkampf 2009 möchte ich doch noch Folgendes sagen: Gesprochen wird von der Einflussnahme auf ein Gutachten der PTB. Obwohl ich weiß, dass der Begriff „Gutachten“ weder eine geschützte Bezeichnung noch eine besondere, herausgehobene prozessrechtliche Bedeutung hat, halte ich die Bezeichnung des Berichts von 1983 als Gutachten für falsch, weil die PTB als verantwortlicher Ersteller des Berichts nicht als Gutachter gelten kann. Ich persönlich verstehe unter einem Gutachter eine Person oder Institution, die unabhängig ist. Für die PTB galt das nicht. Nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Atomgesetz handelt²⁵ sie nach den fachlichen Weisungen des für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständigen Bundesministers. Das war damals der Innenminister. Der Vorwurf der Manipulation eines Gutachtens wird in der Öffent-

²⁴ Korrektur des Zeugen: streiche „Franz-Josef“, setze „Franz Josef“, Anlage 2

²⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „handelt“, setze „handelte“, Anlage 2

lichkeit natürlich anders wahrgenommen als der Vorwurf der Manipulation eines Berichts.

Jetzt möchte ich erklären, warum ich mich nach 27 Jahren noch an die Sitzung vom 11. Mai erinnern kann. Mit der Sitzung damals - die war nicht schön - verknüpfte ich eine angespannte Atmosphäre. In meinem Schreiben vom 20. September an die Vizepräsidentin des BfS habe ich diese Stimmung als aggressiv gegenüber der PTB beschrieben. Ohne diese mir in Erinnerung gebliebene Empfindung hätte ich mich an den damaligen Sachverhalt nicht mehr erinnern können.

Mein vorstehend genanntes Schreiben an die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz ist die Anlage 22 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der am 24.09. vom BMU in das Internet gestellt wurde. Hierbei ist es auch zu einem datenschutzrechtlichen Verstoß durch die Veröffentlichung meiner personenbezogenen Daten gekommen, auf die ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal eingehen möchte.

Zu den Formulierungen und Sachverhalten in Kapitel 8, die ich vorgetragen habe, hatte ich keine Erinnerung mehr. Ich habe sie aus den Anlagen des BMU zu seinem Bericht vom 23.09.2009 entnommen. Gleiches gilt für die Einflussnahme auf den Bericht von 1983, die sich aus dem Brief des BMFT vom 13.05.1983 an die PTB ergibt. Das ist die Anlage 15 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009.

Wir haben die Gliederung des Kapitels 8, „Zusammenfassende Bewertung“, damals zunächst einmal nach den Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk vorgenommen. Die Sicherheitskriterien waren im Bundesanzeiger - Jahrgang 35, Nr. 2 - am 5. Januar 1983 veröffentlicht worden. Das schien dem BMFT nicht zweckmäßig zu sein. BMI vertrat dieselbe Auffassung. Also haben wir das genannte Kapitel entsprechend geändert. An Einzelheiten erinnere ich mich nicht mehr. In meiner Vorbereitung auf die heutige Ausschusssitzung fehlte mir auch die Zeit, die Änderungen im Einzelnen anhand der vom BMU in das Internet gestellten Unterlagen nachzuvollziehen. Mehr kann ich zu dieser Frage 13 nicht beitragen.

Frage 14 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Welche Erkenntnisse lagen der Bundesregierung in Bezug auf die

bereits seit den 1960er-Jahren untersuchte so genannte „Gorleben-Rinne“ vor, wonach die Ton-Deckschicht über dem Salzstock von einer Rinne durchzogen sei, durch die stetig Grundwasser fließe, wodurch die Gefahr bestehe, dass bei einer Atommüll-Einlagerung radioaktiv belastete Lauge ins Grundwasser dringen könne (vgl. etwa: Frankfurter Rundschau vom 22. September 2009)? Wie wurde mit diesen Erkenntnissen im weiteren Verlauf gegebenenfalls umgegangen?

Antwort: Ich kenne hierzu nur einen Sachverhalt. Im „Zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ der PTB vom Mai 1983 sind Aussagen zu der Lagerung des Deckgebirges und der Hydrogeologie am Standort Gorleben enthalten, ebenso Modellrechnungen zur Grundwasserbewegung, die allerdings nach dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik die Versalzung des Grundwassers nicht berücksichtigen konnten. Diese Erkenntnisse lagen der Bundesregierung natürlich vor.

Frage 15 von Seite 6 der Drucksache 17/1250:

Wurde von der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Beschlussfassung am 13. Juli 1983 oder im Verlauf der Erkundung entschieden, gebilligt, toleriert, ignoriert oder fahrlässig verkannt, dass die auf der Grundlage der getroffenen Entscheidung vorzunehmenden Baumaßnahmen in Gorleben eventuell nicht nur für die reine Erkundung ausgelegt, sondern so angelegt sein sollten, dass der Bau für den industriellen Betrieb als Endlager genutzt werden könne (vgl. dazu etwa: Frankfurter Rundschau vom 29. Mai 2009)? Sollte also unabhängig von tatsächlichen Erkundungsergebnissen ein späteres Endlager vorbereitet oder ein verdecktes Endlager errichtet werden? Sollte ein Planfeststellungsverfahren zum Bau des Endlagers umgangen werden? Sollten dadurch letztlich Fakten geschaffen werden, die es später erschweren sollten, von einer Nutzung des Standorts Gorleben als Endlager wieder Abstand zu nehmen? Welche Zusatzkosten wurden dadurch gegebenenfalls verursacht?

Meine Antwort hierzu: Für eine reine Erkundungsmaßnahme hätte man die Schächte wohl auch mit geringerem Durchmesser abteufen können. Bei den Standortgegebenheiten wäre es jedoch nicht möglich gewesen, dann nachträglich die Schachtdurchmesser auf die Erfordernisse eines Schachttransportes für die Abfälle zu vergrößern, wenn nach der Erkundung ein Endlagerbetrieb am Standort hätte erfolgen sollen. Diese Aussage haben die Bergleute immer vertreten, und sie leuchtet mir auch als Nichtbergmann ein.

Zu den sonst noch in dieser Frage angesprochenen Fragestellungen erinnere ich mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Auch heute ist mir nichts hierzu bekannt.

Frage 26 von Seite 7 der Drucksache 17/1250:

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den durch den Untersuchungsausschuss gewonnenen Erkenntnissen

- im Hinblick auf beteiligte Personen und Institutionen bzw. Behörden,
- im Hinblick auf die Zukunft des Standorts Gorleben und die künftige Suche nach einem geeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle, insbesondere unter Berücksichtigung des internationalen Stands von Wissenschaft und Technik sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit?

Ich antworte: Das ist eine Aufgabe der Bundesregierung.

(Ute Vogt (SPD): Nein, des Untersuchungsausschusses!)

- Oder Ihr Auftrag als Empfehlung an die Regierung, wie auch immer. Falls ich das falsch gesagt haben sollte, bitte ich um Entschuldigung.

Nachfolgend nenne ich die Themen und Fragen aus der Drucksache 17/1250, die ich gleichlautend mit folgender Aussage beantwortete: Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Auch heute ist mir hierzu nichts bekannt. - Das sind die Spiegelstriche drei und fünf sowie die Fragen unter 2, 3 und 4 von Seite 4. Von Seite 5 sind es die Fragen unter 6 und unter 11, auf

Seite 6 die Fragen unter 16 bis 23 und auf Seite 7 die Fragen 24 und 25.

Wenn das genügt, dann würde ich diese Fragen jetzt nicht noch einmal vorlesen. Aber wenn Sie den Bezug noch einmal ganz deutlich sehen wollen, dann müsste ich diese Fragen, die ich mit der vorhin gegebenen Antwort beantworte, dann noch einmal hier im Kontext vortragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich denke, im Moment ist das nicht nötig, Herr Dr. Illi.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Gut. - Dann habe ich hier noch eine Sache. Ich muss jetzt meine Papiere etwas anders sortieren. - Ich gehe jetzt auf den datenschutzrechtlichen Verstoß des BMU durch die Veröffentlichung meiner personenbezogenen Daten im Internet am 24. September 2009 ein. Das hat direkt etwas mit den Fragestellungen zu tun, warum ich jetzt hier sitze.

Die Veröffentlichung meiner personenbezogenen Daten steht in direktem Zusammenhang mit der Beweiserhebung zur Frage 13. Das ist das Thema zur Einflussnahme des BMI in 1983 auf den zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über bisherige Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg stellte mit Schreiben vom 2. und 7. Juni 2009 beim Bundesamt für Strahlenschutz einen Antrag auf Einsicht in die Akten zum Entwurf des „Zusammenfassenden Zwischenberichts über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ vom Mai 1983 nach dem Umweltinformationsgesetz.

Am 21. August 2009 hat ein Vertreter der Bürgerinitiative Einsicht in die freigegebenen Unterlagen genommen. Danach gab es eine breite öffentliche Diskussion über den Zwischenbericht zu Gorleben von 1993²⁶, unter anderem auch wegen einer von mir entstandenen²⁷ Mitschrift einer Besprechung, die am 11. Mai 1983 in Hannover bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe stattfand. Am 27./28. Mai 1983 - das hatte ich bereits gesagt - sollte eine Veranstaltung des Bundes in Hitzacker, Kreis Lüchow-Dannenberg, vor dem Schachtabteufen stattfin-

²⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „1993“, setze „1983“, Anlage 2

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „entstandenen“, setze „stammenden“, Anlage 2

den. Die Besprechung diente der Vorbereitung dieser Informationsveranstaltung. Die neun Seiten umfassende Mitschrift, die von mir stammt, wurde nach meiner Kenntnis sowohl dem *Spiegel* - siehe hierzu die Ausgabe Nr. 38 vom 14.09.2009, Seite 26 - als auch einem Bundestagsabgeordneten zugespielt; denn am 3. September 2009 erhielt ich vom Referat RS III 2 des Bundesumweltministeriums per E-Mail eine Kopie der Mitschrift. Der BMU hatte Fragen eines Bundestagsabgeordneten zu beantworten und wollte in diesem Zusammenhang unter anderem von mir wissen, ob die Mitschrift von mir stammen würde, was ich bejaht habe. Die Antwort habe ich per E-Mail gegeben.

Am 11. September 2009 erhielt ich dann ein Schreiben von Frau Nöthel, der Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz. Das Schreiben enthielt folgende Fragen:

1. Hat nach Ihrem Eindruck eine Einflussnahme auf den zusammenfassenden Zwischenbericht stattgefunden?
2. Durch wen und auf welche Weise erfolgte diese Einflussnahme?
3. Gab es Ihrer Auffassung nach dadurch deutliche Veränderungen des Zwischenberichts in der veröffentlichten Fassung gegenüber früheren Entwürfen/Entwurfsteilen, und wie sahen diese aus?

Das Schreiben des Bundesamtes habe ich am 20. September 2009 wie folgt beantwortet:

Sehr geehrte Frau Nöthel, Ihr o. a. Schreiben konnte ich nicht früher beantworten, da es mir wegen einer Reise erst am 18.09.2009 zur Kenntnis gelangte.

Ihre Fragen 1 und 2 beantworte ich wie folgt: Die Arbeiten zur Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichtes der PTB über die Ergebnisse der von über Tage ausgeführten Standortuntersuchungen in Gorleben, welcher im Mai 1983 von der PTB den an der Endlageraufgabe beteiligten Ressorts vorgelegt wurde, hatte ich zu koordinieren. Obwohl die Vorgänge mehr als 26 Jahre

- das ist ja schon im letzten Jahr gewesen -

zurück liegen, ist mir bis heute die gereizte und aggressive Stimmung auf einer Sitzung in „guter“ Erinnerung, die daher rührte, dass die PTB in einem Entwurf zur zusammenfassenden Bewertung der Standortbefunde auch vorgeschlagen hatte, weitere Standorte neben Gorleben zu untersuchen. Bei dieser Besprechung, die am 11.05.1983 stattfand, habe ich vieles mitgeschrieben. Die neun Seiten umfassende handschriftliche Mitschrift ist Bestandteil der Gorleben-Akten des BfS. Sie liegt meiner Kenntnis nach dem BMU, einem Bundestagsabgeordneten und auch dem *Spiegel* (s. Ausgabe Nr. 38/14.09.09, S. 26) vor. Ich erhielt eine Kopie meiner Mitschrift am 03.09.2009 vom BMU, RS III 2. Der BMU hatte Fragen eines Bundestagsabgeordneten zu beantworten und wollte in diesem Zusammenhang von mir wissen, ob die Mitschrift von mir stammen würde und ob sie sich auf ein Gespräch am 05.05.1983 bezieht. Die erste Frage habe ich bejaht, die zweite verneint.

Damals wusste ich noch gar nicht, was am 05.05. gewesen ist. Das habe ich dann erst anhand der Unterlagen nachvollziehen können, die vom BMU am 24.09.2009 ins Internet gestellt wurden.

Die Mitschrift belegt, dass sowohl das Bundeskanzleramt als auch der BMI gegen alternative Standortuntersuchungen waren. Gründe für diese Haltung finden Sie auf Seite 9 der Mitschrift: „Hanning: Bei Vorschlag eines anderen Standortes wird Gorleben entwertet.“ Im vorstehend genannten Artikel des *Spiegel* finden sich weitere Begründungen. ... „Alois Ziegler ... räsontiert heute, dass die Frage nach einem anderen Standort den Atomkonflikt in andere Regionen Deutschlands getragen hätte“, usw.

Entscheidend für die PTB war die Haltung des für sie weisungsbehafteten BMI, s. S. 9 der Mitschrift: „Matting: BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.“ Sowohl ich als auch andere an der Sitzung teilnehmende Angehörige der PTB haben diese Aussage als eine mündlich

erteilte dienstliche Anordnung verstanden.

Ihre Frage 3 beantworte ich wie folgt: Die dienstliche Anordnung des BMU wurde umgesetzt. Nach meiner Auffassung verstieß sie nicht gegen § 63 (2) BBG. Ob es noch weitere deutliche Veränderungen des Zwischenberichtes in der veröffentlichten Fassung gegenüber früheren Entwürfen/Entwurfsteilen gab, weiß ich nicht. Die Vorgänge liegen zu weit zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Ich habe vorhin ausgeführt, dass ich anhand der Unterlagen, die im Internet stehen, noch erkannt habe, dass der BMU nicht wollte, dass die Gliederung dieser Zusammenfassung nicht nach den Sicherheitskriterien erfolgen sollte, und dass es mir damals, als ich dieses Schreiben geschrieben habe, nicht in Erinnerung gewesen ist. Deshalb habe ich da geschrieben: Ich weiß sonst nichts.

Mein eben vorgetragenes Schreiben an die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz ist die Anlage 22 des vom BMU am 24. September 2009 in das Internet gestellten eigenen Berichtsentwurfs zur Frage der Einflussnahme der Kohl-Regierung auf den bereits mehrfach genannten PTB-Bericht. Die Anlage enthält meine Adresse und meine Telefonnummer. Beides ist nicht geschwärzt.

Ich sage noch einmal: Ich habe nichts - - Ich stehe zu dem, was ich geschrieben habe; aber dass hier meine persönlichen Daten ins Internet gestellt werden, das kann ich nicht gutheißen.

Ich habe dann den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ersucht, dass dieser Vorgang geprüft wird. Das Ergebnis erhielt ich vom Bundesbeauftragten für Datenschutz mit Schreiben vom 15.09.2010²⁸, in dem er mir bescheinigt, dass meine personenbezogenen Daten nicht in das Internet gestellt hätten werden dürfen. Ich habe dann auch eine Entschuldigung vom damaligen verantwortlichen Presseherren des BMU bekommen, der damals am 24.09. diese Dinge in das Internet gestellt oder es veranlasst hat, und dann noch ein Schreiben von Frau Nöthel, in dem sie mir

mitteilt, dass es ihr leid tut, dass das geschehen ist.

Die Anlage 21 vor meiner Anlage 22 ist die Antwort von Herrn Dr. Röthemeyer an die Vizepräsidentin des BfS. Herr Röthemeyer und ich erhielten von ihr gleichlautende Schreiben. Dieses Schreiben von Frau Nöthel ist ebenfalls Bestandteil der Anlage 21. Bei mir wird dieses Schreiben nicht mehr als Anlage aufgeführt.

Jetzt wundere ich mich ein bisschen: Das Schreiben von Frau Nöthel enthält weder den Briefkopf des Bundesamtes für Strahlenschutz noch ihre Unterschrift. Dann frage ich mich, warum der Bundesumweltminister bei mir meine Adresse und Anschrift einstellt, und hier wird noch nicht einmal kenntlich, dass das Bundesamt für Strahlenschutz uns angeschrieben hat. Man kann das dann natürlich anhand der Antworten entnehmen, aber ich verstehe es trotzdem nicht.

Ich würde jetzt noch einmal eine persönliche - - Nein, Entschuldigung. Ich bin noch - - Ich hätte gerne noch eine kurze Einlassung gemacht, weil ich ja nun 23 Jahre auf dem Gebiet der Endlagerung gearbeitet habe, und das war nicht immer einfach. Es hat immer ein Hin und Her gegeben, bedingt durch die Diskussion zur Kernenergienutzung, in die die Endlagerung hineingekommen ist. Deshalb würde ich darum bitten, dass ich diese persönliche Erklärung vortragen darf. Also: Ich würde jetzt gerne noch eine persönliche Erklärung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle als staatliche Aufgabe abgeben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Bitte schön.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Da das Projekt Gorleben in direktem Zusammenhang mit der Beweiserhebung dieses Ausschusses steht und ich als Zeuge hier im Ausschuss vernommen werde, bitte ich Sie, diese Erklärung abgeben zu dürfen. Sie haben mir das gestattet, Frau Vorsitzende. -

Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist seit der vierten Novelle des Atomgesetzes vom 30. August 1976 eine staatliche Aufgabe. Seither sind fast 34 Jahre vergangen, ohne dass diese Aufgabe umgesetzt wurde. Das ist mehr als die Zeitdauer für eine Generation, die etwa 30 Jahre umfasst. Für die Endlagerung wärmeentwickelnder Abfälle wie abgebrannte Brennelemente und verglaste Abfälle aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente soll nach einer

²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „15.09.2010“, setze „15.01.2010“, Anlage 2

Erklärung des derzeitigen Umweltministers ein Endlager etwa 2038 zur Verfügung stehen. Das wären 62 Jahre oder zwei Generationen nach der Übernahme der Endlageraufgabe durch den Staat. Das ist für mich persönlich indiskutabel. Die Ursache für dieses Dilemma ist die Auseinandersetzung in den Parteien und in der Gesellschaft über die Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung. Wenn die Endlageraufgabe aus dieser Auseinandersetzung nicht herausgelöst wird, dann sind alle Termine für die Inbetriebnahme eines Endlagers für die wärmeentwickelnden Abfälle Makulatur. Das gilt auch für diese Jahreszahl 2038.

Die Aufgabe wird auf zukünftige Generationen verlagert, was ich persönlich für unverantwortlich halte. Deshalb, meine ich, sollte der Salzstock weiter auf seine Eignung für die Endlagerung wärmeentwickelnder Abfälle untersucht werden. Es muss klar werden, ob man hier was machen kann oder nicht. Kommt man zum Schluss, es geht nicht, wird alles noch weiter dilatiert.

Damit möchte ich meine Einlassung zu dem Gegenstand meiner Befragung und Zeugeneinvernahme beenden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dr. Illi, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Ausführungen und erlaube mir nun, als Vorsitzende zunächst ein paar Fragen an Sie zu richten. Dann geht das Fragerecht an die Fraktionen.

Sie haben dargestellt, dass Sie Mitarbeiter in der Abteilung von Herrn Professor Röthemeyer waren und 1983 mit der Koordination des Zwischenberichts beauftragt waren. Sie haben bereits vor 1983 in diesem Bereich gearbeitet. Auch vor 1983 hat es ja Kontakte Ihrer Abteilung der PTB zu verschiedenen anderen Häusern gegeben, zu den verschiedenen einbezogenen Ministerien, aber auch zu anderen Institutionen. Einige haben Sie genannt, zum Beispiel die DBE oder auch die BGR.

Hat aus Ihrer Erinnerung seit dem 01.10.1982 - das war das Datum des konstruktiven Misstrauensvotums und demnach auch das Datum des Regierungswechsels - eine Änderung stattgefunden, einmal in der personellen Besetzung der Zirkel oder Gesprächskreise, in denen Sie sich getroffen haben, um Fragen der Endlagerung zu diskutieren, und zum anderen auch in deren inhaltlicher Ausrichtung? Haben Sie als

Fachmann diesbezüglich den Regierungswechsel bemerkt, und wenn ja, wie?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wie gesagt, seitdem ist eine lange Zeit vergangen. Ich erinnere mich nicht, dass ich aus dieser Zeit jetzt etwas weiß; das kann ich nicht mehr erinnern. Ich hatte das vorhin ausgeführt: Wenn mir nach dieser langen Zeit heute noch etwas in Erinnerung ist, dann verbinde ich das immer mit irgendeinem besonderen Umstand. Sonst weiß ich das nicht. Das war damals am 11.05.1983 so. Ich habe das beschrieben. Ich kann das heute nicht so wiedergeben, dass ich sage - das weiß ich auch nicht mehr -, Herr Matting oder Herr Bloser haben mich irgendwie angegriffen, oder in welcher Form auch immer. Das weiß ich ja nicht mehr. Aber die Stimmung war gereizt.

Wenn so was in der Vergangenheit war, dann gibt es gewisse Dinge, die ich dann reflektieren kann, so wie ich es dann auch gegenüber der Vizepräsidentin des Bundesamtes machen konnte. Aber sonst: Die Zeit ist viel zu lange, der Zeithorizont ist viel zu weit zurück. Man muss auch eines bedenken: Ich hatte am Ende eine Abteilung mit 30 Leuten. In dieser Zeit sind Tausende von Sachen über meinen Schreibtisch gegangen. Beim besten Willen: Auf meiner Festplatte ist nichts mehr drauf.

Ohne diesen Hinweis und ohne diese Unterlagen, die dann im Internet auftauchten, hätte ich mich an viele Dinge nicht erinnern können, die ich jetzt zu dieser Besprechung am 05.05. oder 05.06.²⁹ so dezidiert darlegen konnte. Das ist unmöglich, das kann kein Mensch; ich jedenfalls nicht. Dass ich das jetzt noch so dezidiert weiß, ist ein Umstand, dass diese Unterlagen da sind. Aber wenn Sie mich jetzt fragen: „Gibt es noch Vorgänge, die durch diese Unterlagen nicht abgedeckt sind, und Erinnerst du dich daran?“, dann muss ich sagen: Das kann ich nicht leisten; das geht nicht.

Außerdem muss man bedenken: Ich bin 78 eingetreten. Da war ich wissenschaftlicher Angestellter. Das war so viel. Ich bin da mit einem Zeitvertrag hineingekommen und habe die PTB dann als Regierungsdirektor verlassen. Aber dass ich irgendwo an hochrangigen Gesprächen teilgenommen hätte, das ist nicht möglich gewesen. Es gibt von der Hie-

²⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „05.06.“, setze „06.05.“, Anlage 2

rarchie her ja immer ein Gegenüber, das einem zugeordnet wird. Mit mir hat kein Staatssekretär gesprochen. Ich habe zwar mal - - Das war damals im Anhörungstermin Konrad. Da war es der Umweltminister, der dann ins Ausland gegangen ist. Wie hieß der denn noch mal? Der Name fällt mir nicht ein.

(Ute Vogt (SPD): Töpfer!)

- Töpfer, richtig. Danke schön. - Den habe ich mal getroffen. Der hat uns besucht. Ich weiß nicht mehr: Bad Salzuflen oder so war es. Wir haben uns sehr intensiv auf diesen Erörterungstermin vorbereitet. Da habe ich tatsächlich mal einen getroffen.

Jetzt will ich nicht lügen: Ich stand mal hinter einem, hinter Herrn Bangemann, als das Verfügungsgebäude, damals noch der PTB, für die Abteilung eingeweiht wurde. Das waren meine beiden Kontakte, die so weit oben waren. Ansonsten hatte ich Gesprächsteilnehmer, mein Gegenüber. Die waren meistens höher besoldet und hatten dann auch noch die Ministerialzulage. Aber in diese Höhen, in die Sie mich eben tragen wollten, bin ich nicht gekommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Illi, vielen Dank. - Es ist tatsächlich wahr: Es ist eine lange Zeit. Tatsächlich darf man auch nicht vergessen, dass Sie in einer Abteilung mitgearbeitet hatten und selbstverständlich Vorgesetzte hatten. Nichtsdestotrotz mag ja ein Eindruck entstehen: Früher war das alles so, und jetzt ist es plötzlich alles ganz anders, und das ist möglicherweise mit so einem Regierungswechsel gekoppelt. Das ist ja nicht mehr als ein Gefühl, das einem dann möglicherweise in Erinnerung bleibt, dass man sagt: Früher konnten wir so arbeiten, und jetzt ist es ganz anders.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich glaube, wenn man in so einer Behörde arbeitet, dass - - Natürlich ist das auch abhängig vom Klima. Das ändert sich durchaus, wenn ein Regierungswechsel da ist. Das ist völlig klar; das habe ich auch erlebt. Aber an Einzelheiten kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Sie haben eben in Ihrem Vortrag einmal ausgeführt - das habe ich mir aufgeschrieben -, die PTB sei nicht unabhängig gewesen. Das haben Sie ausgeführt und haben das durchaus mit den unterschiedlichen Weisungsbefugnissen der ver-

schiedenen Ministerien verbunden. Wenn Sie das so sagen: „Die PTB ist nicht unabhängig“, bezieht sich das tatsächlich nur auf die unterschiedlichen Weisungsbefugnisse, oder hat das irgendwas mit der wissenschaftlichen Qualität der Aussagen zu tun, die dort getroffen worden sind? Das ist meine Frage. Also: Ist die PTB in der Lage, wissenschaftlich unabhängige Aussagen zu treffen, die auch in einer Scientific Community international anerkannt sind, oder aber ist die PTB eine Einrichtung oder eine untergeordnete, nachgeordnete Behörde der Bundesregierung, die letztendlich das rausfindet, was die Bundesregierung ihr vorgibt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wenn ich „PTB“ gesagt habe, dann galt das nicht für die PTB, die dem BMWi als nachgeordnete Behörde unterstellt ist, sondern wenn ich in diesem Zusammenhang die PTB genannt habe, dann war das ein Bereich innerhalb der PTB, die zwar personalmäßig dem BMWi unterstellt war, glaube ich, aber fachlich nach dem Atomgesetz - das habe ich zitiert - den fachlichen Weisungen des BMI unterstellt war. Das ist in jeder Behörde so. Deshalb gibt es ja das Beamtengesetz und dann auch diese Regelung, dass man jemandem eine dienstliche Anordnung geben kann. Das können Sie gegenüber einem Gutachter zum Beispiel beim Technischen Überwachungsverein nicht machen. Der kann eine fachliche Aussage machen und ist völlig unabhängig. Er hat natürlich auch einen Vorgesetzten. Der darf aber, soweit ich es weiß, in seinen Gutachterstatus nicht eingreifen, wenn er eine fachliche Aussage macht.

Das sieht in einer Behörde, die so strukturiert ist - und das ist jede Behörde, auch ein Ministerium -, natürlich anders aus. Ich habe viele Vorgänge, und da - - Man fängt immer unten an. Es wird ein Berichtsentwurf gemacht, und dann wird eine Mitzeichnungslatte gemacht. Wenn einer nicht einverstanden ist, dann muss er das mit der entsprechenden Farbe kenntlich machen. Entweder trägt er diesen Entwurf mit, oder wenn er ihn nicht mitträgt, dann vermerkt er das. Aus der Farbe, mit der er das tut, kann man erkennen, in welcher hierarchischen Stellung er ist. Am Ende, wenn das Ganze herausgegeben wird, trägt derjenige die Verantwortung für das, was da steht, der mit Grün - - Das ist so das Letzte, was man in dieser Farbenlehre hat. Der trägt dafür auch die Verantwortung, wenn er was anderes als das hineinschreibt,

was irgendeiner gemacht hat. Das ist so in der Behörde.

Auch ich hätte mir mein Handeln gar nicht anders vorstellen können. Ich habe auch Vorgänge gehabt, die ich bekommen habe, mit denen ich nicht einverstanden war. Dann bin ich entweder zu dem Betreffenden hingegangen und habe gesagt: „Hör mal zu, aus den und den Gründen siehst du das falsch; bitte schreib das anders“; aber wenn er das nicht wollte, dann war das auch gut. Dann habe ich eben - im letzten Stadium durfte ich mit Braun schreiben - mit Braun meine Meinung in dieses Papier geschrieben, habe ihn überregelt und für das, was ich da hingeschrieben habe, dann auch die Verantwortung getragen. So ist das in einer Behörde.

Es geht hier auch gar nicht um Wissenschaft. Für die PTB darf ich das nicht so sagen, denn nachher kommt Herr Professor Kind, und in der PTB wird hervorragende wissenschaftliche Arbeit geleistet. Ich bin auch der Überzeugung, dass sich der BMWi da nicht einmischt. Das kann er auch gar nicht, weil er davon nichts versteht. Aber er kann sich wohl in die PTB einmischen, wenn es um personelle Fragen, um organisatorische Fragen und um andere geht.

Die Endlageraufgabe ist ein Projekt. Natürlich müssen wir dabei den Stand von Wissenschaft und Technik beachten und auch nachweisen. Aber es war nie Aufgabe der PTB - - Das hat der BMFT damals gemacht: Er hat versucht, ein Instrumentarium für diesen Bereich der Endlagerung zu schaffen - denn es gab ja nichts -, das im Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ angesiedelt war. Ich hatte ja dezidiert vorgetragen, dass die Phase zwei dieses Projekts auf ein Planfeststellungsverfahren für ein Endlager ausgerichtet war.

Dass wir heute, nachdem wir das Projekt Konrad im Genehmigungsverfahren behandelt haben, natürlich eine ganz andere Kenntnis über die Wissenschaft und Technik für die Endlagerung haben, ist klar. Das, was damals in 83 vorlag, entsprach schon dem Stand von Wissenschaft und Technik der damaligen Zeit. Die Aussagen, die in dem Zwischenbericht stehen, darf man nur unter dieser Rubrik sehen. Das hat sich alles weiterentwickelt. Aber wir waren nicht so ausgerichtet, dass wir eigene Forschungsarbeiten machen konnten. Wenn wir Bedarf für die Entwicklung einer Sache hatten, dann konnten wir das von einem gewissen Zeitpunkt an - von 1992 an - selber machen; denn

vorher gab es eine Aufgabenverteilung in den Ressorts: Der BMI ist für die Endlagerung zuständig, und der BMFT hat eine Mitverantwortung in Fragen der Forschung und Entwicklung.

Deshalb findet man in diesen Unterlagen im Internet, die ich vorhin zitiert habe, etwas Merkwürdiges. Das ist mir wieder aufgefallen, aber ich weiß das natürlich. Da ist der BMI verantwortlich für die Endlageraufgabe. Und wer fordert den Bericht an? Der BMFT, natürlich in Abstimmung mit dem BMI. Oder: Wer macht die Hitzacker-Veranstaltung? Nicht der BMI, der damals in erster Linie dafür verantwortlich war, sondern der BMFT.

Wie auch immer; ich will das jetzt nicht werten, aber für die Entwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik in der Endlagerung - - Das hatte sich der BMFT vorbehalten. Es gab auch eine schriftlich fixierte Aufgabenabgrenzung - die habe ich dabei und könnte sie auch vorlesen, wenn Sie das wollen -, die uns in dieser Frage gebunden hat. Wir durften im Endlagerbereich gar nicht forschen und entwickeln. Das hatte sich der BMFT vorbehalten. Das steht im Atomgesetz. Ich kann es vorlesen, wenn ich es in meinen Unterlagen schnell heraussuchen kann.

Aber es verschwand dann aus dem Atomgesetz, und ich habe mir die Augen gerieben, als das Errichtungsgesetz für das Bundesamt für Strahlenschutz im Atomgesetz stand. Da stand im Atomgesetz plötzlich nichts mehr von der Mitwirkungsverantwortung des BMFT in Fragen der Forschung und Entwicklung. Ich bin letztlich zufällig darauf gestoßen, weil ich einen Vortrag vorbereitet habe. Ich habe noch einmal gesucht, wie das denn jetzt im Atomgesetz steht. Da war die Mitwirkungspflicht des BMFT im Atomgesetz entfallen. Es gab eine Aufgabenabgrenzung, die, glaube ich, 83 implementiert worden war. Meines Wissens - ich kann es nachschlagen; ich habe eine Publikation darüber gemacht - hat er die Ressortvereinbarung 92 gekündigt.

Wir dürfen eines nicht tun: Wir dürfen der PTB - damals der PTB, der Abteilung SE - nicht etwas anlasten, wofür sie gar nicht zuständig war, nämlich für die Entwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik im Bereich der Endlagerung, sondern wir haben das anzuwenden gehabt, was der BMFT entwickelt. Ich werde, damit es wirklich deutlich wird - - Ich glaube, ich finde das. Jetzt ist nur die Frage, in welchem Ordner.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das können Sie uns nachreichen. Ich nehme das so hin, wie Sie es sagen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Aber das ist schon sehr interessant. - Ja, ich habe es doch. Ich lese Ihnen mal vor, was da steht. Da können Sie mal sehen, welche Möglichkeiten wir hatten.

BMFT: Welche Aufgabe hat der BMFT? Prototypische Entwicklung und Erprobung von neuen Methoden, Geräten, Verfahren und Modellen zur Realisierung von Endlagern, einschließlich wesentlicher Änderungen an diesen Methoden, Geräten etc.

PTB: Anwendung des vom BMFT entwickelten Instrumentariums sowie dessen Anpassung an die Anforderungen von im großtechnischen Maßstab betriebenen Endlagern.

So war die Aufgabenabgrenzung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist völlig in Ordnung.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ende 1992 - ich habe es hier noch mal -: Kündigung der Ressortvereinbarung durch den BMFT. Ab da waren wir dann eigentlich freier.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben jetzt gerade deutlich gemacht - ich habe das verstanden -, dass die PTB keine wissenschaftliche Einrichtung war - jedenfalls in dem Arbeitsbereich, in dem Sie Ihre Aufgabe gefunden hatten -, sondern eher Behördencharakter hatte.

In Ihrer Stellungnahme gegenüber dem Bundesamt für Strahlenschutz vom 20. September 2009, die Sie eben auch zitiert haben, haben Sie Folgendes geäußert:

Sowohl ich als auch andere an der Sitzung

- an dieser ominösen Sitzung, die hier im Mittelpunkt des Geschehens steht -

teilnehmende Angehörige der PTB haben diese Aussage

- die des Bundeskanzleramts und BMI gegen einen Alternativstandort -

als eine mündlich erteilte dienstliche Anordnung verstanden.

Jetzt frage ich Sie als Nichtbeamtin: Ist denn das Erteilen einer mündlichen Anordnung in dieser Dimension normal? Würde man da nicht eher einen Schriftweg wählen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Als ich diese Antwort geschrieben habe, habe ich mir extra das Bundesbeamtengesetz heruntergeladen und auf den jetzt geltenden Paragraphen Bezug genommen. Da steht nicht drin, dass eine dienstliche Anordnung schriftlichen Charakter haben muss. Das steht da nicht drin. Ich kann doch zu meinem Mitarbeiter gehen und sagen: Mach das. - Das muss ich nicht. Da steht auch nichts von Weisung. Das ist für mich als Nichtjuristen synonym. Ich habe das Bundesbeamtengesetz - das ist ein PDF-File; darin kann ich nach „Weisung“ suchen - einmal durchsucht. Da gibt es den Begriff zwar, aber wenn einer dahin fährt oder dorthin fährt. Das hat mit einer Anordnung, die in eine Sache umgesetzt werden muss, wo ich jemandem sage: „Mach das“, und der tut das - - Das ist dort nicht als Weisung gekennzeichnet, mit dem Wording, sondern dienstliche Anordnung. Deshalb habe ich mir das angeguckt.

Aber es für mich jetzt auch egal. Ich als Nichtjurist - vielleicht sehen Sie das anders - empfinde es in dem anderen Sprachgebrauch als Weisung. Eine Weisung - - Ich kann auch remonstrieren; das habe ich ja auch. Wenn man in den entsprechenden Paragraphen dieses Gesetzes hineinguckt - - Wann darf ich das machen? Ja, wenn man von mir verlangt, dass ich gegen Gesetze verstoße. Aber das ist doch nichts, wenn jemand sagt: „Wir wollen das nicht drin haben.“ Dann verstößt man doch gegen kein Gesetz. Das ist doch nicht sittenwidrig. Das ist doch - - Das, warum das geschehen ist und warum ich das heute sogar nachvollziehen kann, ist doch klar. Darum ging es: Man wollte den Atomkonflikt, der ja bis heute ist, nicht irgendwohin tragen. Das war das, was dahinter stand. Das haben die Vertreter damals nicht so klar gesagt. Ich habe ja versucht, mitzuschreiben, was sie gesagt haben. Das ist ja jetzt erst für mich durch das so klar geworden, was im *Spiegel* - sprich: die Aussage von Herrn Ziegler - stand. Da habe ich das in dieser Form wahrgenommen. Das wollte man nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau das haben Sie eben in Ihren Ausführungen gesagt. - Ist es richtig, was ich mir auf-

geschrieben habe, dass es nachrangig gewesen sei, ob es nun eine Weisung oder eine Bitte war - also diese juristische Frage letztendlich zu klären -, und dass vielmehr die Einflussnahme keine sicherheitstechnische Bedeutung gehabt habe, sondern eben politische Gründe? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, und wir haben es umgesetzt. Insofern ist es eine Einflussnahme. Ich meine, wenn ich vorher in einem Papier was habe, was da drinsteht, und hinterher ist es nicht drin, dann ist das natürlich eine Einflussnahme. Es ist ja weg.

Jetzt kann man sich natürlich darüber unterhalten: Ist das nun ein Problem oder ist das kein Problem? - Und da sage ich: Für mich ist das kein Problem, weil mir niemand gesagt hat - - Damals ging es ja auch gar nicht um sicherheitstechnische Fragestellungen. Wenn einer gesagt hätte: „Die Laufzeiten, die ausgerechnet worden sind für das Deckgebirge von“ - ich weiß nicht, was; sagen wir mal - „3 000 Jahren Laufzeit: Macht da mal, damit es im Bericht besser steht, 7 000 Jahre“, dann wäre das für mich eine Einflussnahme auf einen Sachverhalt gewesen, der aus der Standortuntersuchung resultiert, die ich natürlich nicht machen kann. Ich kann nicht aus 3 000 Jahren 7 000 Jahre machen, wenn das jemand wünscht, nur damit es besser aussieht.

Ich kann die 3 000 in 7 000 Jahre ändern, wenn ich mehr Informationen habe, wenn ich eine neue Rechnung mache, wenn ich mit einem anderen Stand von Wissenschaft und Technik rechne. Das würde ich unter einer fachlichen Einflussnahme verstehen, und ich kann mich nicht erinnern, dass wir das gemacht haben.

Natürlich kann man sich über das Wording unterhalten. Der eine empfindet das so, der andere so. Ich sage ja auch: Ich kann es einfach auch nicht nachvollziehen, warum Herrn Ziegler das mit den Kriterien nicht gefallen hat. Ich fand es damals gut; ich habe es gemacht. Ich habe die Gliederung so gemacht, dann habe ich es verschickt an alle, und ich dachte, das ist keine schlechte Idee. Die Sicherheitskriterien sind veröffentlicht worden. Warum sollst du dich an diesen Leitfaden, der für die Endlagerung gilt, nicht halten?

Gut, nun hat es dem Herrn Ziegler nicht gefallen, und dadurch ist ja nichts passiert. Das Wording ist bloß vom Inhalt her - - Gut,

man hat es eben in einer anderen Form präsentiert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, vielen Dank. - Dann will ich das Fragerecht jetzt an die Fraktionen weitergeben. Die Ausschussmitglieder haben die Möglichkeit, Fragen zum Thema des Beweisbeschlusses zu stellen.

Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Illi, kurz den Ablauf der Befragung darstellen: Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festgesetztes Zeitbudget für Fragen und Antworten. Eine bei Ablauf des Zeitkontingents begonnene Frage kann zu Ende formuliert werden - nebst der dazugehörigen Antwort. Ebenso kann eine begonnene Antwort zu Ende formuliert werden. Das heißt für Sie eigentlich nichts anderes als: Wenn es klingelt, reden Sie ruhig weiter, und wenn irgendwann das Zeitbudget erschöpft ist, werde ich mich schon melden.

Das erste Fragerecht hat nun die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gern noch einmal zu dieser Thematik „Alternative Standortsuche oder nicht“ nachfragen, weil Sie sagen, das mit den politischen Überlegungen sei Ihnen jetzt erst durch den *Spiegel* klargeworden. Ist es nicht so, dass zum Beispiel - ich suche das gerade in der Stellungnahme etwa von Herrn Maass vom Hahn-Meitner-Institut und auch vom BGR - diese Fragen schon der Akzeptanz in der Bevölkerung wegen doch auch vorgetragen worden sind, dass das eben nicht unproblematisch ist?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigung, jetzt müsste ich die Sache dann wirklich vor mir haben.

Natürlich ist doch die Frage: Untersuchen wir nur einen Standort und gehen wir dann, wenn das dann nun ungünstig unter Tage aussieht, in die Situation herein, dass wir wieder von vorne anfangen? - Was Herr Maass oder der BGR-Vertreter gedacht hat oder warum er das so gesagt hat, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, warum wir das damals in die Entwürfe hineingeschrieben haben. Das war damals eben, wie gesagt, die Tatsache, dass wir nicht wussten, wie das unter Tage aussieht.

Und dann die Abfallmengen, die anstanden: Wir waren doch verantwortlich dafür, dass man die Endlagerung realisiert. Bei

diesen Abfallmengen bestand natürlich die Möglichkeit - die besteht immer, wenn das diese Wahnsinnszahlen sind -, dass das nicht klappen könnte. Das war unsere Intuition - gerade vor dem Hintergrund: Man weiß gar nicht, was einen unten erwartet -, das dann so zu formulieren.

Was sich Herr Maass da dachte oder der BGR-Vertreter, von dem ich nicht weiß, wie er heißt, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Jaritz.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, Jaritz, gut. - Da müssten Sie die Herren dann selbst befragen. Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber für die Frage der sozusagen sicherheitstechnischen Bedeutung des Zwischenberichts, muss man da nicht sagen: Für die Frage, ob Gorleben geeignet oder so eignungshöflich ist, wie das damals genannt wurde, dass man in die untertägige Erkundung einsteigt, hat doch die Frage des alternativen Standorts keine Bedeutung? Meine Frage noch einmal: Ist das sicherheitstechnisch ein Problem, oder ist es im Grunde genommen eine rein politische Entscheidung?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, dann muss ich, glaube ich, doch noch einmal auf den Stand von 83 zurückgehen.

Es war ja gar nicht die Frage damals, ob man an der Stelle ein Endlager errichten kann oder nicht. Dieser Begriff der Eignungshöflichkeit kommt ja aus der Erdölgeologie und aus der Exploration. Höflich heißt ein Gebiet, wenn eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass man das, was man dort sucht, auch dort findet.

Von einer Eignungsaussage in dem Sinne, dass man hier wirklich das hat, was man einlagern will, dass man davon ausgeht und der Meinung ist, man hat jetzt alles untersucht und die Planungen sind da, der sicherheitstechnische Nachweis ist da, man geht ins Genehmigungsverfahren mit entsprechenden Unterlagen: Davon waren wir doch damals meilenweit entfernt. - Eignungshöflich heißt doch nur: Wir haben nichts gefunden; wenn es unter Tage auch so ist, wie man es für die Planung eines Endlagers braucht, dann kann man das nutzen.

Es ist ja auch klar, dass man in Abhängigkeit von der Formulierung der Schutzziele hier ja auch bezogen auf die Deckgebirgssituation sagen muss: Wenn ich in der Schadensvorsorge Schutzziele formuliere, die über Zeiträume von Millionen von Jahren gehen - ich weiß nicht, ob man das beabsichtigt; das kann ich Ihnen nicht sagen -, wenn man das tut, dann muss man natürlich wissen, dass keiner für ein Deckgebirge dieser Mächtigkeit aussagen kann, wie das in einer Million Jahren aussieht, die man ja dann für die Modellrechnungen braucht.

Wenn man Salz an einer solchen Stelle als Wirtsgestein nimmt, dann ist das Salz die Hauptbarriere; denn wenn man Geologen - - Heute zum Beispiel: Nichts ist, wie es war, und nichts wird sein, wie es ist. Wenn ich jetzt in die Zukunft blicke, dann müsste ich ja in eine Kugel gucken, wenn ich jetzt eine Prognose über die nächsten Millionen Jahre machen würde. Das kann man für gewisse Dinge machen, zum Beispiel für die Salzstockhebung, aber in der Geologie muss man sehr aufpassen, was man prognostizieren kann, und für das Deckgebirge ist das nicht möglich.

Wenn man die BGR fragt, sagt die: Die nächste Eiszeit ist sicher. - Wenn ich mir jetzt die Diskussion über die Beeinflussung des Klimas ansehe, dann weiß ich nicht, was kommt. Aber ich könnte keine Prognose machen.

Wenn ich mich zum Beispiel in die Kreidezeit stellen würde und ich müsste dann eine Aussage machen, wie das im Quartär war: Das kann keiner, das ist unmöglich, das ist Lesen im Kaffeesatz; das geht nicht. Für mich als Naturwissenschaftler - Geowissenschaften habe ich auch studiert; zumindest haben sie mich geprüft und durchgelassen - kann ich jedenfalls sagen - es ist so -: Da stößt man an eine Grenze; das geht nicht.

Oder wenn man sagt, die Radioaktivität muss abgeklungen sein: Das ist eine Forderung, die niemand erfüllen kann. - Wenn ich das Uran 238 nehme: Das hat eine Halbwertszeit im Bereich von Milliarden Jahren. - Zehn Halbwertszeiten reduzieren das Inventar oder die Aktivität um den Faktor 1 000, 20 Halbwertszeiten um 1 Million. Die arme Erde wird keine zehn Halbwertszeiten vom Uran mehr erleben, dann hat uns die Sonne gepackt - jedenfalls nach den Dingen, die ich immer interessant finde, wie sich das mit der Entwicklung der Erde gestalten wird.

Man muss natürlich, wenn man Forderungen stellt, in einem Rahmen bleiben, der naturwissenschaftlich abgedeckt werden kann. Man kann hier keine Wunschvorstellungen äußern. Wenn das von der politischen Seite gemacht wird - solche Dinge kommen ja: Es muss abgeklungen sein, bis nichts mehr da ist -, dann kann ich nur sagen: Das geht nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gleichwohl: Sie haben ja am 24.07.85 einen Vermerk gemacht, wohl im Zusammenhang mit einer - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Mit MAT, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das geht schon wieder los hier; das muss sein. Gut, MAT 52 ist klar. - Ich muss nachliefern, welcher Band das ist.

Jedenfalls haben Sie hier erwähnt, dass gegen diese Teile sozusagen des Berichts-entwurfes auch BGR und DBE sowie das Hahn-Meitner-Institut Bedenken geäußert haben. Was hatten die denn für Gründe? Können Sie das erinnern? Sie müssen den Vermerk wohl gemacht haben im Zusammenhang mit - - Das ist Band 5, die Seite 27, 2007/2008.

(Zuruf: 207!)

- Ja, Band 5, aber Seite 207.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Meinen Sie meinen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, genau, den müssen Sie wohl gemacht haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Vom 24.07.?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Den habe ich auch bekommen. Den habe ich natürlich nicht zu Hause; das ist klar. - Ich darf mir den noch einmal ansehen. Das ist die 14 a.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da geht es eben um die Änderungswünsche bei der Ergebnisbewertung und Standortvorsorge.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, da geht es - - Gut, vielleicht haben wir etwas anderes. - Ich habe jetzt hier einen Entwurf. Da steht drüber: „Braunschweig, 24.07.85, SE 1.1“. Das war ich damals. Da steht drin: „Bezug: Zusammenfassender Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“, „Hier: Weisung des BMI zur Unterlassung“.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das meinen Sie?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, gut, dann haben wir dasselbe. - So! Und jetzt: „DBE und BGR lehnten diesen Teil entschieden ab.“ Ja, das haben sie gesagt: Sie tragen das nicht mit. - Aber die einzelnen Formulierungen: Das kann ich nicht mehr nachvollziehen. - Das war so; die wollten das nicht. Das habe ich hier aufgeschrieben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Worum es mir halt ging: Es waren also nicht nur Beamte, die das nicht wollten, die mit der schlechten Stimmung bei Ihrer Besprechung, sondern es waren eben auch Fachbehörden?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das waren alles Beamte. Moment, Entschuldigung, die BGR: Die Leute waren auch Beamte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ministerialbeamte.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, in einer nachgeordneten Behörde. Die BGR hat uns doch zugearbeitet.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Die BGR hat doch die ganzen geowissenschaftlichen Untersuchungen gemacht. Das waren doch genau solche Leute wie wir, bloß in einer anderen Behörde. Die BGR war in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, und wir waren in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Die BGR war dem Wirtschaftsministerium zugeordnet, und wir in der PTB waren personalmäßig auch dem Wirtschaftsministerium zugeordnet, aber

fachlich dem BMI unterstellt. Das waren Kollegen.

Wenn Sie „Wissenschaftler“ oder was auch immer sagen, dann können Sie zu mir auch „Wissenschaftler“ sagen. Das sind Beamte gewesen, die Geleben in der Stratigraphie, in der Tektonik, in allen geowissenschaftlichen Fragestellungen bearbeitet haben, weil die BGR die Behörde ist, die die Aufgabe für die Bundesregierung macht.

Wir hätten es ja auch alleine machen können; so ist es ja nicht. Dann hätten wir eben Personal in dieser Richtung gebraucht, oder man hätte uns Geld in die Hand geben müssen, das wir dann für Gutachten oder Arbeiten, Aufträge an Dritte, für diese Aufgaben, die wir nicht selber hätten machen können, vergeben hätten. Aber das war ja nicht möglich. Auch hier waren wir gebunden, dass die BGR diese Arbeiten macht. Wir konnten das nicht auswählen. Das war festgelegt.

Noch einmal: Wir konnten damals - - Für den BMFT habe ich es erläutert: Es gab die Vorgabe, für diese Arbeiten die BGR zu nehmen. - Da gibt es einen Regierungsrat oder Oberregierungsrat oder einen Regierungsdirektor oder einen Direktor oder Professor, wie ich es am Ende meiner Laufbahn war. Das ist eine Dienstbezeichnung, die zeigt, welches Amt man ausübt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen der CDU/CSU-Fraktion? - Herr Monstadt, bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich hätte noch Fragen. - Sie haben uns vorhin sehr umfassend die Fragen beantwortet, nachdem Sie die vorgetragen haben, haben aber gleichzeitig in der Zusammenfassung erklärt, dass Sie sich eigentlich - jedenfalls habe ich das so verstanden; deswegen darf ich noch einmal nachfragen -, wenn Sie sich die Unterlagen aus dem Internet nicht hätten herunterladen können, nicht erinnern hätten oder sich nur schwer hätten erinnern können.

Was ich jetzt nicht verstanden habe: Wie hat sich Ihre Erinnerung denn entwickelt? Sind die Unterlagen aus dem Internet dann geeignet gewesen, Ihre Erinnerung zu erzeugen? - Ich habe das nicht nachvollziehen können, wie Sie dann diese Fragen so deziert haben beantworten können, wo Ihre

Erinnerung doch eigentlich nicht vorhanden war. Das hätte ich gerne noch einmal erläutert bekommen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, das kann ich gerne erläutern. - Ich habe das ja auch - - Woran ich mich erinnern konnte, war der 11.05., wobei ich noch nicht einmal genau wusste, ob es damals die Vorbesprechung für Hitzacker war oder nicht. Das ist mir dann anhand des Protokolls, das ich ja zu Hause nicht hatte - - Nachdem ich das gelesen habe, war mir klar: Das ist keine Besprechung gewesen zum zusammenfassenden Zwischenbericht, sondern a priori für die Vorbereitung der Hitzacker-Veranstaltung.

Was ich wusste ohne diese Dinge, die im Internet dann veröffentlicht wurden, war das, was ich Frau Nöthel geschrieben habe. In meiner Ausführung hier, die ich gemacht habe zu dem ersten Entwurf, und dann der Überarbeitung und dem BGR-Bericht: Das sind Dinge, die ich dann natürlich, da das im Internet steht, herausgenommen habe. - Aber erinnert habe ich mich an die Besprechung am 5. oder am 6. nicht. Wie die Formulierungen da bezogen auf die Formulierung der zweiten Standorterkundung waren, das war mir natürlich nicht klar. - Das ist doch selbstverständlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wenn Sie gestatten, dass ich da noch einmal nachfrage.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Es fußt jetzt nicht auf Ihrer Erinnerung, sondern Sie haben sich logisch Dinge erschlossen anhand von Unterlagen, die Ihnen dann vorlagen, wo es dann Erklärungen gab und die Darstellung von Zusammenhängen gab, die anders nicht sein konnten, die aber nicht auf Ihrer tatsächlichen Erinnerung fußen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, auf jeden Fall: Wenn Sie jetzt nach der Einflussnahme auf den Bericht fragen, dann habe ich das geschrieben an Frau Nöthel, was ich wusste zu dem Zeitpunkt, und hier habe ich noch eine weitere - - Dann steht im Schreiben an Frau Nöthel: An andere Dinge erinnere ich mich nicht. - Ich habe es so ausgedrückt: Ich weiß es nicht.

Hier im Ausschuss habe ich aber noch eine weitere Einflussnahme vorgetragen, die mir aber natürlich nicht Erinnerungswert war, sondern anhand des Schreibens des BMFT und dann anhand der Gliederung, die ich gelesen habe. Daraus konnte ich ableiten: „Es gab noch eine zweite“, und die habe ich hier auch erläutert. Das war die Bitte oder der Erlass - so wird dieser Brief von Herrn Ziegler im Internet zitiert -, man möge die Sicherheitskriterien nicht zur Basis in der Gliederung der Zusammenfassung machen. Das wusste ich nicht mehr. Das habe ich nachvollzogen anhand der Unterlagen im Internet.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Insoweit darf ich das dann noch einmal zusammenfassen, wie ich es jetzt verstanden habe - ich bin da hartnäckig -: Sie konnten sich nicht erinnern. Sie haben das schlussgefolgert und uns dann so erklärt - anhand der Unterlagen, die Sie gesehen haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, aber das für den 11.05.: Da habe ich mich erinnert. Ich wusste zu dem Zeitpunkt ja nicht, dass es im Internet da was gab. Ich habe, glaube ich, erst am 03.10. - da war mein Schreiben schon lange weg - Kenntnis gegeben bekommen: Guck mal, da steht dein Brief im Internet.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Ich habe noch eine weitere Frage. Sie haben vorhin im Rahmen Ihrer Ausführungen erklärt, dass Sie dort datenrechtliche Verstöße festgestellt haben, die Sie ja dann auch nachgefragt haben. Haben Sie weitere rechtliche Schritte gegen diese angeblichen datenrechtlichen Verstöße unternommen oder haben Sie es dabei bewenden lassen? Könnte man gegebenenfalls dort noch an Informationen kommen, wenn Sie weitere rechtliche/strafrechtliche Schritte eingeleitet hätten?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich habe strafrechtliche Schritte nicht eingeleitet. Ich habe den Vorgang an den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit der Bitte um Prüfung gegeben, und die Antwort ist eindeutig. Ich kann das Schreiben - - Das habe ich hier irgendwo. Das ist eindeutig: Es ist gegen das Datenschutzgesetz verstoßen worden. - Das ist Fakt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das haben wir verstanden. Aber weitere Schritte haben Sie dann da nicht unternommen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, was soll ich denn noch für Schritte unternehmen? Er sagt: Der hat gegen das Datenschutzgesetz verstoßen. - Und mir hat er gesagt: Schön, dass du das aufgegriffen hast. Das Ministerium wird diesen Dingen zukünftig mehr Aufmerksamkeit widmen. - Was soll ich denn machen? Soll ich jetzt - - Wen soll ich verklagen?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Da gibt es vielfältige Möglichkeiten, aber das möchte ich Ihnen jetzt nicht in den Mund legen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, gut, ich bin jetzt kein Jurist. Für mich war das klar: Das ist ein Verstoß. - Das habe ich prüfen lassen, und die Antwort hat mir der Datenschutzbeauftragte gegeben. Für mich persönlich habe ich natürlich Konsequenzen gezogen, wenn Sie die wissen wollen. So einfach ist das nicht. Ich habe - -

(Ute Vogt (SPD): Das geht ihn eigentlich nichts an!)

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wenn er es mir erzählen möchte, dann habe ich auch nichts dagegen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich habe meine Telefonnummer geändert, und deshalb erreicht mich auch keiner mehr telefonisch. Das hat aber auch Gründe, die in der Vergangenheit mit meiner Tätigkeit für das Projekt Konrad im Zusammenhang stehen. Nach dieser Sache wollte ich nicht, dass mich jeder anruft oder dass Tag und Nacht das Telefon bei mir klingelt - von wem auch immer.

Ich habe die Konsequenzen daraus gezogen, habe den Anbieter gewechselt und habe jetzt eine Telefonnummer. Die gebe ich nur an fünf Leute heraus oder an sechs. Ich möchte nicht mehr von irgendwelchen Leuten belästigt werden und das dadurch einleiten, dass man meine Sachen im Internet findet. Das geht doch nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das reicht mir erst einmal. - Ich habe noch eine letzte Frage: Wäre eine vergleichende Untersuchung anderer Standorte sinnvoll und realisierbar gewesen, vor allen Dingen auch

unter dem Ansatz: Gab es genug wissenschaftliche Kapazitäten, solche Untersuchungen durchzuführen, und wären auch die finanziellen Möglichkeiten, die vorhanden waren, ausreichend oder gegeben gewesen, um solche alternativen Untersuchungen anzustellen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Diese Frage kann ich Ihnen so nicht beantworten.

Zum letzten Teil Ihrer Frage: Ich weiß nicht, wie viel Geld die Bundesregierung damals ausgeben wollte für Untersuchungen. Ob die Kapazität dann bei der BGR da gewesen wäre, kann ich Ihnen auch nicht sagen.

Auf jeden Fall war es so, dass man sich zunächst erst einmal auf Gorleben beschränkt hat, und das haben wir gemacht. Inwieweit noch andere Möglichkeiten gewesen wären, kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht. Wir hatten die Aufgabe, den Standort zu untersuchen. Das haben wir gemacht, und wir haben diesen Bericht geschrieben. Entschieden haben dann andere.

Ich hatte Ihnen ja die Situation geschildert, in welcher Lage wir waren. Wir hatten - das habe ich vorhin nicht gesagt - einen technischen Erfüllungsgehilfen; das war die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern. Die hatte die Aufgabe, das Ding zu betreiben - auch das Erkundungsbergwerk usw. Die BGR hatte in geowissenschaftlichen Dingen tätig zu werden, der BMFT bei der Forschung und Entwicklung. Ja, das waren die Randbedingungen unseres Handelns. Da war nicht viel mit Bewegungsfreiheit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Gibt es weitere Fragen? - Eckhard Pols.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Dr. Illi, ich habe das vorhin akustisch leider nicht richtig verstanden. Sie sagten: Im September 2009 hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg beim BfS Unterlagen angefordert. - War das so richtig?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigung, das ist natürlich auch nachvollziehbar. Ich sage so etwas ja nicht - - Selbstverständlich ist das nachvollziehbar, und zwar gibt es eine Pressemitteilung des BfS - hier habe ich sie -: „Hintergrundinformationen zu Berichten

über Gorleben-Akten von 1983“. Da steht - - Soll ich es vorlesen?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Bitte, ja.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Da steht:

Seit den 1980er-Jahren wird über politische Einflussnahme bei wissenschaftlichen Gutachten über den Salzstock Gorleben berichtet. Die aktuelle Berichterstattung über die Einflussnahme der Bundesregierung auf das Ergebnis eines Zwischenberichts im Jahre 1983 geht auf einen Artikel in der Tageszeitung zurück.

In der taz vom 18. April 2009 wird der damals für Gorleben zuständige Abteilungsleiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), Dir. und Prof. Dr. Helmut Röttemeyer, zitiert. Demnach hatten sich die zuständigen Experten in einem Entwurf eines Zwischenberichtes zu den Ergebnissen der übertägigen Erkundung dafür ausgesprochen, neben Gorleben noch weitere Standorte zu untersuchen. Diese Empfehlung sei in der endgültigen Fassung des Berichts gestrichen worden, nachdem bei einer Besprechung des Entwurfs unerwartet Vertreter der Bonner Forschungs- und Innenministerien erschienen seien. Diese hätten auf eine Streichung der Empfehlung gedrängt.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die Aufgaben der Endlagerung radioaktiver Abfälle 1989 von der PTB übernommen. Nach Kenntnis des von dem ehemaligen Mitarbeiter dargestellten Sachverhalts hat die PTB eine Aktenrecherche durchgeführt und den Vorgang in einer Altakte der PTB gefunden.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat mit Schreiben vom 2. Juni 2009 und 7. Juni 2009 beim BfS einen Antrag auf Akteneinsicht nach dem Umweltinformationsgesetz gestellt. Die Bürgerinitiative beantragte insbesondere Einsicht in den Entwurf des im Mai 1983 veröffentlichten „Zusammenfassender Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“. Diesem

- also diesem Ersuchen -

hat das BfS am 24. Juli 2009 stattgegeben. Am 21. August 2009 hat ein Vertreter der Bürgerinitiative Einsicht in die freigegebenen Unterlagen aus dem Vorgang genommen.

Letzter Satz:

Seitdem läuft eine breite öffentliche Diskussion über den Zwischenbericht zu Gorleben von 1983.

Bundesamt für Strahlenschutz, Kontaktstand vom 11.09.2009.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, und dann hat das BfS bei Ihnen nachgefragt aufgrund dieser Anfrage der BI. Welche Auskünfte haben Sie dann dem BfS gegeben?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigung, ich habe das jetzt nicht verstanden. Diese - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aufgrund dieser Anfrage von der BI an das BfS hat das BfS bei Ihnen auch noch Informationen eingeholt.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein. Dieser Vorgang ist ja völlig - - Ja, das weiß ich nicht. Jedenfalls: Ich hatte ja vom BfS ein Schreiben bekommen. Das steht jetzt - - Das hat hiermit - - Was ich damit zum Ausdruck bringen wollte, ist, dass am 21. August 2009 ein Vertreter der Bürgerinitiative in die Akten Einsicht nahm und dass nach diesem Zeitpunkt meine handschriftliche Mitteilung in der Öffentlichkeit war: beim *Spiegel* und beim Bundestagsabgeordneten. Dann kam die Anfrage des BMU, RS III 2: Ist das Deine Handschrift, Illi, ja oder nein? Handelt es sich um die Besprechung? - Das lag danach, meine ich.

Dann kam das Schreiben von Frau Nöthel. Von diesem Vorgang wusste ich gar nichts. Ich habe mich dann informiert, wie die Vorgeschichte war, und habe das im Internet gefunden.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Illi. - Jetzt besteht das Fragerecht bei der SPD.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Einfach noch einmal zur Klarstellung: Sie haben eben ausgeführt, Sie haben das Schreiben von

Frau Nöthel beantwortet. Das ist ja auch in den Anlagen zu dem Bericht zu finden. Ich meine das Schreiben vom 20. September. Als Sie dieses beantwortet haben, hatten Sie noch nicht die kompletten Unterlagen aus dem Netz geladen. Habe ich das richtig verstanden? Das haben Sie - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, Moment, das liegt ja auch davor.

Ute Vogt (SPD): Ja, ja, deshalb meine ich das ja. Ich habe das nur noch einmal klarstellen wollen, weil vorhin versucht wurde, darzustellen, dass Sie sich möglicherweise gar nicht mehr selber erinnern. Aber Sie haben ja, bevor der Bericht verfasst wurde, dieses Schreiben schon im September aufgrund Ihrer eigenen Erinnerungen verfasst, und in dem Schreiben ist ja auch die Rede davon, dass Ihnen die Sitzung in guter Erinnerung ist.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigung, noch einmal zum Zeitablauf: Die Veröffentlichung meines Schreibens und auch dieser Handschrift, Mitschrift stammt vom 24.09. Der Bericht des BMU ist vom 23.09. Am 24.09 stand der Bericht im Internet - mit all den Unterlagen. Vorher hatte ich da ja nichts, und mein Schreiben liegt ja davor.

Ute Vogt (SPD): Ja, genau. Das wollte ich nur noch mal klarstellen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Gut, dann habe ich vorhin die Frage nicht richtig verstanden. Okay.

Ute Vogt (SPD): Dann ist das aber, glaube ich, klargestellt. Es ging mir nur noch einmal darum, dass der Zeitablauf klar ist, dass es nicht im Nachhinein konstruiert war, sondern aus Ihrem Bericht.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja. - Ich persönlich habe das auch gar nicht am 24. gewusst. Ich habe dann - - Jemand hat mir gesagt: Guck doch mal ins Internet. Da steht dein Schreiben drin. - Das war, glaube ich, der 03.10., aber das weiß ich nicht. So war der Zeitablauf.

Ute Vogt (SPD): Ja, danke schön. - Ich wollte noch einmal auf diese besagte Sitzung, die von Ihnen protokolliert wurde, zu-

rückkommen. Wir hatten heute Morgen den Herrn Professor Röthemeyer hier, der aus dieser Sitzung Ähnliches berichtet hat wie Sie.

Er hat uns berichtet, dass er empfunden hat, dass es sich um ein hartes Gespräch gehandelt hat. Können Sie uns das beschreiben? Sie haben das in Ihrem Brief ja selbst auch noch einmal formuliert. Es war eine gereizte und aggressive Stimmung, die Ihnen immer noch in Erinnerung ist. Ich hätte gerne einfach eine Vorstellung von so einer Sitzung und davon, wie man zu dieser Wertung kommt. Ging es im Befehlston? Schildern Sie das einfach einmal.

Und dann: Vielleicht können Sie sich noch erinnern, wie lange diese Sitzung in etwa ging. Sie spielt so eine große Rolle, aber ich habe gar keine Vorstellung. Vielleicht wissen Sie das noch.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Gleich zum Ende Ihrer Frage, was Sie da aufgeworfen haben: Natürlich weiß ich nicht, wie lange das war.

Was ich weiß - aber auch nur anhand des Vermerks, der vorhin zitiert wurde, den ich zwei Jahre später über das Gespräch angefertigt habe; vorher hatte ich es nur angenommen, als ich diese Handschrift sah -, ist, dass das der Vorbereitung der Hitzacker-Veranstaltung diente. Das war mir dann klar, als ich diesen Vermerk von 85 dann hatte.

Jetzt im Einzelnen nach 27 Jahren zu wissen, wie ich da nun angegangen worden bin - oder Herr Röthemeyer -: Das weiß ich nicht. Aber es war nicht freundlich - wollen wir es einmal so ausdrücken. Ob mir jemand irgendwas gesagt hat, was einer Beleidigung entsprechen würde, daran kann ich mich nicht erinnern. - Aber das Gespräch war nicht freundlich. An mehr kann ich mich nicht erinnern. Ich kann nicht sagen, ob X oder Y mir da irgendwas gesagt hätte wie: „Du bist ein - na ja - - Wie du dich verhältst oder wie Sie sich verhalten: So macht man das nicht“, oder was auch immer. - Das kann ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Erinnern Sie sich an den Grund der Unfreundlichkeit?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: An den Grund? Ich meine, das habe ich doch vorhin ausgeführt. Das kann man bei Herrn Ziegler nachlesen. Es ist doch klar: Keiner wollte aus politischen Gründen diese Frage zu dem Zeitpunkt noch in die Öffentlichkeit tragen.

Das leuchtet mir jetzt doch auch ein, heute, wo ich lese, was Herr Ziegler gesagt hat.

Ich sage es noch einmal: Man erlebt es jeden Tag bei uns. Ich habe vorhin zwei Beispiele gebracht: Jeder ist für Kindergärten, jeder ist für Altenheime. Aber wenn man sagt, der Kindergarten oder das Altenheim soll in der Straße, in der ich wohne, eingerichtet werden, dann sagen sie alle Nein. Dann gibt es sofort Zoff. Und wenn das in unserer Gesellschaft so ist, dann kann man auch nichts mehr umsetzen, oder alles dauert immer und ewig.

(Zuruf: Das war nicht die Frage!)

- Gut, okay.

Ute Vogt (SPD): Ich muss ein bisschen unterbrechen, weil es immer von unserer Zeit abgeht. Sie hatten das schon einmal ausgeführt. Allerdings glaube ich auch, dass ein Endlagerstandort von der Gefährdungslage her, die davon ausgeht, noch ein bisschen eine andere Qualität als ein Kindergarten hat.

Mir geht es noch einmal um den ursprünglichen Zweck der Sitzung. Ich will Ihnen auch sagen, warum ich frage: Herr Professor Röthemeyer hat uns gegenüber ausgeführt, dass die Sitzung nach seiner Erinnerung dazu angesetzt war, dass wissenschaftliche Erörterungen stattfinden, und dass er sich selbst überrascht sah, dass dort auf einmal Bundeskanzleramt, Bundesinnenministerium, Bundesforschungsministerium vertreten gewesen seien, die vorher offenbar bei Sitzungen ähnlicher Art nicht dabei waren. Würden Sie das bestätigen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das kann ich nicht bestätigen. Es ist so: Ich habe anhand dieses Vermerks, den ich 85 gemacht habe, nachvollziehen können, dass das mit der Erstellung des Berichts erst einmal nichts zu tun hatte. Es ging wirklich um die Vorbereitung der Hitzacker-Veranstaltung. Die ist am 27./28. gewesen. Dass jetzt aus Bonn das Bundeskanzleramt gekommen ist - wir waren ja auch dort am Tisch - und dass man das dann in dieser Besprechung mit angesprochen hat, ist eine andere Sache. Aber die Besprechung war meines Wissens - - Oder jetzt, nachdem ich diesen von mir in 85 erstellten Vermerk gesehen habe, kann ich nur sagen: Herr Röthemeyer irrt, wenn er sagt, dass es a priori eine Besprechung zum Zwischenbericht gewesen ist. Das war es nicht. Es diente der Vorbereitung der Hitz-

acker-Besprechung. Dass man jetzt vom BMI und seitens des Kanzleramtes diese Frage oder dieses Thema auch angesprochen hat, ist eine andere Sache. Aber so, wie ich es sehe - -

Man könnte es auch nachvollziehen. Es gibt beim BMFT sicherlich Akten. Dort muss es eine Einladung geben. Man fährt ja nicht irgendwohin und bespricht irgendetwas, sondern da muss es auch Einladungen geben. Wenn die PTB damals eine Einladung geschickt hat, dann ist es sicherlich auch in der Akte. Aber wenn es der BMFT, der damals die Hitzacker-Veranstaltung koordiniert und ausgerichtet hat, gemacht hat, um abzustimmen, wer was sagt und in welchem Umfang, dann war das nicht unsere Zuständigkeit.

Ute Vogt (SPD): Aber wenn es um die Hitzacker-Veranstaltung ging, ist es ja noch seltsamer, dass man auf einmal einen Bericht der PTB zum Hauptgegenstand hat.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich weiß nicht, ob man das - - Wenn man diese neun Seiten liest, dann geht es natürlich auch um den Bericht; aber der Hauptgegenstand ist wirklich: Wer sagt was in Hitzacker, und wie soll das präsentiert werden? - Ich kann das, was Sie jetzt sagen, so nicht nachvollziehen. Es war wirklich primär meiner Erinnerung nach, und so, wie ich das jetzt anhand des Vermerks von 85 sehe - - Ich konnte das im ersten Moment natürlich auch nicht zuordnen; das ist doch klar. 11.05., Gespräch, handschriftliche Aufzeichnungen. Da wusste ich das auch nicht. Ich hatte das vermutet, weil Hitzacker viel angesprochen wurde. Ich dachte immer: Mensch, das war doch gar nicht zum Bericht. Es ging in erster Linie um Hitzacker.

Dann gibt es einen Vermerk, der auch bei Ihnen in den Akten ist - er muss vom Bundesamt für Strahlenschutz aus den Akten entnommen worden sein und Ihnen gegeben worden sein -, mit dem Datum von zwei Jahren später, den wir vorhin diskutiert haben. Da ist dann klar formuliert, dass das diese Veranstaltung war. Dass ich mich zwei Jahre später noch an etwas erinnern konnte, was diesen geringen Zeitabstand beinhaltet, ist klar. Da würde ich an dem Vermerk nicht rütteln. Das ist eindeutig. Für mich ist das eindeutig.

Ute Vogt (SPD): Auf den Vermerk würde ich gerne zu sprechen kommen. Er liegt uns vor. Das ist - für das Sekretariat - MAT A 52, Band 12, Seite 138. Das war der Vermerk, den Sie damals entworfen oder gefertigt haben. Erinnern Sie sich noch, warum der Vermerk angefordert worden ist?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das kann ich nicht. Ich habe auch gegrübelt, denn ich habe das gelesen. Ich kann mich nicht erinnern. Ich finde auch keine Verfügung. Das kann ich nicht; tut mir leid, das schaffe ich nicht. Ich habe keine Erinnerung. Ich wundere mich selbst. Dass ich das nicht 83 gemacht habe, ist klar. Das ging gar nicht von der Zeit her. Wir waren in die Berichterstellung für diesen Zwischenbericht von 83 so eingespannt, dass da überhaupt keine Zeit war. Dass ich zwei Jahre später zusammenschreibe, wer da gekommen ist, das weiß ich nicht. Das steht auch nicht darauf.

Ute Vogt (SPD): Sie wissen nicht, warum und für wen, sondern Sie haben es nur - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Es wird sicherlich jemand gekommen sein. Aber dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Illi, wenn ich da anschließen darf: Ich komme noch einmal auf die Besprechung am 11.05.83 zurück, bei der Sie ja auch ordentlich Protokoll geführt haben. Kann ich eigentlich davon ausgehen, dass Sie selber sich nicht an der Diskussion beteiligt haben, oder haben Sie beides gemacht, geschrieben und diskutiert?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wenn Sie da meinen Namen finden, dann werde ich etwas gesagt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist natürlich richtig. - Sagen Sie einmal bitte, welches Kürzel Sie sind.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Jetzt müsste ich hier durchgehen.

Sebastian Edathy (SPD): SE 1 ist Röthemeyer, oder?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: SE 1 ist Röthemeyer.

Sebastian Edathy (SPD): Dann sind da noch: VE, WS, SL³⁰.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: WS ist ein Mitarbeiter aus dem Bereich des Amtes, VL auch. IL bin ich.³¹

Sebastian Edathy (SPD): IL³²?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Das taucht da aber gar nicht auf. Das heißt also, Sie haben nur Protokoll geführt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das will ich nicht sagen. Ich werde auch schon etwas gesagt haben, aber das habe ich nicht aufgeschrieben.

Sebastian Edathy (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich glaube nicht, dass -

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt aber, wenn Sie etwas gesagt haben, dann war das nicht einer der Hauptbeiträge, sondern ich nehme an, Sie hatten von Herrn Röthemeyer den Auftrag: Herr Dr. Illi, schreiben Sie bitte mit, was hier gesagt wird.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das glaube ich nicht. Ich habe immer mitgeschrieben. Dafür braucht man keinen Auftrag.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn es Ihnen aufgefallen und besonders erinnerlich ist, dass die Stimmung, wie Sie sagten, gereizt und aggressiv war, dann kann ich davon ausgehen, dass üblicherweise die Stimmung bei Ihren sonstigen Zusammenkünften sehr sachlich war?

³⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „VE, WS, SL“, setze „VI, WS, II“, Anlage 2

³¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „WS ist ein Mitarbeiter aus dem Bereich des Amtes, VL auch. IL bin ich.“, setze „WS ist ein Mitarbeiter aus dem Bereich des Amtes, VI auch. II bin ich.“, Anlage 2

³² Richtigstellung des Zeugen: streiche „IL“, setze „II“, Anlage 2

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Na ja, „immer“ würde ich nicht sagen.

Sebastian Edathy (SPD): Also, wenn die Regierung dabei war, war es immer aggressiv, oder?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das würde ich auch nicht sagen. In solch einer langen Zusammenarbeit gibt es natürlich Phasen, auch bezogen auf die gestellte Aufgabe, wo man unterschiedlicher Auffassung ist, und das schlägt sich dann natürlich auch in der Stimmung der Besprechung nieder. Wenn man von mir etwas will, was ich nicht leisten kann und was ich nicht möchte, dann bin auch nicht freundlich.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Illi, eine letzte Frage. Sie haben vorhin im Rahmen Ihrer Ausführungen gesagt, Sie hätten es gar nicht als problematisch empfunden, wenn Ihnen in Form einer von Ihnen als Anordnung empfundenen Äußerung dringend nahegelegt worden wäre, das Thema „Alternative Standortsuche“ aus dem Bericht herauszunehmen. Sie haben zugleich gesagt, problematisch wäre es dann, wenn Einfluss auf wissenschaftliche Bewertungen von Sachverhalten genommen würde. Das hatten Sie anhand eines Beispiels erläutert: Man kann zum Beispiel 3 000 nicht durch 7 000 Jahre ersetzen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Richtig.

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie Ihren handschriftlichen Vermerk zur Hand?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Relativ am Ende äußert sich Herr Matting; das ist unter Röthemeyer, also

SE 1: Anregungen schriftlich an PTB, Berücksichtigung ist Sache der PTB

Dann kommt Matting und sagt:

Es will niemand die Aussage aus der PTB herauspressen, die nicht ... aber die Aussage könnte noch positiver gefasst werden.

Wie kann ich das denn verstehen, wenn -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich finde das nicht.

Sebastian Edathy (SPD): - der Vertreter des Innenministeriums sagt, die Aussage - offenkundig ist damit eine Aussage im Bericht gemeint - könnte noch positiver gefasst werden? Ist das der Versuch gewesen, auf wissenschaftliche Bewertungen Einfluss zu nehmen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das kann ich nicht beantworten, wirklich nicht. Das sind 27 Jahre. Das kann ich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Es macht jedenfalls den Eindruck, oder, wenn Sie das so lesen: „Die Aussage könnte noch positiver gefasst werden“?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich will jetzt nicht in die Diskussion - - Ich kann mich nach dieser Zeit nicht in Herrn Matting hineinversetzen; das geht doch nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist in Ordnung. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann könnte ich, wenn ich das denn tun wollte, der nächsten Fraktion das Wort erteilen, nämlich der FDP. - Bitte schön, ihr seid dran.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Illi, auch ich möchte gerne noch einmal zu diesem Bericht fragen, auch wenn es vielleicht müßig ist. Ich war bislang immer davon ausgegangen - wir hatten heute Morgen auch schon Herrn Professor Röthemeyer in unserer Runde -, dass der Zweck des Berichts eigentlich war, dass man von Ihnen den Sachstand für eine Diskussion im Hause haben wollte.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Das war nicht der Fall? Das können Sie ganz klar sagen? - Es war also der Bericht für diese Veranstaltung in Hitzacker angefordert?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Auch nicht?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein.

Angelika Brunkhorst (FDP): Was war denn jetzt wirklich ursprünglich der Zweck des Berichts? Sie sagen ja - oder es ist ja klar -, dass auf einmal 15 Personen bei diesem Gespräch dabei waren, wo man vielleicht eigentlich gedacht hätte, dort sollten nur die Berichterstatter anwesend sein.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigung, dann habe ich eben etwas missverstanden. Wenn ich das richtig verstanden habe, was Sie mich jetzt fragen, dann geht es einmal darum: Warum haben wir diesen Bericht überhaupt gemacht?

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. Hatten Sie einen gewissen Turnus, wo Sie sagten, da muss ich einmal - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das ist doch völlig klar. Hier gibt es doch einen Erlass des BMFT in Abstimmung mit dem BMI: PTB schreibt einen Bericht. Auf der Basis dieses Berichts sollen die Ressorts beraten und der Bundesregierung einen Vorschlag machen, ja oder nein, ob die untertägige Erkundung mit dem Abteufen von Schächten anfangen kann und soll.

Das war auch mit der Bereitstellung von Finanzmitteln verbunden. Man kann hier ja nicht einfach - Bergbau ist teuer - loslegen. Das muss ja auch haushalterisch irgendwie geregelt sein. Das war die Zielsetzung des Berichts: Schreibe einmal zusammen - - Das steht aber auch in den - - Das ist jetzt der Brief. Das ist das Schreiben von Herrn Ollig vom BMFT, den ich kenne. Das ist die Anlage 7 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009. Das, was im Hintergrund steht, ist die Anlage 7. Das ist der Grund, warum wir uns darangemacht haben. Da steht:

Sehr geehrte Herren,

im Rahmen des Standortuntersuchungsprogramms der PTB in Gorleben wurde im Dezember 1982 die 2. Schachtprobebohrung erfolgreich beendet.

Als nächster Erkundungsschritt ist die untertägige Erkundung des Salzstocks geplant, beginnend mit Maßnahmen für das Schachtabteufen, der Erstellung von 2 Erkundungsschächten sowie dem Auffahren von Untersuchungsstrecken.

Das Finanzvolumen zukünftiger Investitionen am Standort des geplanten Endlagers und die Bedeutung des Projekts machen vor der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Vergabe des Auftrags zum Bau der Erkundungsschächte eine ausführliche Befassung der Bundesressorts mit den Ergebnissen der Erkundung sowie den Konsequenzen für weitere Maßnahmen erforderlich. Eine Beratung im Ressortkreis ist noch vor der für April/Mai d. J. vom BMI und BMFT geplanten „Veranstaltung vor dem Schachtabteufen“ notwendig, um nach dieser Veranstaltung umgehend über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Schachtabteufen zu entscheiden.

Und dann geht es weiter: Bitte macht den Bericht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Dann hat es diese Zusammenkunft gegeben, an der 15 Leute teilgenommen haben. Sie haben sie ja auch protokolliert. War es üblich, dass so viele Leute erwartet wurden, oder war es für Sie überraschend, dass doch relativ viele Leute dabei waren? Und war es dem geschuldet, dass diese Veranstaltung in Hitzacker so gut vorbereitet werden sollte, oder sollte es der Bedeutung der Entscheidung entsprechend diese Teilnahme geben?

Dann hätte ich gerne gleich auch noch Folgendes gewusst: Die PTB hat die Eignungshöflichkeit zunächst einmal festgestellt. Aber es steht dort immer: „nichtwärmeentwickelnde Abfälle“. Galt diese Eignungshöflichkeit denn für beide Arten von Abfällen? Ich bin da immer ein bisschen hin- und hergerissen, denn mal steht dort „nichtwärmeentwickelnde Abfälle“, mal steht es drin. Galt sie also für beide Arten von Abfällen?

Zweitens. Die PTB hat sich ja damals ganz klar für die untertägige Erkundung ausgesprochen. Galt das wirklich mit dem Ziel, dort auch die Eignung für wärmeentwickelnde Abfälle zu erkunden?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, das war doch die Zielsetzung des Gorleben-Projekts, oder ist es immer noch. Ich meine, da sollten ja die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und zunächst erst mal auch andere Abfälle endgelagert werden. Das war ja nicht ausgenommen. Das

hatte ich vorhin mit den 105 000 Kubikmetern ausgeführt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das steht so aber gar nicht in diesen Erläuterungen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das Gorleben-Projekt ist auf die Endlagerung wärmeentwickelnder Abfälle ausgerichtet. Das war es damals schon, und wenn dort weiter erkundet wird und es käme jemals dazu, dann ist es das auch.

Das war immer Ziel. Das war von vornherein gesagt: Wir haben Abfälle aus der Wiederaufarbeitung. - Ich habe auch ausgeführt, dass es, obwohl das NEZ damals nicht mehr zur Diskussion stand, weil die Niedersachsen es für politisch nicht durchsetzbar oder machbar hielten, immer noch den Plan gab, abgebrannte Brennelemente in Bayern in der Anlage in Wackersdorf aufzuarbeiten. Die Daten, ab wann das aufgegeben wurde, hatte ich genannt.

Wir hatten damals den Auftrag: Erkundet den Standort und prüft, ob man dort ein Endlager für radioaktive Abfälle einrichten kann, natürlich umfassend für alle Arten der Abfälle, aber insbesondere für die wärmeentwickelnden Abfälle. Denn es ist ja auch die Zielsetzung gewesen, einen Salzstock dafür auszusuchen, und nicht, irgendwo in Ton oder in ein anderes Wirtsgestein zu gehen. Damals wurde auch gesagt - das halte ich auch bis heute für richtig -, für wärmeentwickelnde Abfälle sollte man ins Salz gehen, wenn man sie endlagern will.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Illi, Sie haben jetzt schon ausführlich über diese unschöne Veranstaltung berichtet. Haben Sie dann im Anschluss das Protokoll, den Bericht an die entsprechenden mitbeteiligten Ressorts verteilt, oder wurde dieser Bericht von Ihnen schon vorher verteilt? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Die handschriftliche Mitschrift ist nicht verteilt worden und auch nicht der Vermerk, der zwei Jahre später gefertigt wurde. Ganz klar: Das war eine Mitschrift; das war kein Protokoll. Normalerweise läuft es so ab: Man bekommt eine Einladung, und derjenige, der einlädt, ist auch verantwortlich, dass es dokumentiert ist, wenn es wichtig ist; der macht auch das Protokoll. Ich meine, wir waren nicht die Einladenden und haben das auch nicht ge-

macht. Ich habe einfach mitgeschrieben, weil das für mich wichtig war. Das habe ich, sofern ich konnte, in jeder Besprechung gemacht. Ich habe immer versucht, aufzuschreiben, was die eigentlich gesagt haben; denn aus diesen Dingen resultierten oft auch Aufträge, die ich dann umsetzen musste. Dann war es für mich schon wichtig, zu wissen, was der da damals eigentlich gesagt hat, wenn ich dann vier Wochen später eine Aufforderung bekam: Mach das mal.

Aber wenn es eine Einladung von uns gewesen wäre - jedenfalls war es später so -, dann hätte es auch ein Protokoll von der PTB gegeben. Wenn man ein Protokoll über eine Besprechung fertigt, dann schickt man es natürlich an die Gesprächsteilnehmer. Aber das ist eine handschriftliche Mitschrift gewesen, kein Protokoll, das diese Bezeichnung verdient. Das habe ich in die Akten getan. Ich meine, das ist eine Dokumentation dessen, was damals war. Ich habe fast nichts weggelassen. Warum auch? Das habe ich in die Akte getan und zwei Jahre später den Vermerk dazu. Ich sah keine Veranlassung, das an die Gesprächsteilnehmer zu schicken. Ich war nicht für die Protokollführung dieser Besprechung verantwortlich. Wenn ich das gewesen wäre, dann wäre das natürlich passiert, völlig klar.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wiederum vielen Dank, Herr Dr. Illi. - Jetzt geht das Fragerecht zur Fraktion Die Linke. Bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Illi, da möchte ich gerade weiterfragen: Ist Ihnen bekannt, ob von dieser Sitzung oder dieser Zusammenkunft ein Protokoll gefertigt wurde, oder kennen Sie eines? Wenn ja, von wem?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Die Antwort ist klar: Ich kenne keines. Damit weiß ich auch nicht, ob eines existiert oder von wem es existiert.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ist Ihnen noch erinnerlich, auf wessen Einladung das Treffen stattfand, also wer dann eigentlich in der üblichen Logik, wie Sie sie auch dargestellt hatten, derjenige gewesen sein könnte, der protokollverantwortlich gewesen wäre?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Da gibt es zwei Möglichkeiten. Der BMFT hat die Hitzacker-Veranstaltung gemanagt, durchgeführt und ein Jahr später auch einen Bericht darüber veröffentlicht, der mehr als 500 Seiten hat. Das heißt, es ging - das ist unstrittig - darum, das Gespräch vorzubereiten. Dann hat das entweder der BMFT selbst gemacht, oder er hat sich eines anderen bedient. In dieser Sache war ja noch jemand tätig, der vom BMFT eingeschaltet war, und das ist das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“. Ich weiß es jetzt nicht - ich kann es wirklich nicht sagen -, aber wenn man das normale Handeln unterstellt, dann wäre das eine Einladung vom BMFT gewesen. Dazu, ob es da etwas gibt, kann ich nichts sagen. Ob man da beim BMFT etwas findet, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke. - Dann hätte ich noch eine Frage zu Ihrer Mitschrift. Sie haben eben schon auf die Frage vom Kollegen Edathy gesagt, dass SE 1 Professor Röthemeyer war und dass IL³³ Sie waren. VL und WS³⁴ erschließt sich mir nicht ganz. Sie sagten, das wären Ministeriumsmitarbeiter gewesen. Wenn ja, von welchem Ministerium? Erinnern Sie das? Und wissen Sie vielleicht auch noch Namen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Moment. Wenn Sie dort Namenskürzel wie IL, WS oder VL³⁵ sehen, dann sind das PTB-Leute, die aus der Abteilung Endlagerung mit dabei waren. Das sind damalige Mitarbeiter der Abteilung „Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle“ gewesen. VL, das war einer aus der PTB, und der WS auch, IL auch.³⁶

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin erwähnt, Herr Dr. Illi, dass der Schachtdurchmesser für eine reine Erkundung deutlich kleiner hätte sein können und dass man die Bemessung wohl aus bergmännischen Gründen größer gemacht hat. Was haben Sie gedacht, als Sie erfahren

³³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „IL“, setze „II“, Anlage 2

³⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „VL und WS“, setze „VI und Ws“, Anlage 2

³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „IL, WS oder VL“, setze „II, Ws oder VI“, Anlage 2

³⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „VL, das war einer aus der PTB, und der WS auch, IL auch.“, setze „VI, das war einer aus der PTB, und der Ws auch, II auch.“, Anlage 2

haben, dass Ihr damaliger Abteilungsleiter, Professor Heintz, an dem sogenannten Intercity-Gespräch teilgenommen hat, bei dem die Strategie dafür entwickelt wurde, um diese Notwendigkeit für den größeren Durchmesser begründen zu können? Das war nach dem Gorleben-Hearing in Bonn am 23.06.1980, an dem Sie ja sicher auch teilgenommen haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Dass es da etwas im Intercity gab, weiß ich nicht mehr. Es hat noch eine andere Geschichte im Intercity gegeben. Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen.

Ich habe hier zum Ausdruck gebracht - das kann man dann auch im Protokoll nachlesen - und gesagt: Man kann auch einen Schacht - - Wenn man nur erkunden will, muss der nicht so voluminös sein wie dort oben. Wenn man aber bei den Deckgebirgsschichten mit im Durchmesser geringeren Schächten unten ist, will dann aber ein Endlager einrichten, weil man gefunden hat, dass die Situation es erlaubt und dass die Ergebnisse unten dann die Investition für das Projekt rechtfertigen, und man kann das machen, dann ist es umgekehrt wiederum nicht möglich, die Schächte auf einen Durchmesser zu bringen, mit dem man dann die Abfälle runterbringen kann. Das ist natürlich ein Unsinn: Wenn ich etwas erkunde, mir damit aber das Projekt kaputt mache, sodass ich hinterher, wenn ich feststelle, es ist geeignet, das Ziel nicht erreichen kann, weil ich technisch dazu nicht in der Lage bin, dann halte ich das für nicht richtig.

Es ist meine Auffassung, die ich von den Bergleuten gehört habe. Ob das nun wirklich so ist - aber für mich ist es einsichtig: Man kann in einem Gebirge, das Wasser enthält, nicht anders runterkommen, als es zu gefrieren. Deshalb ist das Deckgebirge gefroren worden. Wenn das Erdreich gefroren ist, dann können Sie auch ein Loch hineinmachen, ohne dass Wasser nachläuft. Das geht sonst nicht. Das hier, wo wir gerade sitzen, ist ein typisches Beispiel: Wir sitzen im Sand, der voller Wasser ist. Sie müssen ganz spezielle Maßnahmen ergreifen, um ein Fundament zu gründen. Ich war einmal hier, als der Bahnhof gebaut wurde, und habe mir die holländischen Taucher angesehen. Das ist ja ein Wahnsinn.

Im Bergbau ist das auch so: Wenn Sie in ein Deckgebirge gehen, das wasserführend ist, dann können Sie nicht einfach ein Loch

machen. Das können Sie machen, aber dann ertrinken Sie, wenn Sie tiefer gehen. Deshalb wird das Gebirge eingefroren. Dann können Sie das Gestein herausnehmen, und dann müssen Sie einen Einbau einbringen, der wasserdicht ist. Das ist eine spezielle Technik, die aber Stand der Technik für zig Bergwerke in Bereichen ist, wo das Deckgebirge wasserführend ist. Dort, wo es nicht wasserführend ist - - Wenn man das zum Beispiel aus dem Wilden Westen liest: Da machen sie eine Grube auf und holen sich dort die Goldnuggets heraus - da ist kein Wasser. Das ginge dann gar nicht. Da können Sie dann schon mit normalen Mitteln ein paar Meter nach unter Tage gehen. Da passiert nichts. Da läuft kein Wasser nach. Da können Sie auch nach unten gehen. Aber das ist in Gorleben nicht möglich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das bezieht sich infolgedessen nur auf die senkrechten Ausbauten, nicht unten auf horizontale Strecken?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Unten gibt es eigentlich - - Ja, manchmal hat man auch Schächte unter Tage; aber das sind dann andere Sachen. Nein, es bezieht sich auf den Zugang von oben nach unten durchs Deckgebirge, was ich hier geschrieben habe.

Es gibt auch so genannte Blindschächte im Bergbau. Das sind Schächte, die dann von einer Sohle oder mehreren Sohlen von oben nach unten gehen, aber innerhalb des Bergwerks. Das sind sogenannte Blindschächte. Aber die habe ich hier nicht gemeint, sondern ich meinte wirklich, wenn man oben reinfährt, so wie ich damals, zum ersten Kübel Gorleben - da habe ich noch so eine kleine Flasche Obstiges -, da muss man durchs wasserführende Deckgebirge, und das geht nicht anders. Da muss man frieren und hinterher wasserdicht ausbauen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Illi. - Jetzt kommen die Fragen von Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Bitte, bevor meine Fragezeit beginnt. Ich hätte gerne, dass die Vorlagen, aus denen Dr. Illi zur Ressortabstimmung zwischen BMFT und BMI zitiert hat, zu den Akten genommen werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Ja. - Ihre Fragezeit beginnt jetzt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - Dann beginne ich jetzt mit meinen Fragen. Herr Dr. Illi, herzlichen Dank erst mal für Ihren umfassenden Bericht und die Bereitschaft, auch all diese Fragen, die die Erinnerung strapazieren, zu beantworten. Meine Fragen beziehen sich jetzt erst mal auch wieder auf den 11.05. Erste Frage: War es üblich, dass bei solchen Besprechungen Ministeriumsvertreter anwesend waren?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Natürlich waren auf vielen Besprechungen Ministerialvertreter da. Was ich sonst nicht wieder erlebt habe, war, dass das Kanzleramt dabei war; aber es waren zig Besprechungen. Das war doch unser direkter Gegenpart, die Ministerien.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es schon verstanden. Danke schön.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das ist doch logisch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Sie fragen: Wissen Sie, wer das Kanzleramt verständigt hat?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine Vermutung?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort ist in Ordnung. - War es üblich, dass bei solchen Besprechungen kein Protokoll angefertigt wurde?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich hatte ja vorhin ausgeführt, dass es eigentlich üblich ist, dass der, der einlädt, Protokoll macht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also war es nicht üblich, dass es anschließend kein Protokoll gibt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das weiß ich nicht. Es kann ja auch eins existieren. Ich habe es jedenfalls nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Die Frage kann ich so nicht beantworten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es kann ein Protokoll existieren.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich habe viele Besprechungen gehabt und immer einen meiner Leute mitgenommen. Der sollte Protokoll führen. Bei Aufträgen an Dritte ist das lebenswichtig. Jeder orientiert sich daran: „Kriegst du das Geld oder nicht?“ Das ist doch klar. Das ist sauberes Verwaltungshandeln.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön, Dr. Illi.

Jetzt möchte ich mich gerne auf die Anlage 15 zum Zwischenbericht beziehen. Das ist das Schreiben des BMFT an die BGR zum Bericht. In Abstimmung mit dem BMI schlägt dort das BMFT Veränderungen des Berichts vor. Ich schließe aus Ihren bisherigen Äußerungen, dass Sie, da das in Abstimmung mit dem BMI erfolgt ist, das auch als Weisung empfunden haben und diese Weisung auch beachtet haben. Ist das richtig so?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigung. Ich muss jetzt erst mal hier - - Ich habe ja einen anderen Aktensortiererstand. Wenn es darum geht, dass Herr Ziegler geschrieben hat - - Warten Sie mal, ich bin dabei, das hier zu sehen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ach so. Das ist bei mir die Anlage 15. Wenn es wirklich darum geht, anhand von Sicherheitskriterien - - dann suche ich das mal. Dieses Schreiben - das hatte ich vorhin ausgeführt - - Aber es kann sein - - Dadurch, dass ich es vorgelesen habe, geht es an einem vorbei. An diese Sache habe ich mich jetzt nicht mehr erinnert. Ich habe das nur nachvollziehen können, dass diese Anlage 15 aus dem Bericht, den der BMU ins Internet gestellt hat - - Als ich das gelesen habe, habe ich gesagt: Es gibt ja noch eine Einflussnahme, und das ist diese hier, das nicht nach den Kriterien zu machen. Das wusste ich jetzt nicht mehr, als ich Frau

Nöthel geschrieben habe. Da habe ich ihr ja eindeutig geschrieben: An diese Sache erinnere ich mich und an anderes nicht mehr.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war für Sie aus Ihren sonstigen Erfahrungen, aus dem üblichen Verhalten in einer Behörde klar: Hier steht in diesem Schreiben: „In Abstimmung mit dem BMI schlagen wir Ihnen vor“, dass das eine dienstliche Anweisung ist.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, also - - Gut.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die wurde ausgeführt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Sie finden ja diese Gliederung nicht mehr. Also ist es umgesetzt worden. Das ist doch klar.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist umgesetzt worden?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, natürlich. Es gibt doch noch Entwürfe, die sind so gegliedert. Da steht dann, was weiß ich, irgendein anderer Punkt, und in der Endfassung finden Sie das nicht mehr. Also ist das doch umgesetzt worden. Das ist doch keine Frage.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt haben wir die Endfassung. Hier steht ja, am Ende der ersten Seite in diesem Schreiben unter Punkt 1, Wesentliche Ergebnisse der Standorterkundung:

Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen können, dass die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werden konnte.

In der dritten Fassung des Berichts haben wir noch die Aussage an dieser Stelle:

Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichtes sind wegen der noch nicht erfolgten Bestätigung durch die untertägige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet.

In der Endfassung steht dann:

Abschließend wird festgestellt: Die bestätigte Eignungshöflichkeit des Salzstocks für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle rechtfertigt das Abteufen von

Schächten und Erkundung des Salzstockinneren.

Ich frage Sie jetzt nicht nach Ihrer Bewertung des Inhaltes, sondern nur: War diese Veränderung Folge der Weisung dieses Schreibens vom BMFT?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das kann ich jetzt wirklich nicht mehr erinnern. Dieser Bericht ist natürlich gewachsen. So was schreibt man ja nicht in einer Form, die bei so vielen Beteiligten dann auch gleich druckreif ist. Das geht nicht. Es gibt sicherlich auch viele Stände - vielleicht auch für das Kapitel, das Sie gerade ansprechen -, die hier gar nicht mehr vorhanden sind. Das ist naturgemäß so.

Warum das jetzt so formuliert ist, wie Sie es vorgetragen haben, das weiß ich nicht. Ob das hierauf zurückgeht, auf den Herrn Ziegler, oder ob es auf andere Anregungen, Verbesserungsvorschläge oder was auch immer, wie man das bezeichnen will, zurückgeht, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Das funktioniert nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich darf schlussfolgern, frage ich Sie, wenn Sie sagen: „Das musste als Weisung auch empfunden werden in Abstimmung mit BMI“, und es wird gefordert, dass dieser erste Teil mit der Feststellung schließen soll: „sollte können“, dass die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werden konnte, dass Sie das dann üblicherweise umgesetzt haben? So war das Verfahren in der Behörde?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich bin dran. Ja und nein. Was das nun im Einzelnen heißen soll, ist ja offen. Es ist eine Aufforderung, man möge in einer bestimmten Richtung was tun. Wie das jetzt umgesetzt wurde oder ob es umgesetzt wurde, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Es kann ja auch sein, dass wir es nicht gemacht haben. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht nach 27 Jahren sagen: Das haben wir so gemacht und so gemacht, und das haben wir nicht gemacht, was er wollte. Es ist in Abstimmung mit BMI. BMI war die Weisung, und wir haben es gemacht. Das ist doch auch unstrittig.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben. Ja. Die Endfassung entspricht der Aufforderung, ja.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: In der Endfassung ist die Gliederung nicht mehr nach den Sicherheitskriterien gemacht, sondern ich hatte ja - das ist ja auch hier irgendwo in der Akte - - Wenn es heißt: „Illi, du bist für die Erstellung des Berichtes verantwortlich“, dann setze ich mich hin und überlege mir erst mal eine Gliederung: Wie wird der Bericht gegliedert? Wie soll er aussehen? Wer macht welche Kapitel? Und was auch immer. Dann hatte ich vorgeschlagen, da die Sicherheitskriterien implementiert waren: Macht doch die Bewertung nach den Sicherheitskriterien. Da gibt es sicherlich auch Zwischenstände, wo das so ist. Wenn im Endzustand dieses Kapitels diese Gliederung dann eben nicht so ist, dann ist das umgesetzt worden. Das ist dann so. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob man diesem Wunsch in dieser Form an irgendeiner Stelle in der Endfassung nachgekommen ist. Das kann ich doch nicht - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann sind wir jetzt am Ende der ersten Berliner Runde. Haben die Fraktionen weiteren Fragebedarf? - Die CDU/CSU nicht, die FDP auch nicht. Die SPD.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich habe eine Bitte zum Verfahren. Ich bin 71 und trinke hier ab und zu was. Irgendwie hat die Natur den Mann mit einer etwas merkwürdigen Geschichte ausgestattet.

(Sebastian Edathy (SPD): Ich glaube, das ist geschlechtsunabhängig!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann würden wir jetzt einfach eine kurze Unterbrechung machen. Wir unterbrechen, bis Sie wieder da sind.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Danke schön.

(Unterbrechung von 18.25 bis 18.31 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Herr Dr. Illi, sind alle wieder

verhandlungsfähig? - Dann ist jetzt das Wort bei der SPD zur zweiten Berliner Runde.

Sebastian Edathy (SPD): Genau. - Herr Dr. Illi, Ihrem Vermerk „Braunschweig, 24.07.85“ zu dem Treffen am 11.05.1983 - das war zwei Jahre vorher - entnehme ich, dass der Termin in der BGR stattgefunden hat, also in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Das war ja hier eine Frage, die offen gewesen ist, und wo auch Frau Menzner nach Ihrer Erfahrung gefragt hatte. Wenn das Treffen in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe stattgefunden hat, war dann die BGR wahrscheinlich auch der Einladende, oder nicht zwingend?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich will jetzt hier keine Vermutungen anstellen. Ich habe gesagt: Das ist nicht zwingend notwendig, dass jemand, der den Ort für die Besprechung bereitstellt oder wo das erfolgt, dass der auch der Einladende ist, -

Sebastian Edathy (SPD): Müssen wir mal intern gucken, wie wir das - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: - sondern es ist ganz klar, dass es in der BGR war. Wir haben auch Besprechungen von der PTB in der BGR einberufen, wenn es aus irgendwelchen Gründen besser war, dort zu sprechen, weil dann die entsprechenden Mitarbeiter der BGR vorhanden waren, die nicht extra nach Braunschweig fahren mussten. Wenn also fünf BGR-Leute gefragt waren und von unserer Seite nur zwei, dann sind wir in die BGR gefahren.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. - Wenn in den Entwürfen für den PTB-Bericht dann interveniert worden ist in gereizter und aggressiver Atmosphäre durch die Bundesregierung - allen voran wahrscheinlich durch das Kanzleramt, das ja ansonsten bei den Besprechungen, wie Sie sagten, nicht üblicherweise vertreten gewesen ist bei analogen Runden -, wenn also vorgesehen gewesen ist in den Entwürfen, einen Standortvergleich vorzuschlagen, würden Sie dann aus wissenschaftlicher Sicht sagen: „Es ist durchaus möglich“ - Herr Röthemeyer hatte da eine etwas andere Ansicht -, „zu prüfen, ob ein Standort mehr oder weniger geeignet ist“? Oder würden Sie sagen: „Salzstock ist

Salzstock, da muss man nicht Vergleiche anstellen“?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein. Dazu habe ich mich ja klar geäußert, und zwar so, wie mir das die Bergleute immer gesagt haben, und was ich auch weiß: Vor der Hacke ist es duster. Wenn Sie zwei Schächte haben und gehen runter, dann wissen Sie eigentlich nicht, was Sache ist. Das passiert jetzt vielen Leuten, auch im Granit. Sie fahren dann irgendwo runter, und dann haben Sie eine Wasserader oder irgendwas anderes. Der Salzstock ist nicht so aufgebaut wie eine flache Lagerung. Das ist aufgestiegen. Wenn ich das deutlich machen will: Der Richter-Bernburg, der ehemalige Professor der BGR, wollte mir mal sagen, wie das mit dem Salzaufstieg ist. Da hat er ein Brötchen genommen, hat es durchgeschnitten, hat so dick Honig drauf gemacht, oben eingeschnitten, gepresst, da kam es raus. Bei diesem Vorgang, da passiert so viel; da sind ja, glaube ich, 7 Kilometer Salz weg von Gorleben. Das ist ein normaler Vorgang.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank. - Das heißt, aus Ihrer persönlichen wissenschaftlichen Einschätzung heraus wäre es ein Gebot der Klugheit gewesen, neben Gorleben auch weitere Standorte zu untersuchen? Und deswegen war dieser Vorschlag auch Bestandteil der Entwürfe des Berichts?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Also noch mal: Wir wussten, wie es über Tage aussieht. Wie es unter Tage aussieht, wussten wir nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Und deswegen mehrere Standorte?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wir hatten viele - - Man wusste überhaupt nicht, was kriegt man da unter. Wir waren die Behörde, die das umsetzen sollte. Da haben wir gesagt - -

Sebastian Edathy (SPD): Noch mal, anders gefragt. Sie haben ja vorhin selber gesagt: Der Grund für die Einflussnahme im Rahmen dieses Gespräches bei der BGR war nach Ihrem Dafürhalten, dass es politisch nicht gewollt war, weitere Standorte zu prüfen wegen der öffentlichen Debatte, die wahrscheinlich sehr kritisch gewesen wäre.

Aus wissenschaftlicher Sicht aber, Herr Dr. Illi, wäre es sehr wohl sinnvoll und angebracht gewesen. Ist das so?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das ist ja grundsätzlich so: Wenn ich etwas umsetzen will oder ein Auto baue, dann mache ich ja auch nicht nur *einen* Entwurf. Aber das ist eine andere Sache. Ich meine, die Verantwortung für die Sache trägt der, und wenn er sagt: „Wir untersuchen erst mal das“, dann macht man das auch.

Sebastian Edathy (SPD): Aber Sie haben doch auch eine wissenschaftliche Expertise, und die rät Ihnen doch sehr wahrscheinlich - so habe ich Sie verstanden -: lieber drei Standorte untersuchen als nur einen. Ist das korrekt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Es ist sicherlich grundsätzlich so, dass man, wenn man was vergleichen will, natürlich an mehrere Standorte gehen muss.

Sebastian Edathy (SPD): Der Vergleich wäre sinnvoll gewesen? Weil es vor der Hacke duster ist oder man nicht weiß, was da ist?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wenn die untertägige Erkundung in Gorleben ergibt, dass dort ein Endlager errichtet werden könnte oder kann - das ist ja heute auch noch nicht durch die untertägige Erkundung geklärt -, dann - -

Sebastian Edathy (SPD): Aber ich spreche jetzt über 83. Also, wir sind jetzt - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lassen Sie ihn mal ausreden!)

Sebastian Edathy (SPD): Das ist jetzt nicht die Beantwortung der Frage. Wir sind im Jahr 1983. Bei der Besprechung zum damaligen Zeitpunkt hat die PTB vorgeschlagen, mehr als einen Standort zu untersuchen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können wir den Zeugen mal ausreden lassen!)

Aufgrund politischer Einflussnahme ist gesagt worden: Nein, ihr untersucht nur Gorleben. Sie hätten aber eine andere Meinung gehabt, dass es sachlich besser gewesen

wäre, mehr als einen zu untersuchen, wie das mit den Autos so ist.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein!)

- Herr Grindel ist nicht dran, sondern Herr Dr. Illi.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir lassen den Zeugen bitte antworten. Über Suggestivfragen haben wir uns vorhin auch schon mal unterhalten. Ich habe das jetzt auch eine Weile laufen lassen.

Sebastian Edathy (SPD): Das war keine Suggestivfrage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber jetzt ist Herr Dr. Illi dran.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich glaube, ich habe die Frage bereits beantwortet. Ich habe ja dazu Stellung genommen und in der Antwort zu meiner Frage 13 begründet, warum das da drinsteht. Natürlich hat das einen Grund. Ich habe das ja vorhin ausgeführt. Es waren zwei Gründe, und ich wiederhole es noch mal: Vor der Hacke ist es duster. Der andere Grund waren die wahnsinnigen Abfallmengen: 2 500 Gigawattjahre an Abfällen sollten wir entsorgen. Wenn man diese beiden Dinge vor Augen hat, dann kann man sich schon fragen, ob man nicht auch noch woanders was untersuchen sollte. Das habe ich doch ausgeführt.

Sebastian Edathy (SPD): Ich wollte es nur noch mal verklärt haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich kann doch nicht immer wieder - - Ich meine, ich kann es immer wieder sagen; aber es bringt doch nichts.

Sebastian Edathy (SPD): Das kann vor- kommen, ja.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte nur mal was anderes wissen - Sie hatten da die Vorbereitungssitzung zur Veranstaltung in Hitzacker -: Waren Sie selbst auch bei der Veranstaltung in Hitzacker dabei?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja. Ich muss dabei gewesen sein.

Ute Vogt (SPD): Erinnern Sie sich?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich weiß es nicht mehr; aber ich war sicherlich dabei.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Sie erinnern sich aber nicht mehr an den Ablauf der Veranstaltung oder an Besonderheiten?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein. Aber das kann man nachlesen. Es gibt 500 - ich weiß es nicht -, 560 Seiten, die der BMFT ein Jahr später veröffentlicht hat. Ich habe sogar irgendwo hier das - -

Ute Vogt (SPD): Das ist, ehrlich gesagt, auch der Hintergrund meiner Frage; denn es gibt einen Vermerk des BMI von damals, bei dem es heißt:

Insgesamt störungsfreier und sachlicher Verlauf von Vorträgen und Diskussion.

Ich habe das Protokoll dieser Veranstaltung. Das ist eine Veranstaltung, wo der ganze Bericht öffentlich ist. Da geht es ziemlich hoch her. Insofern hätte mich interessiert, ob Sie was dazu sagen können, über die Diskrepanz der Notiz des BMI zu dem tatsächlich dicken Bericht. Aber wenn Sie sich an die Veranstaltung - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das kann ich ja nicht. Ich weiß ja nicht, warum der das schreibt. Ich habe vielleicht eine ganz andere Empfindung. Da muss man den Betreffenden fragen.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie erinnern sich nicht mehr an - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein. Ich war sicherlich da. Die Veranstaltung war so wichtig; da war ich sicherlich da. Aber ich erinnere mich nicht mehr.

Ute Vogt (SPD): Ja, okay. - Danke schön.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: 27 Jahre oder so.

Ute Vogt (SPD): Ja, schon klar. - Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie weitere Fragen?

Ute Vogt (SPD): Nein, ich habe keine weiteren Fragen. Wir geben weiter.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Kollegen auch nicht? - Dann geht es weiter an die FDP. Gab es noch Fragen? - Keine Fragen mehr. Dann geht es weiter an die Linke. Bitte schön.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, danke schön. - Herr Dr. Illi, Sie haben vorhin gesagt, in der Geologie müsse man vorsichtig sein, was Prognosen anbetrifft. Wie würden Sie dann die Prognose bewerten, dass das Isolationspotenzial des Gorlebener Salzes unterhalb der Gorlebener Rinne so gut sei, dass dies voraussichtlich 8 Millionen Jahre so bleiben würde? So hat uns das heute Morgen hier Professor Röthemeyer gesagt.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich habe das vorhin durchaus, glaube ich, etwas dezidiert ausgeführt. Es ist so, dass die Veränderungen an der Erdoberfläche natürlich - darüber muss man dann reden, welche Zeithorizonte man in die Beurteilung hier hineinbringen will - sehr viel größer sind für einen Zeitraum X als unten. Das geht auch nicht generell. Wenn ich jetzt einen Vulkan nehme, dann stehe ich mit dieser Aussage natürlich völlig daneben.

Aber wenn ich jetzt einen Salzstock ansehe, und er ist schon aufgestiegen, und der Vorrat, der diesen Aufstieg antreibt - - Das sind ja Dichteunterschiede. Wenn der Salzvorrat unten am Fuß so weit erschöpft ist, dass die Aufwärtsbewegung, die dann immer noch stattfindet, so langsam ist, wie hier Herr Dr. Jaritz prognostiziert hat - mit ich weiß nicht was; das waren 0,1 Millimeter pro Jahr als irgendwie ein Durchschnittswert -, dann kommt man über 1 Million Jahre, glaube ich, auf 10 Meter. Dann kann man schon sagen: Das ist eine Prognose, die in Ordnung ist.

Ich kann das natürlich nicht für das Deckgebirge sagen. Ich kann für die 200 Meter oben natürlich nicht die Prognose sagen. Da würde jeder Geologe die gleiche Auffassung vertreten. Ich kann nicht sagen, dass das Deckgebirge über 1 Million Jahre so liegen bleibt, wie es da ist. Mit hundertprozentiger Sicherheit würde ich sogar sagen: Das ist ausgeschlossen, weil die Veränderungen oben natürlich ganz andere sind als unten. Wir haben die Erosion, wir haben die Einwirkungen. Wenn wir die nächste Eiszeit oben

haben - falls, womit die BGR heute rechnet -, dann sieht das hinterher, wenn das Eis weg ist, wieder ganz anders aus. Das ist doch klar.

Das habe ich vorhin ausgeführt. Ich habe in der Prognose dazwischen getrennt: Was kann man in der Geologie machen? Dann muss man eben auch fragen: Wofür gibst du die Prognose ab? Betrifft das die Situation tief unten? An der Oberfläche? Dann muss man sich natürlich die Gegebenheiten auch am Standort angucken. Wenn man in einem erdbebenreichen Gebiet ist, dann würde ich das natürlich nicht sagen, was ich jetzt für den Salzstock gesagt habe. Ist doch klar. Das ist also bezogen auf die Situation und die Fragestellung.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich hätte zu meiner vorherigen Fragerunde noch mal eine Nachfrage. Ich hatte nach dem sogenannten IC-Gespräch gefragt vom Sommer 1980, und da sagten Sie, es habe mehrere IC-Gespräche gegeben. Können Sie mir erläutern, von was für Gesprächen - -

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Vielleicht war das eine flapsige Antwort; tut mir leid. Da muss es irgendwas gegeben haben - ich erinnere mich nicht - mit Professor Heintz. Ich weiß nur - aber jetzt komme ich darauf -: Da hat auch mal irgendwann einer der PTB-Mitarbeiter seine Tasche irgendwo im ICE liegen lassen. Das musste dann auch irgendwie geholt werden, und das war meine, gebe ich zu, etwas flapsige Antwort; tut mir leid. Es ist mir nicht mehr Erinnerung, was Herrn Heintz da passiert ist. Es muss aber irgendwas gewesen sein; denn Sie zitieren das.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. - Eine weitere Frage. Nachdem 1992 die Mitwirkungspflicht des BMFT entfiel, und Sie - ich zitiere Sie -, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, „freier werden in Ihrem Handeln“, konnten Sie damals Personal aufstocken und die Kompetenzen des BGR übernehmen, oder wie gestaltete sich danach Ihre Fachkunde auch für Forschung und Geologie? Wie muss man sich das vorstellen, was sich da 1992 verändert hat?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Die Veränderung betraf das, was in der Aufgabenabgrenzung zum BMFT formuliert worden war. Wir konnten dann durchaus eigene Dinge vergeben,

die vorher ausgeschlossen waren. Aber das betraf nicht das Verhältnis zur BGR. Die BGR ist auch weiterhin eine Bundesbehörde, mit ihrem Gründungserlass so ausgestaltet, dass sie für geologische und geotechnische Fragestellungen, die die Bundesregierung hat, diese Aufgabe übernimmt. Das tut sie heute noch. Die BGR können wir nicht einfach per Federstrich draußen vorlassen, außer dass die BGR in einem Teilbereich, den ich eben angesprochen habe, den Geowissenschaften, keinen besonderen Schwerpunkt hat oder dass ihr die personellen oder andere Mittel dafür fehlen. Dann hätte man in der PTB oder BFS³⁷ die Freiheit gehabt, andere zu nehmen; sonst nicht.

Was jetzt die Sicherheitsstudien Entsorgung oder diesen Komplex anbelangt, dann konnte man in der späteren Phase, als das Projekt ausgelaufen war, auch andere einschalten. Insofern habe ich das mit der größeren Bewegungsfreiheit so gemeint, dass die Vereinbarung, die dann nicht mehr galt, Dinge zuließ, die vorher ausgeschlossen waren. Das ist dann vielfältiger Art gewesen; denn die Bindungen, also die Vorgaben, waren ja recht eng.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann noch: Sie haben vorhin erwähnt, dass der Salzstock mit fünf Methoden untersucht wurde - obertägig -, und das hätte Ihnen bereits einen guten Einblick ermöglicht. Welche fünf Methoden sind das? Was können Sie damit erkennen und was nicht? Wie wäre das an anderen Standorten möglich? Wie viel Zeitverzögerung hätte das zum Beispiel bedeutet, wenn man das nicht nur an einem Standort, sondern an mehreren vorgenommen hätte?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigen Sie bitte, aber ich habe meines Wissens nicht von fünf Untersuchungen gesprochen.

(Zuruf: Das war Professor Röttemeyer! Das war der letzte Zeuge!)

Das tut mir leid. Ich meine, ich kann mich an Vorgänge, die 27 Jahre zurückliegen, nicht erinnern, aber an das, was ich heute hier erlebe, schon. Ich habe das Thema nicht berührt; tut mir leid. Dazu kann ich auch nichts sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Sie haben recht. Ich erinnere mich da auch anders. Das kommt vor.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das habe ich nicht gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, haben Sie nicht gemacht.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Tut mir leid. Kann ich nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann haben wir die zweite Berliner Runde herum. Ich bekomme ein Signal.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Bündnis 90/Die Grünen!)

- Bündnis 90/Die Grünen ist noch an der Reihe. Um Gottes Willen, das war jetzt wirklich völlig daneben. - Bitte, Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Dr. Illi, vielen Dank, dass Sie noch in Ihrem Gedächtnis graben. Ich muss mal sagen: Wenn man uns fragen würde, was wir vor 23 oder 27 Jahren an dem oder dem Tag gemacht oder aufgeschrieben haben, würden wir wahrscheinlich nicht mehr als Sie zutage fördern, eher weniger. Daher vielen Dank.

Das als Vorrede, damit ich mir noch mal die Freiheit erlauben darf, bei den Standorten und bei den Standortprüfungen nachzufragen. Wir gehen ja aus von 83, und da war ja das Treffen am 11.05. mit dem anschließenden Bericht und der Kabinettsvorlage, die dann irgendwann mal darauf fußte. Können Sie sich, wo ja dann nur noch der Standort Gorleben auftauchte, noch erinnern, ob und, wenn ja, welche oder wie viele Standorte 1983 noch geprüft wurden?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Jetzt von der PTB oder von wem?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): PTB oder anderen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Sicherlich hat es ein Auswahlverfahren des Bundes gegeben. Ich hatte die drei Standorte genannt. Jetzt müsste ich wieder nachgucken: Lutterloh,

³⁷ Korrektur des Zeugen: streiche „BFS“, setze „BfS“, Anlage 2

einer im Emsland und einer bei Celle. Die habe ich genannt. Das hat der Bund gemacht, und das hat, glaube ich, die KEWA für den Bund gemacht. Das ging immer noch damals. Nein, Entschuldigung, 83 nicht. Das waren Untersuchungen damals für das NEZ. Die sind vor 79 gelaufen.

Dann gab es natürlich Untersuchungen der Niedersachsen. Das war mir nicht bekannt. Das hatte ich jetzt gefunden in einer im Internet stehenden Expertise von Herrn Dr. Tiggemann, dass die Niedersachsen für die Standortaussage „Es soll Gorleben sein“ eigene Untersuchungen haben durchführen lassen. Ich habe wirklich gestaunt, was da steht, weil mir das alles nicht bekannt war. Das kann man nachlesen.

Die Pressemitteilung war so merkwürdig formuliert: Heute hat ... Und dann: Heute (Freitag) hat der Minister Sander das und das gesagt. - Ich wusste nicht, was das für ein Freitag war. Dann habe ich da eine E-Mail hingeschickt, und da hat man mir gesagt, welches Datum hinter dem Freitag steckt. Diese Untersuchung von Herrn Dr. Tiggemann ist bei mir auf der Festplatte; aber lesen konnte ich sie noch nicht. Ich habe nur die Einführung gelesen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wundern uns ja, Herr Dr. Illi, auch manchmal, zu welchen Akten Dr. Tiggemann Zugang gehabt haben muss, die wir auch nicht kennen, weil wir da Dinge erfahren, die wir nirgendwo sonst gefunden haben.

Aber noch mal zurück zu diesen Untersuchungen. Sie haben jetzt über 83 gesprochen, von dem Sie selber nicht wussten, aber erfahren haben. Wie war es denn so 81, 82? Haben da eventuell PTB oder BGR schon mal Standorte geprüft, eventuell auch intern?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Da muss jetzt ein Missverständnis vorliegen. 83 ist nichts Alternatives geprüft worden. Dann habe ich Sie missverstanden, oder Sie haben mich missverstanden. Ich habe vorhin geredet vom NEZ, das ja 79 durch die Entscheidung vom Ministerpräsidenten Albrecht aufgehoben wurde und nur noch der Endlagerstandort benannt wurde. Ich habe meine Aussagen bezogen auf diesen Prozess und nicht auf das Jahr 83. Diese Dinge sind alle viel früher gelaufen.

Ich setze dort ein, wo die Bundesregierung sich der Auffassung der Niedersachsen angeschlossen hat: Gorleben soll erkundet werden, und danach habe ich von keiner anderen Standorterkundung geredet. Die gibt es meines Wissens auch nicht, sondern als die Bundesregierung sich die Auffassung der Niedersachsen zu eigen gemacht hat - da kann man ja alles Mögliche finden -, als die gesagt hat: Gut, wir machen das dann in Gorleben - - Ich kenne nichts außer dieser Erkundung, über die was im Zwischenbericht steht. Mir ist nichts bekannt, dass neben Gorleben zu dem Zeitpunkt, 83 oder später, irgendwas erkundet worden wäre. Wenn ich den Eindruck erweckt haben sollte, dass ich hierüber etwas weiß oder gesagt habe, jetzt in der Befragung, dann ist das ein Missverständnis.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war eine offene Frage. Ich habe ja auch die Kopie von Ihrer Bittschrift vorliegen, und da wird ja darauf Bezug genommen - die ist ja Mitte 83 -, dass sowohl das Bundeskanzleramt als auch der BMI gegen alternative Standortuntersuchungen waren und Sie dann hinterher noch mal an anderer Stelle schreiben: Das BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen. Da habe ich mich gefragt: Welche Standortvorschläge sind das? Woher kommen die? Das war meine Frage: Hat eventuell dann vielleicht doch schon mal die BGR, nicht unbedingt PTB, aber die BGR intern verschiedene Standorte geprüft, die man da mit hätte eingehen lassen können? Ist Ihnen so was bekannt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Als wir dies geschrieben hatten - jetzt von der PTB-Seite -, haben wir an keinen konkreten anderen Standort gedacht. Das ist eine von uns formulierte Empfehlung gewesen, die nicht irgendwie einen Fokus hatte auf irgendwas anderes, also jetzt einen bestimmten anderen Standort.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie aber trotzdem zu der Zeit eigentlich noch präferiert hätten, wenn man andere Standorte noch untersucht - wir hatten ja auch gerade schon die Diskussion -, weil man nicht weiß, ob man zurechtkommt, weil es vor der Hacke duster ist, man nicht weiß, wie es unter Tage aussieht, dass es da klüger ist, dann doch noch weitere Standort-

prüfungen vorzunehmen, erst mal ganz provisorisch und präventiv.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich sage es noch mal: Als wir das geschrieben haben, haben wir nicht gesagt und auch nicht gedacht: Macht das dort und dort und irgendwas. Da war nichts im Kopf über irgendwas an Standorten - jedenfalls in meinem Kopf nicht -, sondern es ist eine Empfehlung gewesen. Die war standortunabhängig, nach dem, was ich eben gesagt habe: viele Abfallmengen; vor der Hacke ist es duster. Aber da hatten wir nichts im Fokus, jetzt Konkretes.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann darf ich noch mal was ganz anderes zum Salz, über das wir alle so gerne reden, fragen. Niedersachsen oder Norddeutschland war ja für die Salzstöcke und die Erkundung im Salz zuständig. Es gab ja Schwierigkeiten bei der Lage von Gorleben oder des Standorts Gorleben, teils weil man es obertägig nicht mehr auf DDR-Gebiet erkunden konnte und weil man untertägig an bestimmten Punkten auch Probleme hatte. Jetzt wollte ich Sie noch mal fragen: Können Sie sich daran erinnern, ob es eine Anpassung des Erkundungskonzepts bei Gorleben gegeben hat, weil man nicht alle Salzrechte hatte, weil die gefehlt haben?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Sicherlich, wenn man da nicht frei - - Aber das ist jetzt nicht, dass ich das irgendwo aus der Erinnerung weiß, sondern das ist eine generelle Geschichte, eine generelle Aussage, die immer gilt. Wenn ich irgendwelche Randbedingungen habe, die ich einhalten muss, dann muss ich natürlich auch mein Konzept in dieser Richtung irgendwie den Randbedingungen anpassen. Das ist doch klar. Aber in welcher Form und was daraus resultiert oder nicht resultiert, das kann ich Ihnen nicht sagen; tut mir leid. Das sind die 27 Jahre.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Herzlichen Dank. - Jetzt hat die CDU/CSU-Fraktion noch Fragebedarf angemeldet. Also auf zur dritten Runde.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Einen kurzen Sachverhalt, der sich aus dem Gespräch ergeben hat. Irgendwie forschen wir ja immer noch, wie es eigentlich zum

11. Mai, zu diesem Gespräch, gekommen ist, und zu der Frage, wer sich da alles versammelt hat. Ich würde Ihnen gerne eine Gesprächsnotiz von einem Gespräch mit Herrn Ollig aus dem BMFT vorhalten, die Sie angefertigt haben, und zwar ist das MAT A 52, Band 4; das ist die Seite 391, eine handschriftliche Gesprächsnotiz. Ich lese die Ihnen mal vor:

Betreff: Zusammenfassender Zwischenbericht Gorleben. Ollig schlägt vor, das Gespräch am 13. April 83 auf dem PSE, als er Herrn Röthemeyer seine Ergebnisse dem BMFT vorstellen wollte, im kleinen Kreis zu diesem Termin im PTB unter Beteiligung von BMI und BGR zu führen. Ollig erbittet eine Tagesordnung am 21.03.83.

Das ist von Ihnen angefertigt.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das weiß ich nicht. Ich habe keine - - Wenn Sie mir das geben - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist klar. Darf ich den Gedanken noch kurz zu Ende führen, nur damit Sie wissen, worauf ich hinauswill. Es geht nur um die Sachverhaltsaufklärung.

Weil wir in den Unterlagen nun wirklich alles Mögliche auch mehrfach finden, aber keine Einladung oder sonst irgendwas zu diesem Termin am 11. Mai, der ja nun genau einen Monat später ist: Haben Sie irgendeine Erinnerung, dass es vielleicht so gewesen sein könnte, dass dieses Gespräch - das hat ja stattgefunden, das wissen wir aus den Akten - am 13. April - - dass man sich schlicht und ergreifend vertagt hat, weil man bestimmte Dinge noch abklären wollte, bestimmte Dinge nacharbeiten wollte, dass man gesagt hat: „Dann sehen wir uns am 11. Mai wieder“? Jedenfalls zeigt ja die Zusammensetzung der Runde am 13. April, dass es üblich war, in diesem Kreis dann auch mit Vertretern der Ministerien zu reden.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Meinen Sie ein Gespräch am 13.04., Abstimmungsgespräch zwischen BMFT, BMI, PTB, BGR?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das wird es wohl sein, ja.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das war eine PSE-Sitzung. Das kann ich Ihnen sagen. PSE-Sitzungen hat es immer gegeben. Das ist doch das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“, das der BMFT eingerichtet hat. Ich habe vorhin ausgeführt, dass das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ für uns dieses Kapitel „Beurteilung der Nachbetriebsphase“ gemacht hat. Die haben gerechnet, Szenarios unterstellt, Nuklidfreisetzung usw. Das war ein Projekt des BMFT, das ausgerichtet war in der Phase zwei - bis 85 irgendwas - auf die Erarbeitung eines sicherheitstechnischen Instrumentariums für den Langzeitsicherheitsnachweis eines Endlagers, und das muss eine PSE-Sitzung gewesen sein. Das hat jetzt nichts mit dem 11. zu tun. Es gab immer PSE-Sitzungen. Wenn jetzt jemand ein solches Instrumentarium erarbeitet, dann braucht der Daten. Dann sind natürlich alle beteiligt, wie BGR und natürlich auch ich.

Ich habe damals einen Reisepass gehabt, weil diese PSE-Sitzungen - - Die Projektleitung war im Hahn-Meitner-Institut in Berlin. Da habe ich einen Reisepass gehabt, der war vollgestempelt mit diesen Dingen vom Übergang an der Zonengrenze. Da meine ich, das ist eine PSE-Sitzung. Da müssen auch die Akten sein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben recht, weil Röthemeyer SE 1 ist. Das habe ich eben verwechselt. Was mich eben nur gewundert hat: Als Betreff haben Sie da reingeschrieben: „Zusammenfassender Zwischenbericht“. Sie haben auch bei so einem PSE-Treffen über diesen zusammenfassenden Zwischenbericht gesprochen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wenn Sie mir jetzt die Seite nennen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Kann ich Ihnen zeigen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja. Dann wird es so gewesen sein. Wenn das meine Handschrift ist. Ist das wieder meine Handschrift? Dann darf ich da mal reingucken?

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU)
überreicht dem Zeugen Unterla-
gen - Der Zeuge liest in den Unter-
lagen)

Das ist meine Handschrift, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist es so gewesen, dass es eine PSE-Sitzung war?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Dann wird es so gewesen sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Gibt es weitere Fragen der CDU/CSU-Fraktion? - Gibt es Fragen der SPD-Fraktion? - Herr Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe eine kurze Frage, Herr Dr. Illi. Ich denke, wir sollten auch ein bisschen darauf achten, dass Sie uns jetzt schon vier Stunden zur Verfügung stehen. Mich würde mal interessieren: Sie haben sich doch lange Jahre mit dem Thema Standortsuche bzw. Endlagerfrage beschäftigt. Hat eigentlich in den Diskussionen mit den Vertretern der Ministerien auch eine Rolle gespielt, dass man sich möglicherweise sehr auf Gorleben konzentriert hat, um die Kernenergieunternehmen von den Kosten alternativer Suchverfahren zu entlasten?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Dazu kann ich wirklich überhaupt nichts beitragen. Ich war so weit unten angesiedelt in dieser Aufgabe, dass solche Dinge an mich - - Das ist undenkbar, dass ich darüber irgendwas weiß. Als ich anfang, war ich wissenschaftlicher Angestellter. Als ich dann ins Bundesamt für Strahlenschutz kam, war ich Regierungsdirektor. Man muss ja auch die Hierarchie sehen. Mit mir redet doch keiner darüber, ob den EVUs irgendetwas Gutes oder Schlechtes getan wird. Das liegt außerhalb meiner Statut.

Sebastian Edathy (SPD): Ich frage deshalb, weil sich im MAT A 52, Ordner 2, Band 2 unter anderem ein Schreiben des BMI an Herrn Röthemeyer findet, wo ein Text geliefert wird, wie sich denn die PTB verhalten sollte in einer anhängigen Rechtssache. Da wird ausdrücklich empfohlen, zu sagen - ich zitiere -:

Für die Erkundung darüber hinaus-
gehender Standorte

- das meint Gorleben -

gibt es damit gegenwärtig entsor-
gungspolitisch keine Notwendigkeit.
Damit wären die mit solchen Erkun-
dungen verbundenen Kosten ge-
genüber den Betreibern kerntechni-

scher Anlagen, die nach dem Verursacherprinzip die notwendigen Kosten zu tragen haben, nicht zu rechtfertigen.

Das ist Ihnen nicht bekannt, dass das auch in der Diskussion eine Rolle gespielt haben könnte, intern?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass ich dazu mal was gehört habe.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen der SPD-Fraktion? - Dann hat die FDP-Fraktion ihr Fragerecht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Illi, weil es doch noch mal angesprochen worden ist, auch von der Opposition. Wir haben heute in der Vormittagsanhörung von Herrn Professor Röthemeyer auch noch mal diskutiert: Hätte man weitere Standorte erkunden können, sollen, wie auch immer? Das wurde ja durchaus auch diskutiert. Sie hatten den konkreten Auftrag, sich um Gorleben zu kümmern. Die Frage meinerseits: Teilen Sie die Auffassung, dass man für die weitere Erkundung überhaupt nicht die Kapazitäten an fachlichem Personal gehabt hätte?

Die zweite Frage, die ich noch habe, ist: Es gibt hier einen Vermerk von einem Herrn Dr. Klaus-Eckart Maass vom Hahn-Meitner-Institut; das haben Sie eben auch erwähnt. Der hat wiederum zu Ihrem Zwischenbericht Bezug genommen, der sich dann darauf bezieht, dass man auch darüber, zunächst nur Gorleben zu untersuchen, im Vorfeld dieser Entscheidung 83 durchaus schon früher Überlegungen angestellt hat. Ich zitiere:

Ihre Gedanken bereits bei der Entscheidung über die Untersuchung nur eines Standortes vor einigen Jahren hätten berücksichtigt werden müssen.

Die haben sich wohl darüber auch Gedanken gemacht. Wissen Sie etwas darüber? Haben Sie mit denen darüber diskutiert?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Brunkhorst, bitte einmal MAT A, wo? Als zitierfähige Angabe.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das ist Material A 52, dann ist hier eine Abkürzung: zu BB, 17-9, Band 4, S. 27. Ich kann es aber gleich auch noch mal rübergeben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Illi.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Tut mir leid. Ich erinnere mich nicht, dass ich gewusst haben könnte oder gewusst hätte, dass Herr Maass sich in dieser Richtung geäußert hat, mit wem auch immer. Ich kann dazu überhaupt nichts sagen. Zu dem ersten Komplex, da haben Sie gesagt, ob genügend Kapazität da ist. Wenn man was will, muss man eben sehen, dass man Mittel bereitstellt. Aber ich kann doch nicht beurteilen, ob - - Ich kann doch nicht dem Haushalt sagen: „Ich will was machen oder habe eine Idee“, und das wird dann gemacht. Das sind doch Entscheidungen auf Regierungsebene. Es ging doch um den Haushalt. Dazu war der Bericht da. Und da fragt man mich jetzt hier, ob ich weiß, ob die Mittel für andere - - Das kann doch nicht sein.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Illi, darf ich klarstellen: Ich meinte jetzt keine Haushaltsmittel, sondern ich meinte jetzt wirklich, ob von den Fachleuten her genügend Kapazitäten da gewesen wären. Man kann ja für vieles Geld bereitstellen, aber wenn ich die Kapazitäten an Fachleuten nicht hätte, dann nützt es mir ja auch nichts.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich kann diese Frage auch nicht beantworten. Wir hatten ja sehr viele; das hatte ich ja mehrfach ausgeführt. Wir waren nicht so wie ein Unternehmer, der jetzt sagt: „Ich will das machen“, und dann mache ich das, wenn ich genügend Geld habe, dann kaufe ich mir den A und den B und den C ein; sondern hier waren wir gebunden und mussten die BGR einsetzen. Jetzt fragen Sie mich, ob die BGR genug Leute gehabt hätte, um andere Standorte zu erkunden. Das weiß ich nicht. So sieht das auch für das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ aus. Die mussten wir auch nehmen. Dann müsste ich jetzt fragen, wenn denn nun noch Rechnungen zu machen gewesen wären für andere Standorte, ob das PSE das hätte leisten können. Das kann ich doch nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass mein Schreibtisch immer kachend voll war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Weitere Fragen von der FDP? - Nein. Dann geht das Rederecht an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich hätte eine abschließende Frage an Sie, Herr Dr. Illi. Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie im Laufe der Jahre an einer ganzen Reihe Symposien teilgenommen haben und die auch teilweise mit vorbereitet haben. Das waren, wenn ich das richtig weiß, durchaus Veranstaltungen mit auch sehr konträren Positionen, wo auch Bürgerinnen, Kommunalpolitiker, alle Möglichen sich geäußert haben, Fragen gestellt haben und sich auch kritisch geäußert haben. Sind Ihnen in der Vorbereitung dieser Veranstaltungen oder aber auch während dieser Veranstaltungen an irgendeiner Stelle Argumente begegnet, die Sie persönlich einfach an der Eignung von Gorleben zweifeln ließen? Und wenn das so gewesen sein sollte, wie hat sich das auf die Arbeit ausgewirkt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Zunächst erst mal zur Organisation von Symposien oder anderen Dingen. Das habe ich hier nicht dargelegt. Ich habe dargelegt, dass ich zum Beispiel - und das war nicht so ganz einfach - im Gorleben-Hearing die Gegenkritiker oder die Gegenredner betreut habe.

Der andere Komplex ist: Die Zweifel an Gorleben kann ich gar nicht gehabt haben; denn die Untersuchungen waren ja in einem Stadium, wo gar keine abschließende Bewertung möglich ist. Das können wir doch heute auch noch nicht. Das ist doch verbunden mit der Eignungshöflichkeit. Solange man nicht unten ist und solange man nicht definiert hat, wie das Bergwerk aussieht, wie die Abfälle wirklich endgelagert werden - - Ist es eine Streckenlagerung, ist es eventuell eine Bohrlochlagerung? Wenn man die Kammer- und Schachtverschlüsse nicht hat, wenn man die sicherheitstechnischen Modelle, die man für die Rechnungen braucht, nicht hat, dann kann man doch nicht sagen: „Wir fangen jetzt an zu zweifeln“, sondern das kann man doch nur als Ergebnis einer Planung und der durchgeführten Analysen sagen. Habe ich Antragsunterlagen, die den Nachweis bringen für die Betriebsphase, dass ich die Schutzziele und Anforderungen des Atomgesetzes erfülle, und habe ich als Antragsteller dasselbe für die Nachbetriebsphase? Wenn

ich das habe, und ich bin der Überzeugung, dass das richtig ist, dann habe ich keine Zweifel. Aber in all den Zwischenschritten, was soll ich da sagen, ob ich Zweifel hätte? Ich weiß das doch gar nicht. Ich bin doch hier in einem völlig rudimentären Bereich einer abschließenden Aussage für das Endlager.

Wenn Sie wüssten, wie viel Arbeit das macht, eine Genehmigungsbehörde davon zu überzeugen, dass man als Antragsteller richtig liegt! Ich weiß nicht, wie viel Kilometer Akten ich und andere für Konrad produziert haben; aber ich kann Ihnen sagen, dass ich von den 75 Tagen in der Anhörung 74 miterlebt habe, und einen Tag habe ich die Sitzung geleitet. Das war kein Zuckerschlecken. Da haben wir gearbeitet wie die Tiere. So war das.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Gibt es weitere Nachfragen? - Dann geht jetzt das Fragerecht an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Illi, es tut mir leid, wir erschöpfen Sie. Ich sehe es. Wir sind jetzt die letzte fragende Fraktion, und von uns aus muss es auch keine weitere Runde mehr geben.

Ich habe jetzt noch zwei abschließende Fragen. Die eine bezieht sich auf die Zweifel, die es ja in der Gruppe damals am Deckgebirge vereinzelt gab; Herr Herrmann, Herr Duphorn, verschiedene der Wissenschaftler hatten Zweifel am Deckgebirge. Dann haben wir in der Endfassung des Zwischenberichts auch eine Aussage dazu zum Salzgebirge. Das liegt einzeln als Anlage 16 zum Bericht des BMU vor. Das sind etliche Seiten, aber ich beziehe mich jetzt auf die erste zusammenfassende Bewertung. Da wird das Salzgebirge beschrieben, und das endet dann damit:

Das Salzgebirge kann daher aufgrund seiner Mächtigkeit die Funktion der Hauptbarriere im Mehrfachbarrierensystem „Endlager“ übernehmen.

Es gab also Zweifel von einigen an der Barrierenfunktion des Deckgebirges. Jetzt haben wir in der Endfassung des Zwischenberichts dann also diese Formulierung, dass das Salzgebirge die Funktion der Hauptbarriere im Mehrfachbarrierensystem „Endlager“ übernehmen kann. Hat man sich da schon

ein Stück weit vom Mehrfachbarrierensystem verabschiedet, weil Gorleben das nach Meinung einiger nicht leisten konnte?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich persönlich habe dem Deckgebirge in dieser Situation nicht so viel Bedeutung beigemessen. Mehrbarrierensystem heißt ja nicht nur die geologische Formation, sondern Mehrbarrierensystem fängt ja mit den Abfällen an. Ich nehme mal ein Beispiel der verglasten Abfälle. Die radioaktiven Stoffe sind eingeschmolzen in Glas. Das heißt, sie sind nicht frei, sondern in einer Matrix gebunden. Das ist eine Barriere, deshalb macht man das. Man kann ja auch sonst damit nicht frei umgehen.

Jetzt muss man sich natürlich fragen: Was passiert, wenn ich eine Lösung oder was auch immer an dieses Glas heranbringe? Wie ist das Auslagerverhalten? Wie werden die Nuklide freigesetzt? Das ist auch eine Barriere. Die Verpackung ist eine Barriere, zählt aber nicht, wenn man lange Zeiträume betrachtet. Dann ist die Barriere das Verfüllkonzept. Wie verfülle ich? Dann gibt es die technische Barriere von Abschlussbauwerken. Wenn ich Bohrlöcher habe, muss ich natürlich auch einen Bohrlochverschluss haben. Wenn ich Kammern habe, muss ich einen Kammernverschluss³⁸ haben. Das heißt, man darf ein Endlager und das Mehrbarrierensystem nicht auf das System über Tage und das Wirtsgestein reduzieren. Das ist auch sehr abhängig von der Situation. Man muss der Verpackung der Kammern³⁹ eigentlich auch keine Barrierenfunktion zubilligen, wenn es um lange Zeiten geht.

Aber das Mehrfachbarrierensystem darf man nicht nur auf diese von Ihnen genannten Dinge reduzieren. Es kann ja auch sein, dass dann tatsächlich gesagt werden muss: Oben, davon können wir überhaupt keinen Kredit nehmen. Dann muss man eben sehen, ob man mit dem Rest hinkommt. Wenn die Schutzziele dann eingehalten werden durch entsprechende Nachweise, dann konnte man auf die Barriereoberfläche verzichten. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das rauskommt durch die Betrachtung, ja, dann hat man Pech gehabt. Aber a priori, das muss man

untersuchen. Das Hintereinanderschalten von Barrieren, das beinhaltet das Mehrbarrierensystem.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön, Herr Dr. Illi. Das heißt aber, wenn ich da jetzt noch eine kleine Nachfrage nachschiebe, dass Sie im Fall eines Endlagers Gorleben auch bei den Glaskokillen auf alle Fälle befürworten würden, dass die auch noch die Barriere Pollux-Behälter haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das weiß ich nicht. Ich war immer für die Kokillen für eine Bohrlochlagerung, weil das auch Vorteile hat. Aber man kann das natürlich auch mit Polluxen machen. Das ist eine Frage, wie man das ausgestalten kann und will. Das Wichtige hier an dieser Stelle ist, dass man, wenn man gezielt vorgeht, einen Abschluss der Polluxe oder auch der Glaskokillen durch das Salz bekommt. Das muss man intelligent machen. Man muss natürlich auch die Resthohlräume, die bestehen, wenn man irgendwas verfüllt - - Wenn Sie Pollux machen, dann können Sie die Pollux-Behälter auf Schienen oder wie auch immer dann in die Strecken reinschieben und sollten nach Möglichkeit die Strecken nicht so auffahren, dass, wenn Sie 1,50 Meter brauchen, dann 3 Meter aufgefahren werden, wo dann die Polluxe drinstehen, weil Sie dann natürlich Probleme kriegen - das Gebirge soll ja möglichst die Behälter umschließen -, dass das dann sehr lange dauert. Man muss hier eine intelligente Lösung finden, dass der Gebirgseinschluss durch das Salz möglichst rasch erfolgt. Die intelligenteste, die ich so kenne, wäre die Bohrlochlagerung. Aber wenn Sie das mit der Streckenlagerung auch vernünftig machen - man kann das ja steuern über die Wärmemenge, die man einbringt -, dann geht das auch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Meine letzte Frage. Ich erinnere noch an Ihre Darstellung. Sie sagten vorhin, dass, was in 1 Million Jahren ist, ein Stück weit Kaffeesatzleserei sei; und Sie sagten, die Erde erlebt keine zehn Halbwertszeiten von Uran. Da habe ich die Frage an Sie: Heißt es nicht in der Konsequenz, dass man sich auf die Produktion von hochradioaktivem Atom Müll eigentlich nie hätte einlassen dürfen?

³⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Kammernverschluss“, setze „Kammerverschluss“, Anlage 2

³⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Verpackung der Kammern“, setze „Verpackung, der Kammer“, Anlage 2

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein. Ich habe das verknüpft mit der Schadensvorsorge. Die Schadensvorsorge ist ja die Genehmigungsvoraussetzung für jede kerntechnische Anlage. Das ist ein Endlager auch. Wenn aber die Schadensvorsorge so formuliert wird - das habe ich gemeint -, dass sie naturwissenschaftlich nicht eingehalten werden kann, weil das nicht geht, dann kann ich natürlich auch eine solche Anlage nicht machen. Wenn der Gesetzgeber mir, dem Techniker, sagt: „Du musst Abfälle so einlagern, bis alles abgeklungen ist“ - was sowieso nicht geht, weil das physikalisch nicht geht; Sie haben immer einen Rest, das ist eine e-Funktion -, wenn jetzt der Gesetzgeber kommt und schreibt in Vorschriften für das Genehmigungsverfahren rein: „Die Aktivität der Radionuklide muss verschwunden sein, null“, dann kann ich sagen: Das geht nicht. Dann geht auch das Endlager nicht oder was auch immer. Da können Sie eine andere kerntechnische Anlage nehmen. Wenn Sie Forderungen stellen, die nicht erfüllbar sind, dann geht das nicht.

Ich will das mal sportlich übertragen. Wenn Sie heute einem Mann, der 2,20 Meter springt, eine Vorgabe machen, er soll 5 Meter springen, dann funktioniert das nicht. Das schafft der nie. Und genauso ist das hier in dem Bereich. Wenn ich von der exekutiven Seite einem, der was planen muss, sage: „Du musst das und das machen“, was nicht erreichbar ist, dann geht das nicht. Das meinte ich vorhin. Wenn ganz konkret gesagt wird: „Uran muss abgeklungen sein“ - bis null geht sowieso nicht -, aber wenn man sagt: „Uran muss abgeklungen sein auf zehn Halbwertszeiten“ - als Forderung -, dann kann ich sagen: Das geht nicht. Weil: Die Erde ist, soweit ich mich erinnere - was man da so liest -, 5 Milliarden, und zehn Halbwertszeiten von Uran wären 10 Milliarden - ich habe die genaue Halbwertszeit jetzt nicht im Kopf, aber sie liegt im Bereich von Milliarden -, dann würde das bedeuten, wenn man die Forderung erhebt, das müsse um Faktor 10 abgeklungen sein, dass die liebe Erde noch mal 10 Milliarden Jahre existiert. Und daran glaubt keiner. Wenn Sie solche Forderungen stellen, dann geht das nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Illi, herzlichen Dank. Naturgesetze haben auch was für sich, denen muss man sich beugen, ob man das nun will oder nicht. Vielen Dank für die erschöpfende - ich

glaube, sowohl für das Thema als auch für den Zeugen als auch für die Fragenden erschöpfende - Behandlung dieser Thematik.

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ich schaue der Form halber noch mal in die Runde, aber ich sehe jetzt niemanden, der noch eine Frage hat. Das finde ich wunderbar.

Dann darf ich jetzt die Vernehmung formal abschließen und Ihnen mitteilen, dass das Sekretariat Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung übersendet. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie noch irgendwelche Fragen an uns?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, aber ich hätte eine Bitte, wenn ich innerhalb von vierzehn Tagen da was machen soll. Ich verreise jetzt; dann müsste ich vielleicht meine Adresse hier im Büro hinterlassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein. Im Urlaub müssen Sie das nicht korrigieren; da hört es auf. Bitte, wenn Sie im Urlaub sind, geben Sie uns einen Hinweis, wann Sie wieder aus dem Urlaub zurück sind. Danach dann zwei Wochen, das soll wohl reichen. Wenn Sie dem Sekretariat das bitte mitteilen würden, dann wird das alles in Ordnung sein.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich bin ja Kummer gewohnt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir wollen den Kummer nicht noch mehr, sondern jetzt versuchen, das erträglich zu gestalten. Wenn Sie also dem Sekretariat freundlicherweise einen Hinweis geben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Einen so alten Knochen haut so schnell nichts um.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir danken Ihnen sehr, sehr herzlich, dass Sie sich zur Verfügung gestellt haben. Vielen Dank.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Bitte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann machen wir jetzt eine ganz kurze Pause und bitten dann Herrn Professor Kind zu uns.

(Unterbrechung von 19.22 bis
19.33 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Professor Kind, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann starten wir jetzt zu diesem denkwürdigen Zeitpunkt in die dritte Zeugenbefragung an diesem Tag.

Ich begrüße Sie, Herr Professor Kind, sehr herzlich bei uns in der Ausschusssitzung und bedanke mich insbesondere, dass Sie angesichts dieser Wetterverhältnisse nicht gescheut haben, hierherzukommen, und auch zu dieser Tageszeit bereit sind, vor diesem Ausschuss auszusagen.

Ich habe Sie jetzt auf einige formale Dinge hinzuweisen, die ich so vorlesen muss, wie sie mir hier vorgegeben sind, damit wir den rechtlichen Anforderungen Genüge tun. Ich darf Sie insbesondere darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-4, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Die Empfangsbestätigung vom 15. Juni 2010, eingegangen im Sekretariat per Fax am selben Tage, liegt uns vor. Für Ihre heutige Vernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesministeriums für Wirtschaft mit Datum vom 24.06. vor. Diese wurde als MAT A 71 verteilt.

Ich darf Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe gemäß § 47 Abs. 2 Strafgesetzbuch bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwor-

tung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann gemäß § 15 Untersuchungsausschussgesetz. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein, ich habe keine Fragen. Ich habe alles verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Vielen Dank. - Dann darf ich Sie jetzt zur Person vernehmen, nach diesen notwendigen Vorbemerkungen. Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Mein Name ist Dieter Kind. Ich bin 1929 in Reichenberg in Böhmen geboren, habe Elektrotechnik studiert, war in Berlin und später in München, habe auf dem Gebiet auch promoviert, war dann bis 1962 in der Industrie und bin 1962 nach Braunschweig berufen worden an die - damals - Technische Hochschule, Fachgebiet Hochspannungstechnik, also elektrische Energietechnik. 1995 [sic!]⁴⁰ bin ich dann Präsident der PTB geworden.

Genügt das zu meinem Lebenslauf?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir würden gern noch Ihren Wohnort erfahren.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: [REDACTED]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Vielen Dank. - Dann können wir schon mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Wenn

⁴⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „1995 [sic!]“, setze „1975“, Anlage 3

Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 Untersuchungsausschussgesetz die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir sofort mit Fragen beginnen. Wie wünschen Sie das?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich würde mich gern kurz zum Gegenstand äußern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber bitte schön.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich habe mir ein paar Daten notiert, die, glaube ich, für Ihre Fragen später durchaus von Bedeutung sein können. Zunächst etwas zur PTB, Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Es ist die Nachfolgerin der 1889 gegründeten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, der ersten staatlichen Großforschungseinrichtung weltweit mit vielen berühmten Leuten, die da gearbeitet haben.

Von Anfang an war eigentlich das Gebiet der Radioaktivität, ionisierende Strahlung und Verwandtes auf dem atomphysikalischen Gebiet ein wichtiger Gegenstand von Forschung. Der berühmte Geigerzähler stammt von Herrn Geiger, der der Leiter des entsprechenden Laboratoriums der PTB⁴¹ war. - So weit, so gut.

Die PTB ist dem Bundesminister für Wirtschaft zugeordnet, aus dem einfachen Grund, weil ihre Arbeit nicht nur reine Forschungstätigkeit bedeutet, sondern eine ganze Reihe von gesetzlichen Aufgaben enthält, nicht nur das Zeitgesetz, das uns täglich die genaue Atomzeit ins Haus bringt, sondern alles gesetzliche Messwesen, Eichwesen usw. Die Einheitlichkeit des Messwesens ist eine hoheitliche Aufgabe und ist insofern traditionell beim Wirtschaftsminister und nicht etwa beim Forschungsminister angesiedelt.

1959 ist das Atomgesetz erstmals erlassen worden. Das hatte von Anfang an einen § 23, Aufgaben der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Diese Aufgaben waren Genehmigung von Anlagen zur Beförderung und Aufbewahrung von Kernbrennstoffen, eine Aufgabenstellung, die eben doch solide wissenschaftliche Kenntnisse auf dem Gebiet Radioaktivität, ionisierende Strahlung usw.

beinhaltet. Um sich damit apparativ richtig einzustellen, hat die PTB einen kleinen Forschungs- und Messreaktor, FMRB, Forschungs- und Messreaktor Braunschweig, mit einer thermischen Leistung von 1 Megawatt errichtet. Der ist 1967 in Betrieb genommen worden. Wenn man für Messgrößen verantwortlich ist, muss man in der Lage sein, die betreffende physikalische Größe in der entsprechenden Skalierung auch darzustellen; sonst kann man hier nicht Geräteentwicklung, Geräteforschung oder Überwachung von Stellen, die mit diesen Geräten arbeiten, durchführen.

Wir waren also durchaus aktiv auf dem Gebiet der Neutronen- und Elektronenforschung, langsame Neutronen und schnelle Neutronen. Als ich 1975 als Präsident zur PTB berufen wurde, fand ich schon eine Menge von kompetenten Kollegen vor, die auf diesem Gebiet zu Hause waren. Als dann 1976, ein Jahr, nachdem ich zur PTB kam, die vierte Atomgesetznovelle erlassen wurde, da hat man den § 23 erweitert um die Aufgabe „Errichter und Betreiber von Anlagen des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle“. Das war nun der große Hammer, der uns das Thema für die heutige Diskussion gegeben hat.

Es gibt weltweit wahrscheinlich kein Land, wo es möglich war, dass eine vorhandene Institution das nötige Know-how und die Expertise hatte, um sozusagen auf den fahrenden Zug Endlagerung aufzuspringen; denn auch wenn es nur ein kleiner Reaktor war, auch hier gelten die entsprechenden Vorschriften für Strahlenschutz, Sicherheit, Entsorgung usw. usw., natürlich nicht in dem Maßstab wie bei Kernkraftwerken für die Energieversorgung, aber immerhin. Im Grundsatz musste das alles auch in Ordnung sein. Insofern hatten wir gleich Fachleute, die sich dieser Aufgabe widmen konnten.

Nun zum Thema Gorleben aus der Sicht der PTB: 1977 benennt Niedersachsen Gorleben als Standort. Die PTB wird angewiesen, einen Antrag auf Planfeststellung im Rahmen des geplanten integrierten Entsorgungszentrums zu stellen: Planfeststellung für ein Endlager. Dieser Antrag auf Planfeststellung ist sozusagen der erste Schritt, wenn man eine entsprechende Einrichtung - das gilt in allen Bereichen - tatsächlich errichten und möglicherweise auch betreiben soll.

Wir haben dann im gleichen Jahr, 77, eine Abteilung SE, Sicherstellung und Endlagerung, eingerichtet; denn das ist den Bon-

⁴¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „PTB“, setze „PTR“, Anlage 3

ner Stellen dann sehr schnell klar geworden, dass man mit dieser kleinen, wenn auch kompetenten Mannschaft, die um den Reaktor herum und um die Genehmigung von Transporten vorhanden war, ein solches Riesenprojekt nicht realisieren könne. Es sind dann entsprechende Stellen in diesem Jahr eingerichtet worden und damit eine Abteilung - eine von zehn Abteilungen -, die sich mit Sicherstellung und Endlagerung zu befassen hatte.

Die ist dann in den Jahren entsprechend gewachsen durch Zuweisung von Stellen, wobei das immer ziemlich kompliziert ist. Für Stellen im öffentlichen Dienst ist der Finanzminister zuständig, für das Atomgesetz der Innenminister, und unser Minister ist der Wirtschaftsminister. Die Gänge sind so, dass wir dem Wirtschaftsminister sagen müssen, was wir brauchen. Der Innenminister muss prüfen, ob das auch richtig ist; dann muss er das beim Finanzminister durchsetzen. Das ist also nicht so ganz einfach. Aber die Abteilung ist gewachsen, weil jeder eingesehen hat: Hier muss einiges geschehen. Niedersachsen ist ja schon beinahe Jahrzehnte vorher mit Endlagerungsfragen befasst worden; und - das war zu Regierungszeiten von Albrecht - 1979 ist ein großes, auch international besetztes Gorleben-Hearing, von dem Sie sicherlich auch schon gehört haben in diesem Zusammenhang, in Hannover eingerichtet worden.

Das Ergebnis von diesem Gorleben-Hearing war, dass Niedersachsen nicht bereit war, einen Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben zur Verfügung zu stellen. Aber Endlagerung wurde allgemein als so beherrschbar - ⁴² dass es bei dem Standort Endlagerung in Gorleben geblieben ist.

Zu dem Planfeststellungsantrag, von dem ich vorhin gerade sprach, ist noch zu ergänzen, dass auf Weisung oder Entscheidung des Innenministers, der eben zuständig war für das Atomgesetz, die Erkundung nach Bergrecht erfolgen sollte und nicht nach Atomgesetz - eine Entscheidung, mit der die PTB nichts zu tun hatte; wir haben das einfach natürlich so realisieren müssen -, eine Entscheidung, die 1990 vor dem Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde, sodass das alles seine Richtigkeit hat.

⁴² Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „angesehen“, Anlage 3

Das Ergebnis von dem Gorleben-Hearing war also, dass die Endlagerung in Gorleben durchaus in Betracht kommen könnte. Wir haben entsprechende hydrogeologische Bohrungen des Deckgebirges durchgeführt, unter anderem einige Jahre später vier Tiefstbohrungen⁴³ bis über 2 000 Meter Tiefe, wobei das natürlich eine schrittweise Entwicklung war. Die Bohrungen, die Untersuchungen des Deckgebirges oberhalb des Salzstocks ist⁴⁴ das eine. Und wenn man glaubt, man kenne das Deckgebirge, dann ist der nächste Schritt, dass man natürlich in den Salzstock hineingeht. Das waren damals politisch schwierige Realisierungen, weil sich da eine ganze Menge Protest, der aber nicht unbedingt aus der Region kam, sondern sehr weit von anderswo kam, angesammelt hatte. Das war 1979.

Ein wichtiger Termin ist 1982, dass die Grube Konrad als Endlager für nicht wärmeerzeugende Abfälle als geeignet angesehen wurde, als zu untersuchender Standort natürlich immer gemeint. Das ist insofern wichtig, als die nicht wärmeerzeugenden Abfälle vom Volumen her 90 Prozent oder 95 Prozent des Volumens der gesamten radioaktiven Abfälle ausmachen. Wenn also ein Großteil vom Volumen her gar nicht für Gorleben vorgesehen ist, dann bedeutet das, dass die Anforderungen an die Abmessungen von Gorleben wesentlich kleiner sein konnten, als wir das zunächst annehmen mussten.

Im Mai 83 hat die PTB dann den Standortuntersuchungsbericht fertiggestellt, wobei der PTB die Koordination oblag. Die Geologie ist hauptsächlich von der BGR, Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe, beigestellt worden, das Bergmännische von der DBE. Ich nehme an, Sie sind alle vertraut mit diesen Abkürzungen. Beteiligt war Professor Herrmann, Göttingen, und eine große Projektierungsgesellschaft, PSE, die eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Institutionen, unter anderem Hahn-Meitner-Institut usw., befasste⁴⁵.

Im Juli erfolgte dann die Kabinettsentscheidung für das Erkundungsbergwerk Gorleben, und im September 86 begannen

⁴³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Tiefstbohrungen“, setze „Tiefbohrungen“, Anlage 3

⁴⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „sind“, Anlage 3

⁴⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „befasste“, setze „umfasste“, Anlage 3

wir mit dem Schachtabteufen im Tiefkälte-Gefrierverfahren, um den Schacht durch das Deckgebirge, was ja kein fester Ton ist, sondern sehr stark sandig ist, bis zum Salzspiegel mit Sicherheit durchführen zu können.

1989 hatte der Schachtvorbau den Salzspiegel erreicht, und 1989, im gleichen Jahr, ist das Bundesamt für Strahlenschutz gegründet worden, und die Abteilung SE ist komplett an das Bundesamt übergegangen. Die Mitarbeiter waren noch viele Jahre in ihren gleichen Räumen und Gebäuden in der PTB in Braunschweig, und erst als der Neubau in Salzgitter fertig war, sind sie ausgezogen, sodass also meine Verbindung mit dem Thema Ihres Ausschusses beginnt, wenn Sie so wollen, mit meiner Präsidentschaft 75 und endet 89, 14 Jahre später, mit der Gründung des BfS. Die PTB ist überhaupt erst in diese - in Anführungszeichen - Geschäfte gekommen, als von Niedersachsen der Standort Gorleben benannt wurde.

Eine kleine Nebenbemerkung: Als Gorleben das erste Mal auftauchte - ich wusste natürlich ungefähr, wo Gorleben liegt -, da habe ich - der 14.⁴⁶ Juni war damals Feiertag - unseren, damals zwölfjährigen, Jüngsten genommen, und wir haben zusammen eine Radtour nach Gorleben gemacht. Das war ein ganz wichtiger Schritt für mich, weil ich die Gegend, den Sand, die Kiefern - da konnte man die Räder nur schieben - und auch Leute, die da leben, gut kennenlernen konnte. Insofern war mir sehr früh Gorleben ein sehr lebhafter Begriff. Damals wusste ich natürlich nicht, dass ich später noch sehr oft dorthin kommen würde.

Das BfS hat ein Jahr, nachdem es von der PTB diesen Bereich übernommen hat, die Eignungshöflichkeit von Gorleben noch mal ausdrücklich bestätigt in einem Bericht. Im März 95 bin ich pensioniert worden, und seitdem habe ich, außer dass ich ein interessierter Leser oder Zuhörer bin, weder mit Gorleben noch mit der Endlagerung etwas zu tun gehabt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Prof. Kind, für diesen ausführlichen Bericht. - Im Mittelpunkt der Erörterung, die wir heute durchgeführt haben, und auch im Mittelpunkt des gesamten Untersuchungsauftrags stehen ja der zusammenfassende Zwischenbericht der PTB

als Grundlage für die Kabinettsentscheidung über die untertägige Erkundung in Gorleben und dessen Entwicklung von Entwürfen hin zu einem endgültigen Bericht und die zentrale Frage, ob in diesem Zusammenhang Manipulationen im Sinne von politischer Einflussnahme erfolgt sind.

Ich würde gern Ihre Einschätzung wissen - verbunden mit dem Regierungswechsel durch das konstruktive Misstrauensvotum am 01.10.1982 -: Haben Sie feststellen können, dass sich im Zusammenhang mit diesem Termin Ihr Verhältnis, das Verhältnis Ihres Hauses, Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber den Ministerien, die Ihre Arbeit vor und nach diesem Termin eng begleitet haben in Bezug auf die Endlagerung, dass sich da irgendetwas geändert hat? Ist vorher oder nachher Einflussnahme versucht worden? Haben sich wichtige Personen geändert? Sind wichtige Inhalte völlig anders gewesen? Können Sie da aus Ihrer Erinnerung etwas beitragen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Wenn ich vorausschicken darf, wie die Geschäftsverteilung innerhalb der PTB war: Als die Aufgabe Endlagerung begann - große Formen, auch finanzielle; denn die ganzen Mittel sind ja über die PTB gelaufen von der Endlagervorausleistungsverordnung -, als das anwuchs, kam nicht nur von Bonn, aber auch von Bonn die dringende Empfehlung, der Präsident solle sich nicht auch um diese Frage primär kümmern; dazu werde er zu oft gebraucht. Diese Aufgabe sollte zweckmäßig der Vizepräsident übernehmen. Das war Professor Schrader. Schrader ist leider 84 gestorben. Aber um die 83er war es Herr Schrader. Ich kann nicht leugnen, ohne dass ich im Mindesten die grundsätzliche Verantwortung nicht übernehmen will, aber viele Entscheidungen, die Leute wie Herr Röttemeyer oder Dr. Illi oder so zu tragen hatten, und Kontakte haben mich nicht erreicht. Das war so.

Speziell die Frage, die Sie angeschnitten haben: Ich kann mich nicht erinnern, dass dies mich erreicht hat: Da sei ein Fernschreiben, das man als Weisung empfinden könne oder auch nicht, von einem Beamten eines Ministeriums, das gar nicht weisungsberechtigt war, und Ähnliches. Im Nachhinein weniger aus meiner Erinnerung, aber meine Deutung ist die: Diese Sitzung, wo, ohne eingeladen zu werden, Vertreter von Bonner Ministerien auftauchten, war eine interne

⁴⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „14.“, setze „17.“, Anlage 3

Sitzung, von der PTB anberaumt worden, wo man vorhandene Entwürfe für diesen Bericht in dem gleichen Kreis, aus dem der Bericht entstanden ist, diskutieren wollte.

Da war schon bei einer früheren Fassung dabei ein Punkt, dass die PTB, die also den zusammenfassenden Entwurf gemacht hatte, die Empfehlung gegeben hatte, man solle doch auch andere Standorte schon einmal sich näher anschauen. Das hing auch damit zusammen, dass man damals noch mit dem viel größeren Endlagervolumen, Abfallvolumen, gerechnet hat. Dagegen, an anderen Stellen auch zu dem Zeitpunkt zu bohren, waren andere BGR-Partner usw. aus was für Gründen auch immer. Die PTB hatte aber auch bei dem nächsten Entwurf diesen Passus drinstehen lassen.

Ich kann gut nachempfinden, dass man - das muss Herr Röthemeyer wohl gewesen sein, der zu dieser Sitzung eingeladen hatte - überrascht war, dass auf einmal Leute kamen vom Ministerium, die natürlich auch etwas zu sagen hatten, aber dass die auf einmal da waren, bevor man intern unter den Wissenschaftlerkreisen und den Instituten sich voll ausgesprochen und geeinigt hatte. So muss das wohl gewesen sein, dass die Betreffenden das als nicht freundlichen Akt angesehen haben, sondern gewollt haben: Lasst uns erst mal unter uns die Sache klarziehen, und dann sprechen wir mit Bonn. - Ich kann hier nicht eine unzulässige, unangebrachte Einmischung sehen. Es war einfach ungeschickt von den Bonnern, da aufzutauchen, ohne zu dieser Sitzung eingeladen zu sein. Das ist meine Deutung.

Im Übrigen ist hier im Jahre 2009 - das liegt ja noch gar nicht lange zurück - im Grunde⁴⁷ vom Bundeskanzleramt eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Sie kennen die Pressemitteilung 405 vom 15. Oktober 2009, Überschrift „Gorleben-Gutachten von 1983 nicht geschönt - PTB war nicht gegen Gorleben als Endlager“. In dieser Arbeitsgruppe, deren Ergebnis hier zusammengefasst ist, war die PTB nicht beteiligt. Ich habe das jetzt erst in Vorbereitung auf diese Sitzung überhaupt mitbekommen. Ich kann nur sagen: Was da drinsteht, kann ich voll unterstreichen, obwohl oder gerade auch weil die PTB da nicht unbedingt gut wegkommt, denn man sagt hier:

Auch nach Einschätzung der PTB handelte es sich bei der Frage der zusätzlichen Erkundung weiterer Standorte um eine politisch/wirtschaftliche Frage, für die die PTB nicht zuständig und zur deren Beantwortung sie auch nicht aufgefordert war.

Das ist ein Rüffel, den die PTB - in dem Fall sogar ich - wirklich hinnehmen muss. Ich muss sagen: Das stimmt so. Wir haben uns geäußert an einer Stelle, die dafür ungeeignet war. Danach war gar nicht gefragt worden. Hätte die PTB ein Extrabriefchen geschrieben in dieser Angelegenheit und es nicht in diesen mit einer anderen Thematik festgelegten Bericht eingebaut, wäre das Thema nicht zu beanstanden gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich darf vielleicht noch mal nachfragen: Ihren Ausführungen entnehme ich, dass Sie an der Erstellung dieses Zwischenberichts und an den Gesprächen, die dann stattgefunden haben, und an der Weiterentwicklung vom Entwurf zum Endbericht persönlich selbst nicht beteiligt waren, aber sehr wohl durch Ihre Mitarbeiter informiert worden sind?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nicht in allen Details natürlich; ich bin ja auch kein Geologe. Das ist ja wirklich eine große Zahl von erstklassigen Fachleuten aus verschiedensten Bereichen, denen ich natürlich in ihrem Kompetenzbereich nicht das Wasser reichen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann soll das als einführende Frage, auch angesichts der Zeit, für mich reichen. Ich gebe das Fragerecht weiter an die Fraktionen und muss Herrn Professor Kind noch sagen, wie das bei uns mit dem Fragerecht geht. Ich darf Ihnen deshalb kurz den Ablauf der Befragung darstellen: Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget für die Fragen und Antworten. Eine bei Ablauf des Zeitkontingents begonnene Frage kann zu Ende formuliert werden nebst der dazugehörigen Antwort. Ebenso kann eine begonnene Antwort zu Ende formuliert werden. Das heißt für Sie schlicht und ergreifend: Solange ich nicht dazwischengehe, können Sie alles beantworten, solange wie Sie meinen, dass es erforderlich ist. - Das erste Fragerecht hat jetzt die CDU/CSU-Fraktion.

⁴⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „im Grunde“, Anlage 3

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Ich darf zunächst Ihnen, Herr Professor Kind, danken, dass Sie so lange ausgeharrt haben, um unser Bild zu vervollständigen. Da wir uns im Rahmen des augenblicklichen Abschnitts der Arbeit des Untersuchungsausschusses vor allen Dingen mit diesem Thema 82/83 und der möglichen von dem damaligen Bundesumweltminister Gabriel behaupteten Manipulation dieses Zwischenberichts befassen, würde ich mich darauf gern konzentrieren wollen. Sie haben vor dem Asse-Ausschuss des Niedersächsischen Landtags erklärt, das Gutachten sei in seiner wissenschaftlichen Ausrichtung nicht verändert worden. Wie sind Sie zu dieser Einschätzung gekommen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich weiß, dass ich aus dem - - Abgesehen im Wesentlichen von der Frage mit anderen Standorten ist der wissenschaftliche Teil nicht verändert worden.⁴⁸ Das würden wir auch gar nicht akzeptiert haben. Ich kann mir das eigentlich gar nicht vorstellen. Da ist eine solche Kompetenz vorhanden, da würde das Ministerium bei einem Versuch, uns da zu beeinflussen, glaube ich, keine Chancen gehabt haben. Das passt einfach nicht zusammen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir deuten hier alles aus, auch den Verlauf dieser Sitzung am 11. Mai, wo es nicht so klimatisch hundertprozentig angenehm gewesen sein soll. Sind Sie von Herrn Röthemeyer, Herrn Dr. Illi oder wem auch immer über den Verlauf der Beratungen unterrichtet worden? Ich frage mich, je intensiver man sich damit beschäftigt, wieso das dort so angespannt war. Denn auf der einen Seite haben Sie eben auch noch mal gesagt: Die fachliche Ausrichtung ist nicht in irgendeiner Weise beeinflusst worden. Gerade auch Professor Röthemeyer hat uns gesagt, dass er durchaus Verständnis hatte für die, wie er sagte, entsorgungspolitische Überlegung, nicht an einem anderen Standort - ich drücke es ein bisschen lax aus - politische Feuerchen in der Bevölkerung anzuzünden mit, wie wir damals in Gorleben gesehen haben, doch erheblichen politischen Wirkungen. Haben

Sie über diese Sitzung Informationen bekommen? Hat man Ihnen vermittelt, warum es dort zu einer gewissen Auseinandersetzung gekommen ist?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir darüber diskutiert haben. Möglicherweise sind Äußerungen, dass man sich darüber geärgert hat, dass die Bonner einfach einen Takt zu früh aufgetaucht sind, dass man noch gar nicht fertig war - - Man hätte es erst fertig machen sollen. Wenn ich sagen darf: Wir waren - insbesondere die Mitarbeiter, die damit zu tun hatten - wirklich unter Druck. Das hat Herr Röthemeyer irgendwann mal gesagt und wurde so gedeutet: Druck, sich eben zu verbiegen. - Nein, wir waren unter Druck, weil die Aufgabe offensichtlich und einsichtbar von solcher Priorität war.

Natürlich sind wir von allen Seiten gedrängt worden: Nun kommt doch endlich mal mit dem Zwischenbericht. - Aber sich da einer Verantwortung zu stellen - - Dienst nach Vorschrift oder so hat es in dieser Phase nirgendwo gegeben. Das war schon Druck, dass man sich darum bemüht hat. Deswegen habe ich volles Verständnis, wenn die zornig waren und gesagt haben: Warum lasst ihr uns denn nicht die Sache wirklich unter uns erst einmal ausmachen, bevor ihr euch dann dazwischendrängt? - So ist meine Deutung im Nachhinein, ohne dass ich mich erinnern kann, dass das an mich herangetragen wurde; vielleicht an Herrn Schrader, aber der hätte es mir dann gesagt, wenn er es wirklich als eine politisch brisante Aufgabe oder Angelegenheit angesehen hätte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie damals in der Diskussion mit Ihren Kollegen die Nichtaufnahme dieser Frage „alternative Standortsuche“ als eine Veränderung der wissenschaftlichen Aussage dieses Zwischenberichts empfunden, oder haben Sie gesagt - Sie haben sich in Ihren Bemerkungen eben auf Fragen der Frau Vorsitzenden fast schon in die Richtung geäußert -: „Nein, das war ja eigentlich gar nicht unser Auftrag; insofern wird unser Zwischenbericht dadurch nicht geschmälert in seiner Ausrichtung, wenn es fehlt“?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Genau. Ich kann nur voll zustimmen zu dem, was Sie sagen.

⁴⁸ Umformulierung des Zeugen: „Ich weiß, dass, abgesehen im Wesentlichen von der Frage mit anderen Standorten, der wissenschaftliche Teil nicht verändert worden ist.“, Anlage 3

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So ist das damals dann auch diskutiert worden?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herzlichen Dank.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage. Herr Professor Kind, Sie haben davon gesprochen, die Bonner wären einfach aufgetaucht, haben aber gleichzeitig erklärt, das sei eine interne Sitzung der PTB gewesen. Wie können die einfach irgendwo auftauchen in einer internen Sitzung, ohne dass man davon weiß? Das kann ich nicht so richtig nachvollziehen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Da kann ich auch nur schließen: Es waren in diesem Kreis, der da zusammenarbeitete, BGR und DBE, starke Partner und sie waren definitiv gegen andere Standorte. Als die merkten, dass die PTB, obwohl sie ihre Bedenken gegen andere Standorte vorher schon gesagt hatten, immer noch diesen Passus drin hatte, mag einer von denen bei einem Gespräch in Bonn gesagt haben: „Hört mal, die PTB scheint stur zu sein“, und dass sie dann beschlossen haben: Dann wollen wir doch mal dazukommen. - Die Sitzung war in der BGR in Hannover und nicht in Braunschweig; aber das spielt keine Rolle. Eingeladen hatte, soviel ich weiß, Herr Röttemeyer als der sozusagen vom Auftrag her verantwortliche Mann.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gestatten Sie mir noch eine Nachfrage: Ging eine solche Einladung denn nachrichtlich beispielsweise auch nach Bonn? Wurde man im Ministerium darüber informiert? Oder ist das aufgrund anderer Wege nach Bonn gelangt, so wie Sie das gerade angedeutet haben?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kann die Frage nicht beantworten. Ich kann mir nur vorstellen, dass einer von den BGR-Leuten einem von den Bonnern gesagt hat: „Hört mal, also die PTB scheint stur zu sein“, und dass sie daraufhin - - Also, eine offizielle Mitteilung war das sicherlich nicht. Diese Unkollegialität würde ich keinem von denen,

die das möglicherweise gemacht haben, nicht [sic!]⁴⁹ zutrauen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Professor Kind, dann darf ich noch eine Frage anschließen, mit der wir uns heute im Laufe des Tages öfter beschäftigt haben, nämlich die Frage: War das Auftreten der Ministerienvertreter als Weisung zu verstehen, oder war das eine Bitte, die geäußert wurde, der die PTB dann nachgekommen ist? Deshalb meine Frage an Sie: Wie sind Weisungen in der damaligen Zeit gegenüber der PTB erfolgt? Ist Ihnen gegenüber dann berichtet worden, dass es da eine Weisung gab?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kann zur Definition des Begriffs „Weisung“ nicht sehr viel beisteuern. Ich kann Ihnen sagen, was zum Beispiel eine Weisung ist bzw. war, wenn ich mich erinnere. Für den Planfeststellungsantrag sei es seinerzeit - - Aber bleiben wir bei Gorleben: Für Gorleben hat man natürlich mit den Bonnern gesprochen. Eines schönen Tages musste aber ein Brief kommen: Ihr habt den Antrag zu stellen. - Das ist eine Weisung gewesen. Alles vorher - „Wir sollten doch überlegen, dass ...“ und „Wäre es nicht besser ...“ -, das ist bestimmt keine Weisung. Also, es gibt klare Handlungen, die auch einen klaren Auftrag - man mag das Weisung nennen; ich weiß es nicht - erfordern. In dem Fall war es das bestimmt nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt - nur noch mal zur Klarstellung -: Ihnen gegenüber ist jetzt auch nicht von Ihren Mitarbeitern berichtet worden aus dem Gespräch, dass dort versucht wurde, eine Weisung auszusprechen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: In einer so wichtigen Frage, Untersuchung, für die die BGR⁵⁰ gar nicht zuständig war - - Wir haben da eindeutig gegen das, was wir tun sollten - - Sie kennen ja auch den Untersuchungsauftrag für die PTB, der vorn in dem Bericht drinsteht. Wenn Sie die Anlage von dem PTB-Bericht lesen: Da ist nichts, was irgendwie in Richtung andere Standorte verstanden werden kann, zu finden.

⁴⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht [sic!]“, Anlage 3

⁵⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „BGR“, setze „PTB“, Anlage 3

Ich habe da ein Schreiben, das vielleicht wichtig ist - übrigens das einzige, das ich kenne, wo mein Name drunter steht -: eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Röthemeyer. Sie kennen es wahrscheinlich. Ich habe das gerade erst vor zwei, drei Tagen bekommen. Da steht ziemlich genau drin:

Die mit der Frage unterstellte Weisung an die PTB gibt es nicht.

Da dürfen Sie ruhig sagen: mein Text. Natürlich ist der mir vorgelegt worden.

Die Bundesregierung hat 83 vielmehr die PTB gebeten, die Bewertung des Salzstocks Gorleben im Zusammenhang mit der Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichts nicht mit der Frage nach Untersuchung anderer Standorte zu verknüpfen.

Mag sein, dass das Wort „gebeten“ ein bisschen verschönt ist. Die haben wahrscheinlich gesagt: Die Bundesregierung möchte keine anderen Standorte untersuchen; deswegen lasst die Finger davon - Entschuldigung, wenn ich so offen rede -, das ist nicht euer Bier.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben keine weiteren Fragen. Dann ist die SPD-Fraktion an der Reihe.

Ute Vogt (SPD): Herr Professor Kind, ich werde gern noch einmal festhalten: Sie waren also bekanntermaßen nicht dabei bei dem Gespräch. Die beiden Anwesenden zu Ihrer Information, Herr Röthemeyer und Herr Illi, die beide dabei gewesen sind, haben uns heute berichtet, sie haben übereinstimmend die Ausführungen der Bonner Vertreter, wie Sie sie nennen, als Weisung empfunden. Das möchte ich nur für das Protokoll festhalten. Sie selbst haben keine eigene Beurteilung, weil Sie selbst nicht dabei waren. Das ist doch richtig?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Das ist schon richtig. Herr Schrader, der Vizepräsident, war übrigens auch nicht dabei.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Wenn es wirklich eine grundsätzliche Frage oder Entscheidung gewesen wäre, die man „Weisung“ nennen darf, dann hätte das natürlich auch schriftlich kommen müssen und nicht nur bei einer Sitzung: Lasst das mal sein.

Ute Vogt (SPD): Ich habe nur bescheidene Erfahrungen als Staatssekretärin im Bundesinnenministerium. Wenn dort ein höherrangiger Beamter einem niederrangigen gesagt hat: „Das wird hier so reingeschrieben“, dann hat er das gemacht und hat nicht erst noch die Leiter nach oben gefragt, ob er das auch wirklich machen soll. Ich weiß nicht, ob das in der PTB alles ganz anders war.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Da darf ich sagen: Das ist natürlich unterschiedlich, ob das in der gleichen Behörde ist oder ob - wie hier - die PTB eine selbstbewusste Fachinstitution ist. Das ist nicht dieser klare Weisungsstrang, den Sie innerhalb einer Institution, einer Behörde vorfinden.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Also, Fakt ist: Besagte Formulierung, die beanstandet war in der Sitzung, ist nicht mehr aufgetaucht am Ende. Insofern - ob Weisung oder Bitte - ist man dem Hinweis dann auch gefolgt.

Ich würde gerne noch mal von Ihnen wissen: Sie haben gesagt, es war eine interne Sitzung auf Einladung der PTB. Sind Sie sich dessen sicher? Weil wir heute gehört haben, dass niemand so richtig sagen kann, wer eingeladen habe, und dass vor allen Dingen kein öffentliches Protokoll vorhanden ist. Ich würde schon gern wissen: Ist es gesichert, dass die PTB zu diesem 11.05. eingeladen hat, und wo ist das offizielle Protokoll, oder war es nicht üblich in der Behörde, Protokolle zu führen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Die Logik sagt: Es kann nur die PTB; denn sie als Errichter und Betreiber hat den Auftrag. Dazu holt sie sich Fachkompetenz, Gutachten, wo immer sie herkommen können und wo man sie vermutet. Das ist eine Arbeitsgruppe gewesen. Da der Schwerpunkt sicherlich bei der Geologie lag, also bei der BGR, war es - das stelle ich mir so vor - rein praktisch, dass man das in der BGR gemacht hat, weil da mehrere Leute an dem Tisch gebraucht wurden. Auch die Geologie ist ja nicht nur einspurig, sondern verästelt. Ich

weiß nicht - - Es müsste ja dann in den Unterlagen irgendwo eine regelrechte Einladung sein. Ich glaube, in dieser Phase - da sind ja nur wenige Tage dazwischen - ist das telefonisch gegangen: „Wann sehen wir uns das nächste Mal? Übermorgen?“ „Nein, drei Tage später.“ - Das ist nicht so formal gelaufen. Deswegen wehre ich mich auch gegen die Vermutung, das sei eine Weisung gewesen.

Ute Vogt (SPD): Aber auch, wenn es möglicherweise ein telefonisch verabredetes Treffen war, müsste doch zumindest - - Einfach zu Ihrer Information: Herr Illi hat uns ausgeführt, dass er sich diese Notizen gemacht hat, aber nicht als offizielles Protokoll.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ja.

Ute Vogt (SPD): Das sieht man ja auch den Notizen an. War es nicht üblich, dann trotzdem - - Es gibt normalerweise immer, egal, wer mit wem redet, zumindest einen Gesprächsvermerk von dem, der einlädt. War das bei der PTB bei den Besprechungen nicht Usus?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich war ja nicht dabei, aber ich weiß noch, wie solche Berichte, wo viele Autoren zusammenkommen, oder Beiträge - - Da macht man nicht Protokolle in dem Sinne „Erstens, zweitens, drittens“, sondern da wird das einzelne Kapitel besprochen: „Da müssen wir noch ...“, „Da gibt es Überschneidungen ...“. Das notiert man sich, dann kommt man das nächste Mal zusammen und hat seine Hausaufgaben gemacht. So läuft Wissenschaft.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es gab keinen - - War es nicht üblich, dass man einen Ergebnisvermerk macht?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Dazu ist das zu sehr im Status Nascendi gewesen dieses Berichtes. Ich weiß es ja nicht; ich war nicht dabei. Aber ich kann es mir gar nicht anders vorstellen, als dass es so ist.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte noch mal ein anderes Themenfeld ansprechen, weil ich glaube, da Sie nicht dabei waren, können Sie uns da nicht mehr erhellend weiterhelfen. Ich wollte eine weitere Frage stellen. Es wurde bei dem Treffen am 11.05. auch eine Veran-

staltung in Hitzacker vorbereitet. Waren Sie dort dabei?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Da war ich dabei, ja.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie dort das Wort ergriffen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein.

Ute Vogt (SPD): Wie empfanden Sie denn die Veranstaltung dort? Erinnern Sie sich noch?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich gestehe, dass ich mich nicht mehr erinnern kann. Ich muss dabei gewesen sein, das ist mir versichert worden - „Sie waren doch da!“ -, aber ich weiß es nicht. Wir hatten viele solcher Veranstaltungen. Die in Hitzacker hatte vielleicht eine besondere Wertigkeit, aber - es tut mir wirklich leid - ich weiß nicht, wie der Saal aussah oder was. Das waren ja zwei Tage; dann müsste ich ja übernachtet haben oder hin- und hergefahren sein. Vielleicht bin ich auch nur kurze Zeit - - Entschuldigung, ich muss hier so rumeiern. Ich weiß es nicht mehr.

Ute Vogt (SPD): Ich bin überrascht, an was Sie sich erinnern und an was nicht. Sie haben dort nichts gesagt?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein, das wüsste ich.

Ute Vogt (SPD): Das hätten wir ja im Protokoll sonst auch lesen müssen. Aber, ich meine, bei so einer wichtigen Sache: Kann ich daraus schließen, dass Sie, wenn Sie als Präsident der PTB dort keine Stellung nehmen - - kann man doch davon ausgehen, dass Sie auch selbst nicht so tief im Stoff waren, dass Sie da Rede und Antwort stehen mussten, konnten oder wollten?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Wenn ich teilgenommen habe, dann, wie auch bei vielen anderen Gelegenheiten - - dass ich einfach informiert sein wollte, um was es geht, wie die Argumente sind, ohne dass ich eingreifen wollte. Dazu hätte man viel zu spezielle Informationen haben müssen, die ich nicht hatte. Trotzdem wollte ich wahrscheinlich gerne wissen: Wie läuft das? Wer

tritt wie auf von unseren Leuten, und welche Argumente werden gebracht? Damals hat man sich noch relativ gut miteinander ausgetauscht und hat einander zugehört.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie selbst waren eben nicht der Fachmann, der dann hätte Auskunft geben können. Deshalb haben Sie sich informiert, aber haben nicht so tief im Fach gestanden, dass andere hätten informiert werden können?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich wurde geholt oder konnte mich nicht drücken, drücken sowieso nicht, aber konnte nicht vermeiden, dass ich bei höheren Veranstaltungen, zum Beispiel Beginn des Schachtbaus, der sogenannte erste Kübel - - Da war der BMFT-Minister - -⁵¹

(Zuruf)

- Nein, CDU. Das kann man nachschauen. Da musste ich auch eine Rede halten; das weiß ich ganz genau. Das musste der PTB-Präsident machen. Aber da, wo es um fachliche Dinge geht, vor Ort, hätte ich nicht richtig mitreden können.

Ute Vogt (SPD): Dann hätte ich noch zwei Fragen. Das eine ist: Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie vor einigen Tagen die Dienstaufsichtsbeschwerde in Bezug auf den Herrn Illi, war es, glaube ich, -

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein, Herr Röthemeyer.

Ute Vogt (SPD): - Herrn Röthemeyer - Entschuldigung - bekommen haben. Darf ich fragen, von wem?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich habe gehört, dass dieser Brief im Internet veröffentlicht wurde.

Ute Vogt (SPD): Die Dienstaufsichtsbeschwerde?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Meine Antwort. Die Beschwerde selbst kenne ich nicht.

⁵¹ Anmerkung des Zeugen: „Zu Seite 93 wäre noch anzumerken, dass der BMFT-Minister, der bei der Feier des Beginns des Schachtbaus zugegen war, Heinz Riesenhuber war. Die Veranstaltung fand im September 1986 statt.“, Anlage 3

Ute Vogt (SPD): Ach so, Sie haben nur die Antwort, nicht die Beschwerde.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich habe nur die Antwort.

Ute Vogt (SPD): Okay. Bei Greenpeace, oder wo?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Dr. Gaul?)

- Nein, mir ging es ja nur darum, wo man das aktuell im Internet findet. Ich glaube nicht, dass es bei dem Zwischenbericht aus dem BMU dabei war.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich habe nur eine Kopie meines Briefes.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber die Quelle, woher Sie den haben. Sie haben gesagt, Ihnen sei das vor einigen Tagen zugegangen, hätten Sie es erhalten. Jedenfalls wüsste ich gern, woher. Können oder wollen Sie das nicht sagen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Inhaltlich - - Es kann sein, dass mir das Herr Röthemeyer gegeben hat. Wahrscheinlich wird das so sein.

Ute Vogt (SPD): Wahrscheinlich, okay. Es kann aber auch sein, dass - -

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Aber Sie kennen den Schriftwechsel ja auch, nicht?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ja!)

Ute Vogt (SPD): Ja, aber wir haben Akten überstellt bekommen, die Sie eigentlich normalerweise nicht überstellt bekommen als Privatmann. Hintergrund meiner Frage ist, ob Sie Kontakt hatten, zu Kollegen zum Beispiel der Regierungskoalition, oder aus welchen Kreisen Sie solche - -

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein, nein.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Vogt will wissen, ob wir uns schon einmal gesehen haben und Ihre Aussage hier - -)

Ute Vogt (SPD): Das wollte ich nicht. Das hätte ich jetzt gedacht: So schlaue sind Sie dann schon.

(Zuruf: Es wäre gut, wenn wir das fortsetzen könnten!)

Ich habe noch eine Frage in Bezug auf die PTB. Es ist doch richtig, dass die PTB dann in die BfS übergegangen ist?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Um Gottes Willen nicht. Nur die Abteilung SE.

Ute Vogt (SPD): Ja, gut, aber die entsprechende Abteilung, die uns hier interessiert.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Die Abteilung und auch die kleine Gruppe, die schon vorher mit der Genehmigung von Transporten und Sicherstellung beschäftigt war.

Ute Vogt (SPD): Genau. In diesem Sinne wollte ich einfach nur noch mal klarstellen, dass dann selbstverständlich die PTB in Form der nun bei der BfS befindlichen Abteilung auch an der Befassung des Zwischenberichts beteiligt war, weil Sie vorhin beklagten, dass sie nicht beim Zwischenbericht gewesen sei. Insofern wollte ich nur noch mal deutlich machen: Es gab natürlich eine Äußerung des Bundesamtes für Strahlenschutz zu der von Ihnen so loblich erwähnten Pressemeldung des Bundeskanzleramts; denn das Bundesamt für Strahlenschutz, in dem Fall mit der früheren PTB-Abteilung in sich, hat deutlich gemacht, dass es die Einschätzung des Bundeskanzleramts nicht teilt. Das bitte ich Sie nur zur Kenntnis zu nehmen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Entschuldigung, ich habe das vorhin übersehen. Ich finde es schon ein bisschen interessant, dass BMU und BfS da allein nicht einverstanden waren. Vielleicht gibt es da auch gewisse Weisungsstränge, dass das BfS keine eigene Meinung hat, oder ist das purer Zufall?

Ute Vogt (SPD): Vielleicht gibt es auch gründlichere Recherchen. Das ist so ein Zufall wie Ihre Erklärung am gleichen Tag mit der Kanzlerin.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Professor Kind, ich glaube, ich kann die vorhin auch Kollegen von der Union interessierende Frage stellen: Wie war das zu verstehen, das Auftreten der Regierungsvertreter bei diesem offenkundig sehr interessanten Treffen am 11.05.1983? War das eine Weisung, wie unter anderem Herr Illi es verstanden hat? Er sagte, das wäre schon sehr drastisch als Forderung formuliert worden im Bericht, in der endgültigen Fassung, auf die Erwähnung des Vorschlags, alternative Standorte zu überprüfen, zu verzichten.

Sie haben gesagt, Ihrer Kenntnis nach - Sie sind ja in der Sache letztendlich nicht selber Augen- und Ohrenzeuge - habe es sich eher um eine Bitte gehandelt. Ich glaube, ich kann mit Blick auf zwei Dokumente, die wir in den Akten haben, aufklären, warum Sie glauben, es habe sich um eine Bitte gehandelt. Das hat Ihnen nämlich das Bundesinnenministerium nahegelegt. Ich zitiere aus MAT 4/3, Anlage 19 - das ist ein Schreiben vom Referatsleiter Dr. Matting aus dem BMI vom 06.08.85 an Herrn Röthemeyer. Da wird der PTB empfohlen, wie sie sich auf Fragen vorbereiten sollte. Zu der Frage, die da vom BMI genannt wird - Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung zu der Weisung an die PTB, auf Überlegungen hinsichtlich anderer möglicher Endlagerstätten aus dem Salzstock Gorleben zu verzichten? -, lautet am 6. August 85 der Antwortvorschlag des BMI:

Die mit der Frage unterstellte Weisung an die PTB gibt es nicht. Die Bundesregierung hat 1983 vielmehr die PTB gebeten, die Bewertung des Salzstockes Gorleben im Zusammenhang mit der Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichtes nicht mit der Frage nach Untersuchung anderer Standorte zu verknüpfen.

Originaltext BMI.

Ich zitiere jetzt aus MAT A 52, Band 1, Seite 303 ff. Das ist Ihr Schreiben vom 16.12. des Jahres 85, also BMI 6. August 85 mit einem Textvorschlag zur Frage: Hat es eine Weisung gegeben oder nicht? - Nein, sagt das BMI, wenn ihr gefragt werdet, sagt: Es handelt sich um eine Bitte.

Sie schreiben am 16.12.85 an Herrn Dr. Gaul bezüglich einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Röthemeyer wortwörtlich:

Die mit Ihrer Frage unterstellte Weisung an die PTB gibt es nicht. Die Bundesregierung hat 1983 vielmehr die PTB gebeten, die Bewertung des Salzstockes Gorleben im Zusammenhang mit der Erstellung des „Zusammenfassenden Zwischenberichtes“ nicht mit der Frage nach der Untersuchung anderer Standorte zu verknüpfen.

Das ist haargenau die Formulierung, die Ihnen im Sommer 1985, Ihrem Haus, das BMI selber - - Also, die potenziellen Weisungsgeber haben der PTB gesagt: „Wenn ihr gefragt werdet: War es eine Weisung?“, sagt bitte: Das war eine Bitte. - Sie übernehmen die Formulierung wortwörtlich.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ein falscher Vorhalt!)

- Das ist kein falscher Vorhalt. Das BMI schreibt an die PTB: Wenn ihr gefragt werdet: „Warum ist die Standortsuche nicht mehr im Bericht drin?“, antwortet wie folgt. - Genau diese Formulierung - reiner Zufall, Herr Professor Kind? - steht in Ihrem Brief vier Monate später in Sachen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Röthemeyer zur Frage, warum die Standortsuche nicht Gegenstand des Zwischenberichtes ist. Wie erklären Sie sich, dass das wortgleich ist? Ist das Gedankenübertragung, oder ist das offenkundig die Übernahme eines Vorschlages des BMI?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das macht doch nichts! Das ist doch kein Problem!)

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Erstens habe ich den Text vorhin gerade vorgelesen, den Sie eben wieder vorgelesen haben.

Zweitens. Die Verfasser dieses Absatzes - dieses Briefs an Gaul - haben sich wahrscheinlich irgendwelche Textteile aus der Vergangenheit überlegt und, weil das nach ihrer Meinung passt, da reingeschrieben. Ich kann daran nichts Schlimmes erkennen.

Sebastian Edathy (SPD): Es ist nicht Ihre eigene Wertung gewesen, sondern das ist die Wertung des BMI gewesen oder die Aufforderung, es so zu sehen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich habe ja vorhin, wenn Sie sich bitte erinnern, um das Wort gebeten und gesagt, das sei wohl etwas geschönt gewesen.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, weil es vom BMI kommt und nicht von Ihnen. Das ist nicht Ihre Bewertung, die Sie da geschrieben haben in Sachen Dienstaufsichtsbeschwerde. Das ist die Formulierung des BMI selber gewesen. Die Instanz, bei der fraglich ist, ob sie eine Weisung gegeben hat oder nicht, hat Ihnen geschrieben: Wir haben keine Weisung gegeben, wir haben gebeten. - Diese Position machen Sie sich zu eigen, haben sie aber vorhin so dargestellt, als ob das Ihre persönliche Position gewesen sei. Sie ist aber eine geliehene Position.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wenn ihr nichts habt, müsst ihr
nichts hochziehen!)

Das ist doch hier evident.

(Zuruf: Es ist halb neun! Ich möchte
langsam nach Hause!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kind, möchten Sie dazu noch Stellung nehmen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich vermag nicht aus dieser Identität der Textstellen einen besonderen Schluss auf Weisung oder nicht Weisung zu ziehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay. Dann war das die Antwort auf diese Frage. - Dann geht jetzt das Fragerecht an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Kind, wir haben hier heute schon Herrn Professor Röthemeyer und auch Herrn Dr. Illi gehört. Beide haben aus ihrer Erinnerung an Vorgänge, die nun wirklich Jahrzehnte zurückliegen, folgende Darstellungen gemacht: Herr Professor Röthemeyer hatte sich so geäußert, dass er eigentlich am 11. Mai 83 davon ausgegangen war, dass man eben mit dem eingeladenen Kreis der Fachleute zusammenkommt und dass man eine fachliche Erörterung vornehmen wollte, eine Bewertung, die dann auch den weiteren zuständigen Ressorts zugeleitet werden sollte. Er war auch überrascht, dass dann auf einmal doch weitere Teilnehmer da waren,

wo sich keiner hinterher mehr erklären konnte, wer die eigentlich eingeladen hat oder wer letztendlich Einlader war. Das ist schon ein bisschen ein Fragezeichen.

Letztendlich wollte ich Sie trotzdem fragen: Teilen Sie die Auffassung von Professor Röthemeyer, dass dort nicht mehr über die fachlichen Dinge diskutiert wurde? Sie werden ja im Nachhinein sicherlich über das Gespräch informiert worden sein. Ist Ihrer Meinung nach über versorgungspolitische Dinge gesprochen worden? Haben Sie Kenntnis darüber?

Dann möchte ich gleich hinterherschieben, dass Herr Dr. Illi einen sehr starken Zusammenhang gebracht hat, dass er gesagt hat: Ja, es stand ja auch die Vorbereitung dieser Hitzacker-Veranstaltung an, und das hat die Leute aus Bonn damals bewogen, dabei sein zu wollen, um dort auch das mit vorzubereiten, mit auf den Weg zu bringen.

Es steht ein bisschen im Raum: Sie haben selbst in einer Zeitung gesagt, Sie haben sich als wissenschaftliche Einrichtung verstanden als PTB, und auf der anderen Seite haben Sie aber keine eigene Forschung in dem Sinne betrieben. Das war ja bei der BGR und beim BMFT. Waren da eventuell gewisse Kreuzverbindungen, wo der eine dann gesagt hat: „So, jetzt geht es um die Hitzacker-Sache, jetzt kommt das BMFT stärker da mit rein in die ganze Auseinandersetzung“, um auch diese Veranstaltung vorzubereiten? Wie bewerten Sie das alles in diesem Zusammenhang?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Das kann ich mir gut vorstellen, wenn man schon mal zusammenkommt und die Veranstaltung Hitzacker steht am Horizont, dass man auch darüber gesprochen hat. Das nachgetragene Protokoll von Herrn Illi, das Sie kennen, wo er drei Jahre später handschriftliche Aufzeichnungen - wie immer die publik wurden - dann umgesetzt hat, da steht: Ein weiterer Kernpunkt der Ergebnissbewertung war der Hinweis auf vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten. - Das ist im Zusammenhang mit dem Bericht, mit dem Entwurf zu sehen. Dass ein eigenes Thema im Hinblick auf Hitzacker mit angeschnitten war - - Also, ein bisschen muss ich Herrn Illi auch in Schutz nehmen - - Drei Jahre später - - Die Besprechung hat sicherlich länger gedauert, bestimmt einige Stunden. Über solche Besprechungen macht man kein

Protokoll, wenn man an einem Bericht ist. Dann mag man zum Schluss auch mal über Hitzacker gesprochen haben. In dem Zusammenhang kann dann vielleicht auch die an sich globale Aufgabe der PTB - Errichter und Betreiber von Anlagen - eine Rolle gespielt haben, und das wäre dann über Gorleben hinausgegangen. Aber der Bericht ist eine andere Sache. Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage richtig verstanden habe.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, es hat mir schon ein Stück weitergeholfen; das ist schon gut. Mein Kollege hat noch eine weitere Frage.

Marco Buschmann (FDP): Herr Professor Kind, es ist so: Wir haben im Laufe des Tages schon über Interpretationen von Aussagen von Zeugen debattiert. Deshalb wollte ich noch mal einige Punkte, die Sie schon beantwortet haben, klarstellen, nachfragen, damit darüber keine Zweifel bestehen und sozusagen Interpretationsspielräume gemindert werden. Das gibt Ihnen ja auch die Möglichkeit, sich da klar zu positionieren, was Ihrer Meinung nach richtig ist. Deshalb wollte ich jetzt folgende vier Fragen stellen, ob diese Aussagen nach Ihrer Erinnerung und nach Ihrer Einschätzung zutreffend sind: Ihnen ist nichts bekannt, was man eine Einflussnahme auf die fachliche Substanz des PTB-Berichts nennen könnte?

Sie sind der Ansicht, wenn es einen solchen ernsthaften Versuch gegeben hätte, auf die fachliche Substanz Einfluss zu nehmen, dass das die PTB von sich gewiesen hätte und dem nicht nachgekommen wäre?

Sie sind der Ansicht - das haben Sie in einer Nebenbemerkung gesagt, deshalb frage ich es einfach nach -, aus Ihrer Erinnerung meinen Sie, dass die Frage alternativer oder weiterer Standorte nicht getrieben war von einer Frage der Sicherheit, dass es aus Sicherheitsgründen zwingend gewesen wäre, andere Standorte zu untersuchen, sondern dass es mengengetrieben war, dass man die Sorge hatte, dass die Kapazitäten bei Gorleben nicht ausreichen? Sind diese Aussagen zutreffend?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: So wie Sie sagen.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Fertig? - Wunderbar. Dann geht das Fragegerecht jetzt an die Linke. Bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke sehr, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kind, erst mal herzlichen Dank für Ihre Einlassung. Ich habe zu zwei Komplexen Fragen. Als Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt ist klar, dass Sie das Haus geleitet haben. Haben Sie in der Funktion überhaupt generell die Zeit gehabt, an Besprechungen, sei es intern im Haus oder mit Dritten zu Gorleben, teilzunehmen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ja und nein. Detailbesprechungen liefen auf Referentenebene. Da, wo ich dabei war - - Natürlich hatten wir - das ist ganz klar - sogenannte Direktorenbesprechungen. Einmal im Monat kamen alle Abteilungsleiter zusammen, und das dauert einen halben Tag; das ist auch heute noch so. Da tragen die Einzelnen vor, und da werden Fragen gestellt, und da werden auch besondere Fragen, die einer Abteilung zuzuordnen sind, diskutiert. Bei so etwas war ich nicht nur dabei, sondern zu denen habe ich einberufen und habe sie geleitet. Aber zu speziellen Fragen musste schon irgendwas Bedeutenderes sein. Dazu ist die PTB mit damals etwa 1 600 Mitarbeitern in Braunschweig und Berlin einfach zu groß.

Ich könnte mich an verschiedene Dinge erinnern, wo man auch mit der Industrie zusammen war. Da ging es um die Errichtung einer Anlage, um Erdgasabrechnungen international auf hohes Niveau zu bringen. Da hat die Ruhrgas angeboten, einen Standort - ich mache es ganz kurz - bei sich anzubieten; denn wenn Sie solche Messeinrichtungen machen wollen, müssen Sie irgendwo in den Gasstrom und ... (akustisch unverständlich)⁵² Druck erzeugen; das braucht Energie. Das hätten wir in Braunschweig nicht geschafft. Da hat es auch einen Vertrag gegeben, dass die Industriefirma, die interessiert war, natürlich viel Geld aufwenden musste.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist sehr interessant, aber das nimmt mir jetzt leider gerade meine knappe Fragezeit, und ich will nicht eine zweite Berliner Runde be-

antragen müssen. Fassen Sie es bitte nicht als Unhöflichkeit auf.

Die Frage ist: Gab es außer diesen halbjährlichen Treffen der Abteilungsleiter weitere regelmäßige Kontakte, und ist Ihnen da in irgendeinem Zusammenhang klar geworden, dass es doch vielleicht einen gewissen Druck gibt, Gorleben zum Erfolg zu führen, weil der Entsorgungsdruck auch in den 70er-Jahren so hoch war?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Solche Gespräche, wie Sie sie jetzt meinen, zur Endlagerung hat sicherlich Herr Schrader, der Vizepräsident, häufiger geführt. Er war auch Mitglied im Aufsichtsrat von DBE und nicht etwa ich. In diesen Kreisen hat man natürlich Terminpläne und Aufgaben usw. auch behandelt, sodass ich mich, wie gesagt, nicht drücken will, aber das ist in der Regel nicht zu mir gekommen in Bezug auf die Endlagerung. Da musste schon irgendwas Besonderes sein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ihnen ist da also nichts bekannt geworden. Ich hätte noch zu einem zweiten Komplex Fragen, den Sie vorhin angesprochen haben, und zwar zu der Frage Planfeststellungsverfahren. Vor dem Abteufen der Schächte wurde ein Gutachten beauftragt, um zu klären, ob dafür ein Planfeststellungsverfahren notwendig ist. Das sogenannte Breuer-Gutachten kam dann auch zu dem eindeutigen Schluss, dass ein Abteufen der Schächte ohne Planfeststellungsverfahren nicht möglich sei. Dieses Gutachten ist aber nach meinem Kenntnisstand zumindest dann irgendwie nie wieder verwendet oder aufgearbeitet worden. Warum ist bis heute in dem Zusammenhang kein Planfeststellungsverfahren anhängig? Wieso findet das einfach nicht statt? Oder ist da nichts bekannt?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Planfeststellungsverfahren für Gorleben meinen Sie jetzt?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Für das Abteufen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Für das Abteufen. Das müsste ein Betriebsplan der Bergbehörde gewesen sein, nach dem das damals gemacht wurde. Das war kein Planfeststellungsverfahren. Da gibt es wahr-

⁵² Richtigstellung des Zeugen: streiche „und ... (akustisch unverständlich)“, setze „unter hohem“, Anlage 3

scheinlich verschiedene Studien. Ich kann Ihnen das nicht beantworten. Tut mir leid. Ich fühle mich überfragt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, dass Sie ursprünglich 1977 davon ausgegangen seien, dass da ein Planfeststellungsverfahren vorbereitet werden müsste, dass das auch der Grund war, um die Abteilung SE in Ihrem Haus einzurichten. Faktisch ist es dann aber nie zu einem Planfeststellungsverfahren für das Abteufen gekommen, obwohl es Gutachten gab, die das eigentlich als notwendig ansahen. Verstehe ich das richtig?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Es tut mir leid, ich bin da nicht im Bilde. Ich will nichts Falsches sagen. Ich weiß es nicht. Sicherlich muss man für all diese Dinge Genehmigungen vorlegen und beantragen usw., Betriebspläne, aber da war die Bergbehörde, weil das Ganze ja nicht nach Atomgesetz, sondern nach Berggesetz durchgeführt wurde. Da sind die Betriebspläne für die Bohrungen usw. natürlich alle von der Bergbehörde untersucht und dann genehmigt worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Professor Kind. - Als Letztes geht das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kind, ich muss auch noch mal zur Erstellung des Zwischenberichts im Mai 1983 zurückkommen. Sie haben ja auch berichtet, dass Sie an dieser einen Sitzung, wo dann überraschend Regierungsvertreter und das BKA auftauchten, nicht teilgenommen haben, aber haben ja in Ihrer Korrespondenz später mit dem Innenministerium da durchaus eine Wertung oder eine Bewertung vorgenommen. Ich wollte eigentlich wissen: Herr Dr. Illi hat ja die Originalakte geführt. Haben Sie die mal in der Hand gehabt und gelesen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die nämlich ein Trennblatt vorne dran hat. Da steht drauf: Besprechung 11.05. in der BGR - Weisung bezüglich alternativer Standorte.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Also, Originalakte - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie mal gerade sagen, woher Sie das haben, Frau Steiner? Denn da gibt es offenbar ein Schriftstück, das sich nicht in den Akten befindet; danach suchen wir.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Dies befindet sich in den Akten, und zwar ist das aus dem Vermerk von Illi und davor.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was heißt „davor“?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich suche gleich - - Das ist jetzt davor - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie es gerade zitieren?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 42/1 oder 52. - Okay. Aber das geht jetzt bitte nicht von meiner Zeit ab.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die ist angehalten. Aber wir würden halt gerne das Zitat korrekt nachvollziehen können, bitte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es ist nur das Deckblatt, das Deckblatt davor.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das gibt es nicht; das suchen wir nämlich schon geraume Zeit. Sonst hätte ich nicht so reagiert. Zeigen Sie es doch mal!

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 4/3, der Gabriel-Bericht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zeigen Sie doch mal den Vorhalt körperlich! Zeigen Sie mal vor!

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe meine Notizen, wo ich mir das herausgeschrieben habe, 4/3. Ich habe nur darauf hingewiesen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dass es so was in den Unterlagen geben soll, haben

wir gefunden. Aber wir haben es in den Akten nicht körperlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Wenn Sie, Frau Steiner, freundlicherweise die Paginierung noch sagen würden; dann sind wir ganz konkret. Dann müssten wir es ja wiederfinden.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Akte ist nicht paginiert.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn Sie einen Vorhalt machen, dann müssen Sie ihn vorhalten können. Ich möchte gerne sehen, welchen Vorhalt Sie machen. Da nutzen mir Ihre Notizen nicht. Ich möchte den Vorhalt sehen. Zeigen Sie ihn bitte!

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir suchen es jetzt gleich. Ich habe hier aufgrund dessen vorgetragen, was ich mir herausgeschrieben habe.

(Zuruf)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Zeit ist angehalten. Nur wäre es eben schön, wenn wir uns auf dasselbe Material beziehen könnten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben recht, dass in dem Bericht von Herrn Gabriel sich so ein Hinweis befindet. Wir suchen seit mindestens zwei Wochen nach diesem Deckblatt. Das gibt es in den Akten nicht. Das ist der Hintergrund. Deswegen meine Nachfrage. Sonst rufe ich mich auch gleich wieder ein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Deshalb ist die CDU/CSU-Fraktion eben auch so neugierig.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist verständlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, und deshalb würden wir halt sehr gerne wissen, wo Sie das denn gefunden haben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Bezug, in den Akten, die wir jetzt heute nicht mitgeschleppt haben, im

Gabriel-Papier. Das müssen wir nachliefern. Das reichen wir nach. Es ist in der anderen Akte.

(Sebastian Edathy (SPD): Wir können unterbrechen und die Grünen ins Büro schicken!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Nein, das machen wir natürlich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielleicht kann das mal nachgeliefert werden; das wäre ganz nett.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja gesagt, wir liefern nach; denn wir haben jetzt nicht alle Sachen mitgeschleppt. Wir haben den Zwischenbericht mit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Aber es muss natürlich nachgeliefert werden, und dann müssen wir das ab dem nächsten Mal auch einigermaßen strikt vornehmen.* - So, bitte, Frau Steiner, jetzt noch mal.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Professor Kind hat es ja schon beantwortet, dass er die Originalakte seinerzeit nicht in der Hand hatte und nicht eingesehen hat.

Dann möchte ich gerade in dem Kontext 1983 und diesen Diskussionen eine andere Frage stellen. Wir hören ja nächste Woche Herrn Duphorn. Herr Duphorn hat ja bekanntlich ein sehr kritisches quartärgeologisches Fazit gestellt. Mich würde interessieren, ob es darüber in der PTB eine interne Diskussion gegeben hat oder ob Sie gar mit Herrn Duphorn gesprochen haben und gegebenenfalls, was das Ergebnis war.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kenne Herrn Duphorn nur sehr flüchtig, weiß, dass er sich auch immer wieder kritisch zu Wort gemeldet hat - er war ja früher mal in der BGR, bevor er nach Kiel ging, wenn ich es recht weiß - und dass seine Dienste im Rahmen der Entwicklung dieser Berichte dann schließlich nicht mehr in Anspruch genommen wurden. Es gab da anscheinend

* Der in Rede stehende Vorhalt der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stammt aus MAT A 52, Band 12, Seite 250.

innerhalb der geologischen Zunft eine - - Ja, die Zusammenarbeit Duphorn mit BGR war offenbar nicht - - Aber das ist jetzt eine Vermutung, was ich so in Erinnerung habe; richtig wissen tue ich es auch nicht. Ich weiß nur, Herr Duphorn hat immer wieder - - auch, als er nicht mehr in einem Vertragsverhältnis mit der PTB stand. Er hatte einen Untersuchungsauftrag, hat sich aber wohl nicht mit der Abarbeitung dieses Auftrages begnügt. So habe ich es in Erinnerung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Das war ja gerade auch der Hintergrund meiner Frage, weil wir auch alle wissen oder nachverfolgt haben, wie sich die berufliche Laufbahn von Herrn Duphorn entwickelt bzw. nicht entwickelt hat. Am Ausgangspunkt steht ja das relativ kritische Fazit, wo man erwartet hätte, dass man sich dann innerhalb der PTB darüber auseinandersetzt. Das war der Hintergrund meiner Frage.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Das ist garantiert erfolgt. Nur, ich war da nicht beteiligt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollte ich wissen. - Wenn wir uns ohnehin schon den Fragen des Deckgebirges noch mal angenähert haben und ich noch ein Sekündchen Zeit habe, wollte ich noch nachfragen, ob Sie mir sagen können, wer welche Untersuchungen am Deckgebirge 1979 vorgenommen hat.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Weiß ich nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren Sie ja schon, wenn ich das richtig im Kopf habe, vier Jahre bei der PTB.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ja. Es steht doch alles in den Akten. Das ist doch - - Ich weiß es jetzt nicht, wer das gemacht hat. Gab es da die DBE schon? - Nein, die ist erst später wohl gegründet worden. Auf alle Fälle sind die Untersuchungen im Wesentlichen von der BGR geleitet worden und die Bohrpunkte festgelegt worden usw. und ausgewertet worden.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wir müssen noch versuchen, es herauszufinden, entnehme ich dem.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Zum Beispiel sind die ganzen Bohrkern von Gorleben in einem speziellen Lager in der BGR in Hannover. Das kann man bis heute noch, nehme ich an, besichtigen, eine ganze Lagerhalle, wo die Bohrkern bis 2 000 Meter stehen. Die verschiedenen Punkte kann man genau verfolgen. Das sind Holzkästen, wo diese Bohrkern drinliegen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bedanke ich mich.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Das ist die Arbeit, der wesentliche Beitrag der BGR gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Herr Professor Kind, ganz herzlichen Dank. Am Ende eines wirklich sehr langen Tages bedanken wir uns sehr herzlich bei Ihnen, dass Sie uns zu so später Stunde noch zur Verfügung gestanden haben.

Ich muss Sie jetzt formal noch mal über den Abschluss der Vernehmung unterrichten; das ist so vorgesehen. Deshalb bitte ich noch ganz kurz um Ihre Aufmerksamkeit.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Da uns mehrere Ihrer Vorgänger den Hinweis gegeben haben, dass sie erst mal in Urlaub fahren - was ich sehr gut nachvollziehen kann, weil ich das jetzt auch irgendwann vorhabe -, möchte ich Sie fragen, ob Sie mit dieser Zwei-Wochen-Frist ein Problem haben oder uns jetzt einen Hinweis geben, dass Sie sagen: Passt auf, von dann bis dann bin ich im Urlaub, und ich kann das Protokoll erst

nach Rückkehr aus meinem Urlaub tatsächlich lesen und dann auch entsprechend freigeben.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: So ist das bei mir. Ich bin jetzt zwei Wochen nicht da.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist doch ganz wunderbar. Dann würde ich Sie bitten, mit dem Sekretariat noch auszumachen, ab wann wir wieder mit Ihrer Anwesenheit rechnen können und ab wann Sie das Protokoll tatsächlich ansehen könnten. Ab dann läuft dann erst tatsächlich die Frist.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Frau Vorsitzende, würden Sie mir gestatten, dass ich noch ein Wort sage?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Natürlich. Dann würde ich die Fraktionen bitten, mal einen Moment ruhig zu sein. Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich wollte nur sagen: Ich hatte genügend Zeit, mir etwas zu überlegen. Das Ergebnis war: Der Streit über die Bedeutung einer angeblichen Weisung aus dem Jahre 83, die auf die wissenschaftliche Aussage des damaligen Untersuchungsberichts der PTB keinen Einfluss hatte, übersteigt mein Verständnis für verantwortliches Regierungshandeln bei einer wichtigen nationalen Aufgabe.

Das Moratorium von 2000 sollte nun endlich beendet werden, um Gorleben so oder so als Endlagerstandort zu begründen oder zu widerlegen, und dies insbesondere auch im Interesse der Bürger, die endlich wissen wollen, wie es denn nun weitergeht. Diese Unsicherheit, mit der die Menschen dort leben, das ist etwas, was mich sehr belastet.

Das wollte ich doch hier auch sagen. Ich hoffe sehr - das ist mein inniger Wunsch; das meine ich ganz ehrlich -, dass das Ergebnis dieses Untersuchungsberichtes einen positiven Push für eine Weiterarbeit auf dem wichtigen Gebiet gibt und nicht ein ständiges Verzögern, wie es die letzten Jahrzehnte gewesen ist. Das Moratorium von zehn Jahren war ein echter Schaden. Das habe ich unlängst in Hannover auch schon gesagt. Ich wiederhole das bewusst.

Verzeihen Sie, dass ich vielleicht meine Kompetenzen hier überschritten habe. Aber ich wollte das gerne loswerden.

(Beifall bei Abgeordneten der
CDU/CSU und der FDP)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kind, ich danke Ihnen sehr herzlich. Persönlich, als Abgeordnete kann ich dem beipflichten. Als Vorsitzende bin ich natürlich zu strikter Neutralität verpflichtet. Darüber hinaus muss ich sagen, dass dieser Untersuchungsausschuss sich lediglich mit der Vergangenheit beschäftigt, insbesondere mit den Vorgängen um 1983. Aber all das, was darüber hinausführt, nämlich Regierungshandeln in die Zukunft erfordert, ist per Gesetz dem Untersuchungsausschuss gar nicht zugänglich. Deshalb kümmern sich darum jetzt die Bundesregierung und das Parlament in Form von Umweltministerium und Umweltausschuss.

Ich bedanke mich bei allen Anwesenden ganz herzlich für die Arbeit heute und wünsche einen schönen Abend. - Herr Edathy, machen wir noch eine Beratungssitzung?

Sebastian Edathy (SPD): Ich muss noch etwas sagen. Ich möchte es für das Protokoll festgehalten wissen und bitte auch darum, dass wir künftig darauf achten, dass es sich nicht wiederholt. Es ist nicht die Aufgabe von Zeugen, hier im Anschluss an ihre Einvernahme allgemeinpolitische Statements abzugeben. Punkt. Das ist nicht die Aufgabe von Zeugen. Das möchte ich festgehalten wissen.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Er sagt
doch nur die Wahrheit!)

- Haben Sie ihm das aufgeschrieben, oder?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte gerne für das Protokoll festgehalten wissen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann machen wir eine Beratungssitzung. Nur, damit das klar ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigung, so geht es aber nicht. Wenn er etwas sagt, dann - -

(Unruhe - Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe jetzt keine Lust mehr; sonst machen wir eine Beratungssitzung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, dann machen wir das. Das geht doch nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Kollege Grindel wünscht noch eine Beratungssitzung. Wir geben jetzt Herrn Professor Kind die Möglichkeit, diesen Raum geordnet zu verlassen, und dann machen wir eine Beratungssitzung. Ich finde das prima.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
20.58 Uhr - Folgt Fortsetzung des
Sitzungsteils Beratung, II: Nichtöffentlich)

Dr.-Ing. Helmut Röthemeyer

Datum: 03.08.10

Frau
Margot Heimbach
Leiterin Sekretariat, PA 25
Dorotheenstraße 88
10117 Berlin

1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
Eingang: 04. Aug. 2010
Tgb.-Nr. <i>126</i>

Stenografisches Protokoll meiner Vernehmung als Zeuge vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode am 1. Juli 2010
Geschäftszeichen: PA 25- -5432

Sehr geehrte Frau Heimbach,

anbei erhalten Sie Änderungsvorschläge zu meiner Amtsbezeichnung und zum Protokoll.

Meine Amtsbezeichnung war Direktor und Professor, der heute der Zusatz a. D. zugesetzt werden müsste. Ich schlage daher zur Vereinfachung vor, wie im Briefkopf angegeben zu verfahren.

Änderungsvorschläge zum Protokoll finden Sie auf den Seiten 4,5,7,9,11,14,16,23,29,37. Bis auf zwei Ausnahmen dienen sie der besseren Lesbarkeit der inhaltlichen Aussage oder der Korrektur von Schreibfehlern. Die Ausnahmen sind entweder Übertragungsfehler oder Versprecher meinerseits, was aus dem Zusammenhang oder meiner Eingangsstellungnahme klar hervorgeht:

1. Seite 5: Hier spreche ich ganz eindeutig nur von der Schachanlage Konrad, nicht von der Asse.
2. Seite 23: Hier spreche ich eindeutig von der Schachanlage Konrad, nicht dem Endlagerprojekt Gorleben.

Zur Frage/Aussage von Frau Dorothee Menzner auf Seite 22 möchte ich eine ergänzende Antwort geben. Sie dürfte auch für die anderen Mitglieder des Ausschusses von Interesse sein.

Es geht um die Frage des bestmöglich geeigneten Standortes. Dieser könnte gefunden werden, wenn es einen Langzeitsicherheits-Nachweis im naturwissenschaftlichen Sinne gäbe. Da ich den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) vorzeitig verlassen habe, habe ich in Schreiben an das BfS und den BMU vom 16.08.2002 zum Diskussionsstand des AkEnd von Juli 2002 u. a. geschrieben:

2002 u. a. geschrieben:

„Hier wird der Sicherheitsnachweis angesprochen. Einen solchen Nachweis im Wortsinn kann es nicht geben. In der bereits zitierten OECD/NEA-Publikation wird daher von vertrauenswürdiger Sicherheitsbewertung gesprochen. Auch die Entsorgungskonvention benutzt nur das Wort „Bewertung“ (z. B. Artikel 6,8,9,13,15,16). Begründung s. u. a. Herrmann und Röthemeyer Seiten 255ff. In der Broschüre sollte daher das Wort Sicherheitsnachweis durch Sicherheitsbewertung ersetzt werden.“

Das Wort „Langzeitsicherheitsnachweis“ wird (leider) auch im Abschlussbericht des AkEnd noch benutzt und kann so zu dem Missverständnis führen, dass ein sicherheitsmäßig bestmöglicher Standort gefunden werden kann.

[REDACTED]

[REDACTED]

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

berührte aber natürlich auch andere Gesichtspunkte.

Das Interview mit der *faz* hatte ich selbst als Chance gesehen, auf die seit 1983 veränderten Rahmenbedingungen und die Erkundungsergebnisse hinzuweisen. Ich muss betonen, dass der Journalist, der mich interviewt hatte, ein alter Bekannter von mir war - wir hatten früher schon vor Ort miteinander gesprochen -, sodass ich eigentlich davon ausging, dass mein Interview vollständig wiedergegeben würde. Leider war das nicht der Fall. Das sich aus den neuen Rahmenbedingungen und den Erkundungsergebnissen heute ergebende positive Bild für die Entsorgung und den Standort Gorleben passte aber offensichtlich nicht in das Skandalszenario, was leider durch das *faz*-Interview in die Politik kam.

Mir ist leider auch ein ähnliches Schicksal im Politmagazin *Kontraste* widerfahren. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, aber ich habe einen Vermerk über dieses Interview meinen Ausführungen beigelegt, sodass jeder sehen kann, wie heute manche Interviews so verkürzt wiedergegeben werden, dass sie die Realität nicht sachgerecht wiedergeben.

Jetzt möchte ich zunächst auf die Gründe eingehen, das Thema „Alternative Standorte“ 1983 unter Fachleuten zur Diskussion zu stellen. Ich zitiere hierbei auch persönliche Schreiben, die ich bislang in der Öffentlichkeit nicht breitgetreten habe - ich habe mich auch nicht darauf bezogen -, nur deshalb, weil sie im Internet inzwischen veröffentlicht sind, um den Standort Gorleben als nicht-geeignet erscheinen zu lassen.

Zur Zulässigkeit dieser Veröffentlichung nimmt der BMU mit Schreiben vom 04.11.2009, und zwar der ehemalige Leiter des Pressereferates, wie folgt Stellung:

Eine Prüfung des Vorgangs durch den Datenschutzbeauftragten des Bundesumweltministeriums hat bestätigt, dass die ... Daten nicht von den Bestimmungen des Datenschutzrechts gedeckt war. Daher wurde unverzüglich nach Eingang Ihres Schreibens veranlasst, dass alle in den Anhängen des Berichts enthaltenen persönlichen Daten unkenntlich gemacht werden ...

Ich habe mich überzeugt, dass das dann auch der Fall war; aber natürlich können Sie und kann jeder leicht die ungeschwärzten Daten aus dem Internet holen. Was da mal

drin ist, das bleibt darin bestehen. Ich habe zum Teil auch jahrzehntealte Dinge aus dem Hannoverschen Wendland dort wiederentdeckt.

Ich gehe jetzt aber auf die Gründe ein, die uns damals veranlassten, das zu tun. Wie gesagt, zitiere ich drei Professoren, von denen ich zumindest zwei bislang noch nicht erwähnt habe.

Zum einen ist es Professor Memmert. Er war Leiter des Forschungsvorhabens des BMFT „Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung“, kurz PSE; ich werde dieses Kürzel später öfter benutzen. Er schrieb mir am 02.08.1982:

Zwar hoffe und glaube ich, daß wie oben erwähnt der Nachweis der Sicherheit des Endlagers Gorleben möglich sein wird, möglicherweise jedoch erst nach langem Kleinkrieg und hohem Aufwand! Und das für einen Standort, der doch nur ‚einer der zweitbesten‘ sein dürfte.

Professor Duphorn schrieb - ich glaube, sogar aus Wellington; er ist Quartärgeologe und war von uns als Fachmann auch für die Quartärgeologie am Standort Gorleben beschäftigt - einfach: „Erkundung anderer Standorte“.

Das schwierigste Kapitel der Professoren, die ich ~~jetzt~~ aufzähle - das für mich schmerzlichste, aber dann doch hoffnungsvollste -, ereignete sich mit Professor Herrmann. Professor Herrmann ist Mineraloge und Geochemiker. Er schrieb am 28.04.1983:

Auf Grund der geologischen Situation im Untergrund der Bundesrepublik Deutschland sowie unter Beachtung zukünftiger Probleme (z. B. Wasserversorgung) sehe ich für unser Land in absehbarer Zeit keine realisierbare Alternative zu der geplanten Endlagerung radioaktiver Abfälle in Salzstöcken Norddeutschlands.

Jetzt ein anderer Satz:

Wenn die Wissenschaftler keinerlei Möglichkeiten zur Erkundung weiterer Evaporitkörper erhalten, stehe ich vor einer Weiche. Ich muss dann in Erwägung ziehen, ob für mich überhaupt noch ein Spielraum gegeben ist für weitere Beiträge zu einer möglichst optimalen und wissenschaftlich fundierten Realisierung des Salzstock-Konzeptes.

HJ

Hier möchte ich eine Anmerkung machen. Der dauerhafte Rückzug von Professor Herrmann wäre für die PTB ein kaum zu ersetzender Verlust gewesen. Nur Professor Herrmann hat uns seit 1978 auf das mögliche Vorkommen von Lösungen vorbereitet, wie sie im Salzstock Gorleben und über einen Tiefenbereich von rund 2 000 Meter angetroffen wurden. Auch dies wird natürlich durch ein Literaturzitat belegt.

Jetzt der zweite fachliche, sachliche Gesichtspunkt, der bekannt sein dürfte, den ich aber wiederholen möchte; er betrifft die Barrieren Deckgebirge und Salzstock. Bei einem Endlagerkonzept in einem bergbaulich zu erschließenden Salzstock stellt der Salzstock die bei weitem wichtigste Barriere für die Langzeitsicherheit dar. Die Bewertung dieser Barriere war vor der untätigen Erkundung mit großen Unsicherheiten behaftet.

Bei einer Nichteignung des Standortes Gorleben wegen unzureichender Barrieren Deckgebirge bzw. Salzstock wären Jahrzehnte vergangen, bis ein neuer Standort benannt, erkundet und ein Endlager nach einem Planfeststellungsverfahren errichtet worden wären. Der zwischenzeitlich angefallene und oberirdisch zu lagernde radioaktive Abfall hätte nur in Jahrzehnten eingelagert werden können.

Damals gingen wir von einer Kernkraftwerkskapazität, wie es auch im umfassenden Zwischenbericht steht, von 50 Gigawatt, das heißt etwa 50 Großkraftwerken, und einer Betriebsdauer des Endlagers von 50 Jahren aus. Der Entsorgungsbeitrag der Schachanlage ~~Asse~~ war noch nicht klar. Der Plan Konrad wurde erst 1986 eingereicht. Ich möchte jedoch anmerken, dass das von der PTB entwickelte endlagergerechte Erfassungssystem für radioaktive Abfälle schon früher zu ersten Vorstellungen über die Einlagerungskapazität dieser Schachanlage geführt hat. Wir haben schon 1978 diese endlagergerechte Erfassung bewusst vorgenommen und vorbereitet, weil die Bedingungen in der Asse für eine endlagergerechte Bewertung der Sicherheit nicht ausreichend waren.

Jetzt möchte ich die aufgeführten Gründe aus heutiger Sicht bewerten. Leider ist es mir bisher nicht gelungen, diese Gründe irgendwie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Zunächst möchte ich auf Professor Memmert zu sprechen kommen. Professor Memmerts Bewertung beruht auf einem Vergleich der Deckgebirgssituation am Standort

Gorleben mit der am damals geplanten dänischen Endlagerstandort Mors. An beiden Standorten sollten völlig unterschiedliche Endlagerkonzepte realisiert werden. In Deutschland musste die vergleichbar große Abfallmenge, 50 Gigawatt, in ein Endlagerbergwerk eingebracht werden. In Dänemark sollten für eine Kernkraftwerkskapazität von 6 Gigawatt Tiefbohrlöcher von 2 500 Meter für die Endlagerung nur von hochaktivem Abfall in einen tief liegenden Salzstock gebohrt werden.

Da der Salzstock nur unmittelbar um diese Tiefbohrlöcher erkundet werden konnte, kam dem Deckgebirge im Gegensatz zu Gorleben, worauf ich später noch eingehe, eine entscheidende Barrierenfunktion zu. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Salzendlagerbergwerks in Deutschland und der Konzepte in Dänemark und den Niederlanden wurden 1984 federführend von der PTB erarbeitet und auf Einladung der Internationalen Atomenergie-Organisation auf einer internationalen Konferenz vorgetragen.

Mein Antwortschreiben vom 09.08.1982 an Professor Memmert wurde ebenfalls im Internet veröffentlicht. Der BMU hielt in seinem Bericht nur den Satz aus meinem Brief an Herrn Memmert für erwähnenswert:

Wir müssen in dieser Frage zu einer vertieften und vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen, um im Interesse der Entwicklung der Kerntechnik in unserem Lande auf Fakten basierende Entscheidungen fällen oder vorbereiten zu können.

Der BMU hielt nur diesen Satz für erwähnenswert. Die entscheidenden Sätze wurden aber weder vom BMU gewürdigt noch vom investigativen Journalismus erkannt.

Diese Sätze weisen darauf hin, dass die Störfallbetrachtungen über den Wasserpfad von den in einem PTB-Bericht - ich will den langen Titel jetzt nicht vorlesen - beschriebenen umfassenden Störfallmöglichkeiten auszugehen haben. Jetzt füge ich das doch ein; der Bericht hieß: „Störfälle als Folge des Zuflusses von Wässern oder Salzlösungen in ein Salinar-Bergwerk in steiler Lagerung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“. Auch dieser Bericht wurde als Infoblatt schon 1982 veröffentlicht, war also eigentlich jedem bekannt, hätte jedem bekannt sein können.

Der zweite Punkt, den ich geschrieben habe, ist, dass die Quantifizierung und die

sich bei dem Gespräch mit den Ressorts am 11.05.83 um eine Weisung oder nur um eine Bitte oder Empfehlung - diese ganzen Begriffe habe ich aus dem Internet - gehandelt hat, mögen die Juristen entscheiden. Für die heutige Situation ist dies wirklich völlig irrelevant. Ich persönlich habe die Forderung aber als Weisung verstanden und laut Protokoll Folgendes gesagt:

Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen.

Mir war hierbei klar geworden, dass es sich um eine entsorgungspolitische Entscheidung handelt, die eine Fachbehörde hinnehmen muss. Argumentiert wurde nämlich entsorgungspolitisch: Unruhen an anderen Standorten und Ähnliches.

Der BMI hat abschließend nach Protokoll folgende Meinung vertreten:

BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Rein wissenschaftlich-technische Bewertungen hätte die PTB niemals gegen ihre Überzeugung geändert, wie ich vorhin an dem Beispiel des Ziegler-Briefes gezeigt habe. Dies hat auch der damalige Präsident, den Sie ja auch heute noch vernehmen, Professor Dr.-Ing. Dieter Kind, vor dem Untersuchungsausschuss Asse des Niedersächsischen Landtages betont:

In fachlichen Fragen haben wir ganz bestimmt keine Einflussnahme gegen unseren Willen und unsere Überzeugung akzeptiert.

Die Chance, geeignete Standorte auszuwählen, ist sicherlich auf der Basis verbindlicher Kriterien größer als beim Fehlen dieser Voraussetzung. Entscheidend sind jedoch die Befunde am Standort selbst; das sage ich nicht nur als ~~seine~~ Meinung, das wurde auch international mit diesem Ergebnis diskutiert.

~~Diese Befunde~~ und die sie begleitenden wissenschaftlichen Arbeiten führten zu einer Wiederannäherung zwischen der PTB und Professor Herrmann. Das wurde in einem Leserbrief an die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vom 17.10.1985 deutlich. Hier nahm Professor Herrmann Stellung zu einem Bericht in dieser Zeitung und zu zwei Leserbriefen. Es ging um einen Vortrag, den ich vor der Gorleben-Kommission am 12.09.85 gehalten habe. Die Gorleben-Kommission war ein Zusammenschluss von Kommunalvertretern im Wend-

land. Sie wurde geleitet vom damaligen Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill, und sie diente dem Zweck, die politischen Vertreter aus den Kreisen, aus dem Wendland jederzeit über den neuesten Stand informieren zu können, und wir standen auch immer bereit für Informationen jeder Art.

Ich hatte den Vortrag dort gehalten, und ich möchte aus dem Leserbrief von Professor Herrmann zwei Sätze sagen:

Die von Prof. Röthemeyer gemachten Annahmen sowie ihre graphische Darstellung sind wissenschaftlich korrekt. ... Ich kenne das Gefühl der Demütigung, wenn Endlagerkreise und Politiker glauben, auf wissenschaftlich fundierte Argumente mit persönlichen Diffamierungen und Unterstellungen antworten zu müssen.

Dies war eine von vielen Gelegenheiten, wo ich Professor Herrmanns Ethos als Hochschullehrer bewunderte, nämlich sein Bestes zu tun, um als akademischer Forscher und Lehrer der Wissenschaft zu dienen und die akademische Jugend im Geiste der Wahrheit zu erziehen, zu der Sie, Frau Vorsitzende, mich vorhin ja auch verpflichtet haben.

Die intensivste Phase der Zusammenarbeit mit Professor Herrmann begann jedoch 1986 nach der PTB-Veröffentlichung *Langzeitsicherheit von Endlagern - Zeitrahmen für Sicherheitsbetrachtungen - Bewertung der Subrosion des Salzstocks Gorleben*. In dieser Arbeit wird ein Toxizitätsvergleich der Abfälle aus der Kohleverbrennung und den Kernkraftwerken vorgenommen. Er bestätigte die schon lange von Professor Herrmann erhobene Forderung, dass den chemisch-toxischen Abfällen dieselbe Bedeutung beizumessen ist wie den radioaktiven. Mit den Worten: „Herr Röthemeyer, wir haben uns immer noch was zu sagen“, kommentierte er diese Arbeit.

Unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet führte 1998 zu einem gemeinsamen Buch: *Langfristig sichere Deponien: Situation, Grundlagen, Realisierung*, in dem erstmals Vergleiche radioaktiver und chemisch-toxischer Abfallströme auf einer gemeinsamen Bewertungsbasis vorgenommen werden. Für die Bewertung des Standortes Gorleben und seines Deckgebirges war aber auch die Aussage entscheidend, dass das Isolationspotenzial geologischer Systeme bis zu etwa 1 Million Jahre bewertet werden kann. Als ich diese Aussage zum ersten Mal

Im
Die
Erkann-
dungs-
befunde

Standorten Konrad und Gorleben als beispielhaft zitiert. Viele haben uns beneidet, dass wir solche klaren, eindeutigen Naturbeobachtungen an unseren Standorten machen konnten.

Die Akzeptanzfrage ist bei Gorleben mit der Erkundung anderer Standorte bis in die Gegenwart hinein verknüpft worden. Aber auch diese Frage muss aus heutiger Sicht neu bewertet werden. Die PTB hat die bei Gorleben strittige Frage des Massenverlustes, der Subrosion des Salzstockes, mit globalen Daten verglichen. Die Geologen gehen ganz allgemein bei Salzlagerstätten von einer Halbwertszeit, also einer Zeit, wo die Hälfte der Lagerstätte abgelaugt wurde, von 200 Millionen Jahren aus. Der Standort Gorleben wurde auf dieser Basis mit globalen, bis zu 570 Millionen Jahre alten Evaporiten mit folgendem Ergebnis verglichen: Die Standortdaten sind im Einklang mit den globalen Daten, sodass die Untersuchung anderer Salzstockstandorte diesbezüglich keine besseren Ergebnisse erwarten lässt. - Auch die Befunde im Innern des Salzstockes, über die ich schon berichtet habe, nämlich keine Teilnahme am Wasserkreislauf im geplanten Endlagerbereich seit über 200 Millionen Jahren, könnten eigentlich besser nicht sein.

Neuere Bewertungen gibt es auch hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Endlagerstandorten. Die Findung eines sicherheitsmäßig bestmöglichen Standortes ist aus naturwissenschaftlichen Gründen nicht möglich. Möglich ist jedoch eine Eignungsaus-sage. Sie muss auf Naturbeobachtungen und Sicherheitsanalysen unter Beachtung verbindlicher Kriterien beruhen. Ich möchte Sie jetzt nicht damit langweilen, dass ich Ihnen die Grundlagen der Bewertungsbasis für Endlager jetzt - von Galilei angefangen bis Heisenberg - zitiere; ich möchte Ihnen das nur anhand einer Kant-Adaption klarmachen. Kant hat in seiner *Kritik der reinen Vernunft* gesagt, dass Begriffe ohne Anschauung leer und Anschauungen ohne Begriffe blind sind. Für Endlager gilt analog: Naturbeobachtungen ohne Sicherheitsanalysen sind blind, und Sicherheitsanalysen ohne Naturbeobachtungen sind leer.

Jetzt komme ich langsam zum Ende, und ich bitte um Entschuldigung, dass ich vielleicht etwas zu lange geredet habe. Ich möchte auf mögliche Folgen eingehen, falls Gorleben heute nicht geeignet ist. Wir haben ja nur einen kleinen Bereich untersucht, und ich habe die Bewertung aus unserer Sicht

dargelegt. Heute sind in Deutschland 20 Gigawatt am Netz. Die Wiederaufarbeitung entfällt mit ihrem Anteil von etwa 40 Prozent an den radioaktiven Abfällen, damals 24 000 Kubikmeter pro Jahr. Ein zweites Endlager ist in der Errichtungsphase, nämlich Konrad. Es kann etwa 90 Prozent der anfallenden radioaktiven Abfälle aufnehmen. Bis 2040 werden - unter Berücksichtigung des Ausstiegsszenariums, muss ich sagen - insgesamt unter 300 000 Kubikmeter an Abfällen für Konrad und unter 30 000 Kubikmeter wärmeentwickelnde Abfälle für ein Endlager vom Typ Konrad anfallen. Die bisherige Bewertung der untertägigen Erkundungsergebnisse lässt uns hoffen, dass Gorleben für die in Deutschland anfallenden wärmeentwickelnden Abfälle geeignet ist. Falls Gorleben sich trotzdem als ungeeignet erweisen sollte, stellt die Zwischenlagerung dieser geringen Abfallmengen, nämlich 30 000 Kubikmeter, kein technisches Lagerproblem dar.

Gestatten Sie mir auch noch ein Fazit und einen Appell. In Deutschland dauern die Diskussionen um die Endlagerung radioaktiver Abfälle, insbesondere am Standort Gorleben, bereits mehrere Jahrzehnte. An keinem anderen Beispiel ist die Disparität zwischen wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen und Schlussfolgerungen einerseits sowie wechselnden Ideologien, Interessen und Einflüssen andererseits so deutlich geworden wie an dem geologischen System des Salzstocks Gorleben. Bis heute konnten daher im Wesentlichen nur Naturbeobachtungen zum Salzstock Gorleben gemacht werden. Verlässliche Sicherheitsanalysen auf der Basis der vorgestellten Szenarien waren wegen der noch nicht erfolgten vollständigen untertägigen Erkundung nicht möglich. Viele Jahre sind hier nutzlos verstrichen. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben sollte nun zügig wieder aufgenommen werden, damit nicht auch hier unsere Enkel- und Urenkelgeneration unsere Probleme lösen muss. Diese dürften kaum noch über die Reserven verfügen - ich erwähne Schulden, Ressourcenverknappung, demografische Entwicklung und die Fachkunde beim Ausstieg aus der Kernenergie -, um ein sicheres Endlager zu bauen und zu betreiben.

Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herr Professor Röthemeyer, ganz herzlichen Dank für Ihre ausführlichen Anmerkungen. -

Ich habe auch dem Journalisten genau das gesagt: „Wollen Sie diese alten Kamellen noch mal bringen?“ Ich kann mich an seine Antwort nicht mehr erinnern; aber ich habe aus Fairnessgründen gehofft, dass dieser mit der Situation in Gorleben vertraute Journalist wenigstens in einem Nebensatz darauf hinweist, dass das eine Diskussion war, die bereits 1983 stattgefunden hat.

Ist das eine klare Antwort? - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt habe ich es verstanden. - Es geht ja letztendlich bei der Fragestellung, die wir hier betrachten, insbesondere darum, ob aus politischen Gründen der Bericht manipuliert worden ist, ob er dahin gehend manipuliert worden ist, dass möglicherweise sicherheitsrelevante Fakten, die im Entwurf des Berichtes noch vermerkt waren, dann im endgültigen Bericht nicht mehr vermerkt waren und dass von daher die alleinige Untersuchung des Standortes Gorleben sicherheitsrelevant die schlechtere Alternative ist. Sie haben nun in Ihren Ausführungen eben mehrfach darauf hingewiesen, dass sich die PTB niemals darauf eingelassen hätte, Fakten, die für sie in irgendeiner Art und Weise sicherheitstechnische Relevanz haben, in diesem Bericht nicht unterzubringen. Sie haben dabei unter anderem auf die Formation des Salzstocks - sprich: auf das Anhydrit - hingewiesen, aber auch auf mögliche Lösungszuflüsse und auf die Formation des Deckgebirges. Könnten Sie dazu noch mal etwas sagen? Befinden sich Hinweise auf diese drei Fragestellungen nun in dem endgültigen Bericht, oder hat sich die PTB da irgendwie auf Modifikationen eingelassen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich hatte an dem Beispiel schon gesagt, dass -- Damit es noch klarer wird: In dem Schreiben des BMFT wurden zwei wichtige Punkte, zumindest für die Öffentlichkeit und in der Presse wichtige Punkte, genannt. Das eine war, dass wir uns in dieser zusammenfassenden Bewertung nicht an den Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle, die die Reaktor-Sicherheitskommission erstellt hat und die der Innenminister uns als zur Beachtung auferlegt hat oder angewiesen hat, orientieren sollten. Das war für mich eine - sagen wir einmal - didaktische Sache, um die zusammenfassende Bewertung leichter lesbar zu machen. Ich habe mich bei der anschließenden Informations-

veranstaltung vor dem Schachtabteufen im Wendland wieder an der alten Form orientiert, indem ich in einem ersten Vortrag auf die Kriterien eingegangen bin, und mich in dem abschließenden Vortrag, wo die Bewertung des Salzstocks erfolgte, genau wieder an diesen Kriterien, zum Beispiel Deckgebirge Salzstock oder was auch immer da als Überschriften steht, orientiert. Das war für mich eine Frage der leichteren Lesbarkeit ~~oder~~ überhaupt kein Problem.

H aber

Der zweite Punkt, der wichtig ist oder in dem Schreiben angesprochen wird, ist die Frage des Störfallszenariums Hauptanhydrit. Wir sollten das weiter sozusagen an den Rand der Betrachtung rücken, und das haben wir nicht gemacht. Ich wiederhole mich hier: Störfälle kann man nur betrachten, wenn man die Rahmenbedingungen für die Störfälle vorher klar nennt. Deswegen ist das Störfallkapitel so geblieben, wie es von Anfang an war, und zwar auch nicht klein, sondern auf 29 Seiten. Daran hat sich also nichts geändert.

Auch das Wort „hypothetischer Störfall“, was dann später auch von der Zeitung übernommen wurde, ist in diesem Fall fachlich falsch. In dem Gespräch über die Probleme oder über die Fragen interdisziplinären Charakters mit Professor Duphorn und anderen hatten wir alle Fachleute zu diesen einzelnen Störfallszenarien bei uns versammelt, und alle haben uns attestiert, dass unser Bericht vom Schachtabteufen bis hin zu wissenschaftlichen Untersuchungen an Lösungen usw. fachlich korrekt ist, also nicht hypothetisch, sondern fachlich korrekt und sachlich bedingt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Vorwurf, Herr Professor Röthemeyer, der Bericht sei bezüglich sicherheitstechnischer Aussagen geschönt, ist demnach falsch?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Der ist auf jeden Fall falsch. Das Einzige, was wir an Anregungen oder Weisungen oder Empfehlungen übernommen haben - wie gesagt, damit sollten sich die Juristen beschäftigen -, ist, die Frage der alternativen Standorte nicht mit der Bewertung des Salzstocks Gorleben zu verknüpfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Röthemeyer, ist denn jemals von irgendjemandem der Fachleute, die da zusammen waren, infrage gestellt worden,

und gerade wegen Gorleben -, dass die sich persönlich, immer bezogen auf diesen Zeitraum, mehr eingeschaltet haben in die Diskussion?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Sie haben sich beide, Bundeskanzler Schmidt und auch Herr von Bülow, wegen der Beziehungen zu dem Grafen von Bernstorff vor Ort gezeigt und haben unterstützend für unsere Arbeit gewirkt, aber nie auch nur die geringste Andeutung gemacht, irgendetwas fachlich anders zu bewerten, als wir ihnen das dargestellt haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben über die entsorgungspolitischen Überlegungen, was die Frage eines alternativen Standorts angeht, gesprochen. Da würde ich auch gerne nach der Kontinuität fragen, weil nämlich in den Unterlagen sich auch Hinweise finden, dass schon bei einem Gespräch der Minister Baum und von Bülow mit Frau Breuel, auch in Vorbereitung des Besuches von Helmut Schmidt bei der SPD-Landtagsfraktion, sich immer wieder der Hinweis findet - ich sage es jetzt mal mit meinen Worten etwas lax -: Nun lasst erst mal Gorleben zu Ende erkunden, bevor wir an anderer Stelle - Sie haben das angesprochen mit den möglichen Akzeptanzproblemen dort in der Bevölkerung - alternative Standorterkundungen anfangen. - Würden Sie sagen, dass diese entsorgungspolitischen Überlegungen, die Sie, bezogen auf Ihren Zwischenbericht, für das Jahr 1983 angesprochen haben, eigentlich so exakt auch schon bei der Vorgängerbundesregierung herrschend waren?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: An diesen Gesprächen, die Sie erwähnen, habe ich nicht teilgenommen. Ich weiß nur aus dem Internet, dass es auch eine Vorlage - ich glaube, Bundeskanzler Schmidt - gab, wo in ähnlichen Formulierungen gesagt wird, dass man alternative Standorte erkunden sollte, sozusagen vorsorglich, um im Falle, dass Gorleben nicht geeignet ist, eine Alternative zu haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bei dieser Alternative damals, die Sie angesprochen haben, ist die Frage: Welche Beweggründe haben da eine Rolle gespielt? Ja wohl nicht nur der eines Zweifels, dass vielleicht der Standort nicht zur Verfügung steht, sondern die Frage: Welche Bedeutung haben auch

Kapazitätsfragen damals gehabt? War bei Ihnen auch eine Überlegung, dass es ja damals um viel mehr und größere Mengen ging angesichts der 50 Großkraftwerke, die Sie angesprochen haben, als wir etwa heute unterzubringen haben?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das nicht eine Suggestivfrage?)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich habe die Frage ja kurz angesprochen, dass die größeren Abfallmengen, die wir hatten, auch vor dem Hintergrund der Schachtkapazität - wir hatten damals ja schon den Schacht sehr großzügig geplant - bei einem jahrzehntelangen Entsorgungsnotstand, falls Gorleben nicht geeignet wäre, durchaus hätten zwischengelagert werden müssen. Meine Gedanken, vorsorglich andere Standorte zu untersuchen, beruhen also auf diesen von mir schon genannten Gründen. Aber damals gingen wir ja davon aus, dass die Entwicklung der Kerntechnik unter Bundeskanzler Schmidt benutzt wurde oder als notwendig angesehen wurde, um zukünftige Energiekrisen zu vermeiden.

Ich ging also persönlich davon aus, dass die Kerntechnik in Deutschland langfristig genutzt wird. Und wenn ich vorsorglich einen anderen Standort erkunde, dann heißt das auch, dass, wenn Gorleben in seiner Kapazität erschöpft ist, ein anderer Standort zur Verfügung steht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne noch mal nach dem Gespräch am 11. Mai 1983 in Hannover fragen. Wir hören, wie Sie wissen, nachher Herrn Illi, der darüber eine handschriftliche Notiz - nennen wir es ein Protokoll - angefertigt hat. Hat er das eigentlich auf Ihren Wunsch getan?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das hat er in der Tat. Ich war ja damals der Verantwortliche in diesem Gespräch und habe ihn gebeten, das festzuhalten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist von ihm in Briefen im Rahmen der Aktivitäten einer Arbeitsgruppe der Bundesregierung kurz vor der Bundestagswahl, um die Vorwürfe von Herrn Gabriel zu prüfen, berichtet worden, dass das Klima dieses Gespräches sehr schlecht gewesen sein soll, was natürlich zur Ausschmückung, sage ich mal, einer

das durchaus diskutieren können. Aber Sie haben recht: Explizit ist die Frage alternativer Standorte nicht im Auftragsschreiben drin gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage der alternativen Standorte haben wir jetzt intensiv geklärt. Da gab es einen Dissens; das soll auch nicht wegdiskutiert werden. Das kann man entsorgungspolitisch so und fachlich möglicherweise anders sehen.

Für die politische Diskussion im Bundestagswahlkampf 2009 ist ja die Frage: Hat dieser Umstand, dass man das damals dann nicht hineingenommen hat, wie Sie es vorgeschlagen hätten und es sich auch in einem Vorentwurf gefunden hat, irgendeine Bedeutung für die Frage, ob Gorleben eignungshöflich ist oder nicht? Das heißt: Hat es für die fachliche Ausrichtung des Kerns, nämlich die Empfehlung, in die untertägige Erkundung zu gehen oder nicht, irgendeine Bedeutung?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich glaube, ich habe vorhin das Wort „irrelevant“ benutzt. Es ist völlig bedeutungslos heute.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Heute?)

Ja, ich kann nichts anderes sagen. Es ist heute völlig bedeutungslos, weil die Randbedingungen sich geändert haben und wir heute mehr über den Standort Gorleben wissen. Wir haben das Thema auf einer internationalen Konferenz in Cordoba diskutiert - das habe ich, glaube ich, auch schon angedeutet -, wo darauf hingewiesen wurde, dass bei verlässlichen Kriterien die Chance, einen guten Standort zu finden, sicherlich größer ist, als wenn man diese nicht hat. Aber letztlich ist allein entscheidend, was wir vor Ort finden. Und was wir vor Ort gefunden haben, ist so positiv - und ich hoffe, ich habe das übermittelt -, dass man diese Frage aus heutiger Sicht als völlig bedeutungslos ansehen muss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gestatten Sie mir, weil ich ja immer ein bisschen daran denken muss, was die Opposition aus so einer Ihrer Aussagen macht: Dass das heute der Fall ist, ist klar. War es auch 83 im engeren Sinn irrelevant? Hat also mit den Augen des Jahres 83 - denn da ist ja die Entscheidung gefallen, wie man den Bericht abfasst -

für die Entscheidung, ob man empfehlen kann, in die untertägige Erkundung einzusteigen, das irgendeine Bedeutung, oder ist es nicht im Grunde genommen eine darüber hinausgehende Empfehlung, die aber über Gorleben als solches nichts aussagt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Für unsere Entscheidung oder Empfehlung an die Bundesregierung, unter Tage zu gehen, ist es völlig bedeutungslos, weil wir gesagt haben und auch wussten, schon aufgrund der Befunde, die wir damals hatten, dass der Salzstock Gorleben eignungshöflich ist, wie wir das nannten, oder dass die Hoffnung besteht, dass er geeignet ist, dass wir aber unter Tage gehen müssen, weil bei einem Endlagerbergwerk in einem Salzstock der Salzstock die Hauptbarriere sein muss. Und wir wussten relativ wenig darüber. So was kann man auch nicht erbohren; dann zerstört man praktisch das Isolationspotenzial des Salzstocks. Da kann man nur durch so wenig Schächte wie möglich hineingehen und dann von unter Tage aus das Bergwerk erkunden.

Also auf diese Entscheidung und diese Empfehlung -- Ich habe mich da ja auch mit Herrn Professor Herrmann verquer gelegt, weil er eine andere Empfehlung gemacht hat, und diese habe ich nicht geteilt. Ich persönlich und meine ganze Abteilung haben gesagt: Wir müssen unter Tage gehen, um hier bessere Erkenntnisse zu gewinnen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wobei, wenn ich das richtig sehe aus den Akten, zwei, drei Jahre später Herr Professor Herrmann Ihnen einen Brief geschrieben und gesagt hat, eigentlich seien seine Bedenken ja jetzt zurückgestellt und er fühle sich sogar von denen, denen er eigentlich etwas Gutes tun wollte, ein bisschen missbraucht. Ist das richtig? Weil wir Herrn Professor Herrmann ja wahrscheinlich in diesem Ausschuss auch sehen werden, ist das eine nicht unbedeutende Frage.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Vielleicht eine persönliche Bemerkung zu Professor Herrmann: Sie müssten sich da erkundigen. Er ist gesundheitlich nicht in so einem Zustand, ^{so} dass er möglicherweise aus medizinischen Gründen hier nicht erscheinen kann. Aber da müssen Sie ihn natürlich persönlich fragen.

H J

zität vorhanden war. Diese beiden Faktoren zusammen führten zu einem doch erheblich höheren Abfallanfall. Ich hatte ja vorhin gesagt, nicht bis 2040 für Gorleben 30 000 Kubikmeter, allerdings wärmeentwickelnde Abfälle, sondern jedes Jahr 24 000 Kubikmeter Abfälle aller Art nur für Gorleben, pro Jahr, und das mal 50 oder 40 oder 30; dann können Sie sich die Abfallmengen vorstellen, die angefallen wären, wenn Gorleben ungeeignet gewesen wäre, und die irgendwann dann unter Tage gebracht werden müssten. Wie gesagt, ich habe damals eine Berechnung der Schachtkapazität machen lassen. Da kamen wir zu Jahrzehnten, um diese Riesenabfallmengen zu entsorgen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich möchte an der Stelle noch mal nachfragen, um es genau zu verstehen. Das heißt, wenn in den 80er-Jahren über eine Erkundung eines weiteren möglichen Standortes nachgedacht wurde, dann nur für den Fall, dass Gorleben sich als gänzlich ungeeignet erweist, oder für den Fall, dass Gorleben zwar geeignet ist, aber vom Volumen her nicht ausreicht? Es ging nie darum - oder ab wann ging es nicht mehr darum -, dass ein anderer Standort vergleichend betrachtet wird, um herauszufinden, was vielleicht von zwei Standorten geeigneter ist? Gab es bei der Frage der Nichteignung einen klaren Kriterienkatalog, wann sozusagen ein Standort als gänzlich ungeeignet eingeschätzt wird?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich möchte noch mal betonen, dass wir als PTB - ich auch nicht persönlich - in diese Überlegungen und in diese Untersuchungen nicht einbezogen waren, sondern wir als PTB eine eindeutige Vorgabe hatten, nur den Standort Gorleben konkret zu untersuchen. Natürlich ist eine vergleichende Untersuchung von Wert. Sonst hätte ich Ihnen hier nicht die Daten geliefert, die wir vergleichend gemacht haben. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Massenverluste des Salzstocks Gorleben andere Standorte nicht besser zu bewerten sind als der Standort Gorleben, dass es sich im Rahmen dessen hält, das man erwarten kann.

Ich habe vorhin auch darauf hingewiesen, dass Sie an keinem anderen Salzstandort bessere Ergebnisse erwarten können, nämlich Nichtteilnahme am Wasserkreislauf als

der Hauptgefahrenquelle für ein Endlager, Nichtteilnahme am Wasserkreislauf über 200 Millionen Jahre. Deswegen - aus heutiger Sicht und mit der heutigen Kenntnis von Gorleben - lohnt es sich gar nicht, weil Sie an einem anderen Salzstandort keine besseren Ergebnisse wie diese, die ich gerade zitiert habe, erwarten können.

Wo ein Vergleich stattfinden könnte, wären unterschiedliche Formationen. Man könnte zum Beispiel in Granit gehen. Das hat Professor Herrmann auch veröffentlicht. Wollen Sie in den Schwarzwald gehen oder in den Harz oder wo auch immer? Wollen Sie in Wasserreservoir gehen, oder wollen Sie in Ton gehen? Dann bietet sich Konrad an. Konrad ist aus Gründen der Langzeitsicherheit und der Naturbeobachtung ein hervorragender Standort. Die Wässer, die wir da angetroffen haben, sind 10 Millionen bis 150 Millionen Jahre alt. Das heißt, das Isolationspotenzial des Standortes ~~Gorleben~~ ist hervorragend. Aber warum wollen Sie das machen, andere Standorte wie Konrad untersuchen? Ich weiß, dass Konrad politisch sowieso nicht geht. Ich wollte Ihnen nur sagen, wie sicher Konrad ist, dass es diese Anforderungen erfüllt und dass es sich heute nicht mehr lohnt, bevor Gorleben nun enderkundet ist, noch andere Standorte zu erkunden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Röthemeyer. - Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, ich habe beim Studium der Akten, der Unterlagen festgestellt, dass die PTB und auch Sie als Person diese Aufgabe, diesen Auftrag damals sehr ernsthaft bearbeitet haben und sehr ernst genommen haben. Meine erste Frage bezieht sich auf das, was bisher an Gespräch da war. Sie sagten, die Frage alternativer Standorte war nicht Gegenstand des Auftrags. War aber die Empfehlung, alternative Standorte zu untersuchen, die Sie im Entwurf noch drinstehen hatten, die Konsequenz aus der Erfüllung des Auftrags?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Zunächst mal möchte ich feststellen, dass die damaligen Auffassungen in Diskussionen zustande gekommen sind, die ich mit ver-

Fre

H Konrad

eine gewisse Bürgerbeteiligung darstellte. Können Sie sagen, wie die zustande gekommen ist, warum sie eigentlich letztendlich wieder aufgelöst wurde und wie lange sie überhaupt bestanden hat? Die anschließende Frage wäre da auch noch, wer dort eigentlich zu der Gorleben-Kommission eingeladen wurde, Vertreter der Kommunen, also Ratsherren, Samtgemeindebürgermeister, aber auch Gruppen, wie zum Beispiel die BI, die Kirchen etc.?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich kann die Frage deswegen nicht klar beantworten, weil ich manche Vertreter, die von der Bürgerinitiative oder von Gorleben, kritisch Eingestellte, da vertreten waren -- Ich weiß nicht, ob die auch ein Mandat im kommunalen Bereich hatten. Ich bitte, dazu vielleicht den BMU - oder wer das auch immer weiß - zu befragen. Ich kann das nicht.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Aber es sind doch sicherlich dann auch kritische Fragen gestellt worden.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es war sehr, sehr kritisch, und die Reaktion -- Ich hatte ja vorhin ein Beispiel genannt. Ich hatte sozusagen eine Untersuchung über die Subrosion des Salzstocks Gorleben gemacht. Dann gab es einen Artikel in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, der meine Argumentation nicht verstanden hat, aber auch in Leserbriefen, und das sind oft sehr harte Leserbriefe gewesen. Wir sind auch sehr oft in Verbindung mit dem Dritten Reich gebracht worden. Es waren also sehr harte Diskussionen. Als es einmal ganz schlimm wurde, da hat Professor Herrmann gesagt: „Das kann ich nicht mehr ertragen“, und hat dann diesen Leserbrief geschrieben, der eigentlich diese Diskussion dann auch beendet hat, weil man mir Extremmanipulation von Fakten vorgeworfen hatte. Von daher gesehen kam aus der Gorleben-Kommission durchaus eine sehr kritische Bewertung, und es war für uns nicht immer ein Zuckerschlecken, dort aufzutreten.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Hatten Sie denn den Eindruck - oder ich nehme das mal aus Ihren Äußerungen -, dass Ihre Äußerungen, die Sie dort gemacht haben, auch zu wissenschaftlichen Dingen, in der Öffentlichkeit falsch wiedergegeben wurden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: In diesem Fall ganz klar. Es war einfach eine Berechnung über das Subrosionspotenzial des Salzstocks. Das wurde mit der Wasserlaufzeit im Deckgebirge verwechselt, was sich zwischen 100 000 und 1 Million Jahren -- Das ~~Landes~~ waren 600 Jahre bis 1 700 Jahre. Das wurde mir als Extremmanipulation dann unterstellt mit den entsprechenden harten Formulierungen.

9 []
1. H
H 9

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Kollege Monstadt und dann Herr Kollege Obermeier.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Professor Röthemeyer, ich darf noch mal auf das Thema vergleichende Untersuchung verschiedener Standorte zurückkommen, und zwar schließt sich da die Frage an: War eine vergleichende Untersuchung verschiedener Standorte sinnvoll und realisierbar, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der tatsächlichen wissenschaftlichen Kapazitäten? Gab es also genug erfahrene Wissenschaftler, die eine solche zweite, dritte Untersuchung hätten begleiten können? Gab es die auch in bergbautechnischer Hinsicht? Inwieweit hätte das den finanziellen Rahmen, der abgesteckt war, gesprengt, beeinflusst? Gab es überhaupt finanzielle Mittel, in der Form, wie Gorleben untersucht werden sollte, einen zweiten oder dritten Standort zu untersuchen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Vielleicht fange ich mal mit dem Geld an. Es wäre sehr teuer geworden; das ist ganz klar. Das sieht man schon an den enormen Kosten, die wir in Gorleben aufgewandt haben. Ich nenne ein anderes Beispiel. Die Amerikaner hatten damals geplant, mehrere Standorte in verschiedenen Formationen zu untersuchen. Ich habe alle diese Standorte befahren und gedacht, die Amerikaner können sich das leisten; das ist ein reiches Land. Hinterher wurden alle diese Standorte aufgegeben. Man hatte sich dann auf Yucca Mountain, auf einen Atomwaffenteststandort beschränkt.

Es ist also eine sehr teure Sache. Wenn kleinere Länder, wie zum Beispiel die Schweiz, das machen, dann kann man das hintereinander machen. Wir wären von unserer Personalkapazität auf keinen Fall in der

Hidem
1, letzteres
FI
7 r -

Wenn es aber keine Weisung gewesen wäre, wenn mir das jemand gesagt hätte, dann weiß ich nicht, ob ich ~~da nicht~~ - genauso wie bei dem Schreiben von Herrn Ziegler / im Einvernehmen mit dem BMU auch den Weisungen von Herrn Ziegler oder dem Erlass von Herrn Ziegler gefolgt wäre. Wir sind dem aber nicht gefolgt. Das habe ich also als klare Fachfrage verstanden, während diese andere Frage für mich ein entsorgungspolitischer Aspekt war, und die Bundesregierung selbst musste die Verantwortung dafür übernehmen, was sie hier zum Ausdruck gebracht hat.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Das ist ja auch genau das Problem, dass das BMI ganz deutlich gesagt hat, dass es alternative Standortuntersuchungen in dem Bericht nicht drin haben möchte, sie sich anschließend auch nicht fanden, und man zu der Auffassung gelangen könnte, dass die Antwort der Bundesregierung, wenn man sie nicht ganz in sieben Teile zerlegt und fachlich und analytisch bewertet, nicht ganz der Wahrheit entsprach.

Das bietet natürlich Anlass, noch mal direkt zu den verschiedenen Berichten zurückkommen, also zur Synopse der Entwürfe des Zwischenberichts und der Endfassung. Da komme ich genau noch mal zur alternativen Standortsuche, wie sie am Schluss behandelt wird, im dritten Entwurf. Ich sage Ihnen gleich die Anlagennummer; aber wir hatten ja schon mehrfach zitiert. Da heißt es:

Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichts sind wegen der noch nicht erfolgten Bestätigung durch die untertägige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet. Das darin liegende Risiko hinsichtlich der Art und der Menge endlagerbarer radioaktiver Abfälle kann durch vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten (Standortvorsorge) verringert werden. Mit dem Schachtabteufen parallel laufende übertägige Erkundungsmaßnahmen anderer Standorte vermeiden somit Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers.

- Alternative Standortvorschläge. -

Dies würde auch die Akzeptanz des Standortes Gorleben erhöhen.

Das haben wir vorhin schon gehabt. Das war der dritte Entwurf vom 06.05.83. In der

Endfassung entfällt dieser ganze Passus mit der Erwähnung der alternativen Standortvorschläge, und es heißt stattdessen:

Abschließend wird festgestellt: Die bestätigte Eignungshöflichkeit des Salzstocks für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle rechtfertigt das Abteufen von Schächten und die Erkundung des Salzstockinneren. Nur durch diese Maßnahmen können die notwendigen standortspezifischen Planungsdaten für das Endlager gewonnen werden. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen für die Führung des Eignungsnachweises im Planfeststellungsverfahren.

Wie kommt dieser Unterschied Ihrer Meinung nach zustande?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röttemeyer:

Zunächst sehe ich keinen Unterschied darin, was die letztzitierte Aussage angeht. Das ist im ganzen Zwischenbericht drin. Wir hatten damals ein Erkundungsrisiko. Das haben wir auch in der Formulierung beibehalten.

Was wir weggelassen haben, sind die ersten Zitate. Gerade zu diesen Punkten habe ich in meinem einführenden Bericht Stellung genommen. Ich habe mich klar dazu bekannt, dass wir wegen der Kapazität - das habe ich ja vorhin zitiert -, dass wir in meinem Bericht, den ich Ihnen hierlassen werde - - Ich habe dann auch zu dieser Akzeptanzfrage und zum Deckgebirge Stellung genommen. Das heißt, diese ganzen Probleme, die wir damals hatten und die auch in persönlichen Schreiben an mich, die ich jetzt mal zitiert habe, weil sie eh im Internet stehen - -

Das Ganze hat mich so beeindruckt, dass ich doch zu der Forderung eigentlich gekommen bin, vorsorglich auch andere Standorte zu erkunden. Aber ich habe vorhin auch ganz klar gesagt, dass diese Fragestellung aus heutiger Sicht irrelevant ist, weil die Rahmenbedingungen, die ich im Einzelnen aufgeführt habe, sich so geändert haben, dass es heute nicht sinnvoll ist, andere Standorte zu erkunden, sondern nur sinnvoll, die Erkundung, die hinsichtlich der Vorbereitungen weitestgehend schon erledigt ist, zu Ende zu führen und dann zu sehen, ob der Standort geeignet ist.

Die Rahmenbedingungen haben sich also geändert. Ich muss noch mal betonen: Ich würde unter den Randbedingungen als Wis-

1. Untersuchungsausschuss der
17. Wahlperiode

Eingang: 27. Juli 2010

Tgb.-Nr. 120

Dr. Heinrich Illi


Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
- Sekretariat PA 25 -
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom
PA 25 – 5432, 21.07.2010

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

Telefon, Name

Datum
26.07.2010-

Vorläufige Protokollfassung

Sehr geehrte Frau Heimbach,

die vorläufige Fassung des mich betreffenden Teils des Stenographischen Protokolls von meiner Vernehmung am 01. Juli 2010 habe ich am 23.07.2010 erhalten.

Anliegend übersende ich Ihnen ein Erratum. Hier habe ich Korrekturen aufgeführt.

Ferner möchte ich meine in der Vernehmung getätigten Ausführungen zu den Zuständigkeiten bei der Endlageraufgabe ergänzen. Dieses Thema ist mehrfach von den Ausschussmitgliedern hinterfragt worden. In einem von mir auf einer VDI-Tagung im September 1996 in Aachen gehaltenen Vortrag, der auch in einem VBI-Bericht veröffentlicht wurde, habe ich diese Thematik zusammenfassend dargestellt. Die entsprechenden Passagen aus dieser Veröffentlichung übersende ich Ihnen mit der Bitte, sie als Ergänzung meiner Aussagen dem Protokoll beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Heinrich Illi

Anlagen: 2

Erratum zum Protokoll Nr. 10, 7. Juli 2010, Seiten 40 bis 84

Seite 41, linke Spalte, 4. Absatz:	ersetze	Bundesgerichtshofsurteile
	durch	Bundesverfassungsgerichtsurteile
Seite 43, linke Spalte, 3. Absatz:	ersetze	vom Mai 1993 [sic!]
	durch	vom Mai 1983
Seite 43, rechte Spalte, 4. Absatz:	ersetze	vom 26.01.1973
	durch	vom 26.01.1983
Seite 43, rechte Spalte, 4. Absatz:	ersetze	die Anlage zum Bericht
	durch	die Anlage 7 zum Bericht
Seite 44, linke Spalte, 1. Absatz:	ersetze	die Errechnung zur
	durch	die Rechnungen zur
Seite 44, linke Spalte, 6. Absatz:	ersetze	AKEnd
	durch	AK End
Seite 44, rechte Spalte, 5. Absatz:	ersetze	damals in den Berichten 1983
	Durch	damals im Bericht 1983
Seite 46, rechte Spalte, 1. Absatz:	ersetze	vom Mai 1993 [sic!]
	durch	vom Mai 1983
Seite 47, linke Spalte, 3. Absatz:	ersetze	„Bewertung und Ergebnisse“
	durch	„Bewertung der Ergebnisse“
Seite 47, linke Spalte, 4. Absatz:	ersetze	die DBR-Vertreter
	durch	die DBE-Vertreter
Seite 47, linke Spalte, 5. Absatz:	ersetze	des Teilprojekts B, Sicherheitsstudien
		Entsorgung, des BMFT
	durch	des Teilprojekts B Sicherheitsstudien
		Entsorgung des BMFT
Seite 47, rechte Spalte, 3. Absatz:	ersetze	Franz-Josef Strauß
	durch	Franz Josef Strauß
Seite 48, rechte Spalte, 1. Absatz:	ersetze	Satz 1 Atomgesetz handelt sie
	durch	Satz 1 Atomgesetz handelte sie
Seite 50, linke Spalte, 7. Absatz:	ersetze	von 1993
	durch	von 1983
Seite 50, rechte Spalte, 1. Absatz:	ersetze	von mir entstandenen
	durch	von mir stammenden
Seite 51, rechte Spalte, 6. Absatz:	ersetze	mit Schreiben vom 15.09.2010
	durch	mit Schreiben vom 15.01.2010
Seite 53, linke Spalte, 4. Absatz:	ersetze	am 05.05. oder 05.06.
	durch	am 05.05. oder 06.05.
Seite 65, rechte Spalte, 2. Absatz:	ersetze	noch: VE, WS, SL
	durch	noch: VI, Ws, II
Seite 65, rechte Spalte, 3. Absatz:	ersetze	III: WS ist
	durch	III: Ws ist
Seite 65, rechte Spalte, 3. Absatz:	ersetze	des Amtes, VL auch. IL bin ich.
	durch	des Amtes, VI auch, II bin ich.
Seite 65, rechte Spalte, 4. Absatz:	ersetze	(SPD): IL?
	durch	(SPD): II?
Seite 69, linke Spalte, 2. Absatz:	ersetze	dass IL Sie waren. VL und WS
	durch	dass II Sie waren. VI und Ws
Seite 69, linke Spalte, 3. Absatz:	ersetze	wie IL, WS oder VL sehen
	durch	wie II, Ws, VI

Seite 69, linke Spalte, 3. Absatz:	ersetze durch	VL, das war einer VI, das war einer
Seite 69, linke Spalte, 3. Absatz:	ersetze durch	und der WS auch, IL auch und der Ws auch, II auch
Seite 76, linke Spalte, 4. Absatz:	ersetze durch	der PTB oder BFS die der PTB oder BfS die
Seite 82, rechte Spalte, 1. Absatz:	ersetze durch	einen Kammernverschluss einen Kammerverschluss
Seite 82, rechte Spalte, 1. Absatz:	ersetze durch	muss der Verpackung der Kammern muss der Verpackung, der Kammer

Ich möchte Sie aber ausdrücklich ermuntern - sozusagen auch zu Protokoll der öffentlichen Sitzung -, die Fragen der Abgeordneten des Untersuchungsausschusses frei von der Leber weg - jetzt mal umgangssprachlich formuliert - zu beantworten, und zwar aus folgendem Grund: Die Wahrscheinlichkeit, dass bei den Fragen, die Ihnen hier gestellt werden, oder bei den Antworten, die Sie geben müssten, der Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung berührt oder gar verletzt wird, ist äußerst gering. Ich verrate kein Geheimnis - auch Sie wissen das, Herr Illi -: Der Beweisgegenstand und der Untersuchungsauftrag beschäftigen sich im Schwerpunkt mit Lebens- und sonstigen Sachverhalten, die mehrere Jahrzehnte zurückliegen und im Großen und Ganzen auch abgeschlossen sind.

Deswegen tun Sie sich, wie gesagt, keinen Zwang an. Sollte die eigentlich nicht anzunehmende Situation auftreten, dass Sie Zweifel haben, dann werden wir uns auch mit Zustimmung oder im Einvernehmen mit der Vorsitzenden und dem Ausschuss kurz beraten können. Aber ich denke, dazu wird es gar nicht kommen. - Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich hoffe, Herr Dr. Illi, dass das Ihre Fragen beantwortet hat. Oder haben Sie weitere Fragen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja, ich möchte mich mit dieser Erklärung zufriedengeben. Es ist natürlich so: Wenn gesagt wird: Du kannst es dann ja vielleicht beurteilen - - Es ist ja gerade mein Argument, dass ich es nicht kann; denn wenn man drei Bundesgerichtshofurteile in eine solche Aussagegenehmigung hineinschreibt und mir dann sagt: „Du kannst dir ja überlegen, ob das zutrifft oder nicht“, dann ist das für mich eine nicht lösbare Aufgabe.

Aber es wurde ja auch gesagt, dass die Wahrscheinlichkeit besteht, dass mir nichts passiert. Ich bin im kerntechnischen Bereich - ein Endlager gehört auch dazu - groß geworden, und wenn die Wahrscheinlichkeit so gering ist wie die eines Flugzeugabsturzes auf eine kerntechnische Anlage, dann kann ich damit leben und sage hier auch aus.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Illi, auf die Bemessung dieser Wahrscheinlichkeiten wollen wir uns nun nicht festlegen. Aber der Ausschuss hat sich in

seiner Beratungssitzung durchaus auch hinter Ihre Sorge gestellt und hat dies auch gegenüber der Bundesregierung noch mal ganz klar artikuliert. Die Bundesregierung hat uns zugesagt, dass sie darüber hinaus auch noch mal so etwas wie einen Beipackzettel bzw. eine Gebrauchsanweisung für Aussagegenehmigungen verfassen wird, die dann leichter verständlich sind, auch für Nichtjuristen.

Darüber hinaus ist es tatsächlich so, wie Herr Spinczyk-Rauch gesagt hat. Er ist während der gesamten Zeit Ihrer Vernehmung hier anwesend. Wenn Unsicherheiten bestehen sollten, so besteht selbstverständlich die Möglichkeit, dass Sie sich miteinander rückkoppeln, sodass Sie diesbezüglich unbesorgt sein sollten.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich heiße Heinrich Illi und habe auch mal promoviert. Ich bin am 30.01.1939 in Rumänien geboren, also 71 Jahre alt, und wohne [REDACTED]

Wenn ich zu meiner Person, zum Werdegang noch mehr sagen darf, dann kann ich das gerne machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wie gesagt, ich bin in Rumänien geboren, in einem Teil, der mal ein österreichisches Kronland war. Dort sind um 1800 sehr viele Deutschstämmige eingewandert und 1940 dann heim ins Reich geholt worden, als die Sowjetunion in dieses Gebiet kam. Ich war betroffen; ich war neun Monate alt. Dann wurde ich 1940 umgesiedelt. Es ging dann nach Polen. Kurz vor Ende des Krieges hat meine Mutter meine Schwester und mich genommen, und wir sind dann in die Nähe von Celle gekommen und haben das Kriegsende in einer Umgebung verbracht, nicht so wie viele andere, die aus dem Osten mit einem Treck hierher flüchteten oder sonst wo hinkamen. Wir sind dann bei dem Verwandten geblieben. Der kam dann in den Harz. Mein Vater kam 47 aus der Kriegsgefangenschaft. Letztlich sind wir dann in Braunschweig gelandet. Dort habe ich 59 Abitur gemacht. Dann habe ich, auch 59, angefangen, an der Technischen

was mir zum Gegenstand meiner Vernehmung bekannt ist.

Die Vorgänge, zu denen ich heute als Zeuge vernommen werde, betreffen das Jahr 1983. Seither sind 27 Jahre vergangen. An damalige Vorgänge erinnere ich mich nur, wenn sie bei mir damals eine besondere emotionale Reaktion hervorgerufen haben, und darauf werde ich dann im Folgenden noch eingehen.

Die letzte Bundestagswahl fand am 27. September 2009 statt. Wie in vorhergehenden Wahlen war die Kernenergie ein Wahlkampfthema. Bedingt durch das Auslaufen der zehnjährigen Unterbrechung für die Erkundung des Salzstocks in Gorleben in 2010 und die von FDP und CDU in die Diskussion eingebrachte Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke war die Auseinandersetzung besonders emotional. Der Streit war so heftig, dass die Bundesregierung am 10. September 2009 im Bundeskanzleramt eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichtete. Sie sollte unter Federführung des Bundeskanzleramtes einschlägige Akten prüfen und dem Vorwurf nachgehen, ob 1983 von der damaligen Bundesregierung auf den Inhalt eines Berichts der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, PTB, mit dem Titel „Zusammenfassender Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ vom Mai 1983 ^{f8 H#} [sic!] unsachgemäß Einfluss genommen wurde.

Nach Auffassung des damaligen Bundesumweltministers Gabriel arbeitete die interministerielle Arbeitsgruppe zu langsam. Deshalb veröffentlichte der Umweltminister am 24. September 2009 im Internet einen eigenen Bericht. Er ist auf den 23. September 2009 datiert, als Entwurf gekennzeichnet und trägt den Titel „Bericht zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben (1983)“.

Mit dem Bericht wurden 22 Anlagen in das Internet gestellt. Dabei hat der BMU gegen das Bundesdatenschutzgesetz verstoßen. Ich bin hiervon betroffen. Durch die Veröffentlichung dieses BMU-Berichts habe ich natürlich Kenntnis von Vorgängen erhalten, an die ich mich ohne diese Quellen nicht mehr hätte erinnern können. Hierauf werde ich bei der Beantwortung der Fragen im Einzelnen eingehen.

Aus Gründen der Verfahrensökonomie werde ich den Gegenstand meiner Vernehmung - das sind die sechs Spiegelstriche auf

Seite 4 der Drucksache 17/1250 und die Fragen 1 bis 26 dieser Drucksache - in chronologischer Reihenfolge behandeln. Dabei werde ich zunächst nur auf die Spiegelstriche und Fragen eingehen, die ich unterschiedlich beantworten und behandeln muss. Am Ende werde ich diejenigen Spiegelstriche und Fragen nennen, die ich nur durch eine gleichlautende Antwort beantworten kann.

Ich gehe jetzt chronologisch auf die Drucksache und die dort formulierten Fragestellungen ein.

Erster Spiegelstrich von Seite 4 der Drucksache:

- auf Grundlage welcher Gutachten, Expertisen oder sonstiger Informationen und Empfehlungen die Entscheidung vom 13. Juli 1983 aus welchen Beweggründen getroffen wurde und wer an der Entscheidungsvorbereitung beteiligt war,

Antwort: Am 13. Juli 1983 traf die Bundesregierung die Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben. Mit Schreiben des BMFT, Referat 316 - handelte in Abstimmung mit BMI; das Schreiben datiert vom 26.01.1973 und ist die Anlage ⁷⁸ zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der im Internet steht -, erhielt damals die PTB den Auftrag, einen zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben bis Mitte April 1983 den zuständigen Stellen des Bundes zuzuleiten. Auf der Basis dieses Berichts sollte eine Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstocks getroffen werden. Die Baumaßnahme war bedeutend, auch hinsichtlich ihres Finanzvolumens. Der Bericht wurde im Mai 1983 fertiggestellt. Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu mehr wusste als eben dargestellt. Auch heute ist mir nichts bekannt. ⁷⁷

Ich gehe jetzt auf den zweiten Spiegelstrich von Seite 4 der Drucksache 17/1250 ein. Er lautet:

- ob bei der Entscheidung der damals aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik zu Grunde gelegt wurde,

Ich antworte: Die Aussagen im zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben basieren auf Kenntnissen, Untersuchungen und Methoden, die dem damali-

H *Rechnungen*
gen Stand von Wissenschaft und Technik entsprachen: zum Beispiel die Untersuchung der BGR, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - Entschuldigung, wenn ich immer diese Abkürzungen nehme -, die ~~Errechnung~~ zur Grundwasserbewegung, die Interpretation bezüglich des Vorkommens von Lösungen und Gasen in Salzstöcken usw. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen; aber mehr als das, was damals geschrieben wurde, wussten wir nicht, bezogen auf den Stand von Wissenschaft und Technik.

Ich komme zum vierten Spiegelstrich von Seite 4 der Drucksache 17/1250:

- ob es durch Mitglieder oder Mitarbeiter der Bundesregierung oder von dritter Seite Bemühungen gab, den Inhalt von rechts- oder naturwissenschaftlichen Expertisen, Gutachten oder Empfehlungen in diesem Zusammenhang zu beeinflussen, oder ob vorhandene Expertisen ungenügend berücksichtigt oder zurückgehalten worden sind,

Ich antworte: Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Auch heute ist mir nichts bekannt. Auf die Frage zur Einflussnahme auf den „Zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchungen in Gorleben“ vom Mai 1983 werde ich bei Frage 13 detailliert eingehen.

Sechster Spiegelstrich von Seite 4:

- welche rechtlichen, tatsächlichen und politischen Konsequenzen aus den in diesem Untersuchungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse für den Standort Gorleben und die zukünftige Suche nach einem Endlagerstandort zu ziehen sind.

Antwort: Ich meine, das ist Sache der Bundesregierung.

Frage 1 von Seite 4 der Drucksache:

Wer hat wann auf Bundesebene die Entscheidung für Salz als Wirtsgestein zur Einlagerung radioaktiver Abfälle getroffen?

Z
Antwort: Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Ich habe aber kürzlich ein Referat von Dr. Tiggemann gefunden, welches er am 6. September 2000 vor dem Arbeitskreis Endlagerung - abgekürzt: AKE - gehalten hat. Hier finden sich Aussagen, von wem und wann Salz als

Endlagerwirtsgestein diskutiert und vorgeschlagen wurde. Das, was dort steht, möchte ich hier nicht vortragen; das kann man diesem Artikel oder diesem Vortrag entnehmen.

Frage 5 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Wurde hinsichtlich des Langzeitsicherheitsnachweises für den Standort Gorleben auf Daten für den damals unter DDR-Gebiet liegenden Teil der geologischen Formation verzichtet, und falls ja, aus welchem Grund und mit welcher Berechtigung?

Ich antworte: Das Kapitel 6.4 - Freisetzung und Ausbreitung von radioaktiven Stoffen - im „Zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ vom Mai 1983 behandelt den Zutritt von Wässern und Lösungen für den Fall der Endlagerung wärmeentwickelnder endgelagerter Abfälle in der Nachbetriebsphase. Die Aussagen stammen vom Teilprojekt B des Projektes „Sicherheitsstudien Entsorgung“, abgekürzt mit PSE. Seit 1977 wurden die Sicherheitsaspekte des Entsorgungskonzepts vom BMFT untersucht. Diese Arbeiten wurden im Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ zusammengefasst.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, der das Endlager betrifft. Die Phase eins dieses Projekts dauerte von 1978 bis Mitte 1981 und hatte noch keinen Bezug zu Genehmigungsverfahren. In der bis Anfang 1985 dauernden Phase zwei war das Teilprojekt B auf die Methodenentwicklung eines sicherheitsanalytischen Instrumentariums für den Nachweis der Langzeitsicherheit eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle in einem Salzstock ausgerichtet, und dieses Instrumentarium sollte in laufenden Genehmigungsverfahren eingesetzt werden. Daher war PSE in die Bewertung der bisherigen Ergebnisse des Standorts in Gorleben eingebunden.

1983 befand sich das vom PSE eingesetzte Instrumentarium - damals ~~in den~~ *H im* Bericht *H y* 1983 - für einen Langzeitsicherheitsnachweis noch in einem frühen Stadium der Forschung und Entwicklung. Deshalb ist der Begriff „Langzeitsicherheitsnachweis“ in der gestellten Frage irreführend. Der Langzeitsicherheitsnachweis ist im Planfeststellungsverfahren der Genehmigungsbehörde vom Antragsteller vorzulegen. 1983 gab es noch keine Planunterlagen. Die Aussagen im

ten, die dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik entsprachen. Die Frage zur Bedeutung des Berichts für die Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli habe ich auch bereits beantwortet. Das war meine Antwort zum zweiten Spiegelstrich.

Frage 12 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Wer hat im Bereich der Bundesregierung, in der Landesregierung Niedersachsen und den ihr zugeordneten Behörden oder von dritter Seite an der Entscheidungsfindung auf Bundesebene direkt oder indirekt mitgewirkt oder Bemühungen unternommen, auf die Entscheidung einzuwirken? In welcher Art und Weise erfolgte dies jeweils?

Ich gebe die Antwort: Es gab mehrere Entscheidungen auf Bundesebene zu Gorleben, zum Beispiel die Standortentscheidung, die Entscheidung zur untertägigen Erkundung des Salzstocks usw., und damit auch mehrere Entscheidungsfindungen. Mir ist unklar, welche Entscheidungsfindung in dieser Frage gemeint ist. Daher kann ich sie auch nicht weiter beantworten.

Frage 13 von Seite 5 der Drucksache 17/1250:

Welche schriftlichen Unterlagen (Gutachten, Expertisen, Vorentwürfe, Exposés, Vermerke o. Ä.) lagen den Mitgliedern und Mitarbeitern der Bundesregierung im Vorfeld der Entscheidung vom 13. Juli 1983 vor? Von wem wurden diese Unterlagen jeweils wann und mit welchen Maßgaben oder Vorgaben in Auftrag gegeben? Gab es Bemühungen von Mitgliedern oder Mitarbeitern der Bundesregierung oder von dritter Seite, auf deren Inhalte Einfluss zu nehmen, und welche Folgen hatten diese Bemühungen gegebenenfalls? Welche Äußerungen bzw. Stellungnahmen von Mitgliedern oder Mitarbeitern der Bundesregierung gab es gegebenenfalls zu diesen Unterlagen?

Entschuldigung, ich habe mit meiner Stimme jetzt ein Problem. Ich komme jetzt ja auch zum Hauptpunkt meiner Einvernahme. Nun möchte ich doch einen Schluck Wasser nehmen. - Also, meine Antwort zu dem Hauptpunkt, warum ich heute hier bin, lautet: Welche Unterlagen im Vorfeld der Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983 über die untertägige Erkundung des Salz-

stocks Gorleben der Bundesregierung im Einzelnen vorlagen, weiß ich nicht. Ich habe bereits ausgeführt, dass der „Zusammenfassende Zwischenbericht über die bisherigen Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben“ vom Mai 1983 ~~hier~~ für die Entscheidung der damaligen Bundesregierung von Bedeutung war. Der Bericht wurde vom BMFT, Referat 316 - er handelte hierbei in Abstimmung mit - -

18 H9

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Können Sie ein wenig langsamer reden? Dann können wir besser zuhören.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Der Bericht vom Mai war für die Entscheidung der damaligen Bundesregierung von Bedeutung. Der Bericht wurde vom BMFT - das habe ich aber bereits schon ausgeführt; es handelte hierbei in Abstimmung mit dem BMI - bei der PTB in Auftrag gegeben. Das Schreiben trägt das Datum vom 26.01.1983 und ist die Anlage 7 des vom BMU am 23. September 2009 in das Internet gestellten Entwurfberichts zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben.

Auf die Vorgaben und Maßgaben des genannten BMFT-Schreibens bin ich bereits eingegangen. Ich wiederhole sie aber noch einmal: Bis Mitte April 1983 sollte die PTB den zuständigen Stellen des Bundes einen Bericht zuleiten, der die Ergebnisse der übertägigen Erkundung zusammenfassend beschreiben sollte. Auf der Basis dieses Berichts sollte eine Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstocks getroffen werden.

Eine mir in Erinnerung gebliebene Einflussnahme bezieht sich auf die ersten Entwürfe des Kapitels 8 des zusammenfassenden Zwischenberichts der PTB von 1983. Die Entwürfe tragen das Datum vom 5. und 6. Mai 1983. Sie waren am 24.09.2009 vom BMU in das Internet gestellt worden. Es sind die Anlagen 12 und 13 des eigenen BMU-Berichtsentwurfs „Bericht zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben (1983)“.

Die PTB hatte sich damals die Erstellung des Kapitels 8 vorbehalten. Hier sollten die Untersuchungsergebnisse zusammenfassend bewertet werden. Der erste Entwurf dieses Kapitels war am 05.05.1983 mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und

Rohstoffe und der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe besprochen worden. Ich war bei dieser Besprechung dabei.

Die BGR und die DBE waren an der Erstellung des zusammenfassenden Berichts beteiligt. Von der BGR stammen bis auf das Kapitel 3.1.7 - Lösungen - alle Kapitel zu geologischen, hydrogeologischen und geomechanischen Untersuchungen im zusammenfassenden Zwischenbericht. Von der DBE stammt das Kapitel 4 - Bergwerk zur Erkundung des Salzstocks Gorleben -, und vom Teilprojekt B des Projekts „Sicherheitsstudien Entsorgung“ das Kapitel 6.4, Freisetzung und Ausbreitung radioaktiver Stoffe.

In dem ersten Entwurf hieß dieses Kapitel 8 noch „Bewertung und Ergebnisse“, nach der Besprechung am 05.05.1983 dann „Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse“ und in der Endfassung dann „Zusammenfassende Bewertung“. Der erste Entwurf des Kapitels 8 enthielt am Ende noch den Gliederungspunkt „Schlussfolgerungen“. Im letzten Absatz dieses Gliederungspunktes auf Seite 8 lautet der letzte Satz:

Eine mit dem Schachtabteufen parallel laufende Erkundung anderer Standorte vermeidet Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers und minimiert die noch bestehenden Risiken für die Endlagerung der geplanten Abfallmengen.

Die BGR- und die DBE-Vertreter lehnten diesen Teil der Ergebnisbewertung ab.

Wir haben dann die auf der Besprechung einvernehmlich getroffenen Änderungen umgesetzt und haben eine zweite Fassung des Entwurfs dieses Kapitels 8 am 6. Juni 1983 - das ist die Anlage 13 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der im Internet steht - an die BGR, an die DBE, an Professor Herrmann von der Universität Göttingen und an die Projektleitung des Teilprojekts B, Sicherheitsstudien Entsorgung, des BMFT mit der Bitte um Stellungnahme versandt.

Die zweite Fassung enthielt noch die Empfehlung, andere Standorte zu untersuchen. Sie war gegenüber der ersten Fassung klarer formuliert. Andere Standorte sollten vorsorglich parallel zum Schachtabteufen auch erkundet werden. Für diese Empfehlung gab es folgende Gründe:

Erstens. Der Bericht enthielt Annahmen über den Bau des Salzstocks, die erst durch die untertägige Erkundung zu klären waren,

zum Beispiel zum nutzbaren Endlagervolumen, zum Verlauf des Hauptanhydrits usw. Ein alter und weiser Bergmannspruch lautet: Vor der Hacke ist es duster. - Man weiß also überhaupt nicht, was man unten antrifft, wenn man nicht nach unten gegangen ist.

Die zweite Annahme, die uns dazu gebracht hat, das in die Entwürfe hineinzuschreiben, war, dass zum damaligen Zeitpunkt noch von erheblichen Abfallmengen auszugehen war, die endzulagern waren. Unterstellt wurde 1983 die Erzeugung einer elektrischen Arbeit von 2 500 Gigawattjahren aus der Kernenergienutzung. Das waren damals 50 Gigawatt pro Jahr über 50 Jahre mit einem Abfallaufkommen von 1,5 Millionen Kubikmetern an nichtwärmeentwickelnden Abfällen und einem Anfall von circa 105 000 Kubikmetern an wärmeentwickelnden Abfällen. Für alle Einlagerungsfelder einschließlich ihrer Zwischenräume wäre ein Fläche von 3,4 Quadratkilometern notwendig gewesen. Das war anhand einer modellmäßigen Endlagerplanung ausgerechnet worden, die dann aber keinen Bezug zu den tatsächlichen Planungen gehabt hätte, wenn man gewusst hätte, wie es unter Tage aussieht.

Dass die erwarteten Abfallmengen aus heutiger Sicht völlig überzogen waren, konnte in der damaligen Situation niemand voraussehen. Aus dem integrierten Entsorgungszentrum war das integrierte Entsorgungskonzept geworden. Am 03.12.1980 hatte Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Bereitschaft der bayerischen Regierung erklärt, im Freistaat nach einem geeigneten Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage zu suchen. Erst nach seinem Tod am 03.10.1988 wurde der Bau der WAA Wackersdorf am 31.05.1989 eingestellt.

Nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz aus dem Jahr 2009 werden bis zum Jahr 2021 insgesamt 29 000 Kubikmeter an wärmeentwickelnden Abfällen erwartet. Das entspricht einem Rückgang um circa 72 Prozent gegenüber den Abfallmengen, die wir damals, 1983, noch unterstellen mussten und für die wir verantwortlich waren, dass sie endgelagert werden müssen.

Ich komme jetzt auf die Einflussnahme zu sprechen, die dazu führte, dass die Empfehlung, neben dem Schachtabteufen in Gorleben noch andere Standorte zu untersuchen, nicht mehr in der Endfassung des PTB-Berichts enthalten ist.

Am 11. Mai 1983 fand ein Gespräch bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften

und Rohstoffe statt. Es diente der Vorbereitung auf die Veranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen. Diese fand dann am 27./28. Mai 1983 in Hitzacker statt. Was am 11. Mai 1983 bei der BGR zur Sprache kam, ist, da ich kein Stenograf bin, mehr oder weniger gut meiner Mitschrift von damals zu entnehmen. Die Mitschrift ist die Anlage 14 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der am 24.09.2009 in das Internet gestellt wurde.

Das Bundeskanzleramt und der BMI wollten nicht, dass die Endfassung des zusammenfassenden Berichts der PTB vom Mai 1983 die in den ersten und zweiten Entwürfen des Kapitels 8 enthalten Aussagen zur Untersuchung anderer Standorte enthält. Der Streit im Wahlkampf 2009 und auch heute noch, ob es sich hierbei um eine Weisung oder Bitte des BMI gehandelt hat, ist für die Frage, ob es eine Einflussnahme gegeben hat, aus meiner Sicht nachrangig. Fakt ist, dass der Endbericht keine Empfehlung für die Untersuchung anderer Standorte enthält. Fakt ist aber auch, dass die Einflussnahme keinen sicherheitstechnischen Aspekt betraf, sondern einen politischen Hintergrund hatte. Das wurde damals so klar nicht gesagt.

Der frühere Referatsleiter aus dem Bundesforschungsministerium, Herr Dr. Alois Ziegler, der am 11.05.1983 ebenfalls auf dieser Besprechung war, hat sich gegenüber dem *Spiegel* - nachzulesen in der Ausgabe 38/2009, Seite 26, Spalte 2, zweiter Absatz von oben - bezüglich des politischen Hintergrunds so geäußert - ich zitiere -:

... „dass die Frage nach einem anderen Standort den Atomkonflikt in andere Regionen Deutschlands getragen“ hätte. Dieses Szenario hätte auch damals als „Katastrophe“ gegolten.

Aus meiner Sicht kann ich diese Begründung nachvollziehen. In unserer Gesellschaft ist heute nichts mehr durchsetzbar, ohne dass dagegen opponiert wird. Man ist für Kindergärten und Altenheime, aber bitte nicht in der Straße, in der man wohnt. Weitere Aufzählungen erspare ich mir; das ist ja jeden Tag in der Zeitung.

Zu der Diskussion der Einflussnahme auf den PTB-Bericht im Wahlkampf 2009 möchte ich doch noch Folgendes sagen: Gesprochen wird von der Einflussnahme auf ein Gutachten der PTB. Obwohl ich weiß, dass der Begriff „Gutachten“ weder eine geschützte Be-

zeichnung noch eine besondere, herausgehobene prozessrechtliche Bedeutung hat, halte ich die Bezeichnung des Berichts von 1983 als Gutachten für falsch, weil die PTB als verantwortlicher Ersteller des Berichts nicht als Gutachter gelten kann. Ich persönlich verstehe unter einem Gutachter eine Person oder Institution, die unabhängig ist. Für die PTB galt das nicht. Nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Atomgesetz handelt sie nach den fachlichen Weisungen des für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständigen Bundesministers. Das war damals der Innenminister. Der Vorwurf der Manipulation eines Gutachtens wird in der Öffentlichkeit natürlich anders wahrgenommen als der Vorwurf der Manipulation eines Berichts.

Jetzt möchte ich erklären, warum ich mich nach 27 Jahren noch an die Sitzung vom 11. Mai erinnern kann. Mit der Sitzung damals - die war nicht schön - verknüpfte ich eine angespannte Atmosphäre. In meinem Schreiben vom 20. September an die Vizepräsidentin des BfS habe ich diese Stimmung als aggressiv gegenüber der PTB beschrieben. Ohne diese mir in Erinnerung gebliebene Empfindung hätte ich mich an den damaligen Sachverhalt nicht mehr erinnern können.

Mein vorstehend genanntes Schreiben an die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz ist die Anlage 22 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009, der am 24.09. vom BMU in das Internet gestellt wurde. Hierbei ist es auch zu einem datenschutzrechtlichen Verstoß durch die Veröffentlichung meiner personenbezogenen Daten gekommen, auf die ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal eingehen möchte.

Zu den Formulierungen und Sachverhalten in Kapitel 8, die ich vorgetragen habe, hatte ich keine Erinnerung mehr. Ich habe sie aus den Anlagen des BMU zu seinem Bericht vom 23.09.2009 entnommen. Gleiches gilt für die Einflussnahme auf den Bericht von 1983, die sich aus dem Brief des BMFT vom 13.05.1983 an die PTB ergibt. Das ist die Anlage 15 zum Bericht des BMU vom 23.09.2009.

Wir haben die Gliederung des Kapitels 8, „Zusammenfassende Bewertung“, damals zunächst einmal nach den Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk vorgenommen. Die Sicherheitskriterien waren im Bundesanzeiger - Jahrgang 35, Nr. 2 - am 5. Januar 1983 veröffentlicht worden. Das schien dem BMFT

- Oder Ihr Auftrag als Empfehlung an die Regierung, wie auch immer. Falls ich das falsch gesagt haben sollte, bitte ich um Entschuldigung.

Nachfolgend nenne ich die Themen und Fragen aus der Drucksache 17/1250, die ich gleichlautend mit folgender Aussage beantwortete: Ich erinnere mich nicht, dass ich 1983 hierzu etwas wusste. Auch heute ist mir hierzu nichts bekannt. - Das sind die Spiegelstriche drei und fünf sowie die Fragen unter 2, 3 und 4 von Seite 4. Von Seite 5 sind es die Fragen unter 6 und unter 11, auf Seite 6 die Fragen unter 16 bis 23 und auf Seite 7 die Fragen 24 und 25.

Wenn das genügt, dann würde ich diese Fragen jetzt nicht noch einmal vorlesen. Aber wenn Sie den Bezug noch einmal ganz deutlich sehen wollen, dann müsste ich diese Fragen, die ich mit der vorhin gegebenen Antwort beantwortete, dann noch einmal hier im Kontext vortragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich denke, im Moment ist das nicht nötig, Herr Dr. Illi.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Gut. - Dann habe ich hier noch eine Sache. Ich muss jetzt meine Papiere etwas anders sortieren. - Ich gehe jetzt auf den datenschutzrechtlichen Verstoß des BMU durch die Veröffentlichung meiner personenbezogenen Daten im Internet am 24. September 2009 ein. Das hat direkt etwas mit den Fragestellungen zu tun, warum ich jetzt hier sitze.

Die Veröffentlichung meiner personenbezogenen Daten steht in direktem Zusammenhang mit der Beweiserhebung zur Frage 13. Das ist das Thema zur Einflussnahme des BMI in 1983 auf den zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über bisherige Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg stellte mit Schreiben vom 2. und 7. Juni 2009 beim Bundesamt für Strahlenschutz einen Antrag auf Einsicht in die Akten zum Entwurf des „Zusammenfassenden Zwischenberichts über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ vom Mai 1983 nach dem Umweltinformationsgesetz.

Am 21. August 2009 hat ein Vertreter der Bürgerinitiative Einsicht in die freigegebenen Unterlagen genommen. Danach gab es eine breite öffentliche Diskussion über den Zwischenbericht zu Gorleben von 1993, unter

anderem auch wegen einer von mir ~~entstandenen~~ Mitschrift einer Besprechung, die am 11. Mai 1983 in Hannover bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe stattfand. Am 27./28. Mai 1983 - das hatte ich bereits gesagt - sollte eine Veranstaltung des Bundes in Hitzacker, Kreis Lüchow-Dannenberg, vor dem Schachtabteufen stattfinden. Die Besprechung diente der Vorbereitung dieser Informationsveranstaltung. Die neun Seiten umfassende Mitschrift, die von mir stammt, wurde nach meiner Kenntnis sowohl dem *Spiegel* - siehe hierzu die Ausgabe Nr. 38 vom 14.09.2009, Seite 26 - als auch einem Bundestagsabgeordneten zugespielt; denn am 3. September 2009 erhielt ich vom Referat RS III 2 des Bundesumweltministeriums per E-Mail eine Kopie der Mitschrift. Der BMU hatte Fragen eines Bundestagsabgeordneten zu beantworten und wollte in diesem Zusammenhang unter anderem von mir wissen, ob die Mitschrift von mir stammen würde, was ich bejaht habe. Die Antwort habe ich per E-Mail gegeben.

Am 11. September 2009 erhielt ich dann ein Schreiben von Frau Nöthel, der Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz. Das Schreiben enthielt folgende Fragen:

1. Hat nach Ihrem Eindruck eine Einflussnahme auf den zusammenfassenden Zwischenbericht stattgefunden?
2. Durch wen und auf welche Weise erfolgte diese Einflussnahme?
3. Gab es Ihrer Auffassung nach dadurch deutliche Veränderungen des Zwischenberichts in der veröffentlichten Fassung gegenüber früheren Entwürfen/Entwurfsteilen, und wie sahen diese aus?

Das Schreiben des Bundesamtes habe ich am 20. September 2009 wie folgt beantwortet:

Sehr geehrte Frau Nöthel, Ihr o. a. Schreiben konnte ich nicht früher beantworten, da es mir wegen einer Reise erst am 18.09.2009 zur Kenntnis gelangte.

Ihre Fragen 1 und 2 beantworte ich wie folgt: Die Arbeiten zur Erstellung des zusammenfassenden Zwi-

Hstammenden

schenberichtes der PTB über die Ergebnisse der von über Tage ausgeführten Standortuntersuchungen in Gorleben, welcher im Mai 1983 von der PTB den an der Endlageraufgabe beteiligten Ressorts vorgelegt wurde, hätte ich zu koordinieren. Obwohl die Vorgänge mehr als 26 Jahre

- das ist ja schon im letzten Jahr gewesen -

zurück liegen, ist mir bis heute die gereizte und aggressive Stimmung auf einer Sitzung in „guter“ Erinnerung, die daher rührte, dass die PTB in einem Entwurf zur zusammenfassenden Bewertung der Standortbefunde auch vorgeschlagen hatte, weitere Standorte neben Gorleben zu untersuchen. Bei dieser Besprechung, die am 11.05.1983 stattfand, habe ich vieles mitgeschrieben. Die neun Seiten umfassende handschriftliche Mitschrift ist Bestandteil der Gorleben-Akten des BfS. Sie liegt meiner Kenntnis nach dem BMU, einem Bundestagsabgeordneten und auch dem Spiegel (s. Ausgabe Nr. 38/14.09.09, S. 26) vor. Ich erhielt eine Kopie meiner Mitschrift am 03.09.2009 vom BMU, RS III 2. Der BMU hatte Fragen eines Bundestagsabgeordneten zu beantworten und wollte in diesem Zusammenhang von mir wissen, ob die Mitschrift von mir stammen würde und ob sie sich auf ein Gespräch am 05.05.1983 bezieht. Die erste Frage habe ich bejaht, die zweite verneint.

Damals wusste ich noch gar nicht, was am 05.05. gewesen ist. Das habe ich dann erst anhand der Unterlagen nachvollziehen können, die vom BMU am 24.09.2009 ins Internet gestellt wurden.

Die Mitschrift belegt, dass sowohl das Bundeskanzleramt als auch der BMI gegen alternative Standortuntersuchungen waren. Gründe für diese Haltung finden Sie auf Seite 9 der Mitschrift: „Hanning: Bei Vorschlag eines anderen Standortes wird Gorleben entwertet.“ Im vorstehend genannten Artikel des Spiegel finden sich weitere Begründungen. ... „Alois Ziegler ... räsontiert heute, dass die Frage nach einem anderen Standort den Atomkonflikt in andere Regionen Deutschlands getragen hätte“, usw.

Entscheidend für die PTB war die Haltung des für sie weisungsbeauftragten BMI, s. S. 9 der Mitschrift: „Matting: BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.“ Sowohl ich als auch andere an der Sitzung teilnehmende Angehörige der PTB haben diese Aussage als eine mündlich erteilte dienstliche Anordnung verstanden.

Ihre Frage 3 beantworte ich wie folgt: Die dienstliche Anordnung des BMU wurde umgesetzt. Nach meiner Auffassung verstieß sie nicht gegen § 63 (2) BBG. Ob es noch weitere deutliche Veränderungen des Zwischenberichtes in der veröffentlichten Fassung gegenüber früheren Entwürfen/Entwurfsteilen gab, weiß ich nicht. Die Vorgänge liegen zu weit zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Ich habe vorhin ausgeführt, dass ich anhand der Unterlagen, die im Internet stehen, noch erkannt habe, dass der BMU nicht wollte, dass die Gliederung dieser Zusammenfassung nicht nach den Sicherheitskriterien erfolgen sollte, und dass es mir damals, als ich dieses Schreiben geschrieben habe, nicht in Erinnerung gewesen ist. Deshalb habe ich da geschrieben: Ich weiß sonst nichts.

Mein eben vorgetragenes Schreiben an die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz ist die Anlage 22 des vom BMU am 24. September 2009 in das Internet gestellten eigenen Berichtsentwurfs zur Frage der Einflussnahme der Kohl-Regierung auf den bereits mehrfach genannten PTB-Bericht. Die Anlage enthält meine Adresse und meine Telefonnummer. Beides ist nicht geschwärzt.

Ich sage noch einmal: Ich habe nichts -- Ich stehe zu dem, was ich geschrieben habe; aber dass hier meine persönlichen Daten ins Internet gestellt werden, das kann ich nicht gutheißen.

Ich habe dann den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ersucht, dass dieser Vorgang geprüft wird. Das Ergebnis erhielt ich vom Bundesbeauftragten für Datenschutz mit Schreiben vom 15.09.2010, in dem er mir bescheinigt, dass meine personenbezogenen Daten nicht in das Internet gestellt hätten werden dürfen.

71

personellen Besetzung der Zirkel oder Gesprächskreise, in denen Sie sich getroffen haben, um Fragen der Endlagerung zu diskutieren, und zum anderen auch in deren inhaltlicher Ausrichtung? Haben Sie als Fachmann diesbezüglich den Regierungswechsel bemerkt, und wenn ja, wie?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wie gesagt, seitdem ist eine lange Zeit vergangen. Ich erinnere mich nicht, dass ich aus dieser Zeit jetzt etwas weiß; das kann ich nicht mehr erinnern. Ich hatte das vorhin ausgeführt: Wenn mir nach dieser langen Zeit heute noch etwas in Erinnerung ist, dann verbinde ich das immer mit irgendeinem besonderen Umstand. Sonst weiß ich das nicht. Das war damals am 11.05.1983 so. Ich habe das beschrieben. Ich kann das heute nicht so wiedergeben, dass ich sage - das weiß ich auch nicht mehr -, Herr Matting oder Herr Bloser haben mich irgendwie angegriffen, oder in welcher Form auch immer. Das weiß ich ja nicht mehr. Aber die Stimmung war gereizt.

Wenn so was in der Vergangenheit war, dann gibt es gewisse Dinge, die ich dann reflektieren kann, so wie ich es dann auch gegenüber der Vizepräsidentin des Bundesamtes machen konnte. Aber sonst: Die Zeit ist viel zu lange, der Zeithorizont ist viel zu weit zurück. Man muss auch eines bedenken: Ich hatte am Ende eine Abteilung mit 30 Leuten. In dieser Zeit sind Tausende von Sachen über meinen Schreibtisch gegangen. Beim besten Willen: Auf meiner Festplatte ist nichts mehr drauf.

Ohne diesen Hinweis und ohne diese Unterlagen, die dann im Internet auftauchten, hätte ich mich an viele Dinge nicht erinnern können, die ich jetzt zu dieser Besprechung am 05.05. oder ~~05.06.~~ so dezidiert darlegen konnte. Das ist unmöglich, das kann kein Mensch; ich jedenfalls nicht. Dass ich das jetzt noch so dezidiert weiß, ist ein Umstand, dass diese Unterlagen da sind. Aber wenn Sie mich jetzt fragen: „Gibt es noch Vorgänge, die durch diese Unterlagen nicht abgedeckt sind, und Erinnerst du dich daran?“, dann muss ich sagen: Das kann ich nicht leisten; das geht nicht.

Außerdem muss man bedenken: Ich bin 78 eingetreten. Da war ich wissenschaftlicher Angestellter. Das war so viel. Ich bin da mit einem Zeitvertrag hineingekommen und habe die PTB dann als Regierungsdirektor verlassen. Aber dass ich irgendwo an hochrangi-

gen Gesprächen teilgenommen hätte, das ist nicht möglich gewesen. Es gibt von der Hierarchie her ja immer ein Gegenüber, das einem zugeordnet wird. Mit mir hat kein Staatssekretär gesprochen. Ich habe zwar mal -- Das war damals im Anhörungstermin Konrad. Da war es der Umweltminister, der dann ins Ausland gegangen ist. Wie hieß der denn noch mal? Der Name fällt mir nicht ein.

(Ute Vogt (SPD): Töpfer!)

- Töpfer, richtig. Danke schön. - Den habe ich mal getroffen. Der hat uns besucht. Ich weiß nicht mehr: Bad Salzflen oder so war es. Wir haben uns sehr intensiv auf diesen Erörterungstermin vorbereitet. Da habe ich tatsächlich mal einen getroffen.

Jetzt will ich nicht lügen: Ich stand mal hinter einem, hinter Herrn Bangemann, als das Verfügungsgebäude, damals noch der PTB, für die Abteilung eingeweiht wurde. Das waren meine beiden Kontakte, die so weit oben waren. Ansonsten hatte ich Gesprächsteilnehmer, mein Gegenüber. Die waren meistens höher besoldet und hatten dann auch noch die Ministerialzulage. Aber in diese Höhen, in die Sie mich eben tragen wollten, bin ich nicht gekommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Illi, vielen Dank. - Es ist tatsächlich wahr: Es ist eine lange Zeit. Tatsächlich darf man auch nicht vergessen, dass Sie in einer Abteilung mitgearbeitet hatten und selbstverständlich Vorgesetzte hatten. Nichtsdestotrotz mag ja ein Eindruck entstehen: Früher war das alles so, und jetzt ist es plötzlich alles ganz anders, und das ist möglicherweise mit so einem Regierungswechsel gekoppelt. Das ist ja nicht mehr als ein Gefühl, das einem dann möglicherweise in Erinnerung bleibt, dass man sagt: Früher konnten wir so arbeiten, und jetzt ist es ganz anders.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich glaube, wenn man in so einer Behörde arbeitet, dass -- Natürlich ist das auch abhängig vom Klima. Das ändert sich durchaus, wenn ein Regierungswechsel da ist. Das ist völlig klar; das habe ich auch erlebt. Aber an Einzelheiten kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Sie haben eben in Ihrem Vortrag einmal ausgeführt - das habe ich mir aufgeschrieben -, die PTB sei nicht unabhängig gewesen. Das haben Sie ausgeführt

H 06.05.

Ute Vogt (SPD): Auf den Vermerk würde ich gerne zu sprechen kommen. Er liegt uns vor. Das ist - für das Sekretariat - MAT A 52, Band 12, Seite 138. Das war der Vermerk, den Sie damals entworfen oder gefertigt haben. Erinnern Sie sich noch, warum der Vermerk angefordert worden ist?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das kann ich nicht. Ich habe auch gegrübelt, denn ich habe das gelesen. Ich kann mich nicht erinnern. Ich finde auch keine Verfügung. Das kann ich nicht; tut mir leid, das schaffe ich nicht. Ich habe keine Erinnerung. Ich wundere mich selbst. Dass ich das nicht 83 gemacht habe, ist klar. Das ging gar nicht von der Zeit her. Wir waren in die Berichterstellung für diesen Zwischenbericht von 83 so eingespannt, dass da überhaupt keine Zeit war. Dass ich zwei Jahre später zusammenschreibe, wer da gekommen ist, das weiß ich nicht. Das steht auch nicht darauf.

Ute Vogt (SPD): Sie wissen nicht, warum und für wen, sondern Sie haben es nur --

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Es wird sicherlich jemand gekommen sein. Aber dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Illi, wenn ich da anschließen darf: Ich komme noch einmal auf die Besprechung am 11.05.83 zurück, bei der Sie ja auch ordentlich Protokoll geführt haben. Kann ich eigentlich davon ausgehen, dass Sie selber sich nicht an der Diskussion beteiligt haben, oder haben Sie beides gemacht, geschrieben und diskutiert?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Wenn Sie da meinen Namen finden, dann werde ich etwas gesagt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist natürlich richtig. - Sagen Sie einmal bitte, welches Kürzel Sie sind.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Jetzt müsste ich hier durchgehen.

Sebastian Edathy (SPD): SE 1 ist Röthemeyer, oder?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: SE 1 ist Röthemeyer.

Sebastian Edathy (SPD): Dann sind da noch: ~~VE, WS, SL.~~

Zeuge Dr. Heinrich Illi: ~~WS~~ ist ein Mitarbeiter aus dem Bereich des Amtes, ~~VE~~ auch. ~~HL~~ bin ich. H VE, WS, SL

Sebastian Edathy (SPD): ~~HL~~? H SL

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Das taucht da aber gar nicht auf. Das heißt also, Sie haben nur Protokoll geführt?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das will ich nicht sagen. Ich werde auch schon etwas gesagt haben, aber das habe ich nicht aufgeschrieben.

Sebastian Edathy (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich glaube nicht, dass --

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt aber, wenn Sie etwas gesagt haben, dann war das nicht einer der Hauptbeiträge, sondern ich nehme an, Sie hatten von Herrn Röthemeyer den Auftrag: Herr Dr. Illi, schreiben Sie bitte mit, was hier gesagt wird.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das glaube ich nicht. Ich habe immer mitgeschrieben. Dafür braucht man keinen Auftrag.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn es Ihnen aufgefallen und besonders erinnerlich ist, dass die Stimmung, wie Sie sagten, gereizt und aggressiv war, dann kann ich davon ausgehen, dass üblicherweise die Stimmung bei Ihren sonstigen Zusammenkünften sehr sachlich war?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Na ja, „immer“ würde ich nicht sagen.

Sebastian Edathy (SPD): Also, wenn die Regierung dabei war, war es immer aggressiv, oder?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Nein, das würde ich auch nicht sagen. In solch einer langen

Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“. Ich weiß es jetzt nicht - ich kann es wirklich nicht sagen -, aber wenn man das normale Handeln unterstellt, dann wäre das eine Einladung vom BMFT gewesen. Dazu, ob es da etwas gibt, kann ich nichts sagen. Ob man da beim BMFT etwas findet, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke.
- Dann hätte ich noch eine Frage zu Ihrer Mitschrift. Sie haben eben schon auf die Frage vom Kollegen Edathy gesagt, dass SE 1 Professor Röthemeyer war und dass ~~HL~~ Sie waren. ~~ML~~ und ~~WS~~ erschließt sich mir nicht ganz. Sie sagten, das wären Ministeriumsmitarbeiter gewesen. Wenn ja, von welchem Ministerium? Erinnern Sie das? Und wissen Sie vielleicht auch noch Namen?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Moment. Wenn Sie dort Namenskürzel wie ~~HL~~ ~~WS~~ oder ~~ML~~ sehen, dann sind das PTB-Leute, die aus der Abteilung Endlagerung mit dabei waren. Das sind damalige Mitarbeiter der Abteilung „Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle“ gewesen. ~~ML~~ das war einer aus der PTB, und der ~~WS~~ auch, ~~HL~~ auch.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin erwähnt, Herr Dr. Illi, dass der Schachtdurchmesser für eine reine Erkundung deutlich kleiner hätte sein können und dass man die Bemessung wohl aus bergmännischen Gründen größer gemacht hat. Was haben Sie gedacht, als Sie erfahren haben, dass Ihr damaliger Abteilungsleiter, Professor Heintz, an dem sogenannten Intercity-Gespräch teilgenommen hat, bei dem die Strategie dafür entwickelt wurde, um diese Notwendigkeit für den größeren Durchmesser begründen zu können? Das war nach dem Gorleben-Hearing in Bonn am 23.06.1980, an dem Sie ja sicher auch teilgenommen haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Dass es da etwas im Intercity gab, weiß ich nicht mehr. Es hat noch eine andere Geschichte im Intercity gegeben. Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen.

Ich habe hier zum Ausdruck gebracht - das kann man dann auch im Protokoll nachlesen - und gesagt: Man kann auch einen Schacht -- Wenn man nur erkunden will, muss der nicht so voluminös sein wie dort oben. Wenn man aber bei den Deckgebirgs-

schichten mit im Durchmesser geringeren Schächten unten ist, will dann aber ein Endlager einrichten, weil man gefunden hat, dass die Situation es erlaubt und dass die Ergebnisse unten dann die Investition für das Projekt rechtfertigen, und man kann das machen, dann ist es umgekehrt wiederum nicht möglich, die Schächte auf einen Durchmesser zu bringen, mit dem man dann die Abfälle runterbringen kann. Das ist natürlich ein Unsinn: Wenn ich etwas erkunde, mir damit aber das Projekt kaputt mache, sodass ich hinterher, wenn ich feststelle, es ist geeignet, das Ziel nicht erreichen kann, weil ich technisch dazu nicht in der Lage bin, dann halte ich das für nicht richtig.

Es ist meine Auffassung, die ich von den Bergleuten gehört habe. Ob das nun wirklich so ist - aber für mich ist es einsichtig: Man kann in einem Gebirge, das Wasser enthält, nicht anders runterkommen, als es zu gefrieren. Deshalb ist das Deckgebirge gefroren worden. Wenn das Erdreich gefroren ist, dann können Sie auch ein Loch hineinmachen, ohne dass Wasser nachläuft. Das geht sonst nicht. Das hier, wo wir gerade sitzen, ist ein typisches Beispiel: Wir sitzen im Sand, der voller Wasser ist. Sie müssen ganz spezielle Maßnahmen ergreifen, um ein Fundament zu gründen. Ich war einmal hier, als der Bahnhof gebaut wurde, und habe mir die holländischen Taucher angesehen. Das ist ja ein Wahnsinn.

Im Bergbau ist das auch so: Wenn Sie in ein Deckgebirge gehen, das wasserführend ist, dann können Sie nicht einfach ein Loch machen. Das können Sie machen, aber dann ertrinken Sie, wenn Sie tiefer gehen. Deshalb wird das Gebirge eingefroren. Dann können Sie das Gestein herausnehmen, und dann müssen Sie einen Einbau einbringen, der wasserdicht ist. Das ist eine spezielle Technik, die aber Stand der Technik für zig Bergwerke in Bereichen ist, wo das Deckgebirge wasserführend ist. Dort, wo es nicht wasserführend ist -- Wenn man das zum Beispiel aus dem Wilden Westen liest: Da machen sie eine Grube auf und holen sich dort die Goldnuggets heraus - da ist kein Wasser. Das ginge dann gar nicht. Da können Sie dann schon mit normalen Mitteln ein paar Meter nach unter Tage gehen. Da passiert nichts. Da läuft kein Wasser nach. Da können Sie auch nach unten gehen. Aber das ist in Gorleben nicht möglich.

sogenannten IC-Gespräch gefragt vom Sommer 1980, und da sagten Sie, es habe mehrere IC-Gespräche gegeben. Können Sie mir erläutern, von was für Gesprächen --

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Vielleicht war das eine flapsige Antwort; tut mir leid. Da muss es irgendwas gegeben haben - ich erinnere mich nicht - mit Professor Heintz. Ich weiß nur - aber jetzt komme ich darauf -: Da hat auch mal irgendwann einer der PTB-Mitarbeiter seine Tasche irgendwo im ICE liegen lassen. Das musste dann auch irgendwie geholt werden, und das war meine, gebe ich zu, etwas flapsige Antwort; tut mir leid. Es ist mir nicht mehr Erinnerung, was Herrn Heintz da passiert ist. Es muss aber irgendwas gewesen sein; denn Sie zitieren das.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. - Eine weitere Frage. Nachdem 1992 die Mitwirkungspflicht des BMFT entfiel, und Sie ich zitiere Sie -, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, „freier werden in Ihrem Handeln“, konnten Sie damals Personal aufstocken und die Kompetenzen des BGR übernehmen, oder wie gestaltete sich danach Ihre Fachkunde auch für Forschung und Geologie? Wie muss man sich das vorstellen, was sich da 1992 verändert hat?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Die Veränderung betraf das, was in der Aufgabenabgrenzung zum BMFT formuliert worden war. Wir konnten dann durchaus eigene Dinge vergeben, die vorher ausgeschlossen waren. Aber das betraf nicht das Verhältnis zur BGR. Die BGR ist auch weiterhin eine Bundesbehörde, mit ihrem Gründungserlass so ausgestaltet, dass sie für geologische und geotechnische Fragestellungen, die die Bundesregierung hat, diese Aufgabe übernimmt. Das tut sie heute noch. Die BGR können wir nicht einfach per Federstrich draußen vorlassen, außer dass die BGR in einem Teilbereich, den ich eben angesprochen habe, den Geowissenschaften, keinen besonderen Schwerpunkt hat oder dass ihr die personellen oder andere Mittel dafür fehlen. Dann hätte man in der PTB oder ~~BFS~~ die Freiheit gehabt, andere zu nehmen; sonst nicht.

Was jetzt die Sicherheitsstudien Entsorgung oder diesen Komplex anbelangt, dann konnte man in der späteren Phase, als das Projekt ausgelaufen war, auch andere einschalten. Insofern habe ich das mit der grö-

ßeren Bewegungsfreiheit so gemeint, dass die Vereinbarung, die dann nicht mehr galt, Dinge zuließ, die vorher ausgeschlossen waren. Das ist dann vielfältiger Art gewesen; denn die Bindungen, also die Vorgaben, waren ja recht eng.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann noch: Sie haben vorhin erwähnt, dass der Salzstock mit fünf Methoden untersucht wurde - obertägig -, und das hätte Ihnen bereits einen guten Einblick ermöglicht. Welche fünf Methoden sind das? Was können Sie damit erkennen und was nicht? Wie wäre das an anderen Standorten möglich? Wie viel Zeitverzögerung hätte das zum Beispiel bedeutet, wenn man das nicht nur an einem Standort, sondern an mehreren vorgenommen hätte?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Entschuldigen Sie bitte, aber ich habe meines Wissens nicht von fünf Untersuchungen gesprochen.

(Zuruf: Das war Professor Röttemeyer! Das war der letzte Zeuge!)

Das tut mir leid. Ich meine, ich kann mich an Vorgänge, die 27 Jahre zurückliegen, nicht erinnern, aber an das, was ich heute hier erlebe, schon. Ich habe das Thema nicht berührt; tut mir leid. Dazu kann ich auch nichts sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Sie haben recht. Ich erinnere mich da auch anders. Das kommt vor.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das habe ich nicht gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, haben Sie nicht gemacht.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Tut mir leid. Kann ich nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann haben wir die zweite Berliner Runde herum. Ich bekomme ein Signal.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Bündnis 90/Die Grünen!)

- Bündnis 90/Die Grünen ist noch an der Reihe. Um Gottes Willen, das war jetzt wirk-

H/BFS

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Illi, es tut mir leid, wir erschöpfen Sie. Ich sehe es. Wir sind jetzt die letzte fragende Fraktion, und von uns aus muss es auch keine weitere Runde mehr geben.

Ich habe jetzt noch zwei abschließende Fragen. Die eine bezieht sich auf die Zweifel, die es ja in der Gruppe damals am Deckgebirge vereinzelt gab; Herr Herrmann, Herr Duphorn, verschiedene der Wissenschaftler hatten Zweifel am Deckgebirge. Dann haben wir in der Endfassung des Zwischenberichts auch eine Aussage dazu zum Salzgebirge. Das liegt einzeln als Anlage 16 zum Bericht des BMU vor. Das sind etliche Seiten, aber ich beziehe mich jetzt auf die erste zusammenfassende Bewertung. Da wird das Salzgebirge beschrieben, und das endet dann damit:

Das Salzgebirge kann daher aufgrund seiner Mächtigkeit die Funktion der Hauptbarriere im Mehrfachbarrierensystem „Endlager“ übernehmen.

Es gab also Zweifel von einigen an der Barrierenfunktion des Deckgebirges. Jetzt haben wir in der Endfassung des Zwischenberichts dann also diese Formulierung, dass das Salzgebirge die Funktion der Hauptbarriere im Mehrfachbarrierensystem „Endlager“ übernehmen kann. Hat man sich da schon ein Stück weit vom Mehrfachbarrierensystem verabschiedet, weil Gorleben das nach Meinung einiger nicht leisten konnte?

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Ich persönlich habe dem Deckgebirge in dieser Situation nicht so viel Bedeutung beigemessen. Mehrfachbarrierensystem heißt ja nicht nur die geologische Formation, sondern Mehrbarrierensystem fängt ja mit den Abfällen an. Ich nehme mal ein Beispiel der verglasten Abfälle. Die radioaktiven Stoffe sind eingeschmolzen in Glas. Das heißt, sie sind nicht frei, sondern in einer Matrix gebunden. Das ist eine Barriere, deshalb macht man das. Man kann ja auch sonst damit nicht frei umgehen.

Jetzt muss man sich natürlich fragen: Was passiert, wenn ich eine Lösung oder was auch immer an dieses Glas heranbringe? Wie ist das Auslagverhalten? Wie werden die Nuklide freigesetzt? Das ist auch eine Barriere. Die Verpackung ist eine Barriere, zählt aber nicht, wenn man lange Zeit-

räume betrachtet. Dann ist die Barriere das Verfüllkonzept. Wie verfülle ich? Dann gibt es die technische Barriere von Abschlussbauwerken. Wenn ich Bohrlöcher habe, muss ich natürlich auch einen Bohrlochverschluss haben. Wenn ich Kammern habe, muss ich einen Kammerverschluss haben. Das heißt, man darf ein Endlager und das Mehrbarrierensystem nicht auf das System über Tage und das Wirtsgestein reduzieren. Das ist auch sehr abhängig von der Situation. Man muss der Verpackung der Kammern eigentlich auch keine Barrierenfunktion zubilligen, wenn es um lange Zeiten geht.

Aber das Mehrfachbarrierensystem darf man nicht nur auf diese von Ihnen genannten Dinge reduzieren. Es kann ja auch sein, dass dann tatsächlich gesagt werden muss: Oben, davon können wir überhaupt keinen Kredit nehmen. Dann muss man eben sehen, ob man mit dem Rest hinkommt. Wenn die Schutzziele dann eingehalten werden durch entsprechende Nachweise, dann konnte man auf die Barriereoberfläche verzichten. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das rauskommt durch die Betrachtung, ja, dann hat man Pech gehabt. Aber a priori, das muss man untersuchen. Das Hintereinanderschalten von Barrieren, das beinhaltet das Mehrbarrierensystem.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön, Herr Dr. Illi. Das heißt aber, wenn ich da jetzt noch eine kleine Nachfrage nachschiebe, dass Sie im Fall eines Endlagers Gorleben auch bei den Glaskokillen auf alle Fälle befürworten würden, dass die auch noch die Barriere Pollux-Behälter haben.

Zeuge Dr. Heinrich Illi: Das weiß ich nicht. Ich war immer für die Kokillen für eine Bohrlochlagerung, weil das auch Vorteile hat. Aber man kann das natürlich auch mit Polluxen machen. Das ist eine Frage, wie man das ausgestalten kann und will. Das Wichtige hier an dieser Stelle ist, dass man, wenn man gezielt vorgeht, einen Abschluss der Polluxe oder auch der Glaskokillen durch das Salz bekommt. Das muss man intelligent machen. Man muss natürlich auch die Resthohlräume, die bestehen, wenn man irgendwas verfüllt -- Wenn Sie Pollux machen, dann können Sie die Pollux-Behälter auf Schienen oder wie auch immer dann in die Strecken reinschieben und sollten nach Möglichkeit die Strecken nicht so auffahren, dass,

Ergänzung zu den Ausführungen über die Zuständigkeiten bei der Endlageraufgabe

Auszug aus der Veröffentlichung:

Illi, H.:

Fortschritte bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle? In: Kernenergie – Option für die Zukunft, Aachen, 18./19. September 1996. VDI-Berichte: 1271. Düsseldorf: VDI Verlag 1996, S. 57-71.

Zuständigkeiten bei der Endlageraufgabe

In der Bundesrepublik Deutschland wurde erstmals im Jahre 1973 ein umfassendes Energieprogramm aufgestellt. Bestandteile dieses Energieprogramms und seiner Fortschreibungen ist die friedliche Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung. Für die bereits in den 70er Jahren kontrovers und teilweise heftig diskutierte Kernenergienutzung stellt die Übernahme der Entsorgung in die staatliche Verantwortung auf Vertrauensbildung ab. In Vertretung der Bundesregierung und der für sie handelnden Bundesministerien wurde mit § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AtG in der Fassung der 4. Novelle der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), einer oberen Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, die Zuständigkeit für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle übertragen. Wegen des Umfangs dieser Aufgabe erfolgte im Jahr 1977 die Gründung einer eigenen Abteilung, in die auch die bereits in der PTB angesiedelten Aufgaben der staatlichen Verwahrung von Kernbrennstoffen und der Genehmigung der Beförderung von Kernbrennstoffen und Großquellen integriert wurden. Ab 1. November 1989 erfolgte die Überleitung der Endlageraufgabe mit dem Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz vom 9. Oktober 1989 in das neu gegründete Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) untersteht.

Bei der Übernahme der Endlageraufgabe in die Verantwortung des Staates war auf politischer Ebene entschieden worden, den Betrieb der Bundesendlager von einem technischen Erfüllungsgehilfen der Behörde durchführen zu lassen. Diese Möglichkeit eröffnet § 9 a Abs. 3 Satz 2 AtG. Mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) mit Hauptsitz in Peine am 11. September 1979 wurde die Grundsatzentscheidung getroffen, daß sich der Bund zur Erfüllung seiner Pflichten nach § 9 a Abs. 3 Satz 1 AtG nur eines Dritten bedient. Die Gesellschafter der DBE sind die Gesellschaft für Nuklear-Service mbH, Essen, die Industrieverwaltungsgesellschaft AG, Bonn, die Noell GmbH, Würzburg und die Saarberg-Interplan Gesellschaft für Rohstoff-, Energie- und Ingenieurtechnik mbH, Saarbrücken.

Die Planung, die Errichtung und der Betrieb eines Endlagers erfordern das Zusammenwirken unterschiedlichster Disziplinen. Bei der Standorterkundung, den Sicherheitsanalysen zur Nachbetriebsphase aber auch bei betrieblichen Aspekten der untertägigen Anlage ist geowissenschaftliches Fachwissen unerlässlich. Aufgrund einer Festlegung im Gründungserlaß der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) vom 28.11.1958 hat die BGR die Zuständigkeit für die Bearbeitung geowissenschaftlicher und geotechnischer Problemstellun-

gen bei Aufgaben der Bundesregierung. Daher wurden ihr alle geowissenschaftlichen und geotechnischen Aufgaben übertragen, die im Zusammenhang mit der Endlageraufgabe anfallen. Die für die Endlagerung zuständige Behörde bekam damit einen weiteren externen Partner zur Seite gestellt.

Eine besondere Situation wurde im Jahre 1981 durch das ehemalige Ministerium für Forschung und Technologie (BMFT), heute Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), geschaffen. Der BMFT hatte nach § 23 Abs. 1 Satz 2 AtG in der Fassung vom 30. August 1976 eine Mitwirkung bei der Bundesaufgabe Endlagerung. Die PTB unterlag damals in ihrem fachlichen Handeln den fachlichen Weisungen des für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständigen Bundesministeriums des Inneren, der hierbei - soweit Fragen der Forschung und Technologie betroffen waren - Einvernehmen mit dem BMFT herzustellen hatte. In Umsetzung dieser Aufgabenverteilung wurde im Jahre 1981 eine zwischen den Ressorts geschlossene Vereinbarung über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen BMFT und PTB bei der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle wirksam. Nach dieser Aufgabenabgrenzung, die bis Ende 1992 gültig war, bestand für die PTB bzw. das BfS praktisch kein Spielraum für innovative Facharbeiten. Der BMFT hatte sich mit der Ressortvereinbarung die prototypische Entwicklung und Erprobung von neuen Methoden, Geräten, Verfahren und Modellen vorbehalten, die zur Realisierung eines Endlagers benötigt werden. Weiterhin war der BMFT für wesentliche Änderungen an diesen Methoden, Geräten, Verfahren und Modellen zuständig, wenn deren Genehmigungsfähigkeit von einer erneuten prototypischen Erprobung abhing. In die Zuständigkeit der PTB fiel die Erarbeitung von standort- und anlagenbezogenen Unterlagen für die Genehmigungsverfahren der Anlagen unter Einsatz bekannter Methoden, Geräte, Verfahren und Modelle sowie deren Anpassung an die Anforderungen von im großindustriellen Maßstab betriebenen Endlagern.

Seit 1977 wurden auch die Sicherheitsaspekte des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Entsorgungskonzepts vom BMFT untersucht. Diese Arbeiten wurden im Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“ (PSE) zusammengefaßt. Die Phase I dieses Projekts von 1978 bis Mitte 1981 hatte noch keinen Bezug zu Genehmigungsverfahren. In der bis Anfang 1985 dauernden Phase II war das Teilprojekt B auf die Methodenentwicklung eines sicherheitsanalytischen Instrumentariums für den Nachweis der Langzeitsicherheit eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle in einem Salzstock ausgerichtet. Dieses Instrumentarium war in laufenden Genehmigungsverfahren einzusetzen. Aus diesem Grunde übernahm die GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GmbH das in PSE entwickelte Instrumentarium für die Sicherheitsanalysen zur Langzeitsicherheit von Endlagern, und die PTB hatte in der Folge die Verpflichtung, dieses Know-how auch zu nutzen.

Die vom BMBF praktizierte Mitwirkungspflicht bei der Entsorgung engte den Spielraum der Endlagerbehörde stark ein. Der BMBF hat für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (FuE) zur Entsorgung von Mitte der 60er Jahre bis Ende 1994 ca. 1,3 Mrd. DM aufgewendet. Im Dezember 1992 kündigte der BMFT das Ressortabkommen von 1981 und schränkte in der Folge seine Aufwendungen für FuE-Arbeiten drastisch ein. Innerhalb kurzer Zeit wurde eine

übernommene Verantwortung aufgegeben. Dies stellt das BfS vor eine neue Situation. Einerseits stärkt sie die Position der Endlagerbehörde, andererseits bringt sie zusätzliche Aufgaben, die beim laufenden Stellenabbau im öffentlichen Dienst kaum zu bewältigen sind.

Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind

1. Untersuchungsausschuss der
17. Wahlperiode

Eingang: 04. Aug. 2010

Tgb.-Nr. 127

02.08.2010

Deutscher Bundestag,
Leiterin Sekretariat, PA 25
Frau Margot Heimbach
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Untersuchungsausschuss Gorleben, GZ : PA 25-5432

Sehr geehrte Frau Heimbach,

die vorläufige Fassung des Stenografischen Protokolls der Vernehmung vom 1. Juli 2010 habe ich als Anlage zu Ihrem Schreiben vom 21.07. erhalten und aufmerksam gelesen. Ich bin beeindruckt von der ausgezeichneten Arbeit der Stenografen und habe nur wenige Korrekturen anzumerken.

Anliegend übersende ich Kopien von den 8 Seiten, auf denen Korrekturvermerke angebracht sind. Es handelt sich um die Seiten 85,86,87,88,89,90,91 und 98. Ich hoffe, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Zu Seite 93 wäre noch anzumerken, dass der BMFT-Minister, der bei der Feier des Beginns des Schachtbaus zugegen war, Heinz Riesenhuber war. Die Veranstaltung fand im September 1986 statt.

Für eine kurze Bestätigung, dass ich hiermit meine aus der Zeugenvernehmung erwachsenen Verpflichtungen erfüllt habe, wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: 8 Seiten

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Professor Kind, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann starten wir jetzt zu diesem denkwürdigen Zeitpunkt in die dritte Zeugenbefragung an diesem Tag.

Ich begrüße Sie, Herr Professor Kind, sehr herzlich bei uns in der Ausschusssitzung und bedanke mich insbesondere, dass Sie angesichts dieser Wetterverhältnisse nicht gescheut haben, hierherzukommen, und auch zu dieser Tageszeit bereit sind, vor diesem Ausschuss auszusagen.

Ich habe Sie jetzt auf einige formale Dinge hinzuweisen, die ich so vorlesen muss, wie sie mir hier vorgegeben sind, damit wir den rechtlichen Anforderungen Genüge tun. Ich darf Sie insbesondere darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-4, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Die Empfangsbestätigung vom 15. Juni 2010, eingegangen im Sekretariat per Fax am selben Tage, liegt uns vor. Für Ihre heutige Vernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesministeriums für Wirtschaft mit Datum vom 24.06. vor. Diese wurde als MAT A 71 verteilt.

Ich darf Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe gemäß § 47 Abs. 2 Strafgesetzbuch bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung

Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann gemäß § 15 Untersuchungsausschussgesetz. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nein, ich habe keine Fragen. Ich habe alles verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Vielen Dank. - Dann darf ich Sie jetzt zur Person vernehmen, nach diesen notwendigen Vorbemerkungen. Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Mein Name ist Dieter Kind. Ich bin 1929 in Reichenberg in Böhmen geboren, habe Elektrotechnik studiert, war in Berlin und später in München, habe auf dem Gebiet auch promoviert, war dann bis 1962 in der Industrie und bin 1962 nach Braunschweig berufen worden an die - damals - Technische Hochschule, Fachgebiet Hochspannungstechnik, also elektrische Energietechnik. 1995 [sic!] bin ich dann Präsident der PTB geworden.

Genügt das zu meinem Lebenslauf?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir würden gern noch Ihren Wohnort erfahren.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: [REDACTED]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Vielen Dank. - Dann können wir schon mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 Untersuchungsausschussgesetz die

Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir sofort mit Fragen beginnen. Wie wünschen Sie das?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich würde mich gern kurz zum Gegenstand äußern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber bitte schön.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich habe mir ein paar Daten notiert, die, glaube ich, für Ihre Fragen später durchaus von Bedeutung sein können. Zunächst etwas zur PTB, Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Es ist die Nachfolgerin der 1889 gegründeten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, der ersten staatlichen Großforschungseinrichtung weltweit mit vielen berühmten Leuten, die da gearbeitet haben.

Von Anfang an war eigentlich das Gebiet der Radioaktivität, ionisierende Strahlung und Verwandtes auf dem atomphysikalischen Gebiet ein wichtiger Gegenstand von Forschung. Der berühmte Geigerzähler stammt von Herrn Geiger, der der Leiter des entsprechenden Laboratoriums der PTB war. - So weit, so gut.

Die PTB ist dem Bundesminister für Wirtschaft zugeordnet, aus dem einfachen Grund, weil ihre Arbeit nicht nur reine Forschungstätigkeit bedeutet, sondern eine ganze Reihe von gesetzlichen Aufgaben enthält, nicht nur das Zeitgesetz, das uns täglich die genaue Atomzeit ins Haus bringt, sondern alles gesetzliche Messwesen, Eichwesen usw. Die Einheitlichkeit des Messwesens ist eine hoheitliche Aufgabe und ist insofern traditionell beim Wirtschaftsminister und nicht etwa beim Forschungsminister angesiedelt.

1959 ist das Atomgesetz erstmals erlassen worden. Das hatte von Anfang an einen § 23, Aufgaben der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Diese Aufgaben waren Genehmigung von Anlagen zur Beförderung und Aufbewahrung von Kernbrennstoffen, eine Aufgabenstellung, die eben doch solide wissenschaftliche Kenntnisse auf dem Gebiet Radioaktivität, ionisierende Strahlung usw. beinhaltet. Um sich damit apparativ richtig einzustellen, hat die PTB einen kleinen Forschungs- und Messreaktor, FMRB, Forschungs- und Messreaktor Braunschweig, mit einer thermischen Leistung von

1 Megawatt errichtet. Der ist 1967 in Betrieb genommen worden. Wenn man für Messgrößen verantwortlich ist, muss man in der Lage sein, die betreffende physikalische Größe in der entsprechenden Skalierung auch darzustellen; sonst kann man hier nicht Geräteentwicklung, Geräteforschung oder Überwachung von Stellen, die mit diesen Geräten arbeiten, durchführen.

Wir waren also durchaus aktiv auf dem Gebiet der Neutronen- und Elektronenforschung, langsame Neutronen und schnelle Neutronen. Als ich 1975 als Präsident zur PTB berufen wurde, fand ich schon eine Menge von kompetenten Kollegen vor, die auf diesem Gebiet zu Hause waren. Als dann 1976, ein Jahr, nachdem ich zur PTB kam, die vierte Atomgesetznovelle erlassen wurde, da hat man den § 23 erweitert um die Aufgabe „Errichter und Betreiber von Anlagen des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle“. Das war nun der große Hammer, der uns das Thema für die heutige Diskussion gegeben hat.

Es gibt weltweit wahrscheinlich kein Land, wo es möglich war, dass eine vorhandene Institution das nötige Know-how und die Expertise hatte, um sozusagen auf den fahrenden Zug Endlagerung aufzuspringen; denn auch wenn es nur ein kleiner Reaktor war, auch hier gelten die entsprechenden Vorschriften für Strahlenschutz, Sicherheit, Entsorgung usw. usw., natürlich nicht in dem Maßstab wie bei Kernkraftwerken für die Energieversorgung, aber immerhin. Im Grundsatz musste das alles auch in Ordnung sein. Insofern hatten wir gleich Fachleute, die sich dieser Aufgabe widmen konnten.

Nun zum Thema Gorleben aus der Sicht der PTB: 1977 benennt Niedersachsen Gorleben als Standort. Die PTB wird angewiesen, einen Antrag auf Planfeststellung im Rahmen des geplanten integrierten Entsorgungszentrums zu stellen: Planfeststellung für ein Endlager. Dieser Antrag auf Planfeststellung ist sozusagen der erste Schritt, wenn man eine entsprechende Einrichtung - das gilt in allen Bereichen - tatsächlich errichten und möglicherweise auch betreiben soll.

Wir haben dann im gleichen Jahr, 77, eine Abteilung SE, Sicherstellung und Endlagerung, eingerichtet; denn das ist den Bonner Stellen dann sehr schnell klar geworden, dass man mit dieser kleinen, wenn auch kompetenten Mannschaft, die um den Reaktor herum und um die Genehmigung von Transporten vorhanden war, ein solches

Riesenprojekt nicht realisieren könne. Es sind dann entsprechende Stellen in diesem Jahr eingerichtet worden und damit eine Abteilung - eine von zehn Abteilungen -, die sich mit Sicherstellung und Endlagerung zu befassen hatte.

Die ist dann in den Jahren entsprechend gewachsen durch Zuweisung von Stellen, wobei das immer ziemlich kompliziert ist. Für Stellen im öffentlichen Dienst ist der Finanzminister zuständig, für das Atomgesetz der Innenminister, und unser Minister ist der Wirtschaftsminister. Die Gänge sind so, dass wir dem Wirtschaftsminister sagen müssen, was wir brauchen. Der Innenminister muss prüfen, ob das auch richtig ist; dann muss er das beim Finanzminister durchsetzen. Das ist also nicht so ganz einfach. Aber die Abteilung ist gewachsen, weil jeder eingesehen hat: Hier muss einiges geschehen. Niedersachsen ist ja schon beinahe Jahrzehnte vorher mit Endlagerungsfragen befasst worden; und - das war zu Regierungszeiten von Albrecht - 1979 ist ein großes, auch international besetztes Gorleben-Hearing, von dem Sie sicherlich auch schon gehört haben in diesem Zusammenhang, in Hannover eingerichtet worden.

Das Ergebnis von diesem Gorleben-Hearing war, dass Niedersachsen nicht bereit war, einen Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben zur Verfügung zu stellen. Aber Endlagerung wurde allgemein als so beherrschbar angesehen, dass es bei dem Standort Endlagerung in Gorleben geblieben ist.

Zu dem Planfeststellungsantrag, von dem ich vorhin gerade sprach, ist noch zu ergänzen, dass auf Weisung oder Entscheidung des Innenministers, der eben zuständig war für das Atomgesetz, die Erkundung nach Bergrecht erfolgen sollte und nicht nach Atomgesetz - eine Entscheidung, mit der die PTB nichts zu tun hatte; wir haben das einfach natürlich so realisieren müssen -, eine Entscheidung, die 1990 vor dem Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde, sodass das alles seine Richtigkeit hat.

Das Ergebnis von dem Gorleben-Hearing war also, dass die Endlagerung in Gorleben durchaus in Betracht kommen könnte. Wir haben entsprechende hydrogeologische Bohrungen des Deckgebirges durchgeführt, unter anderem einige Jahre später vier Tiefbohrungen bis über 2 000 Meter Tiefe, wobei das natürlich eine schrittweise Entwicklung war. Die Bohrungen, die Untersu-

chungen des Deckgebirges oberhalb des Salzstocks ~~ist~~ das eine. Und wenn man glaubt, man kenne das Deckgebirge, dann ist der nächste Schritt, dass man natürlich in den Salzstock hineingeht. Das waren damals politisch schwierige Realisierungen, weil sich da eine ganze Menge Protest, der aber nicht unbedingt aus der Region kam, sondern sehr weit von anderswo kam, angesammelt hatte. Das war 1979.

Ein wichtiger Termin ist 1982, dass die Grube Konrad als Endlager für nicht wärmeerzeugende Abfälle als geeignet angesehen wurde, als zu untersuchender Standort natürlich immer gemeint. Das ist insofern wichtig, als die nicht wärmeerzeugenden Abfälle vom Volumen her 90 Prozent oder 95 Prozent des Volumens der gesamten radioaktiven Abfälle ausmachen. Wenn also ein Großteil vom Volumen her gar nicht für Gorleben vorgesehen ist, dann bedeutet das, dass die Anforderungen an die Abmessungen von Gorleben wesentlich kleiner sein konnten, als wir das zunächst annehmen mussten.

Im Mai 83 hat die PTB dann den Standortuntersuchungsbericht fertiggestellt, wobei der PTB die Koordination oblag. Die Geologie ist hauptsächlich von der BGR, Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe, beigestellt worden, das Bergmännische von der DBE. Ich nehme an, Sie sind alle vertraut mit diesen Abkürzungen. Beteiligt war Professor Herrmann, Göttingen, und eine große Projektierungsgesellschaft, PSE, die eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Institutionen, unter anderem Hahn-Meitner-Institut usw., befasste.

Im Juli erfolgte dann die Kabinettsentscheidung für das Erkundungsbergwerk Gorleben, und im September 86 begannen wir mit dem Schachtabteufen im Tiefkälte-Gefrierverfahren, um den Schacht durch das Deckgebirge, was ja kein fester Ton ist, sondern sehr stark sandig ist, bis zum Salzspiegel mit Sicherheit durchführen zu können.

1989 hatte der Schachtvorbau den Salzspiegel erreicht, und 1989, im gleichen Jahr, ist das Bundesamt für Strahlenschutz gegründet worden, und die Abteilung SE ist komplett an das Bundesamt übergegangen. Die Mitarbeiter waren noch viele Jahre in ihren gleichen Räumen und Gebäuden in der PTB in Braunschweig, und erst als der Neubau in Salzgitter fertig war, sind sie ausgezogen, sodass also meine Verbindung mit dem Thema Ihres Ausschusses beginnt, wenn Sie

so wollen, mit meiner Präsidentschaft 75 und endet 89, 14 Jahre später, mit der Gründung des BfS. Die PTB ist überhaupt erst in diese - in Führungszeichen - Geschäfte gekommen, als von Niedersachsen der Standort Gorleben benannt wurde.

Eine kleine Nebenbemerkung: Als Gorleben das erste Mal auftauchte - ich wusste natürlich ungefähr, wo Gorleben liegt -, da habe ich - der 14. Juni war damals Feiertag - unseren, damals zwölfjährigen, Jüngsten genommen, und wir haben zusammen eine Radtour nach Gorleben gemacht. Das war ein ganz wichtiger Schritt für mich, weil ich die Gegend, den Sand, die Kiefern - da konnte man die Räder nur schieben - und auch Leute, die da leben, gut kennenlernen konnte. Insofern war mir sehr früh Gorleben ein sehr lebhafter Begriff. Damals wusste ich natürlich nicht, dass ich später noch sehr oft dorthin kommen würde.

Das BfS hat ein Jahr, nachdem es von der PTB diesen Bereich übernommen hat, die Eignungshöflichkeit von Gorleben noch mal ausdrücklich bestätigt in einem Bericht. Im März 95 bin ich pensioniert worden, und seitdem habe ich, außer dass ich ein interessierter Leser oder Zuhörer bin, weder mit Gorleben noch mit der Endlagerung etwas zu tun gehabt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Prof. Kind, für diesen ausführlichen Bericht. - Im Mittelpunkt der Erörterung, die wir heute durchgeführt haben, und auch im Mittelpunkt des gesamten Untersuchungsauftrags stehen ja der zusammenfassende Zwischenbericht der PTB als Grundlage für die Kabinettsentscheidung über die untertägige Erkundung in Gorleben und dessen Entwicklung von Entwürfen hin zu einem endgültigen Bericht und die zentrale Frage, ob in diesem Zusammenhang Manipulationen im Sinne von politischer Einflussnahme erfolgt sind.

Ich würde gern Ihre Einschätzung wissen - verbunden mit dem Regierungswechsel durch das konstruktive Misstrauensvotum am 01.10.1982 -: Haben Sie feststellen können, dass sich im Zusammenhang mit diesem Termin Ihr Verhältnis, das Verhältnis Ihres Hauses, Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber den Ministerien, die Ihre Arbeit vor und nach diesem Termin eng begleitet haben in Bezug auf die Endlagerung, dass sich da irgendetwas geändert hat? Ist vorher oder nachher Einflussnahme versucht wor-

den? Haben sich wichtige Personen geändert? Sind wichtige Inhalte völlig anders gewesen? Können Sie da aus Ihrer Erinnerung etwas beitragen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Wenn ich vorausschicken darf, wie die Geschäftsverteilung innerhalb der PTB war: Als die Aufgabe Endlagerung begann - große Formen, auch finanzielle; denn die ganzen Mittel sind ja über die PTB gelaufen von der Endlagervorausleistungsverordnung -, als das anwuchs, kam nicht nur von Bonn, aber auch von Bonn die dringende Empfehlung, der Präsident solle sich nicht auch um diese Frage primär kümmern; dazu werde er zu oft gebraucht. Diese Aufgabe sollte zweckmäßig der Vizepräsident übernehmen. Das war Professor Schrader. Schrader ist leider 84 gestorben. Aber um die 83er war es Herr Schrader. Ich kann nicht leugnen, ohne dass ich im Mindesten die grundsätzliche Verantwortung nicht übernehmen will, aber viele Entscheidungen, die Leute wie Herr Röttemeyer oder Dr. Illi oder so zu tragen hatten, und Kontakte haben mich nicht erreicht. Das war so.

Speziell die Frage, die Sie angeschnitten haben: Ich kann mich nicht erinnern, dass dies mich erreicht hat: Da sei ein Fernschreiben, das man als Weisung empfinden könne oder auch nicht, von einem Beamten eines Ministeriums, das gar nicht weisungsberechtigt war, und Ähnliches. Im Nachhinein weniger aus meiner Erinnerung, aber meine Deutung ist die: Diese Sitzung, wo, ohne eingeladen zu werden, Vertreter von Bonner Ministerien auftauchten, war eine interne Sitzung, von der PTB anberaumt worden, wo man vorhandene Entwürfe für diesen Bericht in dem gleichen Kreis, aus dem der Bericht entstanden ist, diskutieren wollte.

Da war schon bei einer früheren Fassung dabei ein Punkt, dass die PTB, die also den zusammenfassenden Entwurf gemacht hatte, die Empfehlung gegeben hatte, man solle doch auch andere Standorte schon einmal sich näher anschauen. Das hing auch damit zusammen, dass man damals noch mit dem viel größeren Endlagervolumen, Abfallvolumen, gerechnet hat. Dagegen, an anderen Stellen auch zu dem Zeitpunkt zu bohren, waren andere BGR-Partner usw. aus was für Gründen auch immer. Die PTB hatte aber auch bei dem nächsten Entwurf diesen Passus drinstehen lassen.

Ich kann gut nachempfinden, dass man - das muss Herr Röthemeyer wohl gewesen sein, der zu dieser Sitzung eingeladen hatte - überrascht war, dass auf einmal Leute kamen vom Ministerium, die natürlich auch etwas zu sagen hatten, aber dass die auf einmal da waren, bevor man intern unter den Wissenschaftlerkreisen und den Instituten sich voll ausgesprochen und geeinigt hatte. So muss das wohl gewesen sein, dass die Betreffenden das als nicht freundlichen Akt angesehen haben, sondern gewollt haben: Lasst uns erst mal unter uns die Sache klarziehen, und dann sprechen wir mit Bonn. - Ich kann hier nicht eine unzulässige, unangebrachte Einmischung sehen. Es war einfach ungeschickt von den Bonnern, da aufzutauchen, ohne zu dieser Sitzung eingeladen zu sein. Das ist meine Deutung.

Im Übrigen ist hier im Jahre 2009 - das liegt ja noch gar nicht lange zurück - ~~im Grunde~~ vom Bundeskanzleramt eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Sie kennen die Pressemitteilung 405 vom 15. Oktober 2009, Überschrift „Gorleben-Gutachten von 1983 nicht geschönt - PTB war nicht gegen Gorleben als Endlager“. In dieser Arbeitsgruppe, deren Ergebnis hier zusammengefasst ist, war die PTB nicht beteiligt. Ich habe das jetzt erst in Vorbereitung auf diese Sitzung überhaupt mitbekommen. Ich kann nur sagen: Was da drinsteht, kann ich voll unterstreichen, obwohl oder gerade auch weil die PTB da nicht unbedingt gut wekommt, denn man sagt hier:

Auch nach Einschätzung der PTB handelte es sich bei der Frage der zusätzlichen Erkundung weiterer Standorte um eine politisch/wirtschaftliche Frage, für die die PTB nicht zuständig und zur deren Beantwortung sie auch nicht aufgefordert war.

Das ist ein Rüffel, den die PTB - in dem Fall sogar ich - wirklich hinnehmen muss. Ich muss sagen: Das stimmt so. Wir haben uns geäußert an einer Stelle, die dafür ungeeignet war. Danach war gar nicht gefragt worden. Hätte die PTB ein Extrabriefchen geschrieben in dieser Angelegenheit und es nicht in diesen mit einer anderen Thematik festgelegten Bericht eingebaut, wäre das Thema nicht zu beanstanden gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich darf vielleicht noch mal nachfragen: Ihren

Ausführungen entnehme ich, dass Sie an der Erstellung dieses Zwischenberichts und an den Gesprächen, die dann stattgefunden haben, und an der Weiterentwicklung vom Entwurf zum Endbericht persönlich selbst nicht beteiligt waren, aber sehr wohl durch Ihre Mitarbeiter informiert worden sind?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Nicht in allen Details natürlich; ich bin ja auch kein Geologe. Das ist ja wirklich eine große Zahl von erstklassigen Fachleuten aus verschiedensten Bereichen, denen ich natürlich in ihrem Kompetenzbereich nicht das Wasser reichen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann soll das als einführende Frage, auch angesichts der Zeit, für mich reichen. Ich gebe das Fragerecht weiter an die Fraktionen und muss Herrn Professor Kind noch sagen, wie das bei uns mit dem Fragerecht geht. Ich darf Ihnen deshalb kurz den Ablauf der Befragung darstellen: Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget für die Fragen und Antworten. Eine bei Ablauf des Zeitkontingents begonnene Frage kann zu Ende formuliert werden nebst der dazugehörigen Antwort. Ebenso kann eine begonnene Antwort zu Ende formuliert werden. Das heißt für Sie schlicht und ergreifend: Solange ich nicht dazwischengehe, können Sie alles beantworten, solange wie Sie meinen, dass es erforderlich ist. - Das erste Fragerecht hat jetzt die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Ich darf zunächst Ihnen, Herr Professor Kind, danken, dass Sie so lange ausgeharrt haben, um unser Bild zu vervollständigen. Da wir uns im Rahmen des augenblicklichen Abschnitts der Arbeit des Untersuchungsausschusses vor allen Dingen mit diesem Thema 82/83 und der möglichen von dem damaligen Bundesumweltminister Gabriel behaupteten Manipulation dieses Zwischenberichts befassen, würde ich mich darauf gern konzentrieren wollen. Sie haben vor dem Asse-Ausschuss des Niedersächsischen Landtags erklärt, das Gutachten sei in seiner wissenschaftlichen Ausrichtung nicht verändert worden. Wie sind Sie zu dieser Einschätzung gekommen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich weiß, dass ich aus dem ~~Abgesehen~~ im

Len,
List.

Wesentlichen, von der Frage mit anderen Standorte ist der wissenschaftliche Teil nicht verändert worden. Das würden wir auch gar nicht akzeptiert haben. Ich kann mir das eigentlich gar nicht vorstellen. Da ist eine solche Kompetenz vorhanden, da würde das Ministerium bei einem Versuch, uns da zu beeinflussen, glaube ich, keine Chancen gehabt haben. Das passt einfach nicht zusammen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir deuten hier alles aus, auch den Verlauf dieser Sitzung am 11. Mai, wo es nicht so klimatisch hundertprozentig angenehm gewesen sein soll. Sind Sie von Herrn Röthemeyer, Herrn Dr. Illi oder wem auch immer über den Verlauf der Beratungen unterrichtet worden? Ich frage mich, je intensiver man sich damit beschäftigt, wieso das dort so angespannt war. Denn auf der einen Seite haben Sie eben auch noch mal gesagt: Die fachliche Ausrichtung ist nicht in irgendeiner Weise beeinflusst worden. Gerade auch Professor Röthemeyer hat uns gesagt, dass er durchaus Verständnis hatte für die, wie er sagte, entsorgungspolitische Überlegung, nicht an einem anderen Standort - ich drücke es ein bisschen lax aus - politische Feuerchen in der Bevölkerung anzuzünden mit, wie wir damals in Gorleben gesehen haben, doch erheblichen politischen Wirkungen. Haben Sie über diese Sitzung Informationen bekommen? Hat man Ihnen vermittelt, warum es dort zu einer gewissen Auseinandersetzung gekommen ist?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir darüber diskutiert haben. Möglicherweise sind Äußerungen, dass man sich darüber geärgert hat, dass die Bonner einfach einen Takt zu früh aufgetaucht sind, dass man noch gar nicht fertig war -- Man hätte es erst fertig machen sollen. Wenn ich sagen darf: Wir waren - insbesondere die Mitarbeiter, die damit zu tun hatten - wirklich unter Druck. Das hat Herr Röthemeyer irgendwann mal gesagt und wurde so gedeutet: Druck, sich eben zu verbiegen. - Nein, wir waren unter Druck, weil die Aufgabe offensichtlich und einsichtbar von solcher Priorität war.

Natürlich sind wir von allen Seiten gedrängt worden: Nun kommt doch endlich mal mit dem Zwischenbericht. - Aber sich da einer Verantwortung zu stellen -- Dienst nach Vorschrift oder so hat es in dieser

Phase nirgendwo gegeben. Das war schon Druck, dass man sich darum bemüht hat. Deswegen habe ich volles Verständnis, wenn die zornig waren und gesagt haben: Warum lasst ihr uns denn nicht die Sache wirklich unter uns erst einmal ausmachen, bevor ihr euch dann dazwischendrängt? - So ist meine Deutung im Nachhinein, ohne dass ich mich erinnern kann, dass das an mich herangetragen wurde; vielleicht an Herrn Schrader, aber der hätte es mir dann gesagt, wenn er es wirklich als eine politisch brisante Aufgabe oder Angelegenheit angesehen hätte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie damals in der Diskussion mit Ihren Kollegen die Nichtaufnahme dieser Frage „alternative Standortsuche“ als eine Veränderung der wissenschaftlichen Aussage dieses Zwischenberichts empfunden, oder haben Sie gesagt - Sie haben sich in Ihren Bemerkungen eben auf Fragen der Frau Vorsitzenden fast schon in die Richtung geäußert -: „Nein, das war ja eigentlich gar nicht unser Auftrag; insofern wird unser Zwischenbericht dadurch nicht geschmälert in seiner Ausrichtung, wenn es fehlt“?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Genau. Ich kann nur voll zustimmen zu dem, was Sie sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So ist das damals dann auch diskutiert worden?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herzlichen Dank.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage. Herr Professor Kind, Sie haben davon gesprochen, die Bonner wären einfach aufgetaucht, haben aber gleichzeitig erklärt, das sei eine interne Sitzung der PTB gewesen. Wie können die einfach irgendwo auftauchen in einer internen Sitzung, ohne dass man davon weiß? Das kann ich nicht so richtig nachvollziehen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Da kann ich auch nur schließen: Es waren in diesem Kreis, der da zusammenarbeitete, BGR und DBE, starke Partner und sie waren definitiv gegen andere Standorte. Als die merkten, dass die PTB, obwohl sie ihre Be-

denken gegen andere Standorte vorher schon gesagt hatten, immer noch diesen Passus drin hatte, mag einer von denen bei einem Gespräch in Bonn gesagt haben: „Hört mal, die PTB scheint stur zu sein“, und dass sie dann beschlossen haben: Dann wollen wir doch mal dazukommen. - Die Sitzung war in der BGR in Hannover und nicht in Braunschweig; aber das spielt keine Rolle. Eingeladen hatte, soviel ich weiß, Herr Röthemeyer als der sozusagen vom Auftrag her verantwortliche Mann.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gestatten Sie mir noch eine Nachfrage: Ging eine solche Einladung denn nachrichtlich beispielsweise auch nach Bonn? Wurde man im Ministerium darüber informiert? Oder ist das aufgrund anderer Wege nach Bonn gelangt, so wie Sie das gerade angedeutet haben?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kann die Frage nicht beantworten. Ich kann mir nur vorstellen, dass einer von den BGR-Leuten einem von den Bonnern gesagt hat: „Hört mal, also die PTB scheint stur zu sein“, und dass sie daraufhin -- Also, eine offizielle Mitteilung war das sicherlich nicht. Diese Unkollegialität würde ich keinem von denen, die das möglicherweise gemacht haben, nicht [sic] zutrauen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Professor Kind, dann darf ich noch eine Frage anschließen, mit der wir uns heute im Laufe des Tages öfter beschäftigt haben, nämlich die Frage: War das Auftreten der Ministerienvertreter als Weisung zu verstehen, oder war das eine Bitte, die geäußert wurde, der die PTB dann nachgekommen ist? Deshalb meine Frage an Sie: Wie sind Weisungen in der damaligen Zeit gegenüber der PTB erfolgt? Ist Ihnen gegenüber dann berichtet worden, dass es da eine Weisung gab?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Ich kann zur Definition des Begriffs „Weisung“ nicht sehr viel beisteuern. Ich kann Ihnen sagen; was zum Beispiel eine Weisung ist bzw. war, wenn ich mich erinnere. Für den Planfeststellungsantrag sei es seinerzeit -- Aber bleiben wir bei Gorleben: Für Gorleben hat man natürlich mit den Bonnern gesprochen. Eines schönen Tages musste aber ein Brief kommen: Ihr habt den Antrag zu stellen. - Das ist eine Weisung gewesen. Alles vorher - „Wir sollten doch überlegen, dass

...“ und „Wäre es nicht besser ...“ -, das ist bestimmt keine Weisung. Also, es gibt klare Handlungen, die auch einen klaren Auftrag - man mag das Weisung nennen; ich weiß es nicht - erfordern. In dem Fall war es das bestimmt nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt - nur noch mal zur Klarstellung -: Ihnen gegenüber ist jetzt auch nicht von Ihren Mitarbeitern berichtet worden aus dem Gespräch, dass dort versucht wurde, eine Weisung auszusprechen?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: In einer so wichtigen Frage, Untersuchung, für die die BGR gar nicht zuständig war -- Wir haben da eindeutig gegen das, was wir tun sollten -- Sie kennen ja auch den Untersuchungsauftrag für die PTB, der vorn in dem Bericht drinsteht. Wenn Sie die Anlage von dem PTB-Bericht lesen: Da ist nichts, was irgendwie in Richtung andere Standorte verstanden werden kann, zu finden.

Ich habe da ein Schreiben, das vielleicht wichtig ist - übrigens das einzige, das ich kenne, wo mein Name drunter steht -: eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Röthemeyer. Sie kennen es wahrscheinlich. Ich habe das gerade erst vor zwei, drei Tagen bekommen. Da steht ziemlich genau drin:

Die mit der Frage unterstellte Weisung an die PTB gibt es nicht.

Da dürfen Sie ruhig sagen: mein Text. Natürlich ist der mir vorgelegt worden.

Die Bundesregierung hat 83 vielmehr die PTB gebeten, die Bewertung des Salzstocks Gorleben im Zusammenhang mit der Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichts nicht mit der Frage nach Untersuchung anderer Standorte zu verknüpfen.

Mag sein, dass das Wort „gebeten“ ein bisschen verschönt ist. Die haben wahrscheinlich gesagt: Die Bundesregierung möchte keine anderen Standorte untersuchen; deswegen lasst die Finger davon - Entschuldigung, wenn ich so offen rede -, das ist nicht euer Bier.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen.

zusammen war. Da ging es um die Errichtung einer Anlage, um Erdgasabrechnungen international auf hohes Niveau zu bringen. Da hat die Ruhrgas angeboten, einen Standort - ich mache es ganz kurz - bei sich anzubieten; denn wenn Sie solche Messeinrichtungen machen wollen, müssen Sie irgendwo in den Gasstrom ~~(und) (ökologisch-unverständlichen)~~ Druck erzeugen; das braucht Energie. Das hätten wir in Braunschweig nicht geschafft. Da hat es auch einen Vertrag gegeben, dass die Industriefirma, die interessiert war, natürlich viel Geld aufwenden musste.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist sehr interessant, aber das nimmt mir jetzt leider gerade meine knappe Fragezeit, und ich will nicht eine zweite Berliner Runde beantragen müssen. Fassen Sie es bitte nicht als Unhöflichkeit auf.

Die Frage ist: Gab es außer diesen halbjährlichen Treffen der Abteilungsleiter weitere regelmäßige Kontakte, und ist Ihnen da in irgendeinem Zusammenhang klar geworden, dass es doch vielleicht einen gewissen Druck gibt, Gorleben zum Erfolg zu führen, weil der Entsorgungsdruck auch in den 70er-Jahren so hoch war?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Solche Gespräche, wie Sie sie jetzt meinen, zur Endlagerung hat sicherlich Herr Schrader, der Vizepräsident, häufiger geführt. Er war auch Mitglied im Aufsichtsrat von DBE und nicht etwa ich. In diesen Kreisen hat man natürlich Terminpläne und Aufgaben usw. auch behandelt, sodass ich mich, wie gesagt, nicht drücken will, aber das ist in der Regel nicht zu mir gekommen in Bezug auf die Endlagerung. Da musste schon irgendwas Besonderes sein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ihnen ist da also nichts bekannt geworden. Ich hätte noch zu einem zweiten Komplex Fragen, den Sie vorhin angesprochen haben, und zwar zu der Frage Planfeststellungsverfahren. Vor dem Abteufen der Schächte wurde ein Gutachten beauftragt, um zu klären, ob dafür ein Planfeststellungsverfahren notwendig ist. Das sogenannte Breuer-Gutachten kam dann auch zu dem eindeutigen Schluss, dass ein Abteufen der Schächte ohne Planfeststellungsverfahren nicht möglich sei. Dieses Gutachten ist aber nach meinem Kenntnisstand zumindest dann irgendwie nie wieder verwendet oder aufgearbeitet

worden. Warum ist bis heute in dem Zusammenhang kein Planfeststellungsverfahren anhängig? Wieso findet das einfach nicht statt? Oder ist da nichts bekannt?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Planfeststellungsverfahren für Gorleben meinen Sie jetzt?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Für das Abteufen.

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Für das Abteufen. Das müsste ein Betriebsplan der Bergbehörde gewesen sein, nach dem das damals gemacht wurde. Das war kein Planfeststellungsverfahren. Da gibt es wahrscheinlich verschiedene Studien. Ich kann Ihnen das nicht beantworten. Tut mir leid. Ich fühle mich überfragt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, dass Sie ursprünglich 1977 davon ausgegangen seien, dass da ein Planfeststellungsverfahren vorbereitet werden müsste, dass das auch der Grund war, um die Abteilung SE in Ihrem Haus einzurichten. Faktisch ist es dann aber nie zu einem Planfeststellungsverfahren für das Abteufen gekommen, obwohl es Gutachten gab, die das eigentlich als notwendig ansahen. Verstehe ich das richtig?

Zeuge Prof. Dr.-Ing. Dieter Kind: Es tut mir leid, ich bin da nicht im Bilde. Ich will nichts Falsches sagen. Ich weiß es nicht. Sicherlich muss man für all diese Dinge Genehmigungen vorlegen und beantragen usw., Betriebspläne, aber da war die Bergbehörde, weil das Ganze ja nicht nach Atomgesetz, sondern nach Berggesetz durchgeführt wurde. Da sind die Betriebspläne für die Bohrungen usw. natürlich alle von der Bergbehörde untersucht und dann genehmigt worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Professor Kind. - Als Letztes geht das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kind, ich muss auch noch mal zur Erstellung des Zwischenberichts im Mai 1983 zurückkommen. Sie haben ja auch berichtet,